Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. Dezember 1979
Jg. 7 Nr. 49

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Piratenakte der USA gegen Vermögen Irans – EG reserviert

z.frb. Keinesfalls auf große Zustimmung stoßen die USA-Imperialisten mit der Aneignung iranischen Guthabens bei den Konkurrenten der EG. Obwohl bereits am 5.11. von Iran angewiesen, am 15.11. fällige Zinsen aus seinem Konto zu überweisen, hatte Rockefellers Chase Manhattan Bank die Zahlung unterlassen. Vor Öffnung der Banken am 14.11. hatte Carter die Blockierung der iranischen Guthaben verfügt. Damit war Iran mit seinen Zahlungen ,,im Verzug". Nach den Kreditverträgen werden damit *sämtliche* Kredite sofort fällig und die US-Banken lassen unter diesem Vorwand selbst im Ausland durch ihre Niederlassungen Vermögen Irans – wie die Anteile an der Krupp GmbH – beschlagnahmen. Iran klagt jetzt in London gegen die US-Banken auf Herausgabe seiner Guthaben und zahlte gleichzeitig fällige 50 Mio. $ an europäische und japanische Banken.

Fallender Yen – neue japanische Warenoffensive

z.krk. 12 Mrd. $ mußte die Bank von Japan bis Oktober diese Jahres zur Stützung des Yen aufbringen. Trotzdem fiel dessen Kurs seit Anfang 1979 um 20% dem Dollar und 21% der DM gegenüber. 1978 hatte Japan noch 13,4 Mrd. $ Handelsbilanzüberschuß den EG-Ländern gegenüber. Oktober 1979 betrug das gesamte japanische Handelsbilanz*defizit* 350 Mio. $, das Zahlungsbilanzdefizit 3,47 Mrd. $. Nach den Preiserhöhungen der US-Ölgesellschaften, aber auch der Erhöhung der Rohstoffpreise durch die Länder der Dritten Welt und den von der japanischen Arbeiterklasse erkämpften Lohnerhöhungen schwanden die Marktpositionen der japanischen Imperialisten. Den Fall des Yen nutzen sie nun zu einer neuen Warenoffensive: im Oktober sind u.a. um 29,5% mehr Autos exportiert worden als im Oktober des Vorjahres.

IWF-Kreditsperre gegen Ghana Schlag gegen Kakaoproduzenten

z.pel. Die imperialistischen Banken haben der westafrikanischen Republik Ghana jeden Kredit gesperrt. Das Land hat allein 1,2 Mrd. Cedis, ca. 700 Mio. DM, kurzfristige Schulden, v.a. bei den USA, Großbritannien und der BRD, während seine Währungsreser-

Fallender Yen – neue japanische Warenoffensive

z.krk. 12 Mrd. $ mußte die Bank von Japan bis Oktober diese Jahres zur Stützung des Yen aufbringen. Trotzdem fiel dessen Kurs seit Anfang 1979 um 20% dem Dollar und 21% der DM gegenüber. 1978 hatte Japan noch 13,4 Mrd. $ Handelsbilanzüberschuß den EG-Ländern gegenüber. Oktober 1979 betrug das gesamte japanische Handelsbilanz*defizit* 350 Mio. $, das Zahlungsbilanzdefizit 3,47 Mrd. $. Nach den Preiserhöhungen der US-Ölgesellschaften, aber auch der Erhöhung der Rohstoffpreise durch die Länder der Dritten Welt und den von der japanischen Arbeiterklasse erkämpften Lohnerhöhungen schwanden die Marktpositionen der japanischen Imperialisten. Den Fall des Yen nutzen sie nun zu einer neuen Warenoffensive: im Oktober sind u.a. um 29,5% mehr Autos exportiert worden als im Oktober des Vorjahres.

IWF-Kreditsperre gegen Ghana Schlag gegen Kakaoproduzenten

z.pel. Die imperialistischen Banken haben der westafrikanischen Republik Ghana jeden Kredit gesperrt. Das Land hat allein 1,2 Mrd. Cedis, ca. 700 Mio. DM, kurzfristige Schulden, v.a. bei den USA, Großbritannien und der BRD, während seine Währungsreser-
ven nur 300 Mio. Cedis betragen. Ghana ist drittgrößter Kakaoexporteur der Welt. Die neue Regierung hatte nach dem Sturz des korrupten Regimes des Generals Akuffo im Juni als erstes eine Anhebung der Erzeugerpreise um 50%, dann Staatshilfen für die kleinen Bauern und scharfe Kontrollen gegen die Preistreiberei bei Lebensmitteln (Steigerungen von 100% jährlich) beschlossen. Den Kakaoexportstopp der Elfenbeinküste im Kampf um höhere Exportpreise hat Präsident Limann kürzlich begrüßt. Die Kreditsperre soll Ghana jetzt zwingen, zu Schleuderpreisen zu verkaufen.

Brasilien: Metallerstreik ausgesetzt – Bauern fordern Land

z.pel. Wenige Tage, bevor die Metallarbeiter Sao Paulos über die Wiederaufnahme ihres am 10.11. ausgesetzten Lohnstreiks (s. KVZ 46) entscheiden, hat der brasilianische Planungsminister Netto den Gewerkschaften einen ,,Waffenstillstand für zwei Jahre" vorgeschlagen, um gemeinsam gegen die Inflation zu kämpfen. Die diesjährige Inflationsrate liegt bei 63%. Mit dem Versprechen ihrer Senkung hofft Neto, unterstützt durch reformistische Gewerkschaftsführer den Streikabbruch zu erreichen, nachdem Militäreinsatz, 200 Verhaftungen und die Ermordung eines Gewerkschafters nur seine Aussetzung für Verhandlungen erzwingen konnten. Gleichzeitig meldet Xinhua Landbesetzungen durch Kleinbauern und schwere Gefechte mit dem Militär im Nordosten des Landes. Der ,,Waffenstillstand" soll eine Verbindung der Kämpfe von vorneherein verhindern.

Für die Expansion sich das Fell gerben lassen?

Sachverständigenrat fordert Sozialpakt für 1980 / ,,Rekurrente" Lohnabschlüsse / Schmidt sieht sich ,,bestätigt"

z.gek. Die Bundesregierung hat nach der Übergabe des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats erklären lassen, sie sehe ,,ihre Politik weitgehend bestätigt". – Der Text des Gutachtens liegt uns jetzt vor. Welche Aufgaben stellt die herrschende Finanzbourgeoisie der Wirtschaftspolitik der Regierung, wie wünscht sie die Propaganda der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie entwickelt zu sehen?

Wie schon beim ,,Herbstgutachten" der Wirtschaftsinstitute (vgl. KVZ 44/79) hält sie es für notwendig, gedämpfte ,,Zuversicht" zu verbreiten. Die Prognose für 1980 ff. lautet, es könne den führenden Monopolen der BRD gelingen, gerade auch in der heraufziehenden Überproduktionskrise ihre Expansion weiter fortzusetzen. D.h. der BRD-Imperialismus könne sozusagen der Gewinner der Krise sein, *wenn* ... *Wenn* er einige wesentliche Bedingungen dafür nach außen und nach innen durchsetzen kann. Welche?

Die BRD müsse führend in der Bewältigung der Energiekrise sein. Illusorisch, daß das ,,Opec-Kartell" in absehbarer Zeit ,,nachhaltig geschwächt" werden könne. Das sei erst möglich, wenn Öl noch stärker als nach der jetzigen Energieplanung ,,gespart und durch andere Energieträger substituiert wird". Die ,,überhöhte Ölrechnung" habe die ganze schöne Konjunktur vermasselt. Logisch oder nicht: ,,Höhere Steuern auf den energetischen Ölverbrauch könnten helfen, das Energieproblem zu lösen", und zwar gezielt auf den Heizöl- und Benzinkonsum der Volksmassen, der so noch weiter verteuert werden soll. Die geschröpften Extra-Milliarden könnten wieder dafür verwendet werden, die heimische Kohle zu subventionieren, und zwar gerade so, daß vermehrt billige Importkohle (vor allem aus Südafrika und Polen) hereingeholt werden kann. ,,Es müssen alsbald mehr Kraftwerke gebaut werden", auf Basis von Kernkraft oder Kohle, was eben billiger ist; jedenfalls muß der Strom für die Kapitalisten als ,,grundlegende Wettbewerbsbedingung" billig und reichlich bleiben. Die Kerntechnologie werde nicht beherrscht? Na gut, aber wer weiß schon, welche Verheerungen der Massenausstoß von Kohlendioxyd

wenn ... *Wenn* er einige wesentliche Bedingungen dafür nach außen und nach innen durchsetzen kann. Welche?

Die BRD müsse führend in der Bewältigung der Energiekrise sein. Illusorisch, daß das ,,Opec-Kartell" in absehbarer Zeit ,,nachhaltig geschwächt" werden könne. Das sei erst möglich, wenn Öl noch stärker als nach der jetzigen Energieplanung ,,gespart und durch andere Energieträger substituiert wird". Die ,,überhöhte Ölrechnung" habe die ganze schöne Konjunktur vermasselt. Logisch oder nicht: ,,Höhere Steuern auf den energetischen Ölverbrauch könnten helfen, das Energieproblem zu lösen", und zwar gezielt auf den Heizöl- und Benzinkonsum der Volksmassen, der so noch weiter verteuert werden soll. Die geschröpften Extra-Milliarden könnten wieder dafür verwendet werden, die heimische Kohle zu subventionieren, und zwar gerade so, daß vermehrt billige Importkohle (vor allem aus Südafrika und Polen) hereingeholt werden kann. ,,Es müssen alsbald mehr Kraftwerke gebaut werden", auf Basis von Kernkraft oder Kohle, was eben billiger ist; jedenfalls muß der Strom für die Kapitalisten als ,,grundlegende Wettbewerbsbedingung" billig und reichlich bleiben. Die Kerntechnologie werde nicht beherrscht? Na gut, aber wer weiß schon, welche Verheerungen der Massenausstoß von Kohlendioxyd
und Schwefel bei Kohlekraftwerken anrichten wird ...

Waren- und Kapitalexport, Währungspolitik: Die Professoren fordern, wenn schon die Rohstoffe nicht mehr so billig wie früher seien, im Gegenzug alle Möglichkeiten des Imports billiger Halb- oder Fertigwaren aus der 3. Welt zu nutzen, und dazu wie auch zur Sicherung von Rohstoffquellen den Kapitalexport weiter zu forcieren. Es mache überhaupt nichts, so die Sachverständigen (wie Schmidt vor kurzem), wenn die Zahlungsbilanz der BRD dadurch eine Zeitlang negativ werde; sie habe genug Reserven und eine ausreichend starke Stellung auf dem Weltmarkt. Im Gegenteil: die Professoren propagieren die aggressive Verfolgung eines entsprechenden Kurses in der EG, worin rund 50% des westdeutschen Außenhandels abgewickelt wird. Ohne Rücksicht auf das Europäische Währungssystem (EWS), das ,,die Chancen der Bundesbank, für einen stabilen Wert der Deutschen Mark zu sorgen, ... gravierend verschlechtert" habe, solle die BRD erzwingen, daß die D-Mark fortlaufend ,,mindestens so stark aufgewertet (wird), wie es dem mittleren Abstand zwischen den Inflationsraten im Ausland und im Inland entspricht". Zusammengefaßt: die BRD-Monopole sollen sich mit massiven Wertübetragungen aus dem Produkt der Arbeiter anderer Länder vollpumpen, sei es momentan auf Kosten der eigenen Exporte, um Extramittel für eine stoßweise Modernisierung und Rationalisierung des eigenen Produktionsapparates im Inland wie für den Kapitalexport nach außen in die Hand zu bekommen.

Lohnpolitik: Die Professoren blasen der Regierung, speziell den Sozialdemokraten, den Marsch, einen imperialistischen Sozialpakt zwischen der Arbeiterbewegung und der Bourgeoisie zu vermitteln. Sie stellen nüchtern fest, daß sich die Gewerkschaften in den kommenden Tarifkämpfen ,,wohl ganz auf die Erhöhung der Lohnsätze konzentrieren" wollten. Sie gehen davon aus, daß die Bourgeoisie, vor allem in der gegenwärtigen sowohl günstigen wie aber auch angespannten Konjunkturlage, keine frontale Auseinandersetzung mit dieser Lohnbewegung aufnehmen kann. Die Professoren empfehlen daher, sich zuerst auf

stabilen Wert der Deutschen Mark zu sorgen, ... gravierend verschlechtert" habe, solle die BRD erzwingen, daß die D-Mark fortlaufend ,,mindestens so stark aufgewertet (wird), wie es dem mittleren Abstand zwischen den Inflationsraten im Ausland und im Inland entspricht". Zusammengefaßt: die BRD-Monopole sollen sich mit massiven Wertübetragungen aus dem Produkt der Arbeiter anderer Länder vollpumpen, sei es momentan auf Kosten der eigenen Exporte, um Extramittel für eine stoßweise Modernisierung und Rationalisierung des eigenen Produktionsapparates im Inland wie für den Kapitalexport nach außen in die Hand zu bekommen.

Lohnpolitik: Die Professoren blasen der Regierung, speziell den Sozialdemokraten, den Marsch, einen imperialistischen Sozialpakt zwischen der Arbeiterbewegung und der Bourgeoisie zu vermitteln. Sie stellen nüchtern fest, daß sich die Gewerkschaften in den kommenden Tarifkämpfen ,,wohl ganz auf die Erhöhung der Lohnsätze konzentrieren" wollten. Sie gehen davon aus, daß die Bourgeoisie, vor allem in der gegenwärtigen sowohl günstigen wie aber auch angespannten Konjunkturlage, keine frontale Auseinandersetzung mit dieser Lohnbewegung aufnehmen kann. Die Professoren empfehlen daher, sich zuerst auf
die Konsolidierung des gesenkten Lohnniveaus zu konzentrieren. In ihrer verstellten Sprache: man solle davon ausgehen, ,,daß den Arbeitnehmern für das nächste Jahr eine weitere Verschlechterung ihrer Reallohnposition nicht zugemutet zu werden braucht". Also? Also gelte es, ,,tarifpolitisch einen Weg zu suchen, auf dem man das Kostenniveau für die Zukunft möglichst wenig vorbelastet". Wie das?

Zum Beispiel durch einen ,,rekurrenten Lohnabschluß" bei ,,etwas höheren Lohnsteigerungen als in den letzten beiden Jahren". Auf deutsch: Es soll ein Abschluß etwa in Höhe der offiziellen Teuerungsrate von 5,5% den Arbeitern dadurch schmackhaft gemacht werden, daß bei erfolgreicher imperialistischer Expansion und satt fließenden Gewinnen ihnen (z.B. über eine Revisionsklausel im Tarifvertrag) ein Lohnnachschlag in Aussicht gestellt wird, immer ,,unter der Voraussetzung steigender Produktivität". Kurzum, die Arbeiter sollen sich bei dauerhaft gesenktem Lohn für die kommende Weltmarktschlacht das Fell gerben lassen, in der Hoffnung auf irgendeine spätere Gewinnbeteiligung. Diesen Pakt soll die sozialdemokratische Regierung stiften. Und dabei soll es ihr auch noch gelingen, die unabweisbare Reform der Lohnsteuersätze unbedingt als ,,externen Faktor" aus dem Lohnkampf herauszuhalten und bis ins Jahr 1981 zu verschleppen, d.h. die Progressionsausbeute 1980 der Finanzbourgeoisie noch voll in die Scheuer zu fahren.

Die Regierung Schmidt, wie gesagt, fühlt sich durch dieses Gutachten ,,in ihrer Politik bestätigt".

Indien: Unerträgliche Lage der Bauern durch anhaltende Dürre verschärft





Die indischen Bauernmassen sind arm an Land oder landlos, haben rückständige Produktionsmittel; die traditionellen Formen kollektiver Landarbeit sind von Kolonialismus und Imperialismus zerschlagen. Unter diesen Bedingungen hat die große Dürre dieses Jahres in 17 Staaten Indiens verheerende Folgen für die Volksmassen. Während Indira Gandhis Notstandsregime wurden die Aufstände der Bauern und Landarbeiter, die unter Führung der Kommunisten im Kampf um die Agrarrevolution stehen, mit blutigem Terror unterdrückt. Keine bürgerli-

Indien: Unerträgliche Lage der Bauern durch anhaltende Dürre verschärft





Die indischen Bauernmassen sind arm an Land oder landlos, haben rückständige Produktionsmittel; die traditionellen Formen kollektiver Landarbeit sind von Kolonialismus und Imperialismus zerschlagen. Unter diesen Bedingungen hat die große Dürre dieses Jahres in 17 Staaten Indiens verheerende Folgen für die Volksmassen. Während Indira Gandhis Notstandsregime wurden die Aufstände der Bauern und Landarbeiter, die unter Führung der Kommunisten im Kampf um die Agrarrevolution stehen, mit blutigem Terror unterdrückt. Keine bürgerli-
che Partei unterstützt diesen Kampf; im Januar sind Wahlen. Indira Gandhi kandidiert erneut.

Neue ,,Nordirlandinitiative" der britischen Imperialisten

Die irischen Katholiken im Norden sollen der Kolonialherrschaft zustimmen / SDLP lehnt ab

z.rül.London. Die britische Regierung hat einen erneuten Versuch gestartet, ihre Herrschaft in Nordirland und die fast 60jährige Spaltung Irlands zu befestigen. Am 20. November legte Nordirlandminister Atkins ein ,,Arbeitspapier" vor, auf dessen Grundlage er am 3. Dezember mit allen im britischen Unter- und Oberhaus vertretenen Parteien Nordirlands eine Konferenz im alten Kolonialparlament Stormont in Belfast über die Reform der Kolonialverwaltung eröffnen wollte.

Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft im Norden und Spaltung der irischen Nation sind die Mittel, mit denen die britischen Imperialisten noch heute die gesamte irische Nation ausplündern und in Abhängigkeit halten. Auf keinen Fall wollen sie dieses Jahrhunderte alte Faustpfand ihrer imperialistischen Expansion aus der Hand geben. Als sie 1920 ihre Kolonialherrschaft über ganz Irland gegen den bewaffneten irischen Befreiungskampf nicht mehr halten konnten, spalteten sie das Land. Seitdem rechtfertigen sie die Fortdauer ihrer Herrschaft im Norden mit der zahlenmäßigen Mehrheit der Nachkommen der protestantischen Siedler über die katholischen Iren und damit, daß diese Siedler die Einheit mit dem Vereinigten Königreich forderten. Das einzige Problem sei, der katholischen irischen Minderheit ,,Garantien" gegen die Siedlermehrheit zu sichern.

Trotz dieser Betrügereien und Spaltereien verstärken die irischen Arbeiter und Bauern seit 1969 erneut den Befreiungskampf. 1972 mußten die Briten das Siedlerparlament Stormont auflösen und im großen Stil Kolonialtruppen zur Sicherung ihrer Herrschaft einsetzen. Aus dieser Lage wollen sie raus. Die direkte Herrschaft im Norden sei ,,mit dem Geruch des kolonialen Notstands behaftet", erklärte letzte Woche die ,,Times", und mit militärischen Mitteln allein sei der Kampf nicht zu entscheiden.

Sechs ,,Alternativen" für eine ,,nordirische Regierung" unter britischer Herrschaft wollte Atkins deshalb der Konferenz vorlegen, drei verschiedene Parlamentsmodelle, eine reine Kabinettsregierung ohne Parlament und zwei Formen von ,,Gemeindeselbstverwaltung". Alles mit ,,Garantien" gegen eine ,,Überstimmung" der irischen katholischen Minderheit. Dafür sollten parlamentarische Vertreter der Katholiken ihre Zustimmung zur Fortdauer der Kolonialherrschaft hergeben. Die Debatte über die Frage der irischen Einheit verbot Atkins gleich.

Daraus ist erst einmal nichts geworden. Von den nordirischen Parteien stimmte nur die von Ian Paisley geführte ,,Democratic Unionists" der Konferenz zu. Die größte republikanische Partei der Katholiken im Norden, die sozialdemokratische SDLP, lehnte jede Beteiligung an der Konferenz ab, solange die Frage der irischen Einheit nicht auf der Tagesordnung stünde. Die IRA gratulierte der SDLP sogleich zu diesem Beschluß. Die Haltung der SDLP ist Ergebnis der wachsenden Unterstützung des Befreiungskampfes in ganz Irland wie auch unter der britischen Arbeiterklasse. Die britischen Truppen mußten dieses Jahr bereits die größten Verluste gegen die IRA seit 1973 hinnehmen, und im Süden kommt die Regierung Lynch wegen der Zugeständnisse an die Imperialisten immer stärker unter Druck. Da die Beteiligung der SDLP ,,lebenswichtig" sei, hat Atkins die Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben.

Französische Nationalversammlung verabschiedet Fristenregelung gegen heftigen Volkswiderstand



Am 24.11. demonstrierten erneut knapp 50000 in Paris für die vollständige Freigabe der Abtreibung und die Bezahlung durch die Krankenkasse. Revisionisten und Sozialisten verhalfen der Fristenregelung zur Mehrheit.

z.tit. **Die Bundesregierung unternimmt vielfältige Schritte, um mittels Tarifausplünderung und Zwangsmaßnahmen den ,,Anreiz zum Energiesparen'' zu steigern.** Unter dem Schlachtruf ,,Mit rund 75% sind wir dabei'' (Staatssekretär Grüner) werden die horrenden Preissteigerungen bei Öl und Benzin begrüßt, die Steigerung des Preises von Dieselkraftstoff im Laufe des Jahres 1979 um 50% gerechtfertigt und die zweifache Preiserhöhung bei Gas im Oktober '79 und März '80 um insgesamt 25% gefördert. Denn; die Preisbindung von schwerem Heizöl und Gas ist ,,energiepolitisch tolerabel, zumal das administrative Festhalten des Preises eines einzelnen Energieträgers mit wichtigen energiepolitischen Zielsetzungen, wie der Energieeinsparung und der Entwicklung alternativer Energien, nicht in Einklang zu bringen wäre''. Die Entwicklung von ,,Alternativenergie'' wie Kernenergie, Sonnenenergie u.a. muß gebührend subventioniert werden; da ist es günstig, wenn das Gasöl in der Landwirtschaft gegenüber 1978 um 17 Pfennig/Liter teurer geworden ist und die Bauern 200 bis 240 Mio. dazulegen müssen, und da geht es auch nicht, den Kohlepfennig zu streichen, obwohl das schwere Heizöl in der Zwischenzeit teurer ist als Kohle. Als gesetzliche Zwangsmaßnahmen wurden gleichzeitig 2 Gesetze verabschiedet, eines zur ,,Begrenzung der Abgasverluste'' und das andere die ,,Neubaumietverordnung''. Beim ersteren werden gestaffelt für '79 und '83 die zulässigen Abgasverlustquoten der Heizungen um jeweils 2%-Punkte gesenkt, was Neubau- und Änderungsmaßnahmen bei 38–56% der Wohnungen erfordert. Das zweite sichert die ,,verbrauchsabhängige'' Heizkostenabrechnung und zwingt dazu, an jede Heizung ein entsprechendes Meßgerät anzubringen. Als vorbereitende Maßnahmen für die Fortschreibung des Energiesicherungsprogramms ab 1981 mit 5 Mrd. DM geplanter Kapazität wird zur Zeit ein Gesetz in den Ausschüssen verhandelt, den relativ günstigen Haushaltstarif II (Elektro) zu erhöhen. Gleichzeitig wird die Einbeziehung der Kfz-Steuer in die Mineralölsteuer beraten, wodurch der Liter Benzin um 15 Pfenning/Liter teuerer würde.

z.kup. **Der Strahlenschutzbericht dient dem Innenausschuß des Bundestags als Vorwand, medizinische Untersuchungen einzuschränken.** Nach seinem Willen sollen die Röntgenreihenuntersuchungen eingestellt werden. 1700 bis 1800 Röntgenuntersuchungen, davon 300 im Rahmen der Vorsorgemedizin, werden in der BRD pro 1000 Personen der Bevölkerung im Jahr durchgeführt. Der Regierungsbericht hat jetzt entdeckt, daß die medizinische Strahlenbelastung 50 mal höher als durch kerntechnische Anlagen sein soll. Unterschiede von 1 zu 100 gibt es in der Strahlenbelastung beim Röntgen. Bei der Reihenuntersuchung ist die Strah-

senkt, was Neubau- und Änderungsmaßnahmen bei 38–56% der Wohnungen erfordert. Das zweite sichert die ,,verbrauchsabhängige'' Heizkostenabrechnung und zwingt dazu, an jede Heizung ein entsprechendes Meßgerät anzubringen. Als vorbereitende Maßnahmen für die Fortschreibung des Energiesicherungsprogramms ab 1981 mit 5 Mrd. DM geplanter Kapazität wird zur Zeit ein Gesetz in den Ausschüssen verhandelt, den relativ günstigen Haushaltstarif II (Elektro) zu erhöhen. Gleichzeitig wird die Einbeziehung der Kfz-Steuer in die Mineralölsteuer beraten, wodurch der Liter Benzin um 15 Pfenning/Liter teuerer würde.

z.kup. **Der Strahlenschutzbericht dient dem Innenausschuß des Bundestags als Vorwand, medizinische Untersuchungen einzuschränken.** Nach seinem Willen sollen die Röntgenreihenuntersuchungen eingestellt werden. 1700 bis 1800 Röntgenuntersuchungen, davon 300 im Rahmen der Vorsorgemedizin, werden in der BRD pro 1000 Personen der Bevölkerung im Jahr durchgeführt. Der Regierungsbericht hat jetzt entdeckt, daß die medizinische Strahlenbelastung 50 mal höher als durch kerntechnische Anlagen sein soll. Unterschiede von 1 zu 100 gibt es in der Strahlenbelastung beim Röntgen. Bei der Reihenuntersuchung ist die Strah-

lendosis am unteren Ende. Man muß schon die im medizinischen Bereich vorkommenden Strahlen, einschließlich der hohen Belastung bei der Krebsbehandlung, zusammenrechnen und sie auf die Gesamtbevölkerung verteilen, um wie die Regierung auf ihre für die Kostendämpfung gewünschte hohe Belastung zu kommen. Neu ist die Methode nicht. Sie dient gleichzeitig, um die Harmlosigkeit der Kernkraftwerke zu ,,beweisen''.

z.frb. **Minister Ehrenberg hat mit seinem Vorschlag für eine neue Bemessungsgrundlage des Arbeitgeberbeitrags zur Rentenversicherung eine breite Diskussion entfacht.** Ginge es nach ihm, so sollte der Beitrag nicht mehr nach dem Bruttolohn bemessen werden, sondern nach der ,,Wertschöpfung''. Denn, so Ehrenberg (der den Vorschlag aus einem Gutachten seines Ministeriums von 1963 kramte), die bisherige Berechnungsweise benachteilige Unternehmen mit relativ hohen Lohnkosten und fördere Rationalisierungen, d.h. den Ersatz lebendiger Arbeit durch tote. Prof. Rürup, Darmstadt, hält den mehrwertsteuerpflichtigen Umsatz für die Berechnung am praktikabelsten. Da Vorleistungen steuerfrei sind, bliebe in etwa der jeweilige Neuwert. Investiert ein Kapitalist in neue Maschinerie, um einen Extraprofit gegen seine Konkurrenten zu erzielen, so erhöht sich sein Neuwert und er müßte einen höheren Beitrag an die Rentenkasse abliefern. Deshalb sind die Kapitalisten dagegen. Es ist nicht besonders schlau, die Aufhebung von Gesetzmäßigkeiten zu verlangen, ohne die Bedingungen, unter denen sie wirken, aufzuheben. Solange es Kapitalisten gibt, müssen sie darum wetteifern, ihr Produkt aus einem Minimum an Arbeitern zu pressen. Selbst wenn es doch anders wäre, ginge Ehrenbergs Rechnung nicht auf. Denn der Neuwert stellt sich dar teils als Lohn, teils als Profit. Er kann daher hoch sein, weil der Anteil des variablen Kapitals hoch ist. Gerade bei Handwerksbetrieben, wo ein Profit nur der Form nach existiert, ist dies der Fall, und diese werden stranguliert. Ehrenberg landet beim glatten Gegenteil dessen, was seine vorgebliche Absicht ist. Er trennt den Zusammenhang zwischen Lohn und Versicherungsbeitrag, der Teil des Lohnes ist. Nebel für höhere Lohnabzüge wird produziert, statt die Kapitalisten zu zwingen, die Versicherung ganz zu zahlen.

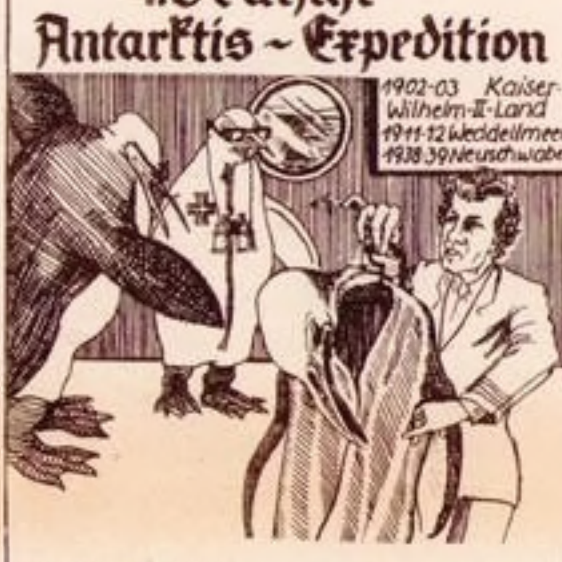
z.kam. **Ausländischen Arbeitern in der BRD wird ab 1980 für ihre in der Heimat lebenden Kinder z.T. kein Kindergeld mehr gezahlt.** Davon betroffen sind vor allem Arbeiter aus Marokko, Tunesien und Asien. Bisher hatten diese nach 15jährigem Aufenthalt in der BRD überhaupt erst Anspruch auf ein gegenüber Deutschen geringeres Kindergeld. Den Arbeitern aus den EG-Staaten sowie Österreich, der Schweiz, Portugal, Spanien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei hat die Bundesregierung seit Anfang 1979 das Kindergeld für das 1. Kind von 50 auf 10 DM, für das 2. Kind von 100 auf 25 DM und für jedes weitere Kind von 200 auf 60 bzw. 70 DM gekürzt. Begründet wird diese Maßnahme, von der rund 845000 ausländische Arbeiterfamilien mit 1,85 Mio. Kindern betroffen sind, von der Bundesregierung mit den geringeren Lebenshaltungskosten in diesen Ländern.





von der Bundesregierung mit den geringeren Lebenshaltungskosten in diesen Ländern.







z.kec. **Einführung des ,,Schweizer Modells'' forderte die Delegiertentagung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands vorletzte Woche.** ,,Schweizer Modell'' heißt: verschärfte Einreisebestimmungen für ausländische Arbeiter, Aufrechterhaltung des Anwerbestopps; Aufenthaltsgenehmigung für neun Monate höchstens, danach Abschiebung; Zwang zur Arbeit im Gaststättengewerbe; bessere Auslesemöglichkeiten für die Kapitalisten; Einsparung an Versicherungskosten und Kindergeld. Die Hotel- und Gaststättenbesitzer versprechen sich davon eine Lockerung der Arbeitsmarktlage, die ihnen derzeit wenig Spielraum für Druck auf die Beschäftigten und den ohnehin niedrigen Lohn läßt – 40000 offene Stellen 1979 bei insgesamt 738000 Beschäftigten. Solche Entrechtung der Hotel- und Gaststättenbeschäftigten würde den Kapitalisten erleichtern, einen weiteren Vorstoß zu landen: Sie fordern Änderung der Arbeitszeitordnung entsprechend dem ,,Rhythmus im Gastgewerbe'', also Festlegung auf Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit. Die Gewerkschaft NGG kämpft für 40-Stunden-Woche an fünf Tagen, was bisher erst in Bayern, Hessen und Westberlin im Manteltarifvertrag steht.

Schändliche Behandlung der älteren Arbeiter

Berufs-, Erwerbsunfähigkeits-, Zeitrenten / Rehabilitation / Schwerbehindertenarbeit

z.hej. Antwort der Bundesregierung im Bundestag auf die Frage, ob der Kündigungsschutz für Ältere eine höhere Arbeitslosigkeit der 20- bis 25jährigen verursache: ,,In der Bundesrepublik Deutschland ist der Bestand des Beschäftigungsverhältnisses von Älteren gesetzlich und tarifvertraglich *überdurchschnittlich* geschützt.'' – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales: ,,Ebenfalls sollte geprüft werden, ob für eine bestimmte Übergangszeit eine Teilberentung mit der Maßgabe erfolgen könne, daß eine Halbtagsbeschäftigung aufgenommen werde, denn viele Rehabilitanden seien nicht in der Lage, sogleich eine Vollbeschäftigung aufzunehmen.'' Der Arbeitsmarktbericht Oktober '79 stellt fest: Die Zahlen der arbeitslosen Arbeiter zwischen 50 und 60 Jahren und der Schwerbehinderten steigen rasant, die der Arbeiter mit 59 und älter waren am Jahresanfang um 21% gestiegen. Die Tabelle verdeutlicht die gewaltigen Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt, worüber die Kapitalisten den Lohn senken und Rationalisierung und Arbeitshetze verschärfen.

Ein Augenmerk haben die Kapitalisten darauf gerichtet, die Altersstruktur in Richtung auf einen hohen Anteil an junger, unverbrauchter Arbeitskraft zu verändern. Andererseits aber auch die älteren Arbeiter möglichst lange auszubeuten. Darauf konzentrieren sich Regierung und Opposition, die das notwendige Gesetzesinstrumentarium über die Verwendung der Gelder aus den Versicherungskassen schaffen und Schranken beseitigen.

Die Regelungen sind zahlreich, deshalb hier einige Eckpunkte: Arbeitsförderungsgesetz §§97, 98: Die Kapitalisten erhalten Zuschüsse für die zusätzliche Einstellung älterer Arbeiter bis zur Höhe von 50% des Lohnes. Schwerbehindertengesetz: Zusätzliche Hilfen zur Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen durch Arbeitsamt und Hauptfürsorgestelle. Gesetz zur Rehabilitation §7: Renten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit sollen erst bewilligt werden, wenn zuvor Maßnahmen zur Rehabilitation durchgeführt wurden. Daß die Zahl der Berufsunfähigkeitsrenten sinkt, liegt an dem ganzen Rehabilitationswesen, wo der Grundsatz gilt: Bevor Rente – Wiedereingliederung in die Arbeit. Anstatt Rente wird ein Übergangsgeld gezahlt. Reichsversicherungsordnung §1276: Renten auf Zeit, wenn Aussicht auf Behebung der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit besteht. Die Zeitrente kann für 3 Jahre genehmigt und auf höchstens 6 Jahre verlängert werden. Dreist ist da die Absicht der Regierung, eine Teilberentung mit Teilzeitarbeit zu koppeln.

Bei *vorzeitiger* Rente sind alle möglichen Schikanen eingebaut, bevor sie gewährt wird. Sie wird nur bewilligt, wenn kein Angebot auf einen (Teilzeit-) Arbeitsplatz vorliegt und kann bei Bedarf durch Nachuntersuchung auf Erwerbsfähigkeit wieder gestrichen werden. Dies trifft die entlassenen Arbeiter mit 59 Jahren, die über Sozialplan vorzeitig ,,auf Rente'' geschickt werden und sowieso ein Jahr arbeitslos sind. Den ,,Kündigungsschutz'' für ältere Arbeiter und Schwerbehinderte erkennt man an der Tabelle. Die Antwort der Bundesregierung ist so aufzufassen, daß die letzten Schranken fallen sollen, wie bei Sozialplänen üblich.

Alle Versicherungskassen, bis hin zu den Wohlfahrtsverbänden, sind in diese Politik einbezogen, mit Hilfe des ganzen Sozialgesetzbuches, die älteren Arbeiter, die eigentlich Anspruch auf Rente haben, zu profitlichen Bedingungen wieder in die Fabrik zu pressen.

Jahr	Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	Zugang an Arbeitsl. (Jahressumme)	Arbeitsvermittlungen (Jahressumme)	Schwerbehinderte arbeitslos	Arbeitslose 60 u.älter	Arbeitslose 55 bis 60	Behinderte in Rehabilitation	Zeitrenten	Rehab. berufsfördernd Rentenvers.	Rehab. medizinisch Rentenvers.
1970	148846	1295671	2988032	5120	17834	12655	80090	—	37000	701000
1974	582481	2795239	2238501	13073	35243	29446	135152	19102	60000	854000
1975	1074217	3450298	2126691	24235	53779	49149	143354	22110	59000	840000
1976	1060336	3255536	2327226	37107	46113	59892	153809	26034	61000	707000
1977	1029995	3315014	2289898	39939	35431	72125	159246	27414	36000*	689000
1978	864243	—	—	54534	32035	83391	—	31957	35000*	665000

* Andere Berechnungsgrundlage

Dubliner EG-Ratstagung: Schmidt jongliert

,,Vermittlung'' im Krach um den EG-Haushalt gegen billiges britisches Öl angeboten

z.scc.Brüssel. Auffallend, schreibt das niederländische ,,NRC Handelsblad'' über die EG-Ratstagung am 29./30.11. in Dublin, sei die Haltung des westdeutschen Kanzlers gewesen. Ob die BRD vorhabe, die bisherige Politik in Sachen EG-Haushalt zu ändern, argwöhnt die französische ,,Le Monde''.

In der Tat: Nachdem vor allem die westdeutschen gemeinsam mit den französischen Imperialisten Front gemacht hatten gegen die Androhung ihrer britischen Konkurrenten, die Zahlungen in den EG-Haushalt um 4 Mrd. DM zu kürzen (s. KVZ 48/79), gefiel sich Schmidt in den vergangenen Tagen in der Rolle des ,,Vermittlers''. Während Frankreichs Giscard im Vorschlag der EG-Kommission, die britischen Zahlungen um 1,3 Mrd. DM zu erlassen, das ,,letzte Wort'' erblickt, bietet Schmidt, vorsichtig, weiteren Nachlaß an. Nach zweitägigen Verhandlungen ohne Ergebnis soll der Krach auf der Gipfelkonferenz Anfang Februar ausgetragen werden.

Überraschend ist der scheinbare Kurswechsel der westdeutschen Imperialisten keineswegs. Die Änderung insbesondere der Agrarpolitik, die Großbritannien mit seiner Zahlungsverweigerungsdrohung durchsetzen will, um seine Haupttrümpfe auszuspielen, den Zugang zu billigen Rohstoffen und Agrarprodukten, würde nämlich vor allem die französischen Imperialisten treffen. Diese haben sich seit dem Gründungsjahr der EG durch brutale Ausbeutung hunderttausender Bauern zum Hauptagrarexporteur innerhalb der EG hochgearbeitet. Die Aufhebung oder auch nur Lockerung der Agrar-Schutzzölle würde Großbritannien in die Lage versetzen, den Kolonialhandel mit Lebensmitteln für ganz Westeuropa zu kontrollieren, eine durchaus ernste Gefahr für die französischen Hegemonialansprüche.

Nicht, daß der Kanzler die Absichten des britischen Vorstoßes ernsthaft zu unterstützen gedenkt. Dazu ist die BRD zu sehr der Nutznießer des Gemeinsamen Haushaltes. Aber die Schwächung des französischen ,,Partners'' durch Förderung der Konkurrenz kommt ihm zupaß. Und so übt er sich darin, die westeuropäischen Hauptkonkurrenten gegeneinander auszuspielen.

Für ihre ,,Vermittler''rolle erwarten die westdeutschen Imperialisten Bares. Konsequent, wenn auch ohne durchschlagenden Erfolg, bemühte sich der Kanzler, die ,,Energiefrage'' zum Hauptagesordnungspunkt der Ratstagung zu machen. Nicht nur um die Festlegung einer gemeinsamen Linie gegenüber den schroff aufeinanderprallenden Widersprüchen zwischen den erdölproduzierenden Ländern des Mittleren Ostens und der US-Supermacht ging es ihm dabei. Es ging ihm auch und besonders um das britische Nordseeöl.

74% der Erdölreserven Westeuropas – nur rund 4% der Weltreserven – lagern in der britischen Nordsee. 25 oder gar 30% anstatt wie bisher unter 10% seines Ölverbrauchs könnte Westeuropa zukünftig aus ,,eigenen Quellen'' bestreiten, rechnen sich die westdeutschen Bourgeois aus. Nur, daß die britischen Imperialisten gar nicht daran denken, den strategischen Vorteil gegenüber den Konkurrenten aus der Hand zu geben. Bitter beklagen sich diese, daß Großbritannien seit 1978 seine Ölpreise erhöht habe, bevor die OPEC Preisbeschlüsse faßte, und daß das britische Öl sie teurer komme als ,,das sehr teure libysche Öl''.

Seit Monaten drängen die westdeutschen Imperialisten verstärkt darauf, daß Großbritannien sein Öl zu Vorzugspreisen an die EG-,,Partner'' liefere. Seit Monaten weigern sich die britischen Imperialisten nicht minder hartnäckig. Mit begrenzter Nachgiebigkeit in der EG-Haushaltsfrage will Schmidt jetzt zum Ziel kommen.

lange auszubeuten. Darauf konzentrieren sich Regierung und Opposition, die das notwendige Gesetzesinstrumentarium über die Verwendung der Gelder aus den Versicherungskassen schaffen und Schranken beseitigen.

1974	582481	2795239	2238501	13073	35243	29446	135152	19102	60000	854000
1975	1074217	3450298	2126691	24235	53779	49149	143354	22110	59000	840000
1976	1060336	3255536	2327226	37107	46113	59892	153809	26034	61000	707000
1977	1029995	3315014	2289898	39939	35431	72125	159246	27414	36000*	689000
1978	864243	—	—	54534	32035	83391	—	31957	35000*	665000

* Andere Berechnungsgrundlage

Dubliner EG-Ratstagung: Schmidt jongliert

,,Vermittlung'' im Krach um den EG-Haushalt gegen billiges britisches Öl angeboten

z.scc.Brüssel. Auffallend, schreibt das niederländische ,,NRC Handelsblad'' über die EG-Ratstagung am 29./30.11. in Dublin, sei die Haltung des westdeutschen Kanzlers gewesen. Ob die BRD vorhabe, die bisherige Politik in Sachen EG-Haushalt zu ändern, argwöhnt die französische ,,Le Monde''.

In der Tat: Nachdem vor allem die westdeutschen gemeinsam mit den französischen Imperialisten Front gemacht hatten gegen die Androhung ihrer britischen Konkurrenten, die Zahlungen in den EG-Haushalt um 4 Mrd. DM zu kürzen (s. KVZ 48/79), gefiel sich Schmidt in den vergangenen Tagen in der Rolle des ,,Vermittlers''. Während Frankreichs Giscard im Vorschlag der EG-Kommission, die britischen Zahlungen um 1,3 Mrd. DM zu erlassen, das ,,letzte Wort'' erblickt, bietet Schmidt, vorsichtig, weiteren Nachlaß an. Nach zweitägigen Verhandlungen ohne Ergebnis soll der

stoffen und Agrarprodukten, würde nämlich vor allem die französischen Imperialisten treffen. Diese haben sich seit dem Gründungsjahr der EG durch brutale Ausbeutung hunderttausender Bauern zum Hauptagrarexporteur innerhalb der EG hochgearbeitet. Die Aufhebung oder auch nur Lockerung der Agrar-Schutzzölle würde Großbritannien in die Lage versetzen, den Kolonialhandel mit Lebensmitteln für ganz Westeuropa zu kontrollieren, eine durchaus ernste Gefahr für die französischen Hegemonialansprüche.

Nicht, daß der Kanzler die Absichten des britischen Vorstoßes ernsthaft zu unterstützen gedenkt. Dazu ist die BRD zu sehr der Nutznießer des Gemeinsamen Haushaltes. Aber die Schwächung des französischen ,,Partners'' durch Förderung der Konkurrenz kommt ihm zupaß. Und so übt er sich darin, die westeuropäischen Hauptkonkurrenten gegeneinander

gegenüber den schroff aufeinanderprallenden Widersprüchen zwischen den erdölproduzierenden Ländern des Mittleren Ostens und der US-Supermacht ging es ihm dabei. Es ging ihm auch und besonders um das britische Nordseeöl.

74% der Erdölreserven Westeuropas – nur rund 4% der Weltreserven – lagern in der britischen Nordsee. 25 oder gar 30% anstatt wie bisher unter 10% seines Ölverbrauchs könnte Westeuropa zukünftig aus ,,eigenen Quellen'' bestreiten, rechnen sich die westdeutschen Bourgeois aus. Nur, daß die britischen Imperialisten gar nicht daran denken, den strategischen Vorteil gegenüber den Konkurrenten aus der Hand zu geben. Bitter beklagen sich diese, daß Großbritannien seit 1978 seine Ölpreise erhöht habe, bevor die OPEC Preisbeschlüsse faßte, und daß das britische Öl sie teurer komme als ,,das sehr teure libysche Öl''.

z.güt. **Wegen ,,keinem öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung'' wurde der Prozeß gegen den ehemaligen Blocksprecher der G 16 Uwe Zabel eingestellt.** Er war angeklagt wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz bei der Leitung einer Demonstration der Berufsschüler gegen den Blockunterricht und Kurssystem. Der Prozeß war für den Hamburger Senat und Klose durch seinen Verlauf zu einem politischen Risiko geworden. Ihre Absicht war es, die Streikerfolge der Berufsschüler in der Verhinderung der generellen Einführung des Kurssystems durch Aburteilung der Streikführer zu schmälern, um dann nach und nach das Kurssystem einzuführen. Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, und Betriebsräte haben den Kampf unterstützt. Die IG Metall hat den Schülern auf einer Versammlung allseitige Unterstützung zugesagt. Das hat es noch nicht gegeben. Die Kapitalisten und ihr Staat wurden nervös und mußten den Angriff fallen lassen. Klose hat sich, sozusagen um ,,Boden gut zu machen'', für die Vertreterversammlung der IG Metall im Dezember als ,,Gast'' angemeldet.

z.güv. **Die dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre haben ein ständiges Ansteigen der Anschaffungs- und Überziehungskredite bewirkt.** Nach der Statistik der Bundesbank stiegen die Kredite an ,,wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen'' von 29678 Mio. DM im Jahre 1970 auf 97030 Mio. DM im Jahre 1978. Allein von März bis September 79 kletterten die Kredite von 99365 auf 111234 Mio. DM. Will ein Arbeiter bei ständig sinkendem Reallohn und gleichzeitig wachsender Ausbeutung und veränderten Reproduktionsbedingungen heute noch längerfristig notwendige größere Gebrauchsgegenstände anschaffen, ist er gezwungen, Kredite aufzunehmen, die ihm Kaufhäuser, Versandhäuser, Banken oder Kundenkreditbanken, wie in der abgebildeten Anzeige, schmackhaft machen. Bei Zahlungs-



rückständen kommt zu den normalerweise schon unverschämt hohe Zinsen noch eine Flut von Sonderforderungen hinzu: Auskunftsspesen, Vermittlerausgaben, Teilzahlungszuschläge, Zinsen und Verzugszinsen auf den ganzen Betrag. In einem Bundesgerichtshof-Urteil vom 9.11.78 wird von einem 5000-DM-Darlehen berichtet, das schließlich mit 7116,14 DM zurückgezahlt werden sollte. Kaufhausbanken wie die WKV von Hertie fordern nach zwei ausstehenden Raten den Gesamtbetrag zurück, nachdem der Kreditnehmer bei Aufnahme des Warenkredits folgendes unterschreiben mußte: ,,Die Unterzeichneten treten den pfändbaren Teil ihrer Lohn-, Gehalts-, Pensions- und sonstigen Ansprüche gegen ihre jeweiligen Arbeitgeber oder Dritte an die WKV ab.'' Die durchaus übliche Zinshöhe von 20–30%, ja selbst Wucherzinsen von über 40% sind für den Bundesgerichtshof ,,nicht sittenwidrig'', sondern allenfalls eine ,,unübersichtliche'' Vertragsgestaltung zum Reinlegen der Kunden.

z.haj. **Wegener, Leitender Polizeidirektor und Kommandeur der besonderen Schutzstaffel der Bourgeoisie, der GSG 9, soll zum 1. Februar zum Ständigen Vertreter des Inspekteurs des**

Islamische Völker kämpfen gegen US-Hegemonie

– Internationale Presseschau –

z.ulg. Schlußdokument der arabischen Gipfelkonferenz in Tunis, 22.11. Die Konferenz verurteilt die Positionen der USA und ihre der arabischen Nation feindlichen Pläne, die sich gegen die Interessen der arabischen Nation, die Souveränität der Staaten der Region und ihre unveräußerlichen Rechte richten, über ihre Ressourcen und Reichtümer zu verfügen, um sie in den Dienst ihrer Völker und aller Entwicklungsländer zu stellen. Die Konferenz bekräftigt ihre Solidarität mit allen Völkern der Region, die sich mit ihrem Handeln diesen Plänen entgegenstellen, die eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Welt darstellen.

El Moudjahid, Algerien, 20.11. Auf Grund seiner eigenen Erfahrungen kann unser Volk... die iranische Entscheidung nur unterstützen, auf diesen schweren Anschlag auf die wirtschaftliche Sicherheit des Iran mit der Infragestellung des Einflusses zu reagieren, den der Dollar auf das Internationale Währungssystem ausübt. Die Rolle des Dollars als internationale Reserve- und Zahlungswährung hat den amerikanischen Behörden ermöglicht, ihn ungestraft zu manipulieren, um den Willen der ölexportierenden Länder zunichtezumachen, die Kaufkraft ihrer wichtigsten Ressource zu steigern oder wenigstens zu halten. (...) Die Frage der Ersetzung des Dollars durch eine andere Währung kann nicht länger umgangen werden, und die OPEC muß sie auf ihrer nächsten Sitzung im Dezember in Caracas auf die Tagesordnung setzen.

JANA, Libyen, 27.11. Gemeinsame libysch-iranische Erklärung. Beide Seiten gaben die folgende Erklärung ab: 1. daß die fortschrittlichen islamischen Revolutionen in der Dschamahirija (Libyen) und Iran durch ein natürliches und strategisches Bündnis verbunden sind. 2. Sie unterstrichen beide die Bedeutung der Befreiung Palästinas von (israelischer) Besatzung, Kolonialismus und ausländischen Monopolen und der Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes auf seine Heimat. 3. Sie erklärten, daß eine militärische Aggression der USA oder eines anderen Landes gegen die iranische islamische Revolution oder gegen die Dschamahirija von beiden Nationen als direkte Aggression gegen sie selbst betrachtet werden wird. (...)

Interventionserwägungen der Imperialisten – geht's oder geht's nicht?

International Herald Tribune, USA, 27.11. Sollte eine Sicherheitsratsresolution den Ayatollah ungerührt lassen, wäre die Grundlage für andere UNO-Aktionen einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen und im schlimmsten Fall einer gemeinsamen militärischen Intervention im Iran gelegt. *26.11.* Aber eine Fehlkalkulation der USA in der iranischen Krise könnte die religiösen Gefühle der Muslims entflammen und die arabischen Regierungen zwingen, Ayatollah Khomeini zu Hilfe zu kommen. „Eine militärische Intervention der USA gegen den Iran würde unter den gegenwärtigen Umständen für die arabischen Regierungen wahrscheinlich untragbar sein“, sagte ein US-Diplomat.

Le Figaro, Frankreich, 28.11. Ohne diplomatische Lösung der Krise müßte die amerikanische Regierung entweder auf eine begrenzte militärische Aktion oder auf eine Aktion, die auf eine größere politische Umwälzung im Iran zielt, zurückgreifen. (...) Die Bombardierung von Abadan würde die europäische und japanische Wirtschaft beträchtlich hindern, die Konsequenzen wären... für Europa und Japan noch schädlicher als für Iran. (...) Eine umfassende Intervention trüge sicher die gleichen Risiken und wäre viel teurer an Menschen, aber im Fall des Erfolgs hätte sie den einzigartigen Vorteil, große und tiefgreifende Ergebnisse zu zeitigen.

Radio Teheran, 29.11. Die Mitglieder der iranischen Delegation, die unter der Leitung von Dr. Habi nach Paris gereist sind, sagten in einem Interview mit dem französischen Reporter: Die Amerikaner, die in Teheran als Geiseln genommen wurden, sind offiziell Mitglieder des amerikanischen Sicherheitsdienstes CIA. Sie sagten, sie glaubten nicht, daß Amerika eine militärische Aktion im Iran ausüben wird. Sie vertraten die Auffassung, daß bei einer solchen Aktion die ganze Region des mittleren Ostens zur Explosion kommen wird.

Iran nutzt die Widersprüche zwischen der Supermacht und den Ländern der Zweiten Welt

Bani Sadr, Mitglied des iranischen Revolutionsrats, an „unsere europäischen Freunde“, nach: Espresso, 25.11. Der europäische Egozentrismus hat die Welt zu schrecklichen Leiden verurteilt, für die unsere Völker einen sehr hohen Preis gezahlt haben, und hat den Weg zu jenem Bipolarismus USA-UdSSR geöffnet, den auch ihr jetzt mit Unruhe betrachtet. Euren Befürchtungen liegt das Bewußtsein zu Grunde, daß ihr euch unversehens aus der Lage des Herrschers in die des Beherrschten versetzt sehen könntet. Das ist eine Besorgnis, eine Befürchtung, die wir völlig verstehen. Unsere Philosophie richtet sich gegen jede Unterjochung des Menschen durch den Menschen oder von Ländern durch andere Länder.

Il Sole – 24 Ore, Italien, 29.11. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Japaner gerührt haben, um – noch dazu zu exorbitanten Preisen – das Öl, das der Iran nicht mehr an die USA verkauft, an sich zu reißen, gibt eine Vorstellung von dem Zusammenhalt, mit dem die industriellen Demokratien das Iranproblem behandeln. Vielleicht hätten die Europäer dem japanischen Beispiel folgen mögen, aber sie haben eine gefaßtere Haltung bewahrt und eine gewisse Solidarität mit den Amerikanern an den Tag gelegt.

JANA, Libyen, 22.11. Der *spanische* Informationsminister hat gestern in Madrid bestätigt, daß Spanien den Amerikanern nicht erlauben wird, ihre Militärbasen für den erwarteten Aufmarsch in der Golf-Region zu nutzen. In Antwort auf eine entsprechende Frage auf einer Pressekonferenz bezüglich einer militärischen Intervention der USA im Iran sagte der Minister: „Spanische Basen werden niemals als Stützpunkt für eine Aggression gegen ein anderes Land dienen.“

ZDF-Nachrichten, 30.11. (Der iranische Außenminister) Gotzadeh machte unmißverständlich klar, daß Iran auf der Auslieferung des gestürzten Schah Reza Pahlevi beharrt, der nun auch nicht mehr in sein mexikanisches Exil zurückkehren darf. Die mexikanische Regierung lehnte es nämlich ab, das am 9. Dezember auslaufende Touristenvisum des Ex-Kaisers zu verlängern. Der ägyptische Präsident Sadat erneuerte daraufhin sein Angebot an den Schah und seine Familie, nach Ägypten zu kommen.







Vor der besetzten Botschaft in Teheran: „USA können nichts machen!“ (links) Sturm auf die amerikanische Botschaft in Islamabad (rechts).

setzung des Dollars durch eine andere Währung kann nicht länger umgangen werden, und die OPEC muß sie auf ihrer nächsten Sitzung im Dezember in Caracas auf die Tagesordnung setzen.

JANA, Libyen, 27.11. Gemeinsame libysch-iranische Erklärung. Beide Seiten gaben die folgende Erklärung ab: 1. daß die fortschrittlichen islamischen Revolutionen in der Dschamahirija (Libyen) und Iran durch ein natürliches und strategisches Bündnis verbunden sind. 2. Sie unterstrichen beide die Bedeutung der Befreiung Palästinas von (israelischer) Besatzung, Kolonialismus und ausländischen Monopolen

ßere politische Umwälzung im Iran zielt, zurückgreifen. (...) Die Bombardierung von Abadan würde die europäische und japanische Wirtschaft beträchtlich hindern, die Konsequenzen wären... für Europa und Japan noch schädlicher als für Iran. (...) Eine umfassende Intervention trüge sicher die gleichen Risiken und wäre viel teurer an Menschen, aber im Fall des Erfolgs hätte sie den einzigartigen Vorteil, große und tiefgreifende Ergebnisse zu zeitigen.

Radio Teheran, 29.11. Die Mitglieder der iranischen Delegation, die unter der Leitung von Dr. Habi nach Paris gereist sind, sagten in einem Interview

Il Sole – 24 Ore, Italien, 29.11. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Japaner gerührt haben, um – noch dazu zu exorbitanten Preisen – das Öl, das der Iran nicht mehr an die USA verkauft, an sich zu reißen, gibt eine Vorstellung von dem Zusammenhalt, mit dem die industriellen Demokratien das Iranproblem behandeln. Vielleicht hätten die Europäer dem japanischen Beispiel folgen mögen, aber sie haben eine gefaßtere Haltung bewahrt und eine gewisse Solidarität mit den Amerikanern an den Tag gelegt.

JANA, Libyen, 22.11. Der spanische Informationsminister hat gestern in Madrid bestätigt, daß Spanien den Amerikanern nicht erlauben wird, ihre Militärbasen für den erwarteten Aufmarsch in der Golf-Region zu nutzen. In Antwort auf eine entsprechende Frage auf einer Pressekonferenz bezüglich einer militärischen Intervention der USA im Iran sagte der Minister: „Spanische Basen werden niemals als Stützpunkt für eine Aggression gegen ein anderes Land dienen.“

ZDF-Nachrichten, 30.11. (Der iranische Außenminister) Gotzadeh machte unmißverständlich klar, daß Iran auf der Auslieferung des gestürzten Schah Reza Pahlevi beharrt, der nun auch nicht mehr in sein mexikanisches Exil zurückkehren darf. Die mexikanische Regierung lehnte es nämlich ab, das

Werte, den Frieden und die Freiheit gemeinsam für alle Menschen zu schützen und zu fördern“.

In einer offiziellen Regierungserklärung der US-Supermacht heißt es am 20. November: Ein Versuch, die amerikanischen Geiseln in der US-Botschaft in Teheran vor eine „Art von Gericht“ zu stellen, „wäre eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und der grundlegenden religiösen Prinzipien, und die iranische Regierung würde die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Folgen tragen“. Die kaum verhüllte Interventionsdrohung macht deutlich, zu welchem Zweck die Imperialisten die „religiösen Prinzipien“, ihre Begriffe von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit hochhalten. Sie sind Rechtfertigung für die Ausplünderung und Unterdrückung der Länder der Dritten Welt. Die islamischen Volksmassen haben jedoch andere Begriffe von dem, was gerecht und schützenswert und was anzugreifen ist. Sie führen den Befeiungskampf gegen den Imperialismus.

Der päpstliche Türkeibesuch sollte die religiöse Begleitmusik abgeben für den Versuch der Imperialisten, Spaltung unter die islamischen Völker zu treiben, Boden zu gewinnen gegenüber ihrem Befreiungskampf.

Kurz vor Antritt der Reise zeigte sich der Vatikan „besorgt“ über eine Demonstration von mehreren hundert Studenten gegen das US-Konsulat in

terhält, empfangen. Ihm blieb verwehrt, gleich auf dem Flughafen in Ankara sein Verständnis von den religiösen Werten schlechthin zum Besten zu geben. Der zum stehenden Repertoire gehörende Bodenkuß fehlte in der Zusammenfassung des türkischen Fernsehen.

Um den Druck für die imperialistischen Spaltungsabsichten zu verstärken, sollte mit dem Papstbesuch die Verbindung mit den Ostkirchen aktiviert werden. Den Patriarchen von Istanbul, Alexandrien, Antiochia und Jerusalem unterstehen im Nahen und Mittleren Osten nicht mehr als eine Million Christen. Damit die zumindest straff durch die zentralisierte römisch-katholische Kirche geführt werden, betreiben die Pfaffen die „Einheit der Christenheit“. Welche Möglichkeiten sich dadurch für die Imperialisten eröffnen würden, zeigt die Geschichte des Libanon. Eigens um sich einen Brückenkopf im Nahen Osten zu schaffen, spalteten die französischen Kolonialisten 1926 den Libanon, wo die der römisch-katholischen Kirche unterstehenden Maroniten ca. 30% der Bevölkerung ausmachen, von Syrien ab.

Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ schreibt: „Darüberhinaus ist die Reise ein Zeichen der Hoffnung für alle von Muslims bedrängten Christen des Orients ... ja sogar für die koptischen Christen Ägyptens, deren Los auch unter dem Präsidenten Sadat keineswegs benei-



Religiöser Nebel „ökumenisch“. Papst Wojtyla probt für die Reise in die Türkei. Zu Besuch im ostkirchlichen Kloster Grottoferrata bei Rom.

Wojtylas Mission gegen den Befreiungskampf der islamischen Völker gescheitert

z.ans.Rom. Bei seinem Besuch in der Türkei in der letzten Woche ergriff Papst Wojtyla die Gelegenheit, um vor der katholischen Gemeinde in Ankara an die allgemeinen religiösen Werte zu appellieren, die die monotheistischen Religionen, das Christentum, den Islam und das Judentum, verbänden. Sie seien geeignet, „ein sicheres Fundament für die soziale und rechtliche Organisation abzugeben.“ Er, Wojtyla, frage sich von daher, „ob es nicht dringlich ist, gerade heute, wo die Christen und die Muslims in eine neue Geschichtsepoche eingetreten sind, die geistigen Bande anzuerkennen und zu entwickeln, die uns einen, um die soziale Gerechtigkeit, die moralischen Werte, den Frieden und die Freiheit gemeinsam für alle Menschen zu schützen und zu fördern“.

In einer offiziellen Regierungserklärung der US-Supermacht heißt es am 20. November: Ein Versuch, die amerikanischen Geiseln in der US-Botschaft in Teheran vor eine „Art von Gericht“ zu stellen, „wäre eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und der grundlegenden religiösen Prinzipien, und die iranische Regierung würde die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Folgen tragen“. Die kaum verhüllte Interventionsdrohung macht deutlich, zu welchem Zweck die Imperialisten die „religiösen Prinzipien“, ihre Begriffe von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit hochhalten. Sie sind Rechtfertigung für die Ausplünderung und Unterdrückung der Länder der Dritten Welt. Die islamischen Volksmassen haben jedoch andere Begriffe von dem, was gerecht und schützenswert und was anzugreifen ist. Sie führen den Befeiungskampf gegen den Imperialismus.

Der päpstliche Türkeibesuch sollte die religiöse Begleitmusik abgeben für den Versuch der Imperialisten, Spaltung unter die islamischen Völker zu treiben, Boden zu gewinnen gegenüber ihrem Befreiungskampf.

Kurz vor Antritt der Reise zeigte sich der Vatikan „besorgt“ über eine Demonstration von mehreren hundert Studenten gegen das US-Konsulat in Izmir. Dennoch schien den Imperialisten die türkische Regierung geeignet, um diesen Versuch zu starten. Die Türkei ist bis über beide Ohren an die Supermächte verschuldet. Der Kommentator der „FAZ“ spricht die Hoffnung aus, daß der „Besuch seinen Eindruck auch auf die islamische Welt nicht verfehlen (werde). Manche führende Muslims ... sind in diesem Jahrhundert zu der Einsicht gelangt, daß eine Zusammenarbeit zwischen gläubigen Muslims und Christen notwendig sei.“

Der Versuch ist gescheitert. Eisige Kälte empfing den Papst. „Die Gastgeber vermieden alles, was der Visite einen besonderen Anstrich geben könnte“, hieß es in den ZDF-Nachrichten. Ausdrücklich wurde Wojtyla nicht als Oberhaupt der katholischen Kirche, sondern als Staatschef des Vatikanstaates, mit dem die türkische Regierung diplomatische Beziehungen unterhält, empfangen. Ihm blieb verwehrt, gleich auf dem Flughafen in Ankara sein Verständnis von den religiösen Werten schlechthin zum Besten zu geben. Der zum stehenden Repertoire gehörende Bodenkuß fehlte in der Zusammenfassung des türkischen Fernsehen.

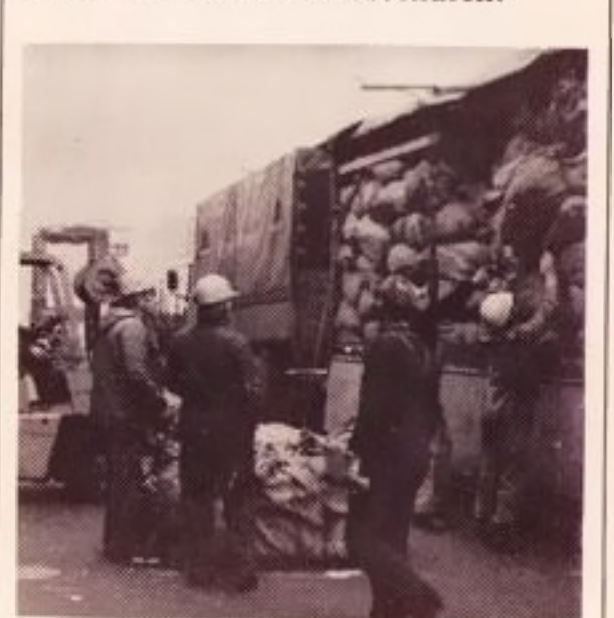
Um den Druck für die imperialistischen Spaltungsabsichten zu verstärken, sollte mit dem Papstbesuch die Verbindung mit den Ostkirchen aktiviert werden. Den Patriarchen von Istanbul, Alexandrien, Antiochia und Jerusalem unterstehen im Nahen und Mittleren Osten nicht mehr als eine Million Christen. Damit die zumindest straff durch die zentralisierte römisch-katholische Kirche geführt werden, betreiben die Pfaffen die „Einheit der Christenheit“. Welche Möglichkeiten sich dadurch für die Imperialisten eröffnen würden, zeigt die Geschichte des Libanon. Eigens um sich einen Brückenkopf im Nahen Osten zu schaffen, spalteten die französischen Kolonialisten 1926 den Libanon, wo die der römisch-katholischen Kirche unterstehenden Maroniten ca. 30% der Bevölkerung ausmachen, von Syrien ab.

Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ schreibt: „Darüberhinaus ist die Reise ein Zeichen der Hoffnung für alle von Muslims bedrängten Christen des Orients ... ja sogar für die koptischen Christen Ägyptens, deren Los auch unter dem Präsidenten Sadat keineswegs beneidenswert ist.“ Die 2,5 Millionen Kopten unter „westliche“ Protektion nehmen und religiöse Widersprüche schüren, um Ägypten unter Druck zu setzen – fürwahr, ein echt christlicher Einfall.

Bundesgrenzschutzes ernannt werden. Der bisherige Inhaber dieses Amtes, Schug, wird im Innenministerium für die Bereitschaftspolizei der Länder verantwortlich. Der bisherige Inspekteur der Bereitschaftspolizei, Amft, tritt an die Stelle des auf Pension gehenden jetzigen Inspekteurs des Bundesgrenzschutzes, Schneider. Wegeners Ernennung zum zweithöchsten Offizier im Vollzugsdienst der Bundespolizei – das ist der BGS seit 1972 auch offiziell – gibt Auskunft, was die Bourgeoisie von den Inhabern dieser Posten verlangt: Sie brauchen nichts zu können oder gelernt zu haben, sondern müssen die von jedem Skrupel oder Gewissen freie Bereitschaft bewiesen haben, aus jeder Lage auf die Gegner der herrschenden Klasse zu schießen und sie im Dienstvollzug rechtsordentlich zu vernichten.

z.bil. **Der Bundesgerichtshof hat die „kriminelle Vereinigung“ neu definiert.** Wohlüberlegt ist der Anlaß der Entscheidung: die faschistische „Wehrsportgruppe“. Das *Anwendungsgebiet* gilt den „geistigen Ziehvätern“. Für die Feststellung der Mitgliedschaft kommt es nicht mehr auf die „zu enge“ Betrachtung einer *Tätigkeit* an, Mitglied ist, wer im „ideellen Sinne der Vereinigung vom Beginn ihres Bestehens an – wissentlich oder nicht – entscheidende Impulse gibt.“ Das „kriminelle Vereinigen“ beginnt bei den „führenden Köpfen“, die ihre planerischen Ideen und organisatorischen Fähigkeiten zur Verfügung stellen. Entscheidend ist der auf Dauer gerichtete geistige Wille. Auf eine Tätigkeit für und in der Vereinigung kommt es insoweit nicht an. Dieser Rechtsprechung liegt der Wille zugrunde, „lediglich die aktive Teilnahme zu erfassen und eine bloß formale oder lediglich passive, für das Wirken der Vereinigung bedeutungslose Mitgliedschaft, die nicht von dem einverständlichen Willen zur fortdauernden Teilnahme getragen ist, auszuschließen.“

z.jük. **Erneut sind Ende November 13,5 Tonnen Kleider für die ZANU nach Mozambique verschifft worden.** Zusammen mit den im Oktober verladenen 5,2 Tonnen sind somit 18,7 Tonnen Kleider sowie mehrere Kisten Medikamente und technisches Gerät für die Versorgung der Volksmassen Zimbabwes und ihres bewaffneten Befreiungskampfes zur Verfügung gestellt worden. Auf Mitgliederversammlungen der Vereinigungen für Revolutionäre Volksbildung / Soldaten und Reservisten sowie auf 3 Veranstaltungen des KBW anläßlich der Londoner Verhandlungen wurden 16960 DM für den Transport nach Beira/Mozambique gesammelt. Dieses Geld wurde vollständig für die beiden Transporte sowie für Lagerhaltunskosten im Bremer Hafen und Verpackungsmaterial verbraucht. Damit ist die vom KBW über einen längeren Zeitraum unter den Volksmassen durchgeführte Kleidersammlung vorläufig abgeschlossen. Die Kleider werden in Mozambique direkt in die Lager der ZANU, wo sich Flüchtlinge aufhalten, sowie in die befreiten Gebiete in Zimbabwe gebracht. Das *Bild* zeigt die Verladung der Materialien im Bremer Überseehafen.



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 · Redakteur: Martin Fochler · *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum · *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72087677, Redakteur: Gerd Heinemann · *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

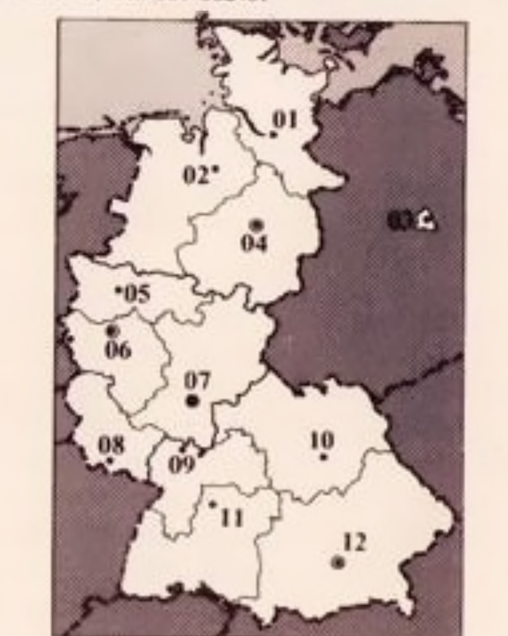
Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



b.ana. **Die Psychologiestudenten an der Universität Hamburg streiken die 8. Woche.** Anfang November hatten die Studenten von den Professoren einen Brief ins Haus bekommen: ,, ... Der Lehrbetrieb muß noch Mitte November wieder aufgenommen werden''. Die Professoren drohen mit



Prüfungen. Auf einer Vollversammlung haben die Psychologiestudenten die Fortsetzung des Streiks beschlossen und das auch den Professoren mitgeteilt. Die Universitätsvollversammlung am 7.11. unterstützte den Streik (Bild).

b.kav. **Als Seeräuberei bezeichnet der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Westphal in der ,,Zeit'' vom 23.11. die Absichten der UN-Seerechtskonferenz, nationale Wirtschaftzonen von 200 Seemeilen zu beschließen.** Indem Westphal von ,,Freiheit der Meere'' und ,,Existenzbedrohung der BRD'' schreibt, meint er die Bedrohung der BRD-Imperialisten, sich nicht mehr den Zugriff auf die gesamten Meeresbodenschätze und Fischvorkommen sichern zu können. Des weiteren sieht er die Möglichkeit schwinden, über die Ausbeutung der Meeresbodenschätze massiven Druck auf die Rohstoffpreise der Länder der 3. Welt auszuüben. Außerdem schreibt Westphal, der Beschluß wäre friedensgefährdend und droht an, daß die Imperialisten auch bereit sind, sich gewaltsam zu holen, was sie haben wollen und den Warenexport westdeutscher Meerestechnik (Dräger, HDW) zu sichern.

b.anr. **Noch in diesem Jahr sollen die Moorfleeter Gemüsebauern eine Entschädigung von 250000 DM für ihr HCH-verseuchtes Gemüse erhalten.** Boehringer zahlt jedoch nur unter der Bedingung, daß die Bauern gegen die Stadt Hamburg einen Musterprozeß führen, der klären soll, ob die hohen Auflagen auf das Gemüse zu recht erteilt werden. Die Berufsverbände der Gemüsegärtner werden den Prozeß führen, um an die Entschädigungszahlung schon jetzt heranzukommen, denn sonst müßten die Betroffenen einzeln Privatklage gegen Boehringer anstrengen, was Jahre dauern kann und mehrere Betriebe nicht überstehen würden. In dem Fall, daß Boehringer den Prozeß gewinnt, wird er die Stadt regreßpflichtig machen und sich zunächst einmal aus der Schußlinie katapultiert haben: 1. Er kann, ohne Entschädigung zahlen zu müssen, weiter

nicht mehr den Zugriff auf die gesamten Meeresbodenschätze und Fischvorkommen sichern zu können. Des weiteren sieht er die Möglichkeit schwinden, über die Ausbeutung der Meeresbodenschätze massiven Druck auf die Rohstoffpreise der Länder der 3. Welt auszuüben. Außerdem schreibt Westphal, der Beschluß wäre friedensgefährdend und droht an, daß die Imperialisten auch bereit sind, sich gewaltsam zu holen, was sie haben wollen und den Warenexport westdeutscher Meerestechnik (Dräger, HDW) zu sichern.

b.anr. **Noch in diesem Jahr sollen die Moorfleeter Gemüsebauern eine Entschädigung von 250000 DM für ihr HCH-verseuchtes Gemüse erhalten.** Boehringer zahlt jedoch nur unter der Bedingung, daß die Bauern gegen die Stadt Hamburg einen Musterprozeß führen, der klären soll, ob die hohen Auflagen auf das Gemüse zu recht erteilt werden. Die Berufsverbände der Gemüsegärtner werden den Prozeß führen, um an die Entschädigungszahlung schon jetzt heranzukommen, denn sonst müßten die Betroffenen einzeln Privatklage gegen Boehringer anstrengen, was Jahre dauern kann und mehrere Betriebe nicht überstehen würden. In dem Fall, daß Boehringer den Prozeß gewinnt, wird er die Stadt regreßpflichtig machen und sich zunächst einmal aus der Schußlinie katapultiert haben: 1. Er kann, ohne Entschädigung zahlen zu müssen, weiter
produzieren wie bisher. 2. Der Ruin der Bauern würde schneller vorangetrieben, denn so erscheinen die Bauern als diejenigen, die darum prozessieren, verseuchtes Gemüse auf den Markt bringen zu dürfen, was dann auch keiner kaufen wird. Deshalb haben die Gemüse- und Kleingärtner auf einer Veranstaltung der Bürgeraktion, an der 300 teilnahmen, erneut ihre Hauptforderung bekräftigt, daß die Emmissionen eingestellt werden müssen und eine lückenlose Überprüfung unter Beteiligung der Betroffenen stattfindet.

b.güt. **Ab Januar 1980 führte die Volkshochschule bei den Hamburger Aluminiumwerken (HAW) Deutschunterricht für ausländische Arbeiter durch.** Dies hat der Betriebsrat durchgesetzt. Die Kurse finden außerhalb der Arbeitszeit statt und sind so gelegt, daß auch Kontischichtarbeiter regelmäßig teilnehmen können. Die Kosten übernehmen die Kapitalisten. Das Interessse der ausländischen Arbeiter ist groß. Jeder zweite will teilnehmen. Sie wollen die deutsche Sprache lernen, um sich besser gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat behaupten zu können.

b.thc. **Bei der Hell GmbH soll die Nachtschicht eingeführt werden.** Bereits im Oktober haben die Schichtarbeiter bei Hell über den Betriebsrat eine Erhöhung der Schichtzulage gefordert. Die Geschäftsleitung hat daraufhin einer Erhöhung um über 100% zugestimmt. Von 1,10 DM auf 2,15 bis 4 DM in der Zeit von 14.45 bis 20 Uhr und danach 15%/Std. Für jede voll geleistete Spätschicht sollen statt 5 DM für alle jetzt 10,25 DM bis 19 DM je Lohngruppe am Ende des Jahres gezahlt werden. Diese Erhöhung hat jedoch keinen anderen Zweck, als die Arbeiter für die Nachtschicht zu ködern. Im Februar wurde mit dem Wechselschichtbetrieb begonnen. Die Firma hat gegenüber dem Vorjahr ein Umsatzplus von 36% auf 276 Mio. DM über die intensive Schweißauspressung erreicht. Die Belegschaft ist nur um 10% gestiegen. Die Arbeiter wie auch der Betriebsrat sind gegen die Nachtschicht. Am 4.12. findet eine Betriebsversammlung statt, wo neben dem Lohnkampf dies zum Ausdruck gebracht wird.

r.all. **Erneut mußte die hannoversche Lokalpresse über die katastrophalen Zustände in einem Städtischen Krankenhaus, dem Nordstadt-Krankenhaus, berichten.** Der Stationsarzt der Chirugischen Intensivstation hatte die Übernahme der Verantwortung für die Weiterbehandlung der Intensivpatienten unter den gegenwärtigen Bedingungen abgelehnt: Patientenzimmer sind überbelegt, Gefährdung der Patienten durch unzureichende Hygiene, da die Intensivstation nicht gegenüber einer benachbarten Normalstation abgeschirmt ist und der tägliche Besucherverkehr der Allgmeinstation über den ,,Intensiv''flur läuft, fünf Planstellen für Pflegepersonal fehlen, zu wenige Krankengymnastinnen, unzureichende apparative Ausstattung (d.h. zum Röntgen müssen beatmete Intensivpatienten durch den Krankenhausgarten in die Röntgenabteilung gefahren werden!) Nachdem wenige Wochen zuvor 41 Assistenzärzte des Nordstadtkrankenhauses die Kostendämpfungspolitik über die Bereitschaftdienste angegriffen hatten und ,,die Verantwortung für eventuelle übermüdungsbedingte Zwischenfälle im Rahmen der jetzigen 32 bis 56-Stunden-Schichten'' schriftlich abgelehnt hatten, mußte Beste die Flucht nach vorn antreten: Er lud die Presse zur Besichtigung ein und mußte Abhilfe versprechen. Am 5.12. steht vor dem Arbeitsgericht die von der ÖTV unterstützte Klage von acht Assistenzärzten der städtischen Kinderklinik Cecilienstift gegen die Überlastung durch die Bereitschaftsdienste an. Die Krankenhausbelegschaften schließen sich in der Gewerkschaft ÖTV zusammen und drängen nach einheitlichem Kampf gegen Überarbeit, Arbeitshetze und Verrottung des Gesundheitswesens.

b.peb. **Mit Beschluß des Hamburger Senats vom 30.10. wurden die Kompetenzen der Bezirksämter in Fragen des Bauwesens erweitert.** Der Beschluß ändert gewisse Zuständigkeiten wie sie im Bundesbau- und im Städtebauförderungsgesetz, beide von 1976, festgehalten sind. So waren bisher die Bezirksämter für das Aushängen der Bebauungspläne zuständig. Jetzt haben sie das ,,Recht'', in begründeten Fällen, über Änderungen am Bebauungsplan zu entscheiden, wenn diese Änderungen zuvor schon in den Bebauungsplänen nicht ausgeschlossen waren, oder die Baubehörde innerhalb zwei Monate nicht Einspruch erhebt. – Weiter ist

41 Assistenzärzte des Nordstadtkrankenhauses die Kostendämpfungspolitik über die Bereitschaftdienste angegriffen hatten und ,,die Verantwortung für eventuelle übermüdungsbedingte Zwischenfälle im Rahmen der jetzigen 32 bis 56-Stunden-Schichten'' schriftlich abgelehnt hatten, mußte Beste die Flucht nach vorn antreten: Er lud die Presse zur Besichtigung ein und mußte Abhilfe versprechen. Am 5.12. steht vor dem Arbeitsgericht die von der ÖTV unterstützte Klage von acht Assistenzärzten der städtischen Kinderklinik Cecilienstift gegen die Überlastung durch die Bereitschaftsdienste an. Die Krankenhausbelegschaften schließen sich in der Gewerkschaft ÖTV zusammen und drängen nach einheitlichem Kampf gegen Überarbeit, Arbeitshetze und Verrottung des Gesundheitswesens.

b.peb. **Mit Beschluß des Hamburger Senats vom 30.10. wurden die Kompetenzen der Bezirksämter in Fragen des Bauwesens erweitert.** Der Beschluß ändert gewisse Zuständigkeiten wie sie im Bundesbau- und im Städtebauförderungsgesetz, beide von 1976, festgehalten sind. So waren bisher die Bezirksämter für das Aushängen der Bebauungspläne zuständig. Jetzt haben sie das ,,Recht'', in begründeten Fällen, über Änderungen am Bebauungsplan zu entscheiden, wenn diese Änderungen zuvor schon in den Bebauungsplänen nicht ausgeschlossen waren, oder die Baubehörde innerhalb zwei Monate nicht Einspruch erhebt. – Weiter ist
jetzt die Erstellung der Sozialpläne nach §8(2) Städtebauförderungs- und §13(2) Bundesbaugesetz auf die Bezirksämter übertragen worden. Damit ist ein Bezirksamt jetzt für die Untersuchung der sozialen Verhältnisse in einem Sanierungsgebiet zuständig und hat den Betroffenen bei der ,,Suche'' von anderern Wohnungen und der Beratung über finanzielle Hilfen Hilfestellung zu leisten, was gleichzeitig bedeutet, daß sich die Auseinandersetzung um die Stadtsanierung von der Baubehörde auf die Bezirksämter verlagert. – Der Senat verschiebt damit Unterdrückertätigkeiten an die Bezirksämter und bringt sich aus der Schußlinie.

b.chg. **,,Praktizierter Umweltschutz'' nennt der Flensburger Magistrat die neue Baumschutzverordnung.** Der §20 des Landschaftspflegegesetzes verschafft den Kommunen dieses Eingriffsfeld bis hinein in die Vorgärten. Ob ein Baum im Vorgarten abgesägt werden darf oder nicht, entscheidet in Zukunft nicht mehr der Hausbesitzer, sondern die Landschaftspflegebehörde des Magistrats: ,,Die Entfernung und Beschädigung der unter Schutz stehenden Bäume ist verboten. Eine Mißachtung dieses Verbots gilt als Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 3000 DM geahndet werden.'' Nach dieser offenen Drohung bietet Stadtrat Müller die ,,Befreiung'' von diesem Verbot an, wenn die nötigen Ersatzpflanzungen nachgewiesen werden können. Ist dies nicht der Fall, verlangt die Stadt Flensburg eine entsprechende Ausgleichszahlung. Diese Zwangsmaßnahmen versucht der Magistrat als ,,besonders wichtiges öffentliches Interesse (...) zur Sicherung einer gesunden Umwelt'' hinzudrehen.

Hinterlist der Elektrokapitalisten: niedrige Lohngruppen

r.jöd. Betriebsversammlung Siemens Braunschweig: Der Betriebsratsvorsitzende fordert die Geschäftsleitung auf, die tariflich abgesicherte Leistungszulage von 13% zu zahlen, die in der Lohngruppe 2 seit Monaten unterschritten wird. Auch ein Vertreter der IG Metall fordert die Anhebung der unteren Lohngruppen. 150 DM Festgeld und 170 Mark / 8% mindestens – für und wider – werden auf der Betriebsversammlung erörtert. Das Absinken der Belegschaften in der Elektroindustrie unter den Durchschnittslohn aller rentenversicherten Arbeiter in Höhe von ca. 2300 Mark ist eine eindeutige Entwicklung der letzten Jahre. Der Konkurrenzkampf der Konzerne in der Elektroindustrie läßt den Kapitalisten keine Ruhe. Wollen sie einen Extraprofit realisieren, müssen sie nicht nur die Produktivität steigern, das reicht nicht. Der Ausbeutungsgrad muß erhöht werden.

Betriebsversammlung Siemens Westberlin: Die Geschäftsleitung gibt bekannt, daß zur Sicherung des Relaiswerks die Produktion im kommenden Jahr von 7,4 Millionen auf 10 Millionen Relais gesteigert werden soll. Zur gleichen Zeit gibt der Aufsichtsrat und Vorstand der Siemens AG Berlin/-München bekannt, daß die Aktionäre für das Geschäftsjahr 1978/79 mit einer Dividende von 8 DM je 50-Mark-Aktie rechnen können. Gesamtgewinnausschüttung: 283 Millionen DM. 21 Millionen mehr als im Vorjahr.

Zur gleichen Zeit gibt der AEG-Telefunken-Konzern seine Entlassungen bis 1982 bekannt: rund 12000. Kürzung der Belegschaft um 29%. Bei AEG-Olympia werden 3000 Entlassungen angekündigt. In Westberlin ist die Belegschaft von 72000 (1966) auf 43000 (1978) in der Elektroindustrie gesenkt worden. Durch erhebliche Steigerung der Ausbeutung und damit Steigerung der Extraprofite ist auch bei sinkender Zahl der Beschäftigten der Profit gestiegen.

Mit billiger Frauenarbeit und hoher Arbeitsintensität wirtschaften die Kapitalisten. Der Krankenstand ist zuweilen bis zu 17%, zeitweise noch höher. Bei Bosch-Blaupunkt in Niedersachsen sind 70% aller Beschäftigten in den Lohngruppen 1 bis 3. Davon 80% Frauen. Lohngruppe 2 macht einschließlich Akkordsatz von 130% einen Bruttomonatslohn von 1615 DM. Arbeitet die Frau mit und hat die Familie ein Kind, sind das bei Steuerklasse V weniger als 900 DM, in Steuerklasse IV rd. 1150 DM. Das reicht nicht für die Familie, nicht für die Frau allein. Deshalb arbeiten Mann und Frau.

Die Elektrokonzerne versuchen, die Krise zu nutzen, indem sie aus den ,,höheren'' Lohngruppen entlassen und die unteren noch mehr auffüllen, wenn die Produktionsumstellung gelungen ist. Die Durchsetzung einer Lohnförderung, die die unteren Lohngruppen stärker anhebt, ist die eine Seite, der Kampf gegen Rationalisierung und Eingruppierung ist der andere Kampf, der geführt wird. Dies beweisen die untenstehenden Zahlen.

Ist es in Niedersachsen immerhin gelungen, den Anteil der Beschäftigten in der Gruppe der ungelernten Arbeiter von 34,5% (1966) auf 27,4% (1979) an den Gesamtbelegschaften zu senken, so ist in Westberlin die Entwicklung in den letzten Jahren umgekehrt worden.

Durch die Forderung 170 DM / 8% mindestens wird dies nicht abgeschafft, sondern die Abspaltung nur abgeschwächt. Andererseits ist eine gemischte Forderung sicher richtig, um die Aktionseinheit in der gesamten Metallindustrie herzustellen. Der Kampf gegen die niedrige Lohneingruppierung, für die Absicherung des Akkords und die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen muß aber in den Lohnkampf immer wieder einfließen. Es sind Forderungen, die in den nächsten Jahren durchgesetzt werden müssen.

Elektroindustrie: Niedersachsen (Nds.) und Westberlin (WBln.)

	Beschäftigte		Anteil der Frauen (%)		Anteil ungel. Arb. (%)		Ant. Frauen an d. ungel. Arb. (%)	
Jahr	Nds.	WBln.	Nds.	WBln.	Nds.	WBln	Nds.	WBln
1964			39,4	47,5	34,5	32,1	89	93
1969	77000	69000	40,6	48,0	34,6	30,7	90	92
1970	84000	76000	41,7	44,8	33,9	27,4	89	93
1971	80000	66000	41,4	46,0	31,1	28,5	89	92
1974	80000	59000	45,2	47,3	29,3	37,5	96	93
1975	72000	52000	45,3	47,0	29,4	35,9	96	93
1978	72000	43000	46,8	46,7	28,0	34,1	96	94
1979			46,4	47,0	27,4	34,3	96	94

%
30
Prozentanteil
der ungelernten Arbeiter
Elektroindustrie, Westberlin
20

Aktie rechnen können. Gesamtgewinnausschüttung: 283 Millionen DM. 21 Millionen mehr als im Vorjahr.

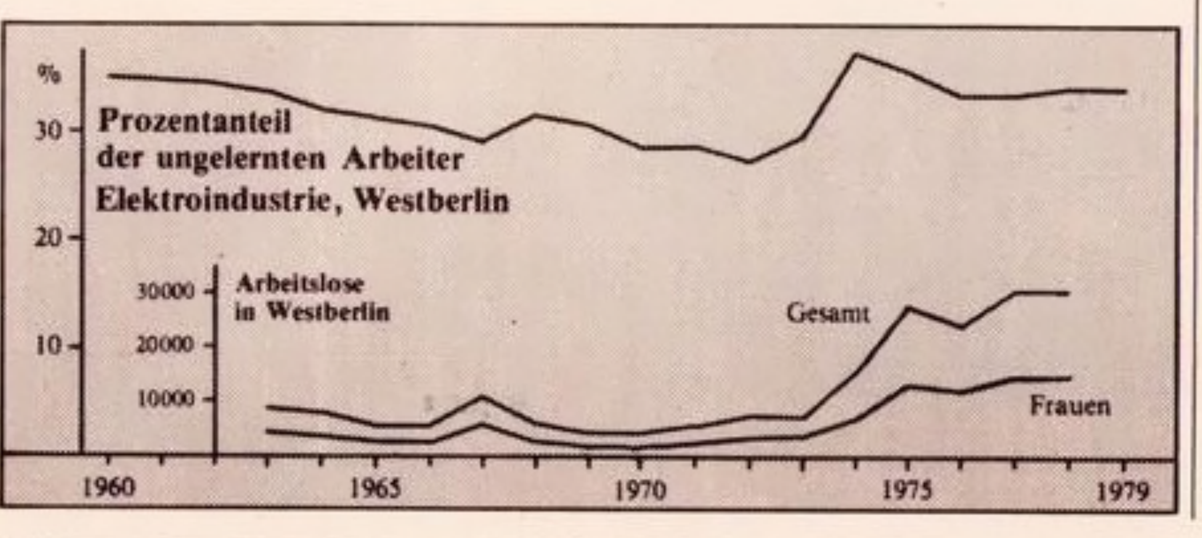
Zur gleichen Zeit gibt der AEG-Telefunken-Konzern seine Entlassungen bis 1982 bekannt: rund 12000. Kürzung der Belegschaft um 29%. Bei AEG-Olympia werden 3000 Entlassungen angekündigt. In Westberlin ist die Belegschaft von 72000 (1966) auf 43000 (1978) in der Elektroindustrie gesenkt worden. Durch erhebliche Steigerung der Ausbeutung und damit Steigerung der Extraprofite ist auch bei sinkender Zahl der Beschäftigten der Profit gestiegen.

den Gesamtbelegschaften zu senken, so ist in Westberlin die Entwicklung in den letzten Jahren umgekehrt worden.

Durch die Forderung 170 DM / 8% mindestens wird dies nicht abgeschafft, sondern die Abspaltung nur abgeschwächt. Andererseits ist eine gemischte Forderung sicher richtig, um die Aktionseinheit in der gesamten Metallindustrie herzustellen. Der Kampf gegen die niedrige Lohneingruppierung, für die Absicherung des Akkords und die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen muß aber in den Lohnkampf immer wieder einfließen. Es sind Forderungen, die in den nächsten Jahren durchgesetzt werden müssen.

Elektroindustrie: Niedersachsen (Nds.) und Westberlin (WBln.)

	Beschäftigte		Anteil der Frauen (%)		Anteil ungel. Arb. (%)		Ant. Frauen an d. ungel. Arb. (%)	
Jahr	Nds.	WBln.	Nds.	WBln.	Nds.	WBln	Nds.	WBln
1964			39,4	47,5	34,5	32,1	89	93
1969	77000	69000	40,6	48,0	34,6	30,7	90	92
1970	84000	76000	41,7	44,8	33,9	27,4	89	93
1971	80000	66000	41,4	46,0	31,1	28,5	89	92
1974	80000	59000	45,2	47,3	29,3	37,5	96	93
1975	72000	52000	45,3	47,0	29,4	35,9	96	93
1978	72000	43000	46,8	46,7	28,0	34,1	96	94
1979			46,4	47,0	27,4	34,3	96	94

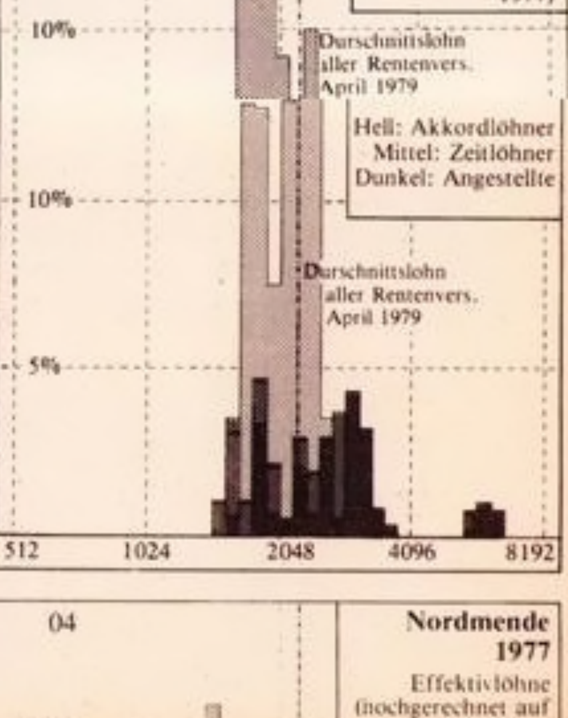


01
Telefunken Hannover Mai 1979
Nur Akkordarbeiter
∅ Akkordsatz 125%
Hell: Frauen
Dunkel: Männer
40% 30% 20% 10%
Durschnittslohn aller Rentenvers. April 1979
512 1024 2048 4096 8192

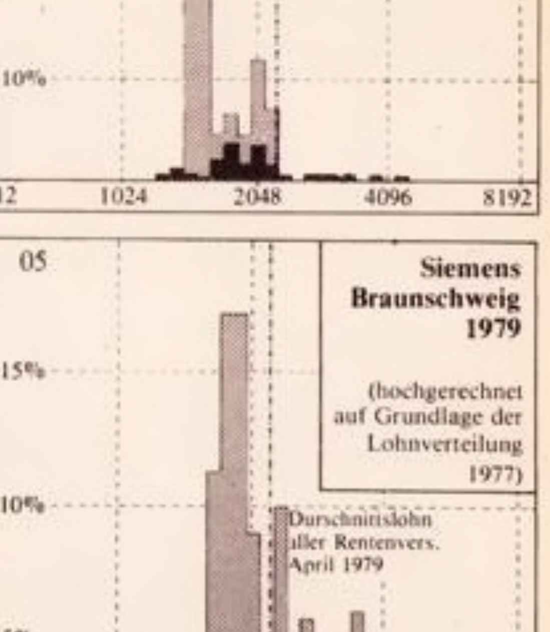
02
NRI Buxtehude Februar 1979
Hell: Arbeiter
Dunkel: Angestellte
Untere Lohngruppen: Nur Frauen
10% 5%
Durschnittslohn aller Rentenvers. April 1979
512 1024 2048 4096 8192

03
Zeiss Göttingen März 7979
Hell: Akkordlöhner
Mittel: Zeitlöhner
Dunkel: Angestellte
15% 10% 5%
Durschnittslohn aller Rentenvers. April 1979
512 1024 2048 4096 8192

04
Nordmende 1977
Effektivlöhne (hochgerechnet auf Grundlage der Lohnverteilung 1977)
Hell: Arbeiter
Dunkel: Angestellte
40% 30% 20% 10%
Durschnittslohn aller Rentenvers. April 1979
512 1024 2048 4096 8192

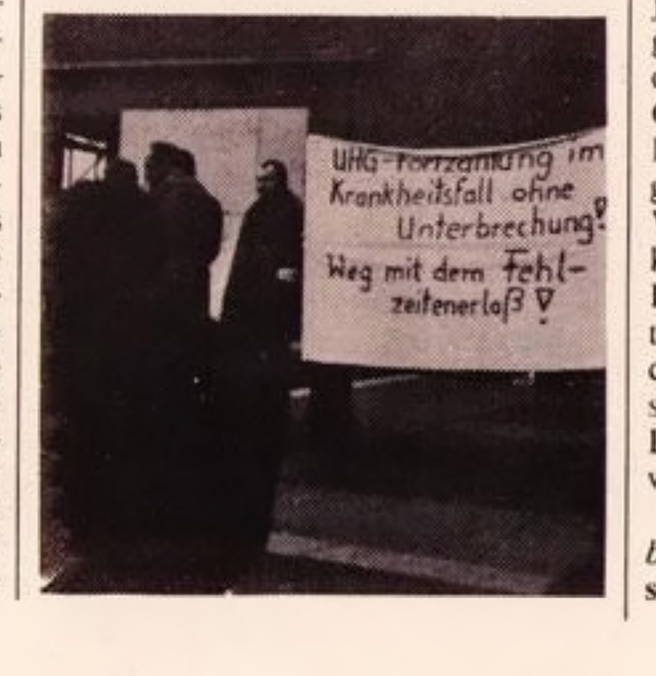


04
Nordmende 1977
Effektivlöhne (hochgerechnet auf Grundlage der Lohnverteilung 1977)
Hell: Arbeiter
Dunkel: Angestellte
40% 30% 20% 10%
Durschnittslohn aller Rentenvers. April 1979
512 1024 2048 4096 8192



r.güt. **Wegen ,,keinem öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung'' wurde der Prozeß gegen den ehemaligen Blocksprecher der G 16 Uwe Zabel eingestellt.** Er war angeklagt wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz bei der Leitung einer Demonstration der Berufschüler gegen den Blockunterricht und Kurssystem. Der Prozeß war für den Hamburger Senat und Klose durch seinen Verlauf zu einem politischen Risiko geworden. Ihre Absicht war es, die Streikerfolge der Berufsschüler in der Verhinderung der generellen Einführung des Kurssystems durch Aburteilung der Streikführer zu schmälern, die Berufsschüler zu demütigen, um dann nach und nach das Kurssystem einzuführen. Dies Vorhaben ist geplatzt. Gewerkschaften, insbesondere die IG-Metall, und Betriebsräte haben den Kampf gegen die Angriffe auf die Interessen der Arbeiterjugend und ihre Forderungen unterstützt. Die IG-Metall hat den Schülern auf einer Versammlung allseitige Unterstützung zugesagt. Das hat es noch nicht gegeben. Die Kapitalisten und ihr Staat wurden nervös und mußten den Angriff fallen lassen. Klose hat sich, sozusagen um ,,Boden gut zu machen'' für die Vertreterversammlung der IG-Metall im Dezember als ,,Gast'' angemeldet.

b.bek. **Letzten Donnerstag führten über 250 Umschüler der Hamburger Umschulungseinrichtungen während der Schulzeit eine Kundgebung vorm Arbeitsamt durch.** Gefordert wurde Unterhaltsgeldfortzahlung im Krankheitsfall und Rücknahme des Fehlzeitenerlasses, nach dem bei stundenweisem Fehlen für den ganzen Tag kein



Geld gezahlt wird. Dies hat Arbeitsamtsleiter Oldenburg auch für die Teilnahme an der Kundgebung angedroht.

b.sal.Büsum. **Die zum zweiten Mal angesetzte Haubitzentestserie von der Hubinsel ,,Barbara'' in der Dithmarscher Bucht konnte noch nicht fortgesetzt werden.** Wieder haben Fischer, Gemeindevertreter und die Bürgerinitiative ,,Kein Schießen in der Meldorfer Bucht'' dafür gesorgt, daß sich zu den angegebenen Schießzeiten Kutter oder Butterdampfer im Sicherheitsbereich aufhielten. Um dennoch die langjährigen Pläne des Bundesverteidigungsministeriums durchzusetzen, will die Landesregierung jetzt der Büsumer Gemeinde Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen für die seit Jahren notwendige Erneuerung des Sperrwerkes zur Verfügung stellen. Mit 500000 DM bekommt Büsum den weitaus höchsten Betrag aus dem kommunalen Investitionsfond, muß aber die restlichen Gelder selbst aufbringen. Über diese ,,besondere Berücksichtigung'' will die Landesregierung die Gemeinde für ihre weiteren Pläne gefügig machen.

b.wir. **Die Durchfallquote bei den Gesellenprüfungen der Zahntechniker**



Bis auf zwei Fachbereiche ist der Streik an der Fachhochschule Hamburg sehr geschlossen durchgeführt worden. Die Forderungen der Studenten sind auf drei Veranstaltungen von Gewerkschaftsvertretern unterstützt worden.

Aktionen gegen verschärfte Studienbedingungen. Erhalt der Vertretungsorgane notwendig.

r.wil. An mehreren Fachhochschulen (FH's) in Niedersachsen fanden vom 26.11.–1.12.79 die vom Projektbereich Fachhochschulen/Gesamthochschulen der VDS beschlossenen Streik- und Aktionstage statt. An der FH-Bielefeld wurde für die Zeit vom 26.11.–30.11. ein Streik beschlossen. Die Aktionen und Forderungen der FH-Studenten richten sich gegen verschärfte Studien- und Prüfungsbedingungen, die durch neue Studien- und Prüfungsordnungen auf Grundlage der Länderhochschulgesetze durchgesetzt werden sollen. Von den Landesregierungen wird dabei die Politik verfolgt, auch ohne Zwangsexmatrikulation, die aus dem HRG gestrichen ist, die Arbeitszeit zu verdichten, die Prüfungsanforderungen zu steigern und die Abbrecherquote weiter zu erhöhen.

An der FH-Wilhelmshaven und an der FH-Hannover für Elektrotechnik und Maschinenbau (E+M) wurden von den Studenten 60–70 Wochenstunden errechnet, die nötig wären, um das Studium einigermaßen absolvieren zu können. Dazu kommt, daß die Durchfallquote von fachabschließenden Klausuren bis zu 90% betragen, was eine Untersuchung an der FH-Hannover (E+M) ergab. Die vom Wissenschaftsministerium (WiMi) erlassene Prüfungsordnung (PO) sieht für die Wiederholbarkeit von Studienleistungen nur eine Möglichkeit vor. An der FH-Hannover (E+M) hat der Fachbereichsrat Elektrotechnik die Wiederholbarkeit von Studienleistungen im Grundstudium ganz ausgeschlossen, was bedeutet, daß die Studenten in der Zwischenprüfung 10–25 Klausuren schreiben müssen. Zu diesen Studien- und Prüfungsbedingungen wurden an den FH's in den Streik- und Aktionstagen Untersuchungen erstellt, Veranstaltungen durchgeführt und Forderungen erhoben wie: Keine Durchfallquoten die höher als 50% sind, Wiederholbarkeit von Studienleistungen, Einspruchsrecht in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten. Auf zwei öffentlichen Fachbereichsratssitzungen der FH-Hannover (E+M) werden die Forderungen der Studenten in Form von Anträgen zur Beschlußfassung gestellt. An den meisten FH's wurden von den Studenten Forderungen aufgestellt, die den Charakter haben, Bedingungen zu schaffen, das Studium in angemessener Zeit erfolgreich abzuschließen.

Als wesentlicher Bestandteil der Aktionstage hat sich der Kampf der Studenten um den Erhalt ihrer Selbstvertretungsorgange entwickelt. An fast allen Hochschulen versucht das Wissenschaftsministerium jetzt Wahlen der Studentenvertretungen auf Grundlage der Länderhochschulgesetze durchzuführen. Sie werden durchweg von den Studenten abgelehnt und Wahlen nach Wahlordnungen (WO), die sich die Studenten selbst gegeben haben, durchgeführt. Die so gewählten Studentenvertretungen werden jedoch von den Hochschulleitungen und dem Wissenschaftsministerium nicht anerkannt und wie an der FH-Hildesheim ihres Amtes enthoben. An der FH-Hannover (E+M) drohte der Rektor Graubner der Studentenschaft mit 1000 DM Geldstrafe und Zwangsgelder für die einzelnen Kandidaten, falls sie sich nach der WO der Studentenschaft wählen lassen. Die Wahlen wurden durchgeführt mit 53% Wahlbeteiligung und die Drohung von 1000 DM, die vom Verwaltungsgericht bestätigt werden sollte, von demselben zurückgewiesen. In den Aktionstagen genehmigte der Rektor der FH-Hannover (E+M) dem AStA keine Räume, mit der Begründung, er sei illegal. Durchsetzen wird sich die Studentenschaft nur, wenn sie den Kampf gegen die verschärften Studien- und Prüfungsbedingungen mit dem Kampf um den Erhalt ihrer selbstgewählten Studentenvertretungen verbindet.

26.11.–30.11. ein Streik beschlossen. Die Aktionen und Forderungen der FH-Studenten richten sich gegen verschärfte Studien- und Prüfungsbedingungen, die durch neue Studien- und Prüfungsordnungen auf Grundlage der Länderhochschulgesetze durchgesetzt werden sollen. Von den Landesregierungen wird dabei die Politik verfolgt, auch ohne Zwangsexmatrikulation, die aus dem HRG gestrichen ist, die Arbeitszeit zu verdichten, die Prüfungsanforderungen zu steigern und die Abbrecherquote weiter zu erhöhen.

An der FH-Wilhelmshaven und an der FH-Hannover für Elektrotechnik und Maschinenbau (E+M) wurden von den Studenten 60–70 Wochenstunden errechnet, die nötig wären, um das Studium einigermaßen absolvieren zu können. Dazu kommt, daß die Durchfallquote von fachabschließenden Klausuren bis zu 90% betragen, was eine Untersuchung an der FH-Hannover (E+M) ergab. Die vom Wissenschaftsministerium (WiMi) erlassene Prüfungsordnung (PO) sieht für die Wiederholbarkeit von Studienleistungen nur eine Möglichkeit vor. An der FH-Hannover (E+M) hat der Fachbereichsrat Elektrotechnik die Wiederholbarkeit von Studienleistungen im Grundstudium ganz ausgeschlossen, was bedeutet, daß die Studenten in der Zwischenprüfung 10–25

sten FH's wurden von den Studenten Forderungen aufgestellt, die den Charakter haben, Bedingungen zu schaffen, das Studium in angemessener Zeit erfolgreich abzuschließen.

Als wesentlicher Bestandteil der Aktionstage hat sich der Kampf der Studenten um den Erhalt ihrer Selbstvertretungsorgange entwickelt. An fast allen Hochschulen versucht das Wissenschaftsministerium jetzt Wahlen der Studentenvertretungen auf Grundlage der Länderhochschulgesetze durchzuführen. Sie werden durchweg von den Studenten abgelehnt und Wahlen nach Wahlordnungen (WO), die sich die Studenten selbst gegeben haben, durchgeführt. Die so gewählten Studentenvertretungen werden jedoch von den Hochschulleitungen und dem Wissenschaftsministerium nicht anerkannt und wie an der FH-Hildesheim ihres Amtes enthoben. An der FH-Hannover (E+M) drohte der Rektor Graubner der Studentenschaft mit 1000 DM Geldstrafe und Zwangsgelder für die einzelnen Kandidaten, falls sie sich nach der WO der Studentenschaft wählen lassen. Die Wahlen wurden durchgeführt mit 53% Wahlbeteiligung und die Drohung von 1000 DM, die vom Verwaltungsgericht bestätigt werden sollte, von demselben zurückgewiesen. In den Aktionstagen genehmigte der Rektor der FH-Hannover

Prozeß wegen Kindesmißhandlung

''Kinderfreundlichkeit'' der Sozialbehörden durch Bespitzelung der Familien

b.brr. Am 7.12.79 findet vor dem Amtsgericht Kiel ein Prozeß gegen Kindesmißhandlung gegen Frau M. statt. Angezeigt wurde sie durch das Jugendamt der Stadt Kiel, weil sie die Tochter ihres Mannes so stark geschlagen hatte, daß blaue Flecken zu sehen waren. Der gesamte Justizapparat wurde in Bewegung gesetzt, das Sorgerecht für das Kind entzogen und es bei Verwandten untergebracht. Dafür zahlt das Jugendamt 420 DM Geld, das vielleicht hätte verhindern können, was das Strafgesetzbuch ,,Kindesmißhandlung'' nennt.

Doch am Beispiel der Familie M. zeigt sich, daß der Staat mit seinem ,,sozialen Netz'' nicht das Interesse verfolgt, die Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien zu verbessern und die materiellen Grundlagen für eine gute Versorgung der Kinder zu gewährleisten. Sein Interesse ist, über Bespitzelung und Kontrolle die Familien für ihre elende Lage selbst verantwortlich zu machen.

Herr M. ist Baufacharbeiter. Sein Tariflohn beträgt bei einer 40-Stunden-Woche 1961,26 DM brutto, bei Steuerklasse III 1456,77 DM netto. 171,50 DM zieht der Staat von diesem Lohn an Steuern ab. Für die 6köpfige Familie M. reicht das nicht, also schindet sich Herr M. im Akkord und macht Überstunden. So kommt er auf einen Nettolohn zwischen 1800 DM und 2200 DM. Berechnet man die festen Ausgaben der Familie, sieht man, wie ,,hoch'' dieser Lohn ist. Miete für die 4½-Zimmer-Wohnung 606 DM, Strom 85 DM, Versicherungen 148,85 DM, Gewerkschaftsbeitrag 26 DM, KN 14,60 DM und Kreditabzahlungen für die Renovierung der Altbauwohnung und Anschaffung von Kinder- und Küchenmöbeln in Höhe von 306 DM. Mit Kindergeld in Höhe von 550 DM bleiben vom durchschnittlichen Nettolohn des Herrn M. noch 1153,55 DM. Vorausgesetzt ist dabei allerdings, daß Arbeitslosigkeit Herrn M. nicht von der Akkord- und Überstundenschinderei abhält. Dann verbliebe – nach Einhaltung aller Verbindlichkeiten – nur noch ein Minus.

Den Ausweg, den die meisten Arbeiterfamilien in dieser Lage suchen – die Mitarbeit der Frau – scheidet wegen eines schweren Hüftleidens von Frau M. aus. Da selbst sparsamstes Haushalten keine Lösung bietet, wendet sich Frau M. an verschiedene Ämter der Stadt Kiel. Anträge beim Sozialamt werden abgelehnt, weil dort z.B. Schulden und Lebensversicherungen als notwendige Ausgaben nicht anerkannt werden und damit Familie M. über dem Sozialhilfesatz liegt, obwohl das Geld gar nicht vorhanden ist. Nach langem Hin und Her konnte die Finanzierung einer Haushaltshilfe zur Unterstützung von Frau M. durchgesetzt werden. Die Zahlungen sind aber so unregelmäßig, daß keine Haushaltshilfe lange bleibt und Frau M. deswegen ständig auf dem Sozialamt sitzt. Überpünktlich ist jedoch jedes Amt, wenn es darum geht, Lohnbescheinigungen anzufordern und Zahlungen einzustellen oder zurückzufordern. Jugendamt, Wohnungsamt und Sozialamt haben alle eigene Vordrucke, die Herr M. jedesmal von seinem Chef ausfüllen lassen muß. Werden die Bescheinigungen nicht prompt eingereicht, werden die Zahlungen gestoppt.

Materielle Not und Schikane bei den Behörden führen unausweichlich zu Krächen und Widersprüchen in der Familie. Schon in der Schule lernen die Kinder, daß sie sich mit Problemen ans Jugendamt wenden können. Diese Möglichkeit verschärft eher die Widersprüche, als daß versucht wird, sie innerhalb der Familie zu lösen. Mit weisen Ratschlägen wird an diesen Widersprüchen herumgedoktert, jedes Erziehungsverhalten hinterfragt und verunsichert, bis keiner mehr weiß, was eigentlich richtig ist, und so Eltern gegen Kinder und Kinder gegen Eltern aufgehetzt werden. Daß in solch einer Lage einer Frau einmal die Nerven durchgehen und sie das Kind zu hart schlägt, weil es die letzten 2,50 DM aus dem Haushaltsportemonnaie geklaut hat, ist zwangsläufig. Zwangsläufig entlädt sich die ganze Wut und der Haß auf diese Verhältnisse irgendwann, nur trifft es nicht immer die tatsächlich Schuldigen. Treffen sollte diese Wut die Kapitalisten und den Staat als Verantwortlichen für solche Vorkommnisse. Das Strafverfahren muß eine Anklage der sozialen Lage der Arbeiterklasse werden, und es muß durchgesetzt werden, daß das Verfahren wegen Kindesmißhandlung gegen Frau M. eingestellt wird.

Die Löhne zwingen zu Überstunden und Akkord

Gewerkschaft fordert für Baumschularbeiter Angleichung der Löhne an die Industrie

b.dim. Die Arbeiter im Gartenbau und in den Baumschulen können aufgrund ihres außerordentlich niedrigen Lohns zu Überstunden und Akkord von den Kapitalisten gezwungen werden. Die tariflichen Löhne in den Baumschulen schwanken zwischen 11,25 DM für 1. Gehilfen (Gesellen) und 4,50 DM für 15- und 16-jährige ungelernte Arbeiter für leichte Tätigkeiten. Ein Baumschulgärtner im 4. Gehilfenjahr verdient in der Stunde 9,35 DM. Bei durchschnittlich 185 Stunden (tarifliche 42-Stunden-Woche) sind das 1729,75 DM brutto und 1312,85 DM netto (Lohnsteuerklasse III). Ein angelernter Arbeiter über 22 Jahre hat 8,50 DM in der Stunde und 1572,50 DM brutto, netto 1211,82 DM. Ein ungelernter Arbeiter über 21 Jahre verdient 6,95 DM in der Stunde, 1285,75 DM brutto und 1024,30 DM netto.

Davon kann man nicht leben, auch wenn ein Teil dieser Arbeiter keine Kinder hat. Aber verheiratet werden sie oft sein, und ihre eigene Wohnung haben sie wohl alle. Ein großer Teil dieser Baumschularbeiter muß Überstunden machen. Rechnen wir exemplarisch mit 1 Stunde pro Werktag und samstags mit 5 Stunden, so sind das 42 Überstunden im Monat, vergütet mit 25% auf den Stundenlohn. Der Gehilfe hat jetzt 2220,73 DM brutto und 1633,29 DM netto, der angelernte Arbeiter verdient jetzt 2018,96 DM brutto und 1504,65 DM netto; der ungelernte Arbeiter 1646,53 DM brutto und 1260,68 DM netto. Mit diesen vielen Überstunden, die durchaus im Bereich des ,,normalen'' Durchschnitts liegen, erreichen jetzt die Baumschularbeiter ungefähr die vergleichbaren Industrielöhne bei 40 Stunden in der Woche. Ungefähr die gleiche Lohnhöhe läßt sich auch über Akkord, im wesentlichen Stücklohn, herausholen.

Es ist schon gut, daß die Gewerkschaft GGLF Berechnungen durchgeführt hat, die eindeutig ausführen, daß die landwirtschaftlichen Lohnunternehmen vergleichbare Industrielöhne zahlen können und dies von der GGLF auch gefordert wird, wie auch die 40-Stunden-Woche. Für die Arbeiter in den Baumschulen gilt das gleiche.



Nettolohn zwischen 1800 DM und 2200 DM. Berechnet man die festen Ausgaben der Familie, sieht man, wie ,,hoch'' dieser Lohn ist. Miete für die

ständig auf dem Sozialamt sitzt. Überpünktlich ist jedoch jedes Amt, wenn es darum geht, Lohnbescheinigungen anzufordern und Zahlungen einzustel-

setzt werden, daß das Verfahren wegen Kindesmißhandlung gegen Frau M. eingestellt wird.

Die Löhne zwingen zu Überstunden und Akkord

Gewerkschaft fordert für Baumschularbeiter Angleichung der Löhne an die Industrie

b.dim. Die Arbeiter im Gartenbau und in den Baumschulen können aufgrund ihres außerordentlich niedrigen Lohns zu Überstunden und Akkord von den Kapitalisten gezwungen werden. Die tariflichen Löhne in den Baumschulen schwanken zwischen 11,25 DM für 1. Gehilfen (Gesellen) und 4,50 DM für 15- und 16-jährige ungelernte Arbeiter für leichte Tätigkeiten. Ein Baumschulgärtner im 4. Gehilfenjahr verdient in der Stunde 9,35 DM. Bei durchschnittlich 185 Stunden (tarifliche 42-Stunden-Woche) sind das 1729,75 DM brutto und 1312,85 DM netto (Lohnsteuerklasse III). Ein angelernter Arbeiter über 22 Jahre hat 8,50 DM in der Stunde und 1572,50 DM brutto, netto 1211,82 DM. Ein ungelernter Arbeiter über 21 Jahre verdient 6,95 DM in der Stunde, 1285,75 DM brutto und 1024,30 DM netto.

Davon kann man nicht leben, auch wenn ein Teil dieser Arbeiter keine Kinder hat. Aber verheiratet werden sie oft sein, und ihre eigene Wohnung haben sie wohl alle. Ein großer Teil

beiter verdient jetzt 2018,96 DM brutto und 1504,65 DM netto; der ungelernte Arbeiter 1646,53 DM brutto und 1260,68 DM netto. Mit diesen vielen Überstunden, die durchaus im Bereich des ,,normalen'' Durchschnitts liegen, erreichen jetzt die Baumschularbeiter ungefähr die vergleichbaren Industrielöhne bei 40 Stunden in der Woche. Ungefähr die gleiche Lohnhöhe läßt sich auch über Akkord, im wesentlichen Stücklohn, herausholen.

Es ist schon gut, daß die Gewerkschaft GGLF Berechnungen durchgeführt hat, die eindeutig ausführen, daß die landwirtschaftlichen Lohnunternehmen vergleichbare Industrielöhne zahlen können und dies von der GGLF auch gefordert wird, wie auch die 40-Stunden-Woche. Für die Arbeiter in den Baumschulen gilt das gleiche.



liegt bei 20%. Der Obermeister der Zahntechniker-Innung, Stemann, hat erklärt, daß die Gesellen nach der Prüfung bescheiden nachlernen müßten. Jetzt hat die Innung die Prüfungsbedingungen verschärft. Die drei nächsten Prüfungsklassen haben von der Innung Aufklärung über die beabsichtigten Änderungen und Beibehaltung des bisherigen Verfahrens gefordert.

b.sul. **Das Verwaltungsgericht Hamburg hat entschieden, daß das Verbot der Iran-Demonstration vom 16.12.78 rechtswidrig war.** Alle Gründe des Senats wie ,,zu erwartende Ausschreitungen'', ,,Störung des Verkehrs'' wurden als unbegründet zurückgewiesen.

b.obj. Hamburg. **Bei den Rahmentarifverhandlungen der Seehafenarbeiter bisher keine guten Ergebnisse.** Statt der geforderten sechs Wochen Urlaub für alle Hafenarbeiter sollen dies nur die jetzt über 36jährigen erhalten und zwar ,,während der Laufzeit des Tarifvertrages''. Statt Einschränkung der Nachtschichten und Reduzierung der Dauer auf sechs Stunden, soll jetzt nur die Verpflichtung für die 3. und 4. Schicht am Sonnabend gestrichen werden. Forderungen wie Bezahlung des 13. Monatslohns nicht erst ab dem 4., sondern bereits ab dem 1. Beschäftigungsjahr fehlen ganz. Dieser Verhandlungsstand entspricht nicht der Kampfkraft der Hafenarbeiter. Die Bundestarifkommission tagt wieder am 6.12.79.

r.kiu. **Ab 1.1.1980 soll es in NRW keine Regelanfrage mehr geben.** Bewerber für den Öffentlichen Dienst sollen schriftlich über ihre Verpflichtung zur Verteidigung des Grundgesetzes belehrt werden. Sie müssen außerdem eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich festlegen, keine ,,Bestrebungen zu unterstützen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet ist''. Stellt sich heraus, daß Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes trotz dieser Unterschrift alle gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten, die sie brauchen, nutzen, so handelt es sich um ,,arglistige Täuschung''. Dies soll erstens zur Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst führen und zum Prozess wegen des oben genannten Delikts. Nach wie vor behält sich die Landesregierung das Recht vor, bei ,,Bedenken'' beim Verfassungsschutz nachzufragen.

Veranstaltungskalender

Karl Marx: ,,Lohn, Preis und Profit'

Altona, 3. bis 7.12., 20 Uhr, Gymn. Billrothstr.33
Harburg, 3. bis 7.12., 20 Uhr, Gaststätte ,,Löschteich'', Schwarzenbergstr. 70

Friedrich Engels: ,,Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie''

Eimsbüttel, 3. bis 7.12., 18 Uhr, Philosophenturm der Universität, von-Melle-Park, Raum 964

Lenin: ,,Staat und Revolution''

Nord, 3. bis 7.12., 20 Uhr, Schule Fraenkelstr.3

Lenin: ,,Was tun?''

Segeberg, 3. bis 7.12., 20 Uhr, Hotel ,,Stadt Hamburg'', Kurhausstr.

Karl Marx / Friedrich Engels: ,,Das Manifest der Kommunistischen Partei''

Lübeck, 3. bis 7.12., 20 Uhr, Zur Tonne, Marliring

Karl Marx: ,,Bürgerkrieg in Frankreich''

Kiel, 3. bis 7.12. 20 Uhr, Grillkate, Harriestr. 1

Prozeß gegen Schafganz und Wölk wegen Widerstandes bei einer Propagandaaktion zur Landtagswahl

Lübeck, Montag, den 3.12., 8.15 Uhr, Landgericht Lübeck, Saal 154

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen Lohnstein, Bartels, Pollmann und Ludwig

Flensburg, Dienstag, den 4.12., 9.15, Landgericht Flensburg, Saal 58

Prozeß gegen 11 Angeklagte wegen Durchführung eines Propagandastandes gegen die Verbotsdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML

Flensburg, 6. und 11.12., jeweils 9 Uhr, Amtsgericht, Südergraben, Zi. 32

Prozeß wegen Angriff auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien im Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein

Lübeck, 3.12., 9 Uhr, Amtsgericht Lübeck, Am Borgfeld 7, Zi. 165

Fortsetzung der Berufungsverhandlung gegen J.Oberkampf u.a. wegen Angriff auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien

Hamburg, 6.12., 9 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 126

Berufungsverhandlung gegen U.v.Appen, wegen Hausfriedensbruches an der Gewerblichen Berufsschule Kiel

Kiel, Freitag, den 7.12., 11 Uhr, Landgericht Kiel, Saal 154

Prozeß gegen U. Hölken, wegen verbotener Kundgebung des Spielmannszuges zur den Gemeinde- und Kreistagswahlen 1978

Lübeck, Freitag, den 7.12., 13 Uhr, Amtsgericht Lübeck, Saal 154

Prozeß wegen angeblicher Kindesmißhandlung gegen C.M.

Kiel, Freitag, den 7.12., 8.45 Uhr, Amtsgericht Kiel, Saal 112

Prozeß wegen ,,Störung'' einer Schmidt-Veranstaltung

Hamburg, 7.12., 10.30 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 119

Prozeß wegen Beteiligung an Iran-Demonstration

Hamburg, 3.12., 9 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Zi. 377b

Schüler in Flensburg fordern: Weg mit dem "Diskussionspapier"!

b.row. Unter dieser Forderung demonstrierten am 1.Dezember in Flensburg etwa 700 Jugendliche. Aufgerufen hatten zu dieser Demonstration die SVen der allgemeinbildenden Gymnasien. Dort wo das ,,Diskussionspapier: Zwölf Grundsätze für die Fortentwicklung der Oberstufe der Gymnasien in Schleswig-Holstein" bekannt wurde, ist es auf große Empörung der Schüler gestoßen. Von den SVen, so z.B. von der Goetheschule oder der Adelbyer Gesamtschule wurden Resolutionen an das Kultusministerium verabschiedet. An vielen Schulen wurden Informationsveranstaltungen organisiert. Das Papier beinhaltet eine Studienstufe, die umstrukturiert ist. Das Prüfungssemester, in dem nur Unterricht in den vier Prüfungsfächern gegeben wird, fällt weg. Statt dessen soll die elfte Jahrgangsstufe zu einem Einführungsjahr gemacht werden. Weiter werden insgesamt die Wahlmöglichkeiten eingeschränkt und die Pflichtstundenzahl hochgeschraubt. Insgesamt sind das also Maßnahmen, die die Konkurrenz unter den Gymnasiasten und die Aussiebung verschärfen sollen. Dagegen richtet sich auch der Protest der Schüler.

Auf der Abschlußkundgebung sprach ein Vertreter der Allgemeinbildenden Schulen, ein Vertreter der GEW und K.O. Meyer vom SSW. Eine Grußresolution des Kreisjugendausschusses des DGB wurde ebenfalls verlesen. Eine Resolution gegen den Prozeß gegen den ehemaligen Landesschulsprecher Thomas Hinrichsen, der vor Gericht steht, weil sich das Landesschulamt weigert, Druckkosten für Flugblätter, die zur landesweiten Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf aufriefen, zu bezahlen, wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Alle Sprecher sprachen sich für die bedingungslose Zurücknahme des ,,Diskussionspapiers" aus. Als nächstes wird die landesweite Demonstration am 15.12. in Kiel vorbereitet. Die LSV der berufsbildenden Schulen ruft ebenfalls dazu auf. Mit dieser Demonstration ist eine Zusammenfassung aller Kämpfe und Zusammenschlüsse gegen das Kultusministerium möglich. Diese sind sehr zahlreich. An den Berufsschulen



für 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, an den Fachgymnasien für 28-Stunden-Woche bei gleichzeitigem Abbau der Stoffülle. Bei einer Fragebogenaktion an der Berufsschule in Flensburg hat sich ergeben, daß 45% der Klassen nicht mal 8 Stunden Berufsschulunterricht in der Woche erhalten. Am technischen Gymnasium liegt die durchschnittliche Wochenstundenzahl bei 33. Eine Entscheidung steht in der Frage des ,,Diskussionspapiers" jetzt am ehesten an. Allein mit Demonstrationen wird man es nicht wegbekommen sondern nur mit Streik.

UKE: Debatte um Lohnforderung 1980 beginnt

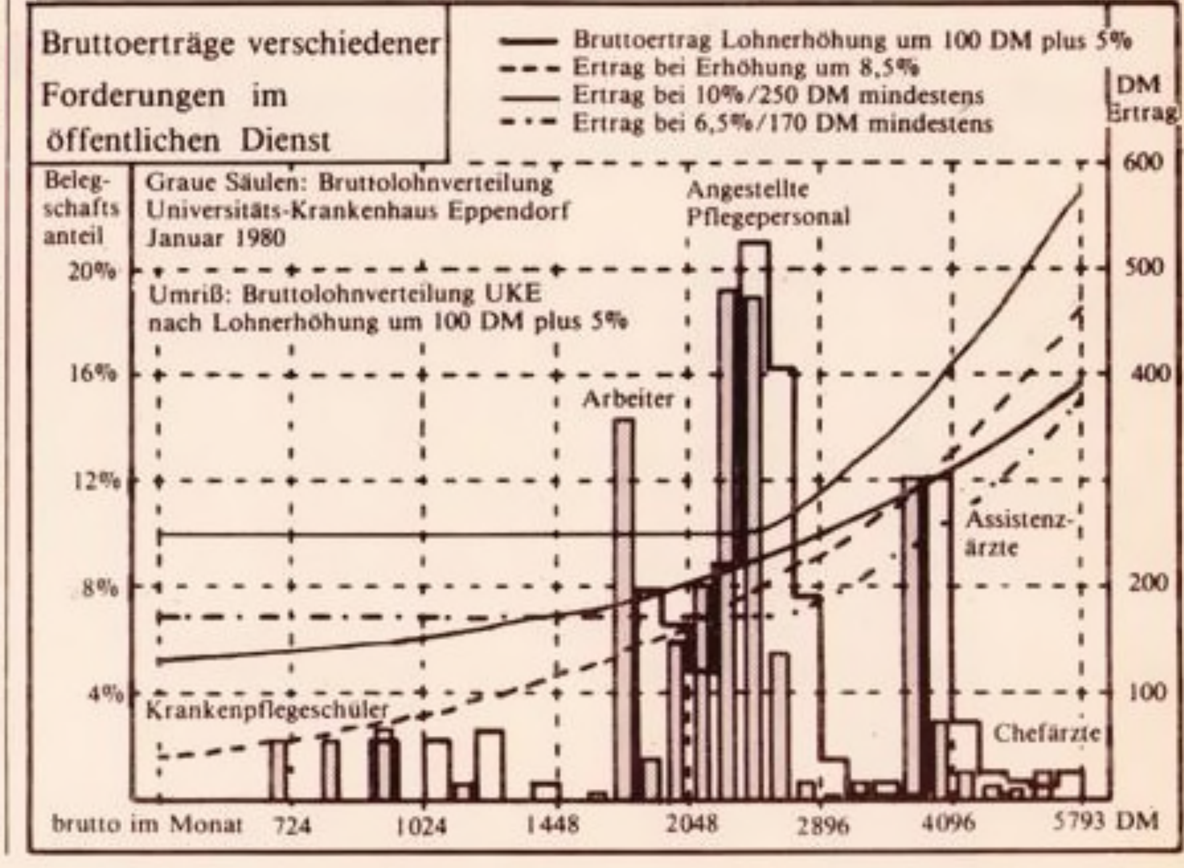
Zur Forderungslage am Krankenhaus Eppendorf

b.kym. Der Vertrauensleutekörper des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf (UKE) in Hamburg wird sich diese Woche mit der Tarifrunde 1980 befassen. Im AK St. Georg ist nächste Woche ÖTV-Mitgliederversammlung. In anderen Hamburger Dienststellen in den nächsten Wochen. Für die Seehafen hat die ÖTV-Bundestarifkommission 8,5% beschlossen. Die ÖTV-Nebenstellenversammlung in Bad Bevensen fand die vom KBW vorgeschlagene Sockel- und Prozentforderung 100 DM plus 5% zu niedrig und beschloß 10% mindestens 250 DM.

Die Vertrauensleute im UKE mochten sich bisher nicht zur konkreten Forderungshöhe äußern. Hohe Prozentforderung und Mindestbetrag war zu hören, vielleicht auch Sockel. Einig sind sie mit den Kollegen, daß die Forderung angesichts der Preissteigerung höher sein muß als im letzten Jahr. Man muß genau untersuchen, wie sich die verschiedenen Forderungen auf das Lohngefüge im öffentlichen Dienst auswirken. Insbesondere muß das Niveau der unteren Lohngruppen gehalten werden, die im Verhältnis zur Industrie hoch sind und damit eine Barriere gegen weitere Lohnsenkungen bilden. Die mittleren Angestelltengehälter um BAT VIb/Vc und KR IV/V müssen angehoben werden, Löhne für vergleichbare Tätigkeiten in der Industrie liegen höher (Schnitt jetzt 2200 DM gegenüber 2400 DM bei Metall).

Wir haben diese Untersuchung am Beispiel der Lohnverteilung des UKE durchgeführt (s. Schaubild, Quelle Wirtschaftsplan UKE 1980 des Hamburger Senats). Aufgenommen haben wir noch den Ertrag bei einem Abschluß von 6,5%/170 DM mindestens, denn dabei würde der Abschluß bei der in Bad Bevensen verabschiedeten Forderung laut Nebenstellenleiter Zimmermann etwa liegen.

Im Schaubild ist auf der Waagerechten der jeweilige Bruttolohn im Monat aufgetragen. Die Säulen zeigen den Anteil der Beschäftigten des UKE in den unten abzulesenden Bruttolohnbereichen (Lohnklassen). Der Umriß zeigt die Lohnverteilung im März 1980 nach Abschluß bei 100 DM plus 5%. An den Ertragskurven ist abzulesen, um wieviel die jeweiligen Bruttolöhne höher werden. Bei einem Abschluß von 100 DM plus 5% wird der jetzige Lohnstandard gesichert und angehoben. Die Spaltung wird nicht vertieft, z.T. sogar gemildert, insbesondere bei den Arbeiterlohngruppen und mittleren Angestelltengehältern. Die Auszubildendenlöhne werden stärker angehoben, da die Rücknahme der Rückstufung von 1977 mitberechnet wurde. Der Schnittpunkt der Ertragskurven 100 DM plus 5% und 8,5% liegt bei den Assistenzärzten, d.h. bis dahin kann man die Kollegen für die Forderung 100 DM plus 5% einigen. Die Kurve für 6,5%/170 DM mindestens erreicht ab 1500 DM Bruttolohn die Kurve 100 DM plus 5% nicht, d.h. sämtliche Kollegen schneiden damit besser ab. Man müßte schon die 10%/250 DM mindestens durchsetzen, um ein höheres Ergebnis zu erzielen. Angesichts des Volumens von rund 1,5 Mio DM (berechnet fürs UKE ohne Auszubildende) gegenüber 1,1 Mio bei der Sockel- und Prozentforderung scheint ein solcher Abschluß wenig realistisch.



IG Bau/Steine/Erden fordert ganzjährigen Lohn

b.lom. Am 17.11. beschloß die Mitgliederversammlung der IG-Bau, Steine, Erden Kappeln/Gelting einstimmig die Kündigung der Lohntarifverträge für gewerbliche Arbeitnehmer im Baugewerbe. ,,Gerade in diesem Ortsverband, das stellte Geschäftsführer Hans-Jürgen Brix, ausdrücklich fest, werde das Problem der ganzjährigen Beschäftigung seitens der Unternehmer nicht ernst genug angepackt".(Flensburger Tageblatt vom 17.11.79) ,,Da die Arbeitgeber nicht für eine ganzjährige Beschäftigung sorgen, werde die Argumentation jetzt herumge dreht".(FT) Deshalb will die IG-Bau, Steine, Erden jetzt ein ganzjähriges Einkommen verlangen und auch durchzusetzen wissen.

Bei schlechtem Wetter wird in der Bauindustrie nicht gearbeitet und der vollständige Lohn den Arbeitern vor-

SWG vom Arbeitsamt zurückholt. Für den letzten Winter beziffert die IG-Bau, Steine, Erden den Einkommensverlust je Arbeiter mit 3700 DM.

Wir haben bei einem Stundenlohnvergleich zwischen einem Bauarbeiter (Fachwerker, Lohngruppe 6, Tariflohn 10,69 DM plus 1 DM übertarifliche Leistungszulage) und einem Metallarbeiter (Tariflohn 9,35 DM,Lohngruppe 6 inklusive tariflicher Leistungszulage über das ganze Jahr gezahlt) festgestellt, daß durch die Schlechtwetterzeit der tarifliche Durchschnittsstundenlohn auf das ganze Jahr gerechnet von Juni 78 bis Juli 79 auf 8.50 DM gesunken ist. Diese Lage zwingt die Arbeiter Überstunden und Wochenendarbeit zu leisten dazu auch bei Kälte und Nässe unter schlechtesten Bedingungen, z.B. im Rohbau ohne Notverglasung und Dach, zu arbeiten. ,,Es sei den Arbeitnehmern nicht mehr zuzumuten, auf

Fortgesetzter Angriff auf Eltern und Schüler

Schulgesetzgebung in Hamburg seit 1945

b.mak. In einer Rede vor dem Bundestag am 8.11.79 hat Schulsenator Grolle verkündet, nur Hamburg gewähre den Eltern soviel Rechte in der Schule. Die Geschichte der Schulentwicklung in Hamburg seit 1945 beweist das genaue Gegenteil:

Unmittelbar nach Kriegsende organisieren Eltern und Lehrer in Privatwohnungen den ersten Unterricht, erzwingen von der Besatzungsmacht ab Winter 45 Schulspeisung und z.B. Versorgung mit Schuhzeug. Bereits Anfang Juni 45 wird das Haupt der Schulbehörde ernannt, im Herbst 45 werden die Hamburger Schulen wieder eröffnet. Um das Eingreifen der Eltern in den Aufbau des Schulwesens sofort unter die Fuchtel zu kriegen, richtet die Schulbehörde noch 1945 Elternräte ein, die sie unter Kontrolle hat. Das erste Hamburgische Schulgesetz von

errichtet aber die herkömmliche dreigliedrige Schule. 1954 wird die Grundschule wieder auf vier Jahre reduziert.

Über den Übergang in die drei Schularten soll der Wille der Eltern sowie ,,Begabung und Neigung" des Schülers bestimmen, im 2. Schulgesetz von 1966 wird das Schwergewicht auf die notwendige ,,Eignung" gelegt. 1968 werden die Beobachtungsstufen an Volksschulen und Gymnasien eingerichtet, d.h. die Eltern können ,,wählen", wo sie ihr Kind zwei Jahre durch Förderunterricht, Leistungskurse und Notenkonkurrenz heraus- und hineinsieben lassen. Das Schulgesetz von 1977 ergänzt dazu neue Schleusenkammern: Die Orientierungsstufe und Klasse 5/6 der Gesamtschule, in denen das Kurssystem fest verankert wird. Insbesondere werden alle Instrumente zur Sortierung der Schüler im neuen

4.10.79 mit erneuter Änderung des Schulgesetzes: Keineswegs ist die Erklärung der Gesamtschule zur Regelschule der Kern, sondern weitere Entrechtung der Eltern und Ausfeilung der Sortierungsinstrumente. So heißt es jetzt neu in § 41 (3): ,,Die Errichtung, Schließung, Zusammenlegung, Umwandlung, Teilung und Verlegung von Schulen sowie die Festlegung, ob und wo Eingangsklassen für die verschiedenen Schulformen eingerichtet werden, erfolgt durch Rechtsverordnung des Senats... Der Senat kann seine Regelungsbefugnis auf die zuständige Behörde übertragen." 5 Tage später erläßt der Senat darauf gestützt die Verordnung: ,,Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 41 ... wird auf die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung weiterübertragen." Grolle soll ungestört arbeiten können.

GEW und K.O. Meyer vom SSW. Eine Grußresolution des Kreisjugendausschusses des DGB wurde ebenfalls verlesen. Eine Resolution gegen den Prozeß gegen den ehemaligen Landesschulsprecher Thomas Hinrichsen, der vor Gericht steht, weil sich das Landesschulamt weigert, Druckkosten für Flugblätter, die zur landesweiten Demonstration gegen den Schulgesetzent-

ben, daß 45% der Klassen nicht mal 8 Stunden Berufsschulunterricht in der Woche erhalten. Am technischen Gymnasium liegt die durchschnittliche Wochenstundenzahl bei 33. Eine Entscheidung steht in der Frage des ,,Diskussionspapiers" jetzt am ehesten an. Allein mit Demonstrationen wird man es nicht wegbekommen sondern nur mit Streik.

gleichbare Tätigkeiten in der Industrie liegen höher (Schnitt jetzt 2200 DM gegenüber 2400 DM bei Metall).

Wir haben diese Untersuchung am Beispiel der Lohnverteilung des UKE durchgeführt (s. Schaubild, Quelle Wirtschaftsplan UKE 1980 des Hamburger Senats). Aufgenommen haben wir noch den Ertrag bei einem Abschluß von 6,5%/170 DM mindestens, denn dabei würde der Abschluß bei der

IG Bau/Steine/Erden fordert ganzjährigen Lohn

b.lom. Am 17.11. beschloß die Mitgliederversammlung der IG-Bau, Steine, Erden Kappeln/Gelting einstimmig die Kündigung der Lohntarifverträge für gewerbliche Arbeitnehmer im Baugewerbe. ,,Gerade in diesem Ortsverband, das stellte Geschäftsführer Hans-Jürgen Brix, ausdrücklich fest, werde das Problem der ganzjährigen Beschäftigung seitens der Unternehmer nicht ernst genug angepackt".(Flensburger Tageblatt vom 17.11.79) ,,Da die Arbeitgeber nicht für eine ganzjährige Beschäftigung sorgen, werde die Argumentation jetzt herumge dreht".(FT) Deshalb will die IG-Bau, Steine, Erden jetzt ein ganzjähriges Einkommen verlangen und auch durchzusetzen wissen.

Bei schlechtem Wetter wird in der Bauindustrie nicht gearbeitet und der vollständige Lohn den Arbeitern vor-enthalten, was erhebliche Einbußen für sie bedeuten. Kann im Sommer wegen Schlechten Wetters nicht gearbeitet werden, gibt es weder Lohn noch Schlechtwettergeld (SWG). In der Schlechtwetterzeit (1.11. bis 31.3.) zahlt der Kapitalist den Bauarbeitern 65% vom Nettolohn, das er sich als

SWG vom Arbeitsamt zurückholt. Für den letzten Winter beziffert die IG-Bau, Steine, Erden den Einkommensverlust je Arbeiter mit 3700 DM.

Wir haben bei einem Stundenlohnvergleich zwischen einem Bauarbeiter (Fachwerker, Lohngruppe 6, Tariflohn 10,69 DM plus 1 DM übertarifliche Leistungszulage) und einem Metallarbeiter (Tariflohn 9,35 DM,Lohngruppe 6 inklusive tariflicher Leistungszulage über das ganze Jahr gezahlt) festgestellt, daß durch die Schlechtwetterzeit der tarifliche Durchschnittsstundenlohn auf das ganze Jahr gerechnet von Juni 78 bis Juli 79 auf 8.50 DM gesunken ist. Diese Lage zwingt die Arbeiter Überstunden und Wochenendarbeit zu leisten dazu auch bei Kälte und Nässe unter schlechtesten Bedingungen, z.B. im Rohbau ohne Notverglasung und Dach, zu arbeiten. ,,Es sei den Arbeitnehmern nicht mehr zuzumuten, auf ungeschützten Arbeitsplätzen, die ohnehin schon schwierige Arbeit zu verrichten", äußerte Zimmermann, Delegierter des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages. Die Forderung der Bauarbeiter nach ganzjährigem Lohn ist gerecht und wird, verbunden mit der Lohnforderung, ihren Kampf stärken.

Fortgesetzter Angriff auf Eltern und Schüler

Schulgesetzgebung in Hamburg seit 1945

b.mak. In einer Rede vor dem Bundestag am 8.11.79 hat Schulsenator Grolle verkündet, nur Hamburg gewähre den Eltern soviel Rechte in der Schule. Die Geschichte der Schulentwicklung in Hamburg seit 1945 beweist das genaue Gegenteil:

Unmittelbar nach Kriegsende organisieren Eltern und Lehrer in Privatwohnungen den ersten Unterricht, erzwingen von der Besatzungsmacht ab Winter 45 Schulspeisung und z.B. Versorgung mit Schuhzeug. Bereits Anfang Juni 45 wird das Haupt der Schulbehörde ernannt, im Herbst 45 werden die Hamburger Schulen wieder eröffnet. Um das Eingreifen der Eltern in den Aufbau des Schulwesens sofort unter die Fuchtel zu kriegen, richtet die Schulbehörde noch 1945 Elternräte ein, die sie unter Kontrolle hat. Das erste Hamburgische Schulgesetz von 1949 kann sich stützen auf Artikel 7 des im Mai 49 von der westdeutschen Bourgeoisie festgelegten Grundgesetzes: ,,Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Staates." Es muß der Arbeiterklasse noch eine einheitliche 6-jährige Grundschule zugestehen,

errichtet aber die herkömmliche dreigliedrige Schule. 1954 wird die Grundschule wieder auf vier Jahre reduziert.

Über den Übergang in die drei Schularten soll der Wille der Eltern sowie ,,Begabung und Neigung" des Schülers bestimmen, im 2. Schulgesetz von 1966 wird das Schwergewicht auf die notwendige ,,Eignung" gelegt. 1968 werden die Beobachtungsstufen an Volksschulen und Gymnasien eingerichtet, d.h. die Eltern können ,,wählen", wo sie ihr Kind zwei Jahre durch Förderunterricht, Leistungskurse und Notenkonkurrenz heraus- und hineinsieben lassen. Das Schulgesetz von 1977 ergänzt dazu neue Schleusenkammern: Die Orientierungsstufe und Klasse 5/6 der Gesamtschule, in denen das Kurssystem fest verankert wird. Insbesondere werden alle Instrumente zur Sortierung der Schüler im neuen Schulgesetz von 77 gegen die Kämpfe der Schüler und Eltern erstmals direkt gesetzlich gesichert.

Auf die neuen Kämpfe gegen Schulschließungen, -verlegungen und -umwandlungen reagiert der Senat am

4.10.79 mit erneuter Änderung des Schulgesetzes: Keineswegs ist die Erklärung der Gesamtschule zur Regelschule der Kern, sondern weitere Entrechtung der Eltern und Ausfeilung der Sortierungsinstrumente. So heißt es jetzt neu in § 41 (3): ,,Die Errichtung, Schließung, Zusammenlegung, Umwandlung, Teilung und Verlegung von Schulen sowie die Festlegung, ob und wo Eingangsklassen für die verschiedenen Schulformen eingerichtet werden, erfolgt durch Rechtsverordnung des Senats... Der Senat kann seine Regelungsbefugnis auf die zuständige Behörde übertragen." 5 Tage später erläßt der Senat darauf gestützt die Verordnung: ,,Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 41 ... wird auf die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung weiterübertragen." Grolle soll ungestört arbeiten können.

Gleichzeitig ist § 12 (2) zur Mittelstufe der Gesamtschule erweitert worden: ,,Der Unterricht wird ... zunehmend in Kursen erteilt und differenziert..." Das demokratische Schulsystem? Wie will Grolle das verkaufen.

"Wem soll Kampuchea gehören? Auf keinen Fall dem Volk von Kampuchea!" – ein Puppenspiel



b.güt. An mehreren Orten des Bezirks Hamburg-Unterelbe führte der KBW ein Puppenspiel auf, das die Hegemoniebestrebungen der Supermächte in Indochina angriff. Das Bild zeigt eine Aufführung in der Hamburger Innenstadt/Gerhard-Hauptmannplatz. In Lüneburg wurden 38 DM gesammelt.

Über Drohung mit Kurzarbeit will die HDW den Auftrag über den Bau des Musikdampfers sichern

b.obj. ,,Kurzarbeit ist nicht zu vermeiden, wenn wir den Auftrag nicht bekommen" erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende der Howaldtwerke Deutsche Werft AG (HDW) am 22. November. Tausend Schiffbauer im Werk Roß in Hamburg ist mit Kurzarbeit gedroht, wenn die Hadag keinen Musikdampfer bestellt. Die Hadag, ganz im Besitz des Hamburger Senats, wollte mit dem geplanten Musikdampfer ,,Hammonia" groß ins Kreuzfahrtgeschäft einsteigen. Kurz vor Vertragsabschluß kamen dem Aufsichtsrat, in dem auch Senator Steinert sitzt, Bedenken, ob die Hadag ohne Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Touristikunternehmen in Touristikbranche den Musikdampfer überhaupt profitabel betreiben kann. Die HDW-Kapitalisten hatten sich auf den Neubauauftrag bereits gefreut. Obwohl noch kein Vertrag unterzeichnet, war für sie die Sache sicher, da für sie der SPD-Senat sozusagen der Vertragspartner war. Mit der Drohung der Kurzarbeit soll dieser Auftrag jetzt doch noch hereingeholt werden. Am liebsten wäre es der HDW-Betriebsführung, wenn sich der Betriebsrat oder die Belegschaft an die Öffentlichkeit oder den Senat wenden, mit der Aufforderung, den Musikdampfer bei HDW zu bauen.

Der Weltmarkt für die Schiffsneubauten wird immer enger. Deshalb sind die Werftkapitalisten so wild auf jeden Auftrag. Nach Lloyds Statistics sind am Jahresende jeweils folgende Auftragsbestände, abgelieferte Neubautonnage und abgewrackte Tonnage registriert gewesen. (Alle Schiffsgrößen über 100 GRT)

Entwicklung des Welt-Handelsschiffbau in Mio. GRT

	Auftragsbest.	abgelief. Neubaut.	Abwrackt.	Weltbest.
1975	82,3	34,2	6,7	333
1976	55,4	33,9	10,1	344
1977	36,7	27,5	8,0	364
1978	25,9	17,6	12,9	372

Der Weltauftragsbestand fiel auf 31%, die Ablieferungen auf 51%. Die Zuwachsraten der Welthandelsflotte sanken von 6,8%(1976), 5,8%(1977) auf 2,2%(1978). Nach der Liste der Aufträge der westdeutschen Werften, veröffentlicht in der Zeitschrift Welt und Hafen (Stand 1.1.1979), hatte die HDW lediglich einen Neubauauftrag, der 1980 abgeliefert werden soll. Die anderen 18 Schiffe sollen bereits 1979 abgeliefert werden. Blohm und Voss hat vergleichsweise ein besseres Auftragspolster. Durch Kriegsschiffbau für die BRD, Argentinien und Nigeria sind Aufträge bis 1982 vorhanden. Die Betriebsführung HDW wird versuchen, ihre Arbeiter mit der Drohung der Kurzarbeit zu Zugeständnissen beim Lohn, bei Überstunden und bei Nachtarbeit zu zwingen. Die Betriebsjugendgruppe, jugendliche Vertrauensleute und Jugendvertretung haben jetzt eine Lohnforderung von 100 DM aufgestellt und an den VK weitergeleitet.

Öffentlicher Nahverkehr seit 1839 Profitquelle

Hamburger Senat verlangt Abgaben / Beschäftigte werden maßlos ausgebeutet

b.sul. Am 31. Oktober 1839 wurde die erste Pferde-Omnibus-Linie zwischen Hamburg und Altona eingerichtet. Basson & Co teilte mit: „Die Unterzeichneten schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß dieses von der Hohen Behörde nach reiflichen Erwägungen für zeitgemäß und zweckmäßig erachte, und auf umsichtige Prüfung nach Maßgabe besonderer Vorschriften gestatte ... und mit nicht geringem Aufwande von Capital und Arbeit ins Leben gerufene neue Unternehmen sich des allgemeinen Beifalls ... erfreuen wird." Tatsächlich war das Beförderungsbedürfnis so groß, daß an den Abfahrtsorten Polizei Überfüllung der 12-Personen-Wagen verhindern und die Bezahlung kontrollieren mußte. Die Zahl der Omnibusfahrten stieg rasch: 1840 24000 / 1859 136000 / 1864 935623. Die Busse fuhren nach Altona, Eimsbüttel, Eppendorf, Großborstel, Barmbek, Wandsbek, Horn und Wilhelmsburg. Größere Transportkapazitäten waren erforderlich. Die neue Pferde-Strassenbahn mit 80-Personen-Wagen wurde ab 1866 eingesetzt. Auf Schienen konnte das 11-fache Gewicht wie auf der einfachen Straße bewegt werden. Mit diesem neuen Transportmittel wurden im Jahre 1870 schon 2,2 Mio, im Jahre 1875 3,3 Mio und im Jahre 1880 5,3 Mio Personen befördert. Im Jahre 1885 wurden auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln insgesamt 20,1 Mio, 1890 30,1 Mio Personen befördert (Ohne Abonnenten). 1887 wurde auf der Wandsbek-Linie eine Dampfstraßenbahn eingerichtet und ab Juni 1897 war die Straßenbahn komplett elektrifiziert. Die rasch steigende Einwohnerzahl in Hamburg, – die vor den Toren gelegenen Orte wurden mehr und mehr zu den Wohngebieten von Hamburg – die der Entwicklung von Industrie und Handel parallel ging, machte den Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens erforderlich. So wohnten in Hamburg mit Vororten 1866: 256612 E; 1870: 284492; 1875: 346235; 1880: 406857; 1885: 467468; 1889: 540495.

Der Staatsapparat versäumte nicht, sein Monopol auf die öffentlichen Straßen als Geldquelle zu nutzen. So gab er die ersten Konzessionen 1839 für 25 Jahre unter der Bedingung, daß jährlich 4000 M für die Wandsbek-Linie und 1000 M für die Eimsbüttler Linie als Chaussee-Geld und 600 M je englischer Meile als Bahngeld Abgabe entrichtet werden. Für die Erneuerung und Erweiterung der Konzession wurden die Abgaben erhöht auf 1 Pf. je beförderte Person. So mußte z.B. die Strassen-Eisenbahn-Gesellschaft im Jahre 1886 statt bis dahin 15650 M im Jahr 50300 M Abgabe zahlen. Dazu kamen die Verpflichtungen über den Erhalt der Straßen usw. sodaß vom Gewinn der Gesellschaft schließlich 65% in der Staatskasse landeten. Trotzdem machten die Gesellschaften ihr gutes Geschäft. Z.B. zahlte die Hamburg-Altonaer Pferdebahn-Gesellschaft regelmäßig zwischen 10 und 20% Dividende.

Der Profit konnte nur über die Tarife und die maßlose Ausbeutung der Kutscher und Kondukteure (Schaffner) erzielt werden.

Bereits im Jahre 1866 mußte Basson & Co der Forderung nach Tarifsenkung nachgeben. Bei jeder weiteren Tariferhöhung wichen die Fahrgäste zuerst auf die billigeren Omnibusse aus. Im Jahre 1883 wurde eine erneute Tariferhöhung wie folgt öffentlich begründet: „Es versteht sich von selbst, daß niemand aus dem Umstande, daß er von der Strassenbahn-Gesellschaft billiger befördert wurde als diese rechtlich verpflichtet war, einen Rechts- oder auch nur einen Billigkeitsanspruch auf eine fortlaufende billige Beförderung als die rechtlich zulässige ableiten kann, wenn die Gesellschaft dies nicht mehr ihrem Interesse entsprechend oder dasselbe sogar schädigend erachtet. ... Es ist ferner der Vorstand einer A.-G. unzweifelhaft nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, das Interesse der Gesellschaft und der dieselbe bildenden Aktionäre mit höchster Diligenz wahrzunehmen ..." Trotzdem waren die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen so groß, daß „einige Tariferhöhungen, die im Publikum erheblichen Unwillen hervorriefen, schließlich teilweise wieder rückgängig gemacht werden mußten." Ab 1883 war die Zustimmung des Hamburger Senats Voraussetzung für eine Tariferhöhung, bekanntlich macht er sich seither regelmäßig an dieses Geschäft.

Die Kondukteure (Schaffner) erhielten einen Tageslohn von 2 M und Trinkgeld, die Kutscher 3 M. Sie waren jedoch zur Vereinbarung gekommen, 3,50 M Tageslohn zu fordern und „ebenso wünschte man, daß die Verwaltung ihren bisherigen Vorbehalt, die Kutscher jederzeit und ohne Angabe von Gründen entlassen zu können, aufgebe."(„Reform", 25.5.86) Da erhielten plötzlich 4 Kutscher, die sich der Sache besonders angenommen hatten, ihre Kündigung. „Dies gab gestern Morgen aber sämtlichen Kutschern Veranlassung, den Dienst so lange zu verweigern, bis die Entlassenen wieder eingestellt und ihre Forderungen bewilligt sein würden..."

Aber erst im Juli 1889 konnten die Kutscher und Schaffner eine Lohnerhöhung von 20 Pf durchsetzen. Da sie, um überhaupt eingestellt zu werden, eine Kaution hinterlegen mußten, außerdem schon kleine Vergehen mit hohen Strafen belegt waren, kam es oft vor, daß am Monatsende vom Lohn gar nichts mehr übrig war – dies bei enormen Arbeitszeiten von mindestens 15 – 16 Stunden. Um erneute Streikaktionen zu unterbinden, wurde den Kutschern und Schaffnern von der Geschäftsführung bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, sich untereinander zu verständigen oder sich unterwegs Zeichen zu geben. Jeder mußte alleine nach Hause gehen.

Die Zeitung „Reform" schrieb dazu: „...Es ist dieses eine ebenso irrige Ansicht als die der Zünftler, welche glauben durch Beschränkung der Organisationsfreiheit den Kampf ums Dasein, den die Arbeiter kämpfen, aus der Welt schaffen zu können..."





Rothenburgsorter Omnibus, 1889



30,1 Mio Personen befördert (Ohne Abonnenten). 1887 wurde auf der Wandsbek-Linie eine Dampfstraßenbahn eingerichtet und ab Juni 1897 war die Straßenbahn komplett elektrifiziert. Die rasch steigende Einwohnerzahl in Hamburg, – die vor den Toren gelegenen Orte wurden mehr und mehr zu den Wohngebieten von Hamburg – die der Entwicklung von Industrie und Handel parallel ging, machte den Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens erforderlich. So wohnten in Hamburg mit Vororten 1866: 256612 E; 1870: 284492; 1875: 346235; 1880: 406857; 1885: 467468; 1889: 540495.

Der Staatsapparat versäumte nicht,

daß niemand aus dem Umstande, daß er von der Strassenbahn-Gesellschaft billiger befördert wurde als diese rechtlich verpflichtet war, einen Rechts- oder auch nur einen Billigkeitsanspruch auf eine fortlaufende billige Beförderung als die rechtlich zulässige ableiten kann, wenn die Gesellschaft dies nicht mehr ihrem Interesse entsprechend oder dasselbe sogar schädigend erachtet. ... Es ist ferner der Vorstand einer A.-G. unzweifelhaft nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, das Interesse der Gesellschaft und der dieselbe bildenden Aktionäre mit höchster Diligenz wahrzunehmen ..." Trotzdem waren die Proteste ge-

enormen Arbeitszeiten von mindestens 15 – 16 Stunden. Um erneute Streikaktionen zu unterbinden, wurde den Kutschern und Schaffnern von der Geschäftsführung bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, sich untereinander zu verständigen oder sich unterwegs Zeichen zu geben. Jeder mußte alleine nach Hause gehen.

Die Zeitung „Reform" schrieb dazu: „...Es ist dieses eine ebenso irrige Ansicht als die der Zünftler, welche glauben durch Beschränkung der Organisationsfreiheit den Kampf ums Dasein, den die Arbeiter kämpfen, aus der Welt schaffen zu können..."



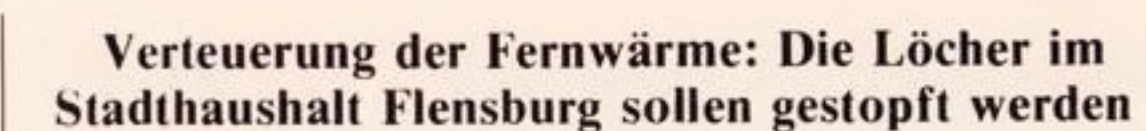
Hannes: Hest heurt, Peter? De Peerbahn hett den Fahrpriis runnerschraben;
se will de Groschenomnibus didt maken.
Peter: Un wenn de nu dodt maakt is?
Hannes: Denn schruuwt se wedder rop!
("Reform", 19. April 1876)



Rothenburgsorter Omnibus, 1889



Hammer Pferdeeisenbahn, 1875



Verteuerung der Fernwärme: Die Löcher im Stadthaushalt Flensburg sollen gestopft werden

b.dam. Ab 1980 sollen die Preise für Fernwärme um 9,8%, die Preise für Gas um 10% und die Preise für die Benutzung der Stadtbusse in der Stadt Flensburg um 12,5% erhöht werden. Ein Einzelfahrschein würde ab dem 1.1.80 statt jetzt 1 DM 1,20 DM kosten. Begründet wird die Erhöhung des kommunalen Gebührenpakets nicht wie in anderen Städten mit dem Wegfall der Lohnsummensteuer, da Flensburg keine Lohnsummensteuer gezahlt hat, sondern mit einem allgemeinen Preisanstieg überhaupt. Flensburg habe sowieso bei den kommunalen Gebühren die niedrigsten gehabt, die Preise Flensburgs seien immer „politische" Preise gewesen, die jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden könnten.

Was hat es mit den „politischen Preisen" auf sich? Gemeint sind im wesentlichen die Preise für die Fernwärme. Politisch im doppelten Sinne. Einerseits durch die Zahlungen durch das Programm für Zukunfstinvestitionen durch den Bund, andererseits deswegen, weil sie offensichtlich eine bestimmte Vorreiterrolle in der BRD spielen. Nicht umsonst hat der westdeutsche Städtetag 1979 Flensburg noch einmal als kostenpolitisches Unikum in bezug auf die Fernwärmeversorgung herausgestellt. Natürlich ist es in Flensburg im Augenblick so, daß die Preise für die Fernwärme weitaus niedriger liegen als für die Wärmeversorgung mit Öl oder anderen Heizstoffen. Damit rechnen auch die bürgerlichen Politiker, wenn sie die Erhöhung propagieren. Die Frage ist, warum die Preise für die Fernwärme steigen. Ist es doch so, daß die tatsächlichen Kosten für die Fernwärmeversorgung nicht weiter gestiegen sind. Woraus bestehen nämlich diese Kosten? Für die Stadtwerke Flensburg allein aus den Erschließungskosten für die Anlagen, wobei diese im wesentlichen gezahlt werden aus den Anschlußkosten für die Hausbesitzer und die Bevölkerung selbst. Diese zahlen nämlich die Zuleitung ins Haus von der Straße aus. Die Anlagen einmal aufgestellt, kostet die Fernwärme die Stadtwerke fast nichts. Sämtliche Energiekosten selbst entfallen, da die Wärme nur Wärme ist, die bei der Stromerzeugung sowieso nicht genutzt werden konnte.

Die „Ergebnis- und Ertragsentwicklung" weist zwar einen Verlust von 1977 191000 DM auf, was aber schlichter Betrug ist und nur dadurch zustande kommt, daß der größte Teil der Gelder in die Ausbauten des Netzes gesteckt wurden. Die Erträge aus der Fernwärmeversorgung sind allein von 1976 bis 1977 um 38,2% auf 15,86 Mio. DM erhöht worden. Der Anteil am Gesamtumsatz der Stadtwerke ist von 9% 1974 auf 19,2% 1977 gestiegen. Direktor Prinz dazu: „Als Differenz verbleiben nicht Millionen, sondern zig Millionen, pro Jahr, die die Wirtschaftskraft des Raumes stärken."

Mit dem Eintreiben der kommunalen Gebühren steigt die Tributabgabe an den Bund und das Land, an das Finanzkapital. Über die Verteuerung der Fernwärmeversorgung durch das fast ausschließliche Monopol der Stadt Flensburg soll der Tribut eingetrieben werden – von der Bevölkerung. Die Konzessionsabgabe der Stadtwerke Flensburg an die Stadt stieg allein im Jahr 1977 von 4253449 DM auf 4420000 DM im Jahre 1978.

Das Eidersperrwerk hat keine der versprochenen Aufgaben erfüllt

b.mee. Zum „Jahrhundertbauwerk Eiderdämmung" erklärten die Verbandsvertreter Eiderstedter Sielverbände, daß die Vorflutverhältnisse in der Eider seit Inbetriebnahme des Sperrwerks nicht mehr in Ordnung sind. Ihrer Meinung nach läuft durch die fünf 40 m breiten Durchlässe des Sperrwerkes nicht genügend Wasser bei Ebbe in die Außeneider, weil sie ein Nadelöhr sind im Vergleich zur Eider früher. Sie vermuten außerdem, daß das Sperrwerk nicht entsprechend seiner Möglichkeiten gefahren wird, weil die Verantwortlichen Angst haben, es könne solchen Belastungen nicht standhalten. Tatsächlich waren 1978 riesige Löcher in der Sohle entstanden. Die höheren Wasserstände der Eider lassen vor allem in einem regenreichen Herbst wie diesem oft Land unter Wasser gehen. Trotz teurer neu verlegter Drainagen gehen die Wintersaaten der Bauern ka-



dern den Hafen Havenby auf Römö benutzen muß. Solche Art von Küstenschutzgroßvorhaben der Landesregierung werden immer mehr bekämpft. Jüngstes Beispiel die Meldorfer Bucht. Die Skepsis der Bevölkerung gegen das

gung mit Öl oder anderen Heizstoffen. Damit rechnen auch die bürgerlichen Politiker, wenn sie die Erhöhung propagieren. Die Frage ist, warum die Preise für die Fernwärme steigen. Ist es doch so, daß die tatsächlichen Kosten für die Fernwärmeversorgung nicht

ausschließliche Monopol der Stadt Flensburg soll der Tribut eingetrieben werden – von der Bevölkerung. Die Konzessionsabgabe der Stadtwerke Flensburg an die Stadt stieg allein im Jahr 1977 von 4253449 DM auf 4420000 DM im Jahre 1978.

Das Eidersperrwerk hat keine der versprochenen Aufgaben erfüllt

b.mee. Zum „Jahrhundertbauwerk Eiderdämmung" erklärten die Verbandsvertreter Eiderstedter Sielverbände, daß die Vorflutverhältnisse in der Eider seit Inbetriebnahme des Sperrwerks nicht mehr in Ordnung sind. Ihrer Meinung nach läuft durch die fünf 40 m breiten Durchlässe des Sperrwerkes nicht genügend Wasser bei Ebbe in die Außeneider, weil sie ein Nadelöhr sind im Vergleich zur Eider früher. Sie vermuten außerdem, daß das Sperrwerk nicht entsprechend seiner Möglichkeiten gefahren wird, weil die Verantwortlichen Angst haben, es könne solchen Belastungen nicht standhalten. Tatsächlich waren 1978 riesige Löcher in der Sohle entstanden. Die höheren Wasserstände der Eider lassen vor allem in einem regenreichen Herbst wie diesem oft Land unter Wasser gehen. Trotz teurer neu verlegter Drainagen gehen die Wintersaaten der Bauern ka-

putt. Nicht nur die Bauern sind unzufrieden mit diesem Bauwerk. Die Tönninger Fischer brauchen seitdem eine halbe bis ganze Stunde länger, um ihren Heimathafen zu erreichen. Zusehends versandet die Eider an immer mehr Stellen, die die Schiffe umfahren müssen. Das macht für die Fischer soviel aus, daß die Mehrzahl den Fang nicht mehr in Tönning anlandet, son-



dern den Hafen Havenby auf Römö benutzen muß. Solche Art von Küstenschutzgroßvorhaben der Landesregierung werden immer mehr bekämpft. Jüngstes Beispiel die Meldorfer Bucht. Die Skepsis der Bevölkerung gegen das

Großvorhaben Nordstrander Bucht dient der Landesregierung dazu, die seit Jahrzehnten versprochene Deicherhöhung in der Hattstedter Marsch partout nicht durchzuführen. Selbst die Deiche, die in Eiderstedt an das Sperrwerk anschließen, sind so schlecht, daß sie bei der letzten Sturmflut 1976 um ein Haar gebrochen wären.

Otto-Versand: "Völlig neue Servicedimensionen" durch maßlose Antreiberei der Lagerarbeiter

b.mek. Der OTTO-Versand ist der drittgrößte Versender der Welt. 1970 erreichte er die erste Umsatzmilliarde mit 231000 DM, 1975 die zweite Umsatzmilliarde mit 289000 DM, 1978 die dritte mit 296000 DM (jeweils pro Beschäftigtem).

Mit Einführung der integrierten Datenverarbeitung (1965), dem Großraumbürohaus (1967) und dem Auslieferungslager in Hamburg-Bramfeld (1969) ist die Grundlage für diese Expansion gelegt worden. Der Großrechner ermöglichte in der Verwaltung die Verdichtung des Arbeitstages, die Rationalisierung der Lagerhaltung durch vollelektronische Prozeßrechner und damit eine gewaltige Beschleunigung der Auftragsabwicklung. Im Auslieferungslager lagert der größte Teil der Katalogwaren in 8 Stockwerken. Die Lagerarbeiterinnen müssen die bestellten Waren aus den entsprechenden Regalen suchen, mit Computeretiketten versehen und zum Förderband fahren, das sich durch das ganze Gebäude zieht und das Arbeitstempo bestimmt. 100000 Sendungen am Tag werden verschickt, also ein Vielfaches an Artikeln muß aus den Gängen gesucht werden. Das ständige Bücken und Strecken an den 3 Meter hohen Regalen führt zu Rücken- und Unterleibsbeschwerden. Verschiedene Prämiensysteme verstärken noch die Antreiberei. 175% Leistung gibt bei den Einkäuferinnen 1,05 DM Prämie, ein Prozent Fehlerquote 0,66 DM Abzug. Ca. 25% der Belegschaft sind Aushilfen, die z.B. an zwei Abenden in der Woche Spätschicht arbeiten. Bei Auftragsrückgang wird erst die eine, später dann auch die zweite Spätschicht wieder rausgeschmissen.

„Völlig neue Servicedimensionen" eröffnet sich der OTTO-Versand durch den Anschluß eines „Sprechenden Computers" an den Zentralcomputer. Mit einem Zusatzgerät zum Telefon gibt der Kunde seine Bestellung ein, und die Stimme des Nachrichtensprechers Werner Veigel erteilt Sekunden später Lieferzusage oder Absage. Dies System soll den Warenumsatz weiter steigern und Reklamationen Falschbestellungen und Irrläufer verhindern. Rund um die Uhr wird bestellt. Der OTTO-Versand ist der erste Konzern der Welt mit einer derartigen Anlage. Weitere Extraprofite winken also.



Vor dem Verwaltungsneubau ließ sich Otto seine Expansionsträume aufmalen

Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen bereitet Kampfaktionen vor

b.uws. Am 24./25.11.79 hat die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein auf Grundlage ihrer Grundsatzerklärung die Aufgaben für das kommende Schuljahr festgelegt und Neuwahlen erfolgreich durchgeführt. Im wesentlichen wurde folgendes festgelegt:

1. Die Durchsetzung der Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen mit Unterstützung von Gewerkschaften, Betriebsräten und Jugendvertretungen. Gegen Lehrer- und Raummangel und gegen die Kürzung des Berufsschulunterrichts, für die sofortige Wiederherstellung von 8 Stunden Unterricht in allen Klassen. Bei den Prüfungen darf niemand durchfallen. Die Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Mitgliedern in den Prüfungsausschüssen und das Kontroll- und Inspektionsrecht der Gewerkschaften ist nötig.

2. Der Kampf gegen den geplanten Studienstufenerlaß, gegen die unerträgliche Lage an den Fachgymnasien und Fachschulen, wegen der zu hohen Wochenstundenzahl, wegen der Stoffülle im Unterricht und Unterdrückung durch das Punkte- und Zensurensystem. Gemeinsam mit der LSV der Gymnasien soll am 15.12. in Kiel eine landesweite Demonstration stattfinden, gegen den geplanten Studienstufenerlaß und die Abitursprüfungsordnung.

3. Gegenüber der Unterdrückung durch die staatlichen Organe hält die LSV an dem Recht auf freie Selbstbestimmung, Satzungs- und Finanzhoheit, sowie das politische Mandat für Schülervertretungen fest. Das Landesschulamt wird aufgefordert, die ausstehenden Druckkosten vom Streik 78 endlich zu begleichen, um die Prozesse gegen den ehemaligen LSV-Sprecher Thomas Hinrichsen einzustellen.

4. Die Aktionen und Kämpfe sollen zugespitzt werden auf eine weitere landesweite Demonstration und eine anschließende Veranstaltung in Kiel Ende Januar. Wenn die Unterstützung durch die Gewerkschaften besteht, soll im Mai ein landesweiter Streik für 12 Stunden Berufsschulunterricht und gegen den Studienstufenerlaß durchgeführt werden.





Das Foto zeigt den Einschlag der Übungsbombe in das Fabrikgebäude der Firma ge-ka am 7.11. Auf der Delegiertenkonferenz des DGB-Kreis Emsland wurde ein Antrag verabschiedet, in dem gefordert wird, daß ,,der Übungsbetrieb auf dem Bombenabwurfplatz ‚Nordhorn-Range‘ sofort eingestellt wird.“

Remmers gegen ,,zu viel Wissenschaft“ im Unterricht

r.mah. Kultusminister Remmers überprüft gegenwärtig die Rahmenrichtlinien für die Grundschule. Seine Absichten dahingehend hat er in der Evangelischen Akademie Loccum auf der Tagung ,,Was kann die Schule leisten?“ so zum Ausdruck gebracht: ,,Die Wissenschaftsorientierung der neuen Lehrpläne hat nur zu einer neuen Stoffhuberei geführt. Daß die Wissenschaften allein keine Antworten auf unsere Orientierungsfragen geben, wird gar nicht gesehen...“

Die Erfahrungen von Lehrern und Eltern ist jedoch, daß die Kinder nicht zu viel sondern immer weniger lernen. Remmers knüpft allerdings geschickt an den schlechten Erfahrungen der Eltern mit dem Segen der sozialdemokratischen Bildungsreform und deren angeblichen ,,Modernisierung“ des Unterrichts an. Ein Beispiel ist die Mengenlehre in der Grundschule. Hier soll dem Schulanfänger laut Rahmenrichtlinien von '75 (SPD-Regierung) u.a. folgendes beigebracht werden: ,,Zu einer vorgegebenen Eigenschaft (Merkmal) alle Gegenstände (Elemente) aus einer Grundmenge aussondern und zu einer Menge zusammenfassen; Eigenschaften durch Symbole angeben; Gegenstände nach zwei Eigenschaften sortieren und in Diagramme legen/zeichnen...“ etc. Was man allerdings weder in den Richtlinien noch in dem Lehrerhandbuch zu dem Unterrichtswerk ,,Alef“ für das 1. Schuljahr findet, ist, wozu diese Tätigkeiten nützlich sind und in welchem Zusammenhang mit den heutigen Erkenntnissen der Wissenschaft sie stehen. Als Ziel des Lernens wird vielmehr angegeben: ,,... Phantasie und Kreativität des Schülers fördern, Bereitschaft und

wird gar nicht gesehen...“

Die Erfahrungen von Lehrern und Eltern ist jedoch, daß die Kinder nicht zu viel sondern immer weniger lernen. Remmers knüpft allerdings geschickt an den schlechten Erfahrungen der Eltern mit dem Segen der sozialdemokratischen Bildungsreform und deren angeblichen ,,Modernisierung“ des Unterrichts an. Ein Beispiel ist die Mengenlehre in der Grundschule. Hier soll dem Schulanfänger laut Rahmenrichtlinien von '75 (SPD-Regierung) u.a. folgendes beigebracht werden: ,,Zu einer vorgegebenen Eigenschaft (Merkmal) alle Gegenstände (Elemente) aus einer Grundmenge aussondern und zu einer Menge zusammenfassen; Eigenschaften durch Symbole angeben; Gegenstände nach zwei Eigenschaften sortieren und in Diagramme legen/zeichnen...“ etc. Was man allerdings weder in den Richtlinien noch in dem Lehrerhandbuch zu dem Unterrichtswerk ,,Alef“ für das 1. Schuljahr findet, ist, wozu diese Tätigkeiten nützlich sind und in welchem Zusammenhang mit den heutigen Erkenntnissen der Wissenschaft sie stehen. Als Ziel des Lernens wird vielmehr angegeben: ,,... Phantasie und Kreativität des Schülers fördern, Bereitschaft und
Fähigkeit des Schülers zu kooperativem Verhalten fördern.“ Alles Dinge, die wenig mit Mathematik und viel mit sozialdemokratischen Soziologietheorien zu tun haben.

Da es den Bildungsreformern nicht um eine allseitige Ausbildung zwecks Beherrschung von Natur und Technik, sondern um Abrichtung zum Anhängsel der Maschine geht, sortiert man also fleißig bunte Plättchen raus und rein mit dem Lernziel ,,Phantasie entfalten.“ Eine dürftige Begründung, zumal das Ganze eher unqualifizierter Fließbandarbeit ähnelt.

Nicht die Wissenschaftlichkeit der Unterrichtsinhalte erdrückt also das Lernen – wie Remmers behauptet – und nicht die Mengenlehre ist ,,zu schwierig“. Vielmehr wird den Kindern der wissenschaftliche Inhalt und Zusammenhang ferngehalten.

Remmers Kritik ist durch und durch reaktionär. Was für die Kinder des Volkes gut genug ist, hat er in einem Spiegel-Interview schon 1978 verdeutlicht: statt der Definition ,,Zuordnungen, bei denen Größenpaare... produktgleich sind, nennt man antiproportionale Zuordnungen“ will er den Vorgang so erklärt haben: ,,Je mehr Kinder sich eine Tüte Bonbons teilen, um so weniger Bonbons kriegt das einzelne Kind.“ Daß solche Plattitüden kaum als Aneignung mathematischer Kenntnisse zu bezeichnen sind, stört den Minister kaum. Denn darum geht es ihm nicht. Worum es ihm geht? Hier einige Themen, die er zur Behandlung im Unterricht vorschlägt: ,,Menschen, Städte und Landschaften östlich von Elbe und Werra“ (Nds. SVB 9/79); Europäischer Wettbewerb (Nds. SVB 9/79); ,,Woche der Bürderlichkeit“ (Nds. SVB 11/79); ,,Die deutsche Frage im Unterricht“ (Nds. SVB 2/79) – mit u.a. folgenden Unterthemen: ,,Die Verantwortung für die historische Erbschaft betrifft alle Deutschen gemeinsam – Die deutsche Einheit bleibt unser Ziel – Deutschland ist mehr als die

schwierig“. Vielmehr wird den Kindern der wissenschaftliche Inhalt und Zusammenhang ferngehalten.

Remmers Kritik ist durch und durch reaktionär. Was für die Kinder des Volkes gut genug ist, hat er in einem Spiegel-Interview schon 1978 verdeutlicht: statt der Definition ,,Zuordnungen, bei denen Größenpaare... produktgleich sind, nennt man antiproportionale Zuordnungen“ will er den Vorgang so erklärt haben: ,,Je mehr Kinder sich eine Tüte Bonbons teilen, um so weniger Bonbons kriegt das einzelne Kind.“ Daß solche Plattitüden kaum als Aneignung mathematischer Kenntnisse zu bezeichnen sind, stört den Minister kaum. Denn darum geht es ihm nicht. Worum es ihm geht? Hier einige Themen, die er zur Behandlung im Unterricht vorschlägt: ,,Menschen, Städte und Landschaften östlich von Elbe und Werra“ (Nds. SVB 9/79); Europäischer Wettbewerb (Nds. SVB 9/79); ,,Woche der Bürderlichkeit“ (Nds. SVB 11/79); ,,Die deutsche Frage im Unterricht“ (Nds. SVB 2/79) – mit u.a. folgenden Unterthemen: ,,Die Verantwortung für die historische Erbschaft betrifft alle Deutschen gemeinsam – Die deutsche Einheit bleibt unser Ziel – Deutschland ist mehr als die
Bundesrepublik“.

Das wissenschaftliche Niveau des Unterrichts noch weiter zu drücken und die Kinder mit christlich-schwarzer Ideologie vollzustopfen, ist Remmers Absicht. Mit Kinderfreundlichkeit hat das nichts zu tun.

Brokdorf: Die Einsprüche der Bauern abgelehnt

Die bürgerlichen Parteien schieben auf eine Entscheidung für den Bau

r.std. In Schleswig sind vor dem Verwaltungsgericht die Einsprüche gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf verhandelt worden. Gleichzeitig hat die CDU im Bundestag erneut das Energieprogramm verhandeln lassen und Stoltenberg sprechen lassen. Er warf der SPD ,,geistige und politische Führungslosigkeit“ vor. Die bürgerlichen Parteien ordnen ihre Fronten, um mit dem Energieprogramm einen Schritt weiter zu kommen.

Die Energiepolitik bezeichnete Stoltenberg als ,,voraussichtlich größte Herausforderung des kommenden Jahrzehnts.“ Eine energiewirtschaftliche Notstandssituation sei nicht mehr auszuschließen. Die SPD will auf dem Berliner Parteitag eine Unterstützung der Regierungspolitik, die CDU schiebt nach.

Nach der Niederlage der Bewegung gegen die Energiepolitik der Bundesregierung durch den Mißerfolg in Brokdorf hat die Kapitalistenklasse jetzt ihre Positionen sondiert, um sich einer Entscheidung zu nähern. Bekanntlich hat sich die SPD in Schleswig-Holstein in Zusammenhang mit den Landtagswahlen gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke ausgesprochen, um so Stimmen zu gewinnen, was ihr auch gelungen ist. Die Fronten werden jetzt neu abgesteckt.

Auch innerhalb der SPD wird kräftig auf eine Entscheidung für das Energieprogramm geschoben. Verschiedene sozialdemokratische Politiker aus Schleswig-Holstein haben Helmut Schmidt in einem Brief unterstützt in seiner Energiepolitik und sich für Kernenergie ausgesprochen. Offen wird in dem Brief der imperialistische Charakter ausgesprochen: ,,Eine Politik (der Ablehnung der Kernenergie), die Arbeitsplätze gefährdet, jede Hilfe für die Dritte Welt unmöglich macht und unter Umständen den erreichten Lebensstandard nachhaltig beeinträchtigt, hat weder Aussicht auf Erfolg noch kann man sie vertreten.“ Kapitalexport und intensivere Ausbeutung, darum gehts. Unter den Unterschreibern sind führende Sozialdemokraten und Vertreter im DGB. Man erkennt daran den Einfluß.

Unter diesem Druck hat der Landesvorsitzende Jansen gleich mit einem Ablenkungsmanöver reagiert. Er wird an dieser Flanke weich werden. Er hat mit einem Angriff auf Lambsdorff reagiert, den er als ,,Superlobbyist der Unternehmer“ bezeichnet hat. Das gilt natürlich auch für Schmidt.

Wo alle bürgerlichen Parteien schieben, hat das Verwaltungsgericht Schleswig die Beweisanträge der verschiedenen Kläger, darunter vier Ge-



meinden, sämtlich abgelehnt. Die Kläger haben versucht, über den Beweis, daß die bisherigen Störfälle und Unglücke die Unsicherheit der Kernkraftwerke zeigten, eine Entscheidung gegen den Bau herbeizuführen. Die Beeinträchtigung der Landwirtschaft wurde von den Bauern vertreten.

Die entscheidende Frage bei dem Verwaltungsgerichtsstreit ist die Frage der Endlagerung. Für Brokdorf sieht die Entsorgung eine dreijährige Lagerung der Brennstäbe auf dem Kernkraftwerksgelände vor. Eine Lagerung in einem Kompaktlager für zehn Jahre ist beantragt.

Die endgültige Entscheidung soll im nächsten Jahr erfolgen. Etwas Zeit brauchen sie noch.

VW kauft sich bei Chrysler ein. Volle Unterstützung durch Bundesregierung und niedersächsische Landesregierung

r.klh. Am 16.11.79 stimmte der Aufsichtsrat der VW AG dem Kauf von ,,Chrysler-Favre Argentina“ für rund 90 Mio DM zu. 48% der Kapitalanteile erwirbt VW vom angeschlagenen US-Konzern Chrysler, den Rest von argentinischen Besitzern. Zwei Werke mit 4400 Beschäftigten und einer Jahresproduktion von 33000 LKW und PKW hat das Unternehmen zur Zeit. Verglichen mit VW do Brasil eher bescheiden – fast 500 Mio. DM Kapital, rund 1/2 Mio. Jahresproduktion – doch ein weiterer Schritt zur Eroberung des lateinamerikanischen Kontinents. Erst Ende 78 hatte VW mit Ekuador einen Vertrag unterzeichnet über ein Golf-Montagewerk (100 Mio. Dollar, Produktionsbeginn 1980, bis 1982 30000 Autos jährlich). Anfang 79 hatte VW für rund 90 Mio. DM 67% der Anteile des Nutzfahrzeugherstellers ,,Chrysler Motor do Brasil“ übernommen. 600 Mio. Dollar will VW bis 1983 in Brasilien investieren, wo schon heute der Marktanteil bei über 50% liegt. Kein Wunder bei einem Durchschnittslohn von monatlich 617 DM (Juli 79, eigene Angaben VW in Werkszeitung ,,Autogramm“ 11/79). In Argentinien hofft VW offensichtlich auf ähnlich ,,günstige“ Bedingungen. Erst im November hat die Militärdiktatur das seit über 3

sichtsrat der VW AG dem Kauf von ,,Chrysler-Favre Argentina“ für rund 90 Mio DM zu. 48% der Kapitalanteile erwirbt VW vom angeschlagenen US-Konzern Chrysler, den Rest von argentinischen Besitzern. Zwei Werke mit 4400 Beschäftigten und einer Jahresproduktion von 33000 LKW und PKW hat das Unternehmen zur Zeit. Verglichen mit VW do Brasil eher bescheiden – fast 500 Mio. DM Kapital, rund 1/2 Mio. Jahresproduktion – doch ein weiterer Schritt zur Eroberung des lateinamerikanischen Kontinents. Erst Ende 78 hatte VW mit Ekuador einen Vertrag unterzeichnet über ein Golf-Montagewerk (100 Mio. Dollar, Produktionsbeginn 1980, bis 1982 30000 Autos jährlich). Anfang 79 hatte VW für rund 90 Mio. DM 67% der Anteile des Nutzfahrzeugherstellers ,,Chrysler Motor do Brasil“ übernommen. 600 Mio. Dollar will VW bis 1983 in Brasilien investieren, wo schon heute der Marktanteil bei über 50% liegt. Kein Wunder bei einem Durchschnittslohn von monatlich 617 DM (Juli 79, eigene Angaben VW in Werkszeitung ,,Autogramm“ 11/79). In Argentinien hofft VW offensichtlich auf ähnlich ,,günstige“ Bedingungen. Erst im November hat die Militärdiktatur das seit über 3
Jahren bestehende, aber häufig durchbrochene, Streikverbot gesetzlich abgesichert (vgl. KVZ 44/79, S. 11).

VW rüstet für die weltweit härter werdende Konkurrenzschlacht. Einträchtig tragen die beiden Hauptaktionäre Bund und Land Niedersachsen (je



Seit Januar 1978 werden VW-Käfer nur noch in Mexiko gebaut. Bis Ende 1978 waren es 21446, 1979 soll das VW-Werk in Puebla 30000 Stück produzieren. Monatlich 2400 bis 2600 werden über Emden (unser Bild) wieder importiert, offenbar trotz der hohen Transportkosten noch mit Profit.

20% der Aktien) das Rekordinvestitionsprogramm von 8,9 Mrd. DM bis 1982. 1978 wurden 2 Mrd. DM investiert, davon rund ein Viertel im Ausland. Argentinien ist nur das zur Zeit letzte Glied einer Kapitalexportkette, die von Brasilien über das USA-Werk bis zum Vertragsabschluß mit Ägypten und jüngsten Verhandlungen mit China reicht.

Einkauf beim – wie Chrysler angeschlagenen – Autokonzern AMC neben VW der 2. ausländische Hersteller mit einem Werk in USA geworden. VW seinerseits liebäugelt mit dem Kauf von Chrysler. Bisher haben beide dementiert, dennoch versucht Chrysler, u.a. durch Verkauf ausländischer Töchter Geld aufzutreiben und Schmücker muß sich damit begnügen.



Seit Januar 1978 werden VW-Käfer nur noch in Mexiko gebaut. Bis Ende 1978 waren es 21446, 1979 soll das VW-Werk in Puebla 30000 Stück produzieren. Monatlich 2400 bis 2600 werden über Emden (unser Bild) wieder importiert, offenbar trotz der hohen Transportkosten noch mit Profit.

20% der Aktien) das Rekordinvestitionsprogramm von 8,9 Mrd. DM bis 1982. 1978 wurden 2 Mrd. DM investiert, davon rund ein Viertel im Ausland. Argentinien ist nur das zur Zeit letzte Glied einer Kapitalexportkette, die von Brasilien über das USA-Werk bis zum Vertragsabschluß mit Ägypten und jüngsten Verhandlungen mit China reicht.

Nordamerika hat Schmücker auf der letzten Aktionärsversammlung zu einem Schwerpunkt der VW-Aktivitäten erklärt. Noch in diesem Jahr soll die Entscheidung über ein 2. VW-Werk in USA fallen. Die Sache drängt für VW, denn erst kürzlich ist Renault durch

Einkauf beim – wie Chrysler angeschlagenen – Autokonzern AMC neben VW der 2. ausländische Hersteller mit einem Werk in USA geworden. VW seinerseits liebäugelt mit dem Kauf von Chrysler. Bisher haben beide dementiert, dennoch versucht Chrysler, u.a. durch Verkauf ausländischer Töchter Geld aufzutreiben und Schmücker muß sich damit begnügen.
Aber er lechzt danach, durch Übernahme von Chrysler der drittgrößte in der weltweiten Automobilkonkurrenz zu werden. Die VW-Arbeiter entscheiden im kommenden Tarifkampf auch über den Spielraum, den Schmücker für die Verwirklichung dieser Pläne hat.



















Probleme der Fischereimonopole bei der Expansion

Länder der Dritten Welt entwickeln nationale Fischindustrie / Kutterfischer kämpfen gegen ihre Vernichtung

z.höu. Als „einmalige Anpassungshilfe" für die gestiegenen Treibstoffkosten sollen 1980 der Hochseefischerei 5 Mio. DM und der Kutterfischerei 2,5 Mio. DM aus Bundesmitteln gezahlt werden. So hat es der Hauhaltsausschuß des Bundestages „im Rahmen seiner Beratungen über den Agraretat 1980" beschlossen. Der Kutterverband hat ausgerechnet, daß der den Kutterfischern zur Verfügung stehende Betrag den Liter Treibstoff gerade um 0,05 DM verbilligt, was bei weitem nicht ausreicht, die Verluste der Kutterfischer auszugleichen („Das Fischblatt" 11. November 79). Der Verband hält daher die Forderung nach tatsächlichem Ausgleich aufrecht. Daß die Bundesregierung überhaupt zahlt, liegt am hartnäckigen Kampf der Kutterfischer gegen ihre Beseitigung, dem Vernichtungsfeldzug haben von ungefähr 570 Kuttern 1974 bis heute 370 widerstanden und die Bourgeoisie durch Aktionen wie die Sperrung des Nord-Ostseekanals das Fürchten gelehrt.

Die Pläne der Bourgeoisie bezüglich der Küstenfischerei werden noch im Dunkeln gehalten, Ministerialdirigent Gero Möcklinghoff vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten „erklärte unlängst vor Kutterfischern, die Fischereipolitik des Bundes gehe davon aus, daß die Kutterfischerei einen unentbehrlichen Beitrag zur Versorgung des deutschen Marktes leiste. Das gelte vor allem für den Frischfisch, der gleichzeitig für die Kutterfischerei Aufgabe und Chance sei. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei sei und bleibe deshalb das Ziel der Fischereipolitik der Bundesregierung" („Das Fischblatt" 11, 79). Dem Jahresbericht für 1978 des Bundesverbandes des binnenländischen Fischgroßhandels e.V. ist schon genauer zu entnehmen, wie die Bourgeoisie sich die Zukunft der „Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei" vorstellt: „VI. Geht man davon aus, daß bei aller wachsenden Bedeutung des Frostfisches qualitätsmäßig guter und preiswerter Frischfisch dennoch von der Mehrzahl der Verbraucher bevorzugt und daher seinen Markt behalten wird, so liegt es nahe, auf dessen voraussichtliche Versorgung in der nahen Zukunft einen Blick zu werfen. Man ist gewillt, neue Frischfischfangschiffe zu bauen, sobald man mit einiger Zuverlässigkeit weiß, wo und wieviel man mit solchen Neubauten fischen kann, und hat dafür fertige Pläne in der Schublade. VII. Die wohl allgemein vertretene Überzeugung, daß ein gewisser Teil der Rohwarenversorgung des deutschen Marktes durch eine nationale Fischerei sicherzustellen ist, muß umgehend zu praktischen Maßnahmen führen, sollen nicht im Gefüge der ganzen deutschen Fischwirtschaft irreparable Schäden eintreten. Ob sich eine Zusammenarbeit der Hochsee- und der Kutterfischerei im Frischfischfang ergeben könnte?"

Die Hochseefischerei wird im wesentlichen von den Monopolen Unilever (Nordsee) und Dr. Oetker beherrscht. In der genannten Schublade befinden sich Pläne für einen ca. 28 m langen Kuttertyp, der nicht mehr „von einem Familienbetrieb geführt werden kann". Ziel der Monopole ist, den Frischfisch mit derartigen Schiffen aus europäischen Gewässern und den Frostfisch mit ihren Fabrikschiffen aus fernen Meeren herbeizuschaffen, z.B. argentinischen Seehecht in Form von Fischstäbchen. Und zu dem Zweck müssen die selbständigen Kutterfischer beseitigt werden und muß die Raubfischerei vor fremden Küsten sichergestellt werden.

Die Länder der 3. Welt nutzen jedoch die von ihnen erkämpfte 200 Meilen Zone, um den Aufbau der nationalen Fischereien voranzubringen, statt ihre Gewässer den imperialistischen Räubern erneut zu öffnen. 35 Millionen Dollar stellt die UNO (über die Unterorganisation FAO) jetzt für ein Programm zur Entwicklung der nationalen Fischereiwirtschaft der Länder der 3. Welt zur Verfügung, ihr Anteil am gesamten Weltfischfang steigt schon 1976 auf 1977, die Imperialisten und Sozialimperialisten fangen dagegen auch in absoluten Zahlen weniger, die BRD fällt von Platz 29 auf Platz 31 zurück und wird von Nigeria und Malaysia überholt.

Die Anlandung neuer, bisher ungenutzter Fischsorten soll neben ständigen Infiltrationsversuchen in die Fischgründe der Länder der 3. Welt und entsprechender Subventionierung der Hochseeflotte die imperialistischen Fischereimonopole aus der Klemme ziehen, die Pläne für den Ausbau ihrer Fernfangflotten realisierbar machen. Grenadierfisch und Blauer Wittling werden als „Senkrechtstarter" (AFZ, 5.11.79) bejubelt, vor wenigen Jahren galten sie in fischereibiologischen Lehrbüchern noch als „wertloser Beifang", da sie nicht verarbeitet werden konnten. Als schier endlos werden die Bestände beschrieben – die Endlichkeit imperialistischen Fischräubertums wird sich schon bald zeigen. Jetzt sind diese Arten ein weiteres, von der Bundesregierung gehätscheltes Instrument zur Beseitigung der selbständigen Kutterfischerei, zufrieden hat der Ministerialdirigent Möcklinghoff „den deutschen Kutterfischern empfohlen, ihre Waren notfalls in anderen Häfen der EG anlanden und verarbeiten zu lassen, falls an den deutschen Seefischmärkten keine befriedigenden Lösungen (bezüglich der Erlöse) erzielt werden könnten"

(„Das Fischblatt" 11. November 79).

Landvolkverband Achim fordert Übernahme der Kanalanschlußgebühren durch die Stadt

r.chl. Die Mitgliederversammlung des Landvolkverbandes hat in Achim Protest dagegen erhoben, daß in Zukunft für unbebaute, aber bebaubare Grundstücke Wasserversorgungs- und Kanalbaubeträge erhoben werden sollen. Kosten können bis zu 1500 DM entstehen.

Die Bauern können die Anschlußgebühren nicht zahlen und bestehen darauf, daß sich keine großen Belastungen aus dem Zwang zum Anschluß ergeben dürfen. Deshalb hat der Landvolkverband von der Stadt Achim gefordert, „tragbare Finanzierungs- und Stundungsregelungen" zu ermöglichen. Die Stadt Achim besteht auf Zahlung. Das soll einerseits die Kassen füllen, denn dann braucht die Stadt diese Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr aus Steuermitteln finanzieren. Andererseits soll diese Maßnahme das Bauernlegen beschleunigen und weitere Industrieansiedlungen auf Kosten dieser Bauern ermöglichen.

Die Bemühungen der Stadt Achim den Anschlußzwang durchzusetzen, haben Tradition und sind ein Mittel, die kleinen und mittleren Bauern zu ruinieren. Aus Embsen hat ein Bauer bereits vor zwei Jahren Widerspruch dagegen eingelegt, an die Kanal- und Abwasserversorgung angeschlossen zu werden. Sein Grundstück liegt zwei Kilometer vom nächsten Anschluß entfernt. Das soll ihn 25000 DM kosten. Der Bauer wird zusätzlich in die Hände der Düngemittelkapitalisten getrieben werden, weil er seine Sickerkuhle beseitigen muß.

Der Anschluß steigert den Wert der Grundstücke, macht sich also bei einem eventuellen Verkauf in einem gesteigerten Preis bezahlt. Die Bauern haben jedoch nicht vor, das Land zu verkaufen, für ihre Produkte bekommen sie wegen des Anschlusses keinen Pfennig mehr. Wenn die Stadt die Kosten für den Anschluß nicht übernimmt oder Ermäßigungen einräumt, wollen die Bauern den Anschluß verhindern. Der Landvolkverband beruft sich darauf, daß die Stadt Ausnahmen vom Anschlußzwang zulassen kann. Die Stadt argumentiert mit §8 Abs.2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung: „Die Gemeinden können... duch Satzung... den Anschluß an Kanalisation... und ähnliche der Volksgesundheit dienende Einrichtungen (Anschlußzwang) und die Benutzung dieser Einrichtungen vorschreiben."

Die Stadt will die Kosten auf die Bauern abwälzen, während Stadtdirektor Heussmann auf einer Versammlung mit rund 100 Achimer Kapitalisten auf deren Protest hin von einer Erhöhung der Gewerbesteuer von 330 auf 370 Prozent Abstand nahm.

Landfrauenverband fordert höhere Hinterbliebenenrente

z.doj. Auf einer Veranstaltung des Landfrauenverbandes mußten Vertreter der bürgerlichen Parteien vor 70 Bäuerinnen Rede und Antwort über die niedrigen Hinterbliebenenrenten stehen. Witwen von Bauern müssen bisher für den Erhalt von 277,70 DM Hinterbliebenenrente grundsätzlich den Hof abgeben. Hat die Witwe Anspruch auf mehrere Renten – weil sie z.B. noch in der Fabrik gearbeitet hat – wird ihre Rente aus der Landwirtschaftlichen Rentenkasse um eine schon bestehende Rente gekürzt, bis zu einem Viertel der Bezüge. Der Landfrauenverband fordert neben der Erhöhung der Hinterbliebenen-Unfallrenten, daß die Hofabgabe nicht mehr zur Voraussetzung für eine Hinterbliebenenrente der Landwirtschaftlichen Rentenkasse gemacht wird. Das setzt voraus, daß die Witwen eine volle Arbeitskraft für die Bewirtschaftung des Hofes bezahlen können. Eine Vorlage der Bundesregierung, die im Bundestag seit ½ Jahr verhandelt wird, entspricht den Forderungen in keiner Weise: Bezahlung einer Hilfskraft für 6 Monate als „Überbrückung" – das endet wieder bei der Hofabgabe und mit dem frühen Tod der Bäuerin. Staatssekretär Buschfort betonte in der Parlamentsdebatte, daß die Hofabgabe bei Rente der Tribut für die niedrigeren Zahlungen der Bauern in die Rentenkassen sei und kündigt gleich Beitragserhöhungen für 1981 an.

Kretische Bauern kämpfen gegen BRD-Importfirmen

z.gük. 2500 Bauern demonstrierten am 10.11. zum Büro des Agrarministeriums auf Kreta gegen die Senkung der Aufkaufpreise bei Gurken durch westdeutsche Gemüseimportfirmen. Die Polizei errichtete Straßensperren und überfiel mit Tränengas die Bauern. Schon am 8.11. hatten die Bauern mit einem Verkaufsstreik begonnen. Die Salatgurken werden auf der Südseite



der Insel von Tausenden von Bauern in kleinen Plastikgewächshäusern gezogen. Die Bauern vernichteten 1000 Tonnen Gurken. Die westdeutschen Firmen hatten mit dem Hinweis auf die billigeren kanarischen Gurken den Aufkaufpreis auf 2–3 Drachmen/kg (10–15 Pfg.) gesenkt, statt vorher 13–16 Dr/kg. Der staatlich garantierte Mindestpreis liegt bei 7 Dr/kg. Die Bauern fordern vom Staat die Anhebung des Mindestpreises auf 14 Drachmen pro Kilo. Am Tag der Demonstra-

„Cossiga, schlag du dich doch mit 103000 Lire durch!"

Bauerndemonstration in Rom / Bürgerliche Parteien betreiben Spaltung

z.ulg.Rom. Mittwoch, 28.11.: In der römischen Innenstadt versammeln sich Bauern aus ganz Italien zu der Demonstration, zu der der linke Bauernverband Confcoltivatori aufgerufen hat. Langsam setzt sich der Zug in Bewegung, an der Spitze sieben Traktoren, dahinter über hundert Bürgermeister

tion. Immer wieder Sprechchöre und Transparente: „Das Land denen, die es bebauen!" Oder: „Nein zu per Telefon bebautem Land!" Stark vertreten sind im Zug Kooperativen von Kleinbauern, Landarbeitern und arbeitslosen Jugendlichen, die in den letzten Jahren unbebautes Land, zum Teil Mi-

Die einzige politische Organisation, die in der Demonstration sichtbar vertreten ist, ist die PCI. Doch die Forderungen der Demonstranten stehen in deutlichem Gegensatz zu dem „Begrüßungsplakat" der Revisionisten, auf dem die Forderungen nach Land und höheren Renten überhaupt nicht er-

macht dieser Verband keinen Hehl: „Niemand kann uns abstreiten, daß die Coldiretti mit den Stimmen des Landes der homogenste soziale Block zur Unterstützung der Democrazia Cristiana ist." Umgekehrt werden Rechtshilfe und Fortbildungskurse der Coldiretti aus Steuermitteln finanziert. Im

den Frischfisch, der gleichzeitig für die Kutterfischerei Aufgabe und Chance sei. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei sei und bleibe deshalb das Ziel der Fischereipolitik der Bundesregierung" („Das Fischblatt" 11, 79). Dem Jahresbericht für 1978 des Bundesverbandes des binnenländischen Fischgroßhandels e.V. ist schon genauer zu entnehmen, wie die Bourgeoisie sich die Zukunft der „Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei" vorstellt: „VI. Geht man davon aus, daß bei aller wachsenden Bedeutung des Frostfisches qualitätsmäßig guter und preiswerter Frischfisch dennoch von der Mehrzahl der Verbraucher bevorzugt

Die Länder der 3. Welt nutzen jedoch die von ihnen erkämpfte 200 Meilen Zone, um den Aufbau der nationalen Fischereien voranzubringen, statt ihre Gewässer den imperialistischen Räubern erneut zu öffnen. 35 Millionen Dollar stellt die UNO (über die Unterorganisation FAO) jetzt für ein Programm zur Entwicklung der nationalen Fischereiwirtschaft der Länder der 3. Welt zur Verfügung, ihr Anteil am gesamten Weltfischfang steigt schon 1976 auf 1977, die Imperialisten und Sozialimperialisten fangen dagegen auch in absoluten Zahlen weniger, die BRD fällt von Platz 29 auf Platz 31 zurück und wird von Nigeria und Malaysia überholt.

Zahlung. Das soll einerseits die Kassen füllen, denn dann braucht die Stadt diese Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr aus Steuermitteln finanzieren. Andererseits soll diese Maßnahme das Bauernlegen beschleunigen und weitere Industrieansiedlungen auf Kosten dieser Bauern ermöglichen.

Die Bemühungen der Stadt Achim den Anschlußzwang durchzusetzen, haben Tradition und sind ein Mittel, die kleinen und mittleren Bauern zu ruinieren. Aus Embsen hat ein Bauer bereits vor zwei Jahren Widerspruch dagegen eingelegt, an die Kanal- und Abwasserversorgung angeschlossen zu werden. Sein Grundstück liegt zwei Ki-

sich darauf, daß die Stadt Ausnahmen vom Anschlußzwang zulassen kann. Die Stadt argumentiert mit §8 Abs.2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung: „Die Gemeinden können... duch Satzung... den Anschluß an Kanalisation... und ähnliche der Volksgesundheit dienende Einrichtungen (Anschlußzwang) und die Benutzung dieser Einrichtungen vorschreiben."

Die Stadt will die Kosten auf die Bauern abwälzen, während Stadtdirektor Heussmann auf einer Versammlung mit rund 100 Achimer Kapitalisten auf deren Protest hin von einer Erhöhung der Gewerbesteuer von 330 auf 370 Prozent Abstand nahm.

10.11. zum Büro des Agrarministeriums auf Kreta gegen die Senkung der Aufkaufpreise bei Gurken durch westdeutsche Gemüseimportfirmen. Die Polizei errichtete Straßensperren und überfiel mit Tränengas die Bauern. Schon am 8.11. hatten die Bauern mit einem Verkaufsstreik begonnen. Die Salatgurken werden auf der Südseite



„Cossiga, schlag du dich doch mit 103000 Lire durch!"

Bauerndemonstration in Rom / Bürgerliche Parteien betreiben Spaltung

z.ulg.Rom. Mittwoch, 28.11.: In der römischen Innenstadt versammeln sich Bauern aus ganz Italien zu der Demonstration, zu der der linke Bauernverband Confcoltivatori aufgerufen hat. Langsam setzt sich der Zug in Bewegung, an der Spitze sieben Traktoren, dahinter über hundert Bürgermeister mit ihren Gemeindebannern, Vertreter der Städte und Dörfer, deren Gemeinderäte die Forderungen der Demonstration unterstützt haben. Und dann, endlos, die Blöcke der einzelnen Regionen. Mit über 50000 geben die Veranstalter die Teilnehmerzahl an, mehr jedenfalls, als am Schluß auf den Kundgebungsplatz passen.

Abschaffung der Halbpacht und gleichberechtigte Sozialversicherung sind die Hauptforderungen. Unter der Halbpacht – es gibt noch etwa 100000 Betriebe dieser Art – muß der Bauer 42% der Ernte an den Grundbesitzer abliefern. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Halbpacht, früher das vorherrschende Produktionsverhältnis auf dem Land, weitgehend aufgelöst, meist in kapitalistische Großbetriebe. Seit Jahren liegt ein Gesetzentwurf über die Umwandlung der verbliebenen Halbpachtverhältnisse in gewöhnliche Pachtverträge im Parlament. Offiziell sind sich alle bürgerlichen Parteien über die Verabschiedung des Gesetzes einig, doch die Democrazia Cristiana findet immer neue Vorwände, sie hinauszuzögern. Die Halbpächter würden damit zwar nicht Eigentümer ihres Bodens werden, doch die Pachtsätze würden wenigstens erheblich unter den jetzigen 42% liegen. Deshalb fordern die Bauern die Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs.

Revisionisten und Reformisten haben die Forderung nach Agrarreform – grundlegend in einem Land mit großen kapitalistischen Plantagen (1,2 Mio. Landarbeiter) auf der einen und 2 Mio. Kleinbetrieben mit unter 10 ha Land auf der anderen Seite – vor einigen Jahren fallengelassen. Die Bauern nicht. Das zeigt auch die Demonstration. Immer wieder Sprechchöre und Transparente: „Das Land denen, die es bebauen!" Oder: „Nein zu per Telefon bebautem Land!" Stark vertreten sind im Zug Kooperativen von Kleinbauern, Landarbeitern und arbeitslosen Jugendlichen, die in den letzten Jahren unbebautes Land, zum Teil Militärgelände, besetzt haben. Erst kürzlich haben die Carabinieri in Persano bei Salerno in Süditalien das vor einem Jahr besetzte Manövergelände gewaltsam geräumt. (Bild) In Friaul an der österreichischen und jugoslawischen Grenze kämpfen die Bauern gegen den Landraub für Truppenübungsplätze und gegen die Militärdienstbarkeiten, die die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion behindern.

„Der Bauer arbeitet, bis er krepiert, denn die Rente reicht nicht", steht auf einem Transparent. Fast alle alten Bauern kriegen nur die Mindestrente von gegenwärtig 103000 Lire (224 DM), noch mal 19000 Lire weniger als bei den Lohnabhängigen. Der Jahresbeitrag liegt mit 100000 Lire genauso hoch wie die monatliche Rente und ist als Kopfsteuer unabhängig von der Betriebsgröße zu zahlen. Die Confcoltivatori fordert Vereinheitlichung der Leistungen und Staffelung der Beiträge nach dem Katastereinkommen des Bodens. „Cossiga, schlag du dich doch mit 103000 Lire durch!" greifen die Demonstranten die Regierung an.

Weitere Forderungen richten sich gegen die Agrarpolitik der EG, die das Bauernlegen gewaltig beschleunigt hat. Die Bauern fordern die Abschaffung der Grenzausgleichsbeträge, mit denen der Export von Agrarprodukten nach Italien subventioniert wird, und die Beseitigung der Erzeugerabgabe für Milch. Einer hat eine Karikatur gemalt. Ein Milchtankwagen aus Bayern ist darauf zu sehen, davor eine Kuh: „Und was wird aus meiner Milch?" 42% der in Italien verbrauchten Butter, 21% des Käses werden inzwischen aus dem Ausland eingeführt, 1968 waren es noch 33% bzw. 10%.

Die einzige politische Organisation, die in der Demonstration sichtbar vertreten ist, ist die PCI. Doch die Forderungen der Demonstranten stehen in deutlichem Gegensatz zu dem „Begrüßungsplakat" der Revisionisten, auf dem die Forderungen nach Land und höheren Renten überhaupt nicht erwähnt werden. Die Revisionisten können nicht verhindern, daß sich die Bauern über einige dringende Forderungen einigen und den Kampf dafür aufnehmen.

Dabei darf man freilich nicht vergessen, daß die Confcoltivatori landesweit nur eine Minderheit der Bauernbewegung, gewissermaßen ihren fortschrittlichen Flügel repräsentiert. Heute hat sie etwa 500000 Mitglieder, davon 150000 Betriebsleiter. Der katholische Bauernverband Coldiretti, der die Familienangehörigen in gesonderten Jugend- und Frauenverbänden organisiert, gibt dagegen seine Mitgliederzahl mit 1,35 Mio. an.

Aus seiner Verbindung mit der DC macht dieser Verband keinen Hehl: „Niemand kann uns abstreiten, daß die Coldiretti mit den Stimmen des Landes der homogenste soziale Block zur Unterstützung der Democrazia Cristiana ist." Umgekehrt werden Rechtshilfe und Fortbildungskurse der Coldiretti aus Steuermitteln finanziert. Im Verein mit den Pfaffen betreiben die Coldiretti-Führer unter den Bauern die Hetze gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse („Die Traktoren sind so teuer, weil bei der Fiat dauernd gestreikt wird"). Zur Durchsetzung von Forderungen verweisen sie statt auf den gemeinsamen Kampf auf die 37 leitenden Verbandsfunktionäre, die gleichzeitig Parlamentsabgeordnete der DC sind. Jeden Vorschlag zur Einheit mit dem anderen Bauernverband lehnen sie brüsk ab. Vor allem in den Kämpfen um Kollektivverträge über die Aufkaufbedingungen für Zuckerrüben, Tomaten usw. haben sie sich dem Wunsch der Bauern nach Aktionseinheit aber schon öfter nicht entziehen können.



Persano/Süditalien: Arme Bauern besetzten 1500 ha Militärgelände.

der Insel von Tausenden von Bauern in kleinen Plastikgewächshäusern gezogen. Die Bauern vernichteten 1000 Tonnen Gurken. Die westdeutschen Firmen hatten mit dem Hinweis auf die billigeren kanarischen Gurken den Aufkaufpreis auf 2–3 Drachmen/kg (10–15 Pfg.) gesenkt, statt vorher 13–16 Dr/kg. Der staatlich garantierte Mindestpreis liegt bei 7 Dr/kg. Die Bauern fordern vom Staat die Anhebung des Mindestpreises auf 14 Drachmen pro Kilo. Am Tag der Demonstration erhöhte in Brüssel die EG den Einfuhrzoll für eine 5,5 kg Gurkenkiste von 1,20 DM auf 4,80 DM. In Ierapetra wurden Parolen angebracht „Nein zur EG!" (Meldung nach Zuschrift)

Indische Zuckerarbeiter kämpfen für höheren Lohn

z.rua. Die Gewerkschaft der Zuckerarbeiter im indischen Bundesstaat Maharasthra fordert für die 250000 Zuckerarbeiter von den Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzern die Erhöhung der Löhne von 348 Rupien im Monat (87 DM) auf 440 Rupien (110 DM) und die Zahlung von 50% des Lohnes außerhalb der Saison. Anfang November hatte die staatliche Zuckerbehörde im Rahmen von Drei-Parteien-Verhandlungen die Erhöhung der Löhne auf 380,40 Rupien (95 DM) rückwirkend ab Oktober 1978 vorgeschlagen. Die Gewerkschaft hat abgelehnt. Im Oktober hat die Erntesaison begonnen, die Kampfbedingungen sind günstig. Die Zuckerarbeiter, die von den Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzern aus den landlosen und bei ihnen verschuldeten Bauernmassen rekrutiert werden, müssen Ernte, Transport und Verarbeitung des Zuckers zu Löhnen verrichten, die weit unter dem Mindestlohn z.B. in der Textilverarbeitung (470 Rupien) liegen. Sie werden nur *während* der Saison gezahlt. Seit 1969 wurden die Grundlöhne nicht erhöht, sondern nur die Prämien für zusätzliche Mehrarbeit. Die Gewerkschaft hat mit anderen Gewerkschaften und politischen Organisationen ein zentrales Aktionskomitee gebildet, das einen unbefristeten Streik ab 15.11. organisierte. Über seinen Verlauf ist uns noch nichts bekannt. Dies ist der erste Streik der Zuckerarbeiter.

Weihnachtsgeschäft im Einzelhandel – gute Bedingungen für Arbeitskämpfe

z.rem. Nach dem ersten verkaufsoffenen Samstag im November startete das „Handelsblatt" eine Umfrage, um zu testen, wie sich das Weihnachtsgeschäft heuer anläßt. „Brechend voll", wurde aus Westberlin signalisiert, „voll zufrieden" aus Hamburg. Die Belegschaften wurden nicht gefragt, das „Handelsblatt" hätte melden müssen: allmählich ist das Maß voll.

26,2% des Jahresumsatzes von Spielwaren entfielen 1978 auf die Monate November und Dezember, 15,6% bei den Lederwaren, 11,7% bei Rundfunk und Fernsehen etc. Bei den Warenhäusern beträgt der Anteil des Weihnachtsgeschäfts am Gesamtumsatz des Jahres 8,1%. Grundlage der Extraprofite sind vier lange Samstage. Der Kaufhof-Konzern stellt fest: „Trotz Umsatzplus – Jahresergebnis hängt vom Weihnachtsgeschäft ab".

Für die Belegschaften heißt das nicht nur Überstunden, sondern gleichzeitig Verdichtung des Arbeitstages. Seit Wochen laufen in den großen Kaufhäusern bereits Sonderaktionen, die von den einzelnen Abteilungen selbständig nicht bewältigt werden. Aushilfen werden eingestellt. Die Kaufhof AG zahlt ihnen 8,80 DM pro Stunde. Stände voller Waren türmen sich in den Abteilungen. Sie müssen aufgebaut, die Waren ausgezeichnet und eingeräumt werden, oft mehrmals, bis es dem Abteilungsleiter genügt. Schlangen von Kunden warten vor den Kassen. Die Pausen werden gekürzt. Bei Woolworth in München sind die Pausen während des Weihnachtsgeschäfts von 30 auf 20 Minuten gekürzt worden. Im letzten Jahr noch wurde für die Belegschaft bei Woolworth vier Wochen „Freizeitsperre" verhängt, dies bedeutete vier Wochen lang je sechs Tage Arbeit von 8.30 (bzw. 9.00) bis 18.30 Uhr und länger und am Samstag bis 18.00 Uhr. Nach den Weihnachtsfeiertagen dann die Inventur, und am 5. Januar ist bereits der erste verkaufsoffene Samstag im neuen Jahr. Die Einzelhandelskapitalisten haben sich bisher die gesteigerte Ausbeutung während des Weihnachtsgeschäfts vertraglich abgesichert. So legt z.B. der § 8.3 des gegenwärtig gekündigten Manteltarifvertrags in Baden-Württemberg fest, daß der 10-Stunden-Tag während des Weihnachtsgeschäfts rechtens ist. Das geht bis zu Vereinbarungen, daß Fehlzeiten während des Weihnachtsgeschäfts, also z.B. Fehlen wegen Krankheit, Abzüge von der Weihnachtsgratifikation bilden, oder die Weihnachtsgratifikation an die „persönliche Leistung" gebunden wird.

Die Belegschaften nehmen diese Arbeitsbedingungen nicht mehr hin. So haben der Gesamtbetriebsrat der Kaufhof-Filialen in Nürnberg, der Betriebsrat des Kaufhof in Stuttgart, der Betriebsrat von Hertie in Freiburg Überstunden für die Inventur verweigert, die Inventur findet zu regulären Zeiten statt, die Kaufhäuser werden während dieser Zeit geschlossen. Die Belegschaft der Buchhandlung Kaiser in München hat sich einige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erkämpft. Bisher war ab 24. November für alle allgemeine Geschäftszeit bis 19.00 Uhr, zusätzlich mußte die halbe Belegschaft in wöchentlich abwechselnden Schichten bis zur Erledigung der Arbeit bleiben, was dann Arbeitszeiten bis 19.30, 20.00 Uhr, in einzelnen Fällen bis 20.30 Uhr bedeutete. Ab jetzt ist die Höchstgrenze eine Überstunde pro Tag, darüber nur mit Einverständnis des einzelnen und Ausgleich am nächsten Morgen. In der Zeit vom 20. November bis 23. Dezember konnten bisher drei ganze Tage oder sechs halbe Tage freigenommen werden. Für das diesjährige Weihnachtsgeschäft gilt, daß ein freier Tag pro Woche genommen werden kann, jedoch nicht am Samstag. Die Überstunden können durch Freizeit oder durch Bezahlung durch die tariflich festgelegten Erhöhungen abgegolten werden. Bisher gab es einen Mittagessenszuschuß von 20 DM brutto für jede Woche, in der mindestens fünf Tage gearbeitet wurde. Jetzt ist vereinbart worden ein Zuschuß von 5 DM pro Tag bei mindestens fünf Stunden Arbeitszeit. Weiterhin hat die Belegschaft durchgesetzt, daß der Kapitalist in einem gewissen Umfang Saft, Lebkuchen, Kaffee usw. zur Verfügung stellen muß.

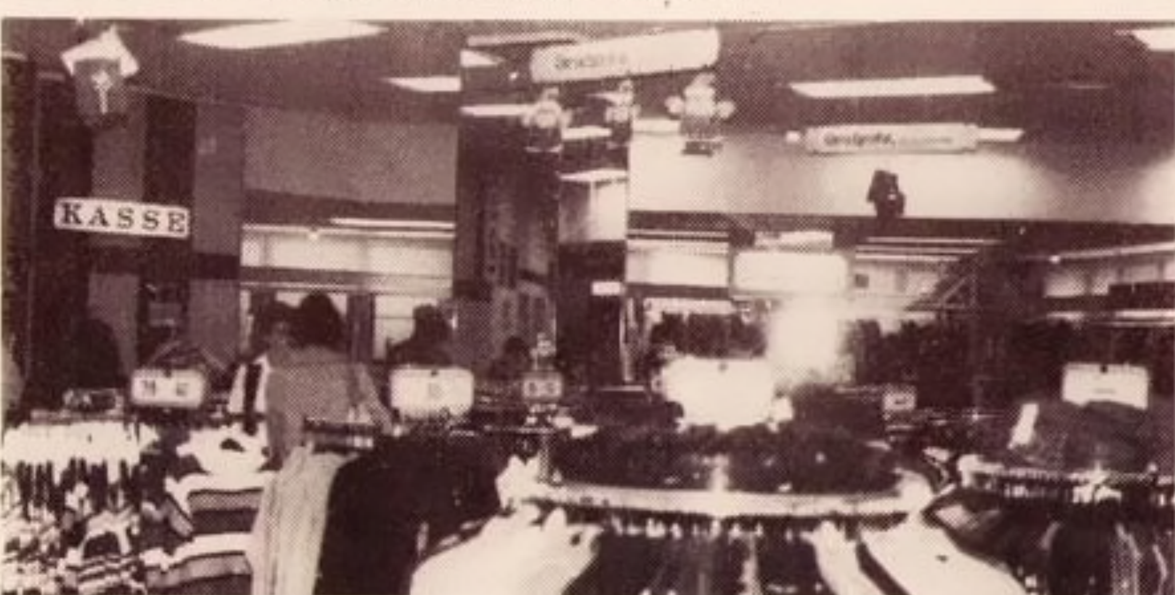
Gegenwärtig sind einige Manteltarifverträge im Einzelhandel gekündigt, und die HBV führt Verhandlungen mit den Kapitalisten. Das Weihnachtsgeschäft bringt den Einzelhandelskapitalisten dicke Profite, während dieser Zeit fürchten sie einen Arbeitskampf wie der Teufel das Weihwasser. Eine gute Gelegenheit, alte Rechnungen zu begleichen und Forderungen durchzusetzen, die die Arbeitsbedingungen erleichtern.



es dem Abteilungsleiter genügt. Schlangen von Kunden warten vor den Kassen. Die Pausen werden gekürzt. Bei Woolworth in München sind die Pausen während des Weihnachtsgeschäfts von 30 auf 20 Minuten gekürzt worden. Im letzten Jahr noch wurde für die Belegschaft bei Woolworth vier Wochen „Freizeitsperre" verhängt, dies bedeutete vier Wochen lang je sechs Tage Arbeit von 8.30 (bzw. 9.00) bis 18.30 Uhr und länger und am Samstag bis 18.00 Uhr. Nach den Weihnachtsfeiertagen dann die Inventur, und am 5. Januar ist bereits der erste verkaufsoffene Samstag im neuen Jahr. Die Einzelhandelskapitalisten haben sich bisher die gesteigerte Ausbeutung während des Weihnachtsgeschäfts vertraglich abgesichert. So legt z.B. der § 8.3 des gegenwärtig gekündigten Manteltarifvertrags in Baden-Württemberg fest, daß der 10-Stunden-Tag während des Weihnachtsgeschäfts rechtens ist. Das geht bis zu Vereinbarungen, daß Fehlzeiten während des Weihnachtsgeschäfts, also

Samstag. Die Überstunden können durch Freizeit oder durch Bezahlung durch die tariflich festgelegten Erhöhungen abgegolten werden. Bisher gab es einen Mittagessenszuschuß von 20 DM brutto für jede Woche, in der mindestens fünf Tage gearbeitet wurde. Jetzt ist vereinbart worden ein Zuschuß von 5 DM pro Tag bei mindestens fünf Stunden Arbeitszeit. Weiterhin hat die Belegschaft durchgesetzt, daß der Kapitalist in einem gewissen Umfang Saft, Lebkuchen, Kaffee usw. zur Verfügung stellen muß.

Gegenwärtig sind einige Manteltarifverträge im Einzelhandel gekündigt, und die HBV führt Verhandlungen mit den Kapitalisten. Das Weihnachtsgeschäft bringt den Einzelhandelskapitalisten dicke Profite, während dieser Zeit fürchten sie einen Arbeitskampf wie der Teufel das Weihwasser. Eine gute Gelegenheit, alte Rechnungen zu begleichen und Forderungen durchzusetzen, die die Arbeitsbedingungen erleichtern.



Das Bild zeigt eine Abteilung von Karstadt München nach Ladenschluß. Zahlreiche Kunden müssen dann noch bedient werden.

Rund um's Kind: Lohn zu niedrig. Abzüge zu hoch. Das Kindergeld reicht nicht

z.haj. Um 520 DM monatlich für ein Kind lagen nach Angaben der Familien-Sachverständigen der Regierung im Jahr 1978 die Aufwendungen der „durchschnittlichen Arbeiterfamilie". Der niedrige Lohn in Verbindung mit den gewaltig gesteigerten Lohnabzügen hat die Wirtschaftsgrundlage des Arbeiterhaushalts von den unteren Lohnklassen angehend mit zunehmender Geschwindigkeit untergraben. Forderungen, die dagegen etwas nutzen können, stoßen auf heftige Gegenwehr der bürgerlichen Parteien: zuallererst die Forderung nach einer Lohn*erhöhung*, die der Entwertung durch die Preissteigerungen überhaupt ein Gegengewicht schaffen kann; sodann die Forderung nach Festsetzung und Anhebung des Steuergrundfreibetrages auf ein Viertel des Durchschnittslohns und schließlich das Verlangen nach einer spürbaren Anhebung des von der Höhe des einzelnen Einkommens unabhängig gezahlten Kindergelds. Die Suche der bürgerlichen Parteien konzentriert sich dagegen auf solche Rückfluß-Ventile des „sozialen Netzes", die als „Rahmenbedingungen" die Behauptung des niedrigen Lohnstandards erleichtern und in dieser Verbindung zugleich auch die Abhängigkeit des einzelnen Lohnabhängigen von den „Leistungen" des bürgerlichen Staatsapparates steigern sollen. Ansatzpunkte für diese Absichten der „Ein Herz für Kinder"-Freunde gibt es genug, wie die folgende Beispielrechnung zeigt.

STEUERKLASSE I. Als „Alleinstehende" mit einem der etwas besseren Frauenlöhne von 1500 DM wird die Arbeiterin nach Steuerklasse I besteuert:

1500 steuerpflichtig Abzug: 187 DM
Netto bei 16,5% Sozialversicherungsabzügen: 1065 DM

MUTTERSCHAFT: 6 Wochen vor und 8 Wochen nach Entbindung ist gesetzliches Beschäftigungsverbot. Die Krankenkasse zahlt 750 DM maximal im Monat, der Kapitalist oder öffentliche Dienstherr den Restbetrag zur Höhe des bisherigen Nettolohns. Die Möglichkeit auf ein halbes Jahr Mutterschaftsurlaub bei dann jedoch bloß noch höchstens 750 DM Mutterschaftsgeld entfällt, weil bisher schon der Nettolohn für die Arbeiterin zu knapp war.

STEUERKLASSE II. Als „Alleinstehende" mit Kind fällt die Arbeiterin nach Wiederaufnahme der Arbeit unter die Lohnsteuerklasse II. Von ihrem bisherigen steuerpflichtigen Einkommen wird ein Haushaltsfreibetrag von 3000 DM sowie eine gegenüber vorher um 300 DM für das Kind erhöhte Vorsorgepauschale abgezogen:

Steuerpflichtiger Lohn:	1500
Steuerabzug Kl. II	– 127
Sozialversicherung	– 247
Kindergeld	+ 50
Nettoeinkommen	= 1176

SOZIALHILFE: Es ergibt sich also ein Zuwachs im Nettolohn von 111 DM. Aber der Zuwachs der Kosten mit der Versorgung des Kindes ist ja viel höher. Es reicht nicht mehr aus. Das Sozialamt weist auf den Wohngeldanspruch hin: gezahlt werden nach Bearbeitung des Antrags schließlich 50 DM im Monat – keineswegs der Betrag, den die Arbeiterin unbedingt braucht, um über die Runden zu kommen.

STEUERKLASSE IV. Als „Alleinstehende" kann sich die Arbeiterin wirtschaftlich immer schwerer halten. Die Kreditierung ist begrenzt, die Steuerausgleichszahlung für das letzte Jahr schnell verbraucht, allein die Kosten für Miete und Kinderkrippe verschlingen die Hälfte des Nettolohns. – Die Gründung eines Drei-Personenhaushalts bringt Entlastung und wenigstens die Mittel, um die weitere Arbeit der Frau zu ermöglichen. Der Verdienst des Mannes liegt etwa auf der Höhe des Durchschnittslohns von 2275 DM. Verbunden mit Heirat bringt die Gründung des Familienhaushalts den Lohn der Frau unter die Besteuerung nach Klasse IV, das Wohngeld entfällt:

Steuerpflichtiger Lohn	1500
Steuerabzug	– 185
Sozialversicherung	– 247
Kindergeld	+ 50
Nettoeinkommen	= 1118

Die Heirat wird also mit 58 DM monatlichem Einkommensverlust bezahlt. Der Haushaltsfreibetrag von 3000 DM im Jahr ist gestrichen, die 300 DM Erhöhung der Vorsorgepauschale werden mit jeweils 150 DM auf das steuerpflichtige Einkommen des Mannes und der Frau in Abzug gebracht und ergeben so für die Frau gegenüber ihrem Nettolohn in Klasse I eine Entlastung um 3 DM, zusammen mit dem Kindergeld von 53 DM.

STEUERKLASSE III/V: Nach dem 2. Kind nimmt die Frau Halbtagsarbeit an. Der Lohn des Mannes wird nach Klasse III besteuert. D.h.: von seinem Lohn wird die doppelte Vorsorgepauschale plus 2 mal 300 DM Erhöhung für jedes Kind abgezogen, gleichzeitig ist die Wirkung der Progression durch die Besteuerung nach III gedämpft. Der gegenteilige Effekt für Klasse V: keine Vorsorgepauschale, enorm gesteigerte Progression. Die Vergleichsrechnung auf das Familieneinkommen ergibt:

Lohn Mann	2275	(2275)
Abzug III (IV)	– 242	(– 397)
Lohn Frau	750	(1500)
Abzug V (IV)	– 141	(– 185)
Sozialv. zus.	– 499	(– 623)
Kinderg. 2 K. (1 K.)	+ 150	(+ 50).
Nettoeinkommen der Familie:	= 2293	(= 2620)

STEUERKLASSE IV/IV. Die Steuerlast auf das Familieneinkommen ist zwar nun von vorher bei einem Kind IV/IV von 15,4% auf jetzt 12,7% gesunken, aber dafür sind es netto gleichzeitig über 300 DM weniger, die trotz Entlastung von Haushaltskosten dringend notwendig wären. Und: mit der Halbtagsarbeit ist zwar die halbe Zeit, aber keineswegs auch das halbe Arbeitsvermögen der Frau freigesetzt. Die Vergleichsrechnung IV/IV, 2 Kinder, gegenüber früher IV/IV, 1 Kind, bei ganztägiger Lohnarbeit ergibt 9 DM Steuerentlastung und 100 DM Kindergeld mehr:

Lohn Mann	2275	(2275)
Abzug IV	– 391	(– 397)
Lohn Frau	1500	(1500)
Abzug IV	– 182	(– 185)
Sozialv. zus.	– 623	(– 623)
Kindergeld	+ 150	(+ 50)
Netto:	= 2729	(= 2620)

STEUERKLASSE III. Im Betrieb berichtet der Abteilungsleiter begeistert über Pläne, ein Familien- oder Erziehungsgeld zu zahlen, „wenn sich die Frau ganz der Familie hingibt", und dafür auch Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung festzusetzen. Seine Frau ist auch begeistert. Sie arbeitet nicht mehr. Ihr Mann verdient mit 3775 DM soviel wie die Arbeiterfamilie zusammen, wenn beide wieder ganz arbeiten. Der Steuerabzug auf das Gehalt des Abteilungsleiters nach der Klasse III macht 571 DM aus, der Abzug der Arbeiterfamilie auf das gleiche Familieneinkommen nach IV/IV macht 573 DM aus. Die Abteilungsleiterfamilie faßt inzwischen ein drittes Kind ins Auge, denn: Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst geurteilt, daß es um das 3. höhere Beamtenkind zu schlecht bestellt sei, und das Familien-Sachverständigen-Gutachten der Regierung habe bekräftigt, daß das nicht bloß für die Beamtenkinder zutreffe.

Schmidt/Genscher in Sachen Kindergeld

Bis 1974. Steuerfreibetrag von 600 DM je Kind, 2monatlich ausbezahltes Kindergeld 25 DM für das zweite, 50 DM für das dritte, 60 DM für das vierte und 70 DM für das fünfte und jedes weitere Kind im Monat.

1. Januar 1975. Gesetz zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die bisher einen Kinderzuschlag statt Kindergeld zusätzlich zum kinderbezogenen Bestandteil des Ortszuschlages, nämlich 50 DM pro Kind, ausgezahlt bekamen, wird statt des Kinderzuschlages ab 1.1.75 ebenfalls Kindergeld gezahlt. Der Kinderfreibetrag in der Steuer wird beseitigt. Kindergeldsatz: für das 1. Kind 50 DM monatlich, für das 2. Kind 70 DM und für das dritte und jedes weitere 120 DM monatlich.

1. Januar 1978. Steueränderungsgesetz 1977. Beim 1. Kind bleibt es bei 50 DM, für das 2. wird ab 1.1.78 80 DM, für das 3. und jedes weitere Kind 150 DM gezahlt.

1. Januar 1979. Gesetz zur Reform des Einkommensteuergesetzes und weiterer Gesetze. Das Kindergeld für das 3. Kind wird auf 200 DM und das für das 2. Kind ab 1.7.79 auf 100 DM angehoben. Ab 1980 wird ein Freibetrag für Betreuungskosten von 600 DM für das minderjährige Kind eingeführt.

Absichten der „Ein Herz für Kinder"-Freunde gibt es genug, wie die folgende Beispielrechnung zeigt.

STEUERKLASSE I. Als „Alleinstehende" mit einem der etwas besseren Frauenlöhne von 1500 DM wird die Arbeiterin nach Steuerklasse I besteuert:

1500 steuerpflichtig Abzug: 187 DM
Netto bei 16,5% Sozialversicherungsabzügen: 1065 DM

MUTTERSCHAFT: 6 Wochen vor und 8 Wochen nach Entbindung ist gesetzliches Beschäftigungsverbot. Die Krankenkasse zahlt 750 DM maximal im Monat, der Kapitalist oder öffentliche Dienstherr den Restbetrag zur Höhe des bisherigen Nettolohns. Die Möglichkeit auf ein halbes Jahr Mutterschaftsurlaub bei dann jedoch bloß noch höchstens 750 DM Mutterschaftsgeld entfällt, weil bisher schon der Nettolohn für die Arbeiterin zu knapp war.

STEUERKLASSE II. Als „Alleinstehende" mit Kind fällt die Arbeiterin nach Wiederaufnahme der Arbeit unter die Lohnsteuerklasse II. Von ihrem bisherigen steuerpflichtigen Einkommen wird ein Haushaltsfreibetrag von 3000 DM sowie eine gegenüber vorher um 300 DM für das Kind erhöhte Vorsorgepauschale abgezogen:

Steuerpflichtiger Lohn: 1500
Steuerabzug Kl. II – 127
Sozialversicherung – 247

rer Gesetze. Das Kindergeld für das 3. Kind wird auf 200 DM und das für das 2. Kind ab 1.7.79 auf 100 DM angehoben. Ab 1980 wird ein Freibetrag für Betreuungskosten von 600 DM für das minderjährige Kind eingeführt.

Frau zu ermöglichen. Der Verdienst des Mannes liegt etwa auf der Höhe des Durchschnittslohns von 2275 DM. Verbunden mit Heirat bringt die Gründung des Familienhaushalts den Lohn der Frau unter die Besteuerung nach Klasse IV, das Wohngeld entfällt:

Steuerpflichtiger Lohn 1500
Steuerabzug – 185
Sozialversicherung – 247
Kindergeld + 50
Nettoeinkommen = 1118

Die Heirat wird also mit 58 DM monatlichem Einkommensverlust bezahlt. Der Haushaltsfreibetrag von 3000 DM im Jahr ist gestrichen, die 300 DM Erhöhung der Vorsorgepauschale werden mit jeweils 150 DM auf das steuerpflichtige Einkommen des Mannes und der Frau in Abzug gebracht und ergeben so für die Frau gegenüber ihrem Nettolohn in Klasse I eine Entlastung um 3 DM, zusammen mit dem Kindergeld von 53 DM.

STEUERKLASSE III/V: Nach dem 2. Kind nimmt die Frau Halbtagsarbeit an. Der Lohn des Mannes wird nach Klasse III besteuert. D.h.: von seinem Lohn wird die doppelte Vorsorgepauschale plus 2 mal 300 DM Erhöhung für jedes Kind abgezogen, gleichzeitig ist die Wirkung der Progression durch

Halbtagsarbeit ist zwar die halbe Zeit, aber keineswegs auch das halbe Arbeitsvermögen der Frau freigesetzt. Die Vergleichsrechnung IV/IV, 2 Kinder, gegenüber früher IV/IV, 1 Kind, bei ganztägiger Lohnarbeit ergibt 9 DM Steuerentlastung und 100 DM Kindergeld mehr:

Lohn Mann 2275 (2275)
Abzug IV – 391 (– 397)
Lohn Frau 1500 (1500)
Abzug IV – 182 (– 185)
Sozialv. zus. – 623 (– 623)
Kindergeld + 150 (+ 50)
Netto: = 2729 (= 2620)

STEUERKLASSE III. Im Betrieb berichtet der Abteilungsleiter begeistert über Pläne, ein Familien- oder Erziehungsgeld zu zahlen, „wenn sich die Frau ganz der Familie hingibt", und dafür auch Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung festzusetzen. Seine Frau ist auch begeistert. Sie arbeitet nicht mehr. Ihr Mann verdient mit 3775 DM soviel wie die Arbeiterfamilie zusammen, wenn beide wieder ganz arbeiten. Der Steuerabzug auf das Gehalt des Abteilungsleiters nach der Klasse III macht 571 DM aus, der Abzug der Arbeiterfamilie auf das gleiche Familieneinkommen nach IV/IV macht 573 DM aus. Die Abteilungsleiterfamilie faßt inzwischen ein drittes



z.rül.London. **Bis zu 35000 der 160000 British-Leyland-Arbeiter streikten vorletzte und letzte Woche gegen die Entlassung des Vertrauensleutevorsitzenden aller Gewerkschaften bei BL, Derek Robinson.** Nach ihrem Erfolg in der Urabstimmung über ihr Sanierungsprogramm (KVZ v. 12.11.) hatten die Kapitalisten Robinson, Mitglied der revisionistischen KP, am 19.11. entlassen und drei weitere Vertrauensleute gemaßregelt, weil sie „planmäßig das Sanierungsprogramm der Firma unterminierten." Nach sieben Tagen unterstützte die größte BL-Gewerkschaft TGWU die streikenden Arbeiter und rief offiziell zum Streik auf. Darauf drohten die Kapitalisten der Gewerkschaft AUEW, der Robinson angehört, alle Streikenden zu entlassen, und warnten, der Konzern würde bankrott gehen. Zugleich boten sie an, während einer Untersuchung der AUEW über die Entlassung Robinsons diesem den Lohn weiterzuzahlen, ohne ihn aber wieder einzustellen. Nach Aufrufen der AUEW und später der TGWU beendeten die Arbeiter am 28.11. ihre Streiks.

z.rua.London. **Am 21. und 28.11. führten die 8000 britischen Tagebau-Bergarbeiter die ersten beiden von vier eintägigen Streiks durch.** Die Gewerkschaft TGWU fordert von der Kohlebehörde (NCB) als betriebliche Zulagen auf den Tariflohn die Erhöhung der Zuschläge für besondere Arbeitsbedingungen von 13 Pence (0,52 DM) auf 1,13 Pfund (4,52 DM) pro Stunde, tarifliche Absicherung der Zuschläge und eine Woche mehr Urlaub. – Am 30.11. führte die Bergarbeitergewerkschaft NUM unter den 240000 Bergarbeitern eine Urabstimmung über die Ablehnung des Lohnangebots des NCB (s. KVZ 47) und Kampfmaßnahmen durch. Das Ergebnis wird am 6.12. bekanntgegeben.

z.rül. **11000 Bankangestellte der Republik Irland setzten in der vergangenen Woche eine einmalige Lohnzahlung in Höhe eines Monatsgehalts für die durch die Lösung des irischen Punts vom britischen Pfund Sterling und den Beitritt Irlands in das EWS entstandene Mehrarbeit durch.** Seit dem Sommer verlangte ihre Gewerkschaft eine *Lohnerhöhung* für die Mehrarbeit. Eine Schlichtungskommission der Regierung hatte dagegen im Herbst eine einmalige Lohnzahlung zwischen 7,5% und 12% des Jahreslohns vorgeschlagen (150 bis 600 Punt; 1 Punt ca. 4 DM). Nachdem die Angestellten in einer Urabstimmung dies Angebot abgelehnt hatten, rief die Gewerkschaft vorletzte Woche die Angestellten der vier größten Banken des Landes zum Boykott aller Sterling-Transaktionen auf. Bereits einen Tag später mußten diese Banken schließen, weil 100 Mio. Punt von ihren Konten abgezogen worden waren. In einer Urabstimmung nahmen die Bankangestellten das erhöhte Angebot, das Zahlungen zwischen 400 und 900 Punt bedeutet, mehrheitlich an.

z.scc.Brüssel. **Mit Tarifvertrag vom April 1978 hatten die Lohnabhängigen im belgischen Einzelhandel die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 ½ Stunden ab 3.12.1979 durchgesetzt.** Mitte November traten die Beschäftigten der größten Supermarktkette GB in Charleroi für die Einhaltung der Tarifbestimmungen in den Streik. Die Einzelhandelskapitalisten weigern sich nämlich nicht nur, die Arbeitszeit von 38 auf 36 ½ Std. zu verkürzen und Neueinstellungen vorzunehmen, sondern weiten im Gegenteil die Schichten beständig aus. – Die gewerkschaftlichen Vertreter der großen Metallbetriebe in Charleroi erklärten ihre Unterstützung für die Streikaktionen. Ab dem 3.12. wollen auch die Beschäftigten bei Delhaize, einer weiteren Supermarktkette, in den Streik treten.

z.anb.Wien. **Zwei Wochen vor dem ersten verkaufsoffenen Samstag wurde der Kollektivvertrag für die Beschäftigten des Handels in Österreich (290000) abgeschlossen.** Die 4,4% auf den KV-Lohn – die „Überzahlungen" (Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohn) werden *nicht* erhöht – bedeuten auf den Durchschnittslohn von 6000 S brutto (840 DM) schon 2% Lohnraub: 4% offizielle Inflationsrate, 0,5% mehr Sozialversicherungsbeitrag ab 1.1.80, 2% frißt die Steuerprogression. Nachdem über 6600 überzählig gemacht worden sind, preschen nun die Kaufhauskapitalisten vor, um die Fixierung des Arbeitstages endgültig einzureißen. Am 8.12., in Österreich ein Feiertag, sollen die Beschäftigten ganztägig arbeiten. Während in Wien die Gewerkschaft der Privatangestellten, die die von ihr vertretene Lohnforderung (6,5%/450 S mind.) erst *nach* dem Abschluß bekanntgab, einen Kompromiß einging – ein verkaufsoffener Samstag wurde auf den 24.11. vorgezogen – planen die Beschäftigten in anderen Bundesländern, vor allem dem „fremdenverkehrsabhängigen" Tirol am 8.12. Protestaktionen.

z.mat.Sydney. **Die nationale Schiedskommission Australiens hat am 15.11. die Lohnerhöhungen für Telefonarbeiter bekanntgegeben.** Die unteren Lohngruppen erhalten 7,50 Dollar Wochenlohnerhöhung, Facharbeiter 9,60 Dollar und die Dienstaufsicht 5,7%, höchstens 20,13 Dollar. Die Ar-

Opel-Kapitalisten: 2,1 Mio. DM zugeschossen – 10,5 Mio. DM für Kurzarbeit kassiert

z.acd. Die Opel-Kapitalisten haben zwei Wochen Kurzarbeit angesetzt für das Werk Rüsselsheim. Der Betriebsrat stimmte zu, als eine Ausgleichszahlung ähnlich wie bei Ford und VW, vom Kurzarbeitergeld zum Nettolohn zugestanden wurde, 20% Zuschuß zum Kurzarbeitergeld, mindestens aber 55 DM wöchentlich, sieht die Vereinbarung vor. Somit kommt der Kurzarbeiter auf 96–99% seines Nettolohnes. Die Sache lohnt sich für die Kapitalisten dennoch. In der ersten Woche arbeiteten 16000 Arbeiter kurz, in der jetzigen zweiten Woche 20000 Arbeiter und Angestellte. Nach durchschnittlichem Stundenlohn laut Geschäftsbericht berechnet, werden die Arbeitslosenkassen damit um rund 10,5 Mio. DM an Kurzarbeitergeld geplündert. Die Kapitalisten kommen mit einem Zuschuß von 2,1 Mio. DM billig weg. Indessen hat das Arbeitsamt im Betrieb die üblichen Merkblätter ausgehängt, worin es u.a. mit der Zwangsverpflichtung zum Schneeräumen droht.

Das Lager, doppelt so groß wie im letzten Jahr, soll in 10 Tagen um 14240 Wagen abgebaut werden. Besonders mit Modellen über 1,9 l sind die Halden überfüllt. Tatsächlich haben die Kapitalisten die Arbeitskraft bis zum Schluß maximal ausgesaugt: bis zum letzten Tag liefen noch ca. 1350 Wagen vom Band, in der letzten Woche wurde das Rekordband in der Lackiererei nochmal schneller gedreht. Im Betrieb werden Hunderte Arbeiter verliehen, z.B. vom Band in den Teilebau. In zusammengewürfelten Abteilungen kann man sich aber schwerer gegen Akkordverschärfung und Antreiberei wehren. Damit und durch Rationalisierung wurde die Stundenproduktion pro Kopf von 1973/74 (Kurzarbeit und Massenkündigungen) auf 1976 (Sonderschichten und Masseneinstellungen) um 7,3% gesteigert. Im Schnittbau wollten sie vor und nach der Kurzarbeit Überstunden fahren lassen, hier hat sich der Betriebsrat geweigert. Zudem nutzen die Kapitalisten die Lage, um weiter die ab 1.11. vereinbarte Offenlegung der Akkorde an den Bändern hinauszuzögern und den Betriebsrat in Verhandlungen hinzuhalten.

Die Standardabteilung hatte zum 1.11. dem Betriebsrat einen unverschämten, unverständlichen Vorschlag gegeben. Jetzt sind erneut Verhandlungen angesetzt. Im Teilebau, ein Zeitlohnbetrieb, ist es mittlerweile soweit, daß Betriebsräte Akkordlohn einführen wollen. Denn die Meister versuchen, über die dorthin verliehenen Bandarbeiter in den letzten Wochen die Sollzahlen (Positionen) hochzutreiben. Es wird mit dem Hinweis, daß am Band keine Arbeit mehr ist, jeder, der es an seinem neuen Platz nicht bringt, mit Entlassungsdrohungen bedacht. So wenig, wie jetzt ,,im Geschäftsinteresse'' irgendeiner Überstunde zugestimmt werden sollte, wäre es töricht, sich mit den Kapitalisten in eine Ausweitung der Akkordarbeit einzulassen. Das denken sie, sei ja jetzt einfacher als sonst durchzusetzen.

Der Weihnachtsfreibetrag schützt nicht vor Steuerplünderung

z.mam. Um herauszubekommen, was vom ,,Weihnachtsgeld'' netto übrig bleibt, muß man einige recht umständliche Berechnungen durchführen. Der Steuergerechtigkeit halber wird der Weihnachtsfreibetrag von 400 DM nicht vom ,,Weihnachtsgeld'' abgezogen, sondern vom Jahreslohn. Sowieso ist es sinnvoller, von einer ,,Sonderzahlung'' zu sprechen, wie sie die IG Metall tarifvertraglich vereinbart hat. Errechnen muß man also als erstes den Jahreslohn durch Addition der 12 Monatslöhne oder -gehälter zuzüglich der Sonderzahlung, abzüglich des Weihnachtsfreibetrages. Das Ergebnis ist das zu versteuernde Jahreseinkommen – aus der Jahreslohnsteuertabelle ist die dafür zu zahlende Lohnsteuer abzulesen. Als nächstes muß die *bisher gezahlte Lohnsteuer* errechnet werden. Wird die Sonderzahlung mit dem Dezemberlohn ausgezahlt, muß also die Lohnsteuer aus den Monaten Januar bis November addiert werden. Die bisher gezahlte Lohnsteuer wird dann von der Jahreslohnsteuer abgezogen, die Differenz ergibt die im Dezember zu zahlende Lohnsteuer. Für die Berechnung der Sozialversicherungsabzüge wird der Dezemberlohn (einschließlich der entsprechenden Sonderzahlung) um 100 DM gekürzt. Zieht man jetzt vom Dezembernettolohn den sonst über das Jahr gezahlten Monatsnettolohn ab. z.B. vom November, hat man den Nettoertrag der Sonderzahlung. An der Tabelle sieht man, daß er durch Steuerprogression herunter geplündert wird. Zu sehen ist auch, daß Eugen Loderer einem Irrtum unterliegt, wenn er meint, daß die Anhebung des Weihnachtsfreibetrages ,,die Arbeitnehmer spürbar entlasten'' würde. Besser, die Entlastung wird mit einer Erhöhung des Grundfreibetrages, die an den Durchschnittslohn angebunden ist, durchgeführt – das würde für alle gleich etwas Handfestes nutzen. Erst recht, wenn ein Lohn erkämpft wird, der nicht dazu zwingt, die übers Jahr aufgelaufenen Schulden mit der Sonderzahlung im Dezember zurückzuzahlen.

Brutto-lohn DM/M.	Sonderzahlung brutto 30%	50%	100%	Sonderzahlung netto jeweils St.Kl. I / III, 2 Kinder 30%	50%	100%
1500	450	750	1500	384 / 377	575 / 576	1050 / 1070
1800	540	900	1800	445 / 453	666 / 687	1210 / 1275
2100	630	1050	2100	507 / 502	707 / 787	1261 / 1476
2400	720	1200	2400	515 / 563	749 / 872	1400 / 1723
2700	810	1350	2700	544 / 613	788 / 960	1522 / 1959
3000	900	1500	3000	570 / 661	866 / 1084	1644 / 2192

Norwegische Handelsflotte in der Konkurrenzschlacht

Der Untergang der *Berge Vangar* / Erhöhung der Frachtmengen mit dem Leben der Seeleute bezahlt

z.bag. Am 2.11. wurde der norwegische Frachter *Berge Vangar* (224000 BRT) auf der Fahrt zwischen Japan und Brasilien als vermißt gemeldet und ist seitdem spurlos verschwunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind alle 40 Besatzungsmitglieder umgekommen. Sie sind die bislang letzten Opfer einer mörderischen Konkurrenzschlacht, die die norwegischen Reedereien seit Jahrhunderten gegen die führenden Seehandelsnationen führen.

Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts beherrschten norwegische Kriegs- und Handelsschiffe ganz Nordeuropa und drangen bis ins Mittelmeer vor. Die Wikinger besaßen das zum Schiffbau damals wichtigste Rohmaterial Holz und große Erfahrungen in Schiffbau und Navigation. Ihre Handelsschiffe, noch ohne Deck und mit geringer Ladekapazität, wurden von den Koggen der Hanse verdrängt und um 1500 von holländischen Schiffen. Was die Konkurrenten an moderner Technik einbrachten, versuchten die norwegischen Reeder durch Waghalsigkeit wettzumachen; die Opfer zum Beispiel bei den Fahrten der ,,Ostasiatischen Handelskompanie'' im 17. und 18. Jahrhundert wurden nicht gezählt.

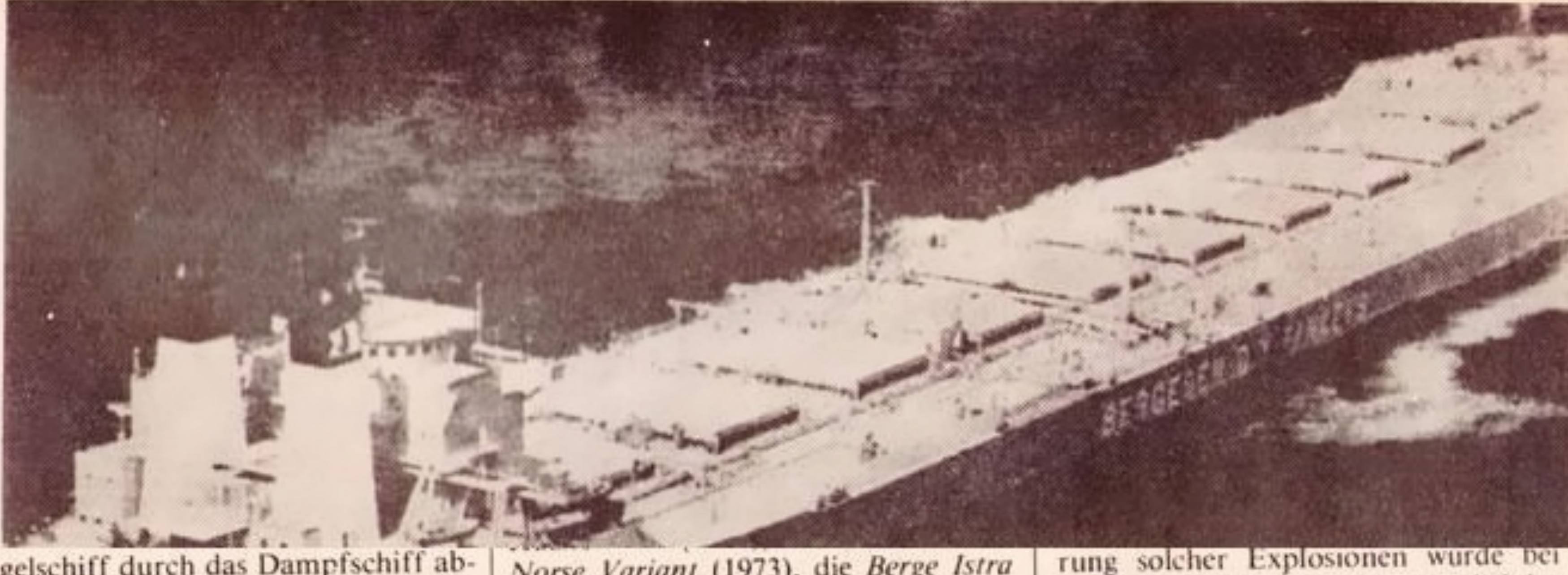
Im 19. Jahrhundert wurden England und die USA zu den führenden Seefahrtnationen, in England wurde das erste Schiff aus Metall gebaut, das Segelschiff durch das Dampfschiff abgelöst. Norwegen besaß um 1850 eine Handelsflotte von 3000 Schiffen mit einer Gesamttonnage, die in etwa der eines heutigen Supertankers entspricht; es lag damit auf Platz 8 des Welthandels. Bis 1890 rückte es auf Platz 3 vor, hinter England und den USA. Niedrige Heuern, wenig Mannschaft, Überladung, riskante Fahrten waren das Geheimnis dieses Erfolges. Aus dem Gewinn wurden meist im Ausland billige, überalterte Segelschiffe gekauft. Die Frachtraten waren immens, die Verluste ebenso, doch gab es dafür inzwischen Versicherungsgesellschaften. Zwischen 1885 und 1894 sanken 2182 norwegische Segel- und 86 Dampfschiffe. Norwegische Schiffe wurden als ,,schwimmende Särge'' bekannt. Insgesamt kamen von 1830 bis 1900 etwa 10000 Menschen mit norwegischen Schiffen um, Matrosen und Passagiere der zahlreichen Auswandererschiffe nach Amerika.

Mit dem so blutig erworbenen Kapital traten die norwegischen Reeder in den Konkurrenzkampf des 20. Jahrhunderts ein. Führend waren die drei Konzerne Olsen, Wilhelmsen und Bergesen. Sie schafften den Anschluß an die Motor- und Dieselschiffahrt und errangen eine gute Position vor allem bei Tankern. Wurden die Frachtraten bisher vor allem durch Erhöhung der Schiffsgeschwindigkeit gesteigert, geschah dies jetzt hauptsächlich durch Erhöhung der Kapazität. Kühn, d. h. ohne Rücksicht auf Verluste wurden in den 20er Jahren die ersten norwegischen Großfrachter auf See geschickt und in den 60er und 70er gehörten norwegische Reedereien zu den führenden Konzernen auf dem Sektor der Superschiffe. 1971 besaß die norwegische Handelsflotte 23 Schiffe über 100000 BRT mit einer Gesamttonnage von über 2,5 Mio. BRT. 1978 waren es 81 Schiffe mit 10,5 Mio. BRT. Von 1973 bis 1977 kamen 261 Seeleute um, Arbeitsunfälle an Bord nicht mitgerechnet. Von den größten Frachtern der norwegischen Handelsflotte sanken die *Haakon VII* (1969), die *Anita* und die *Norse Variant* (1973), die *Berge Istra* (1976) und jetzt die *Berge Vangar*.

Die norwegischen Reedereien haben die Tankerkrise der letzten Jahre relativ unbeschadet überstanden. Sie haben rechtzeitig auf neue Formen des Seetransports gesetzt und damit zeitweilig Konkurrenzvorteile erringen können. Sie haben vor allem auf die sogenannten ,,combined carriers'' gesetzt und darunter vor allem auf die Kombination "ore/oil'', d. h. Erz und Öl. 1969 hatte Norwegen 29 Kombinationsfrachter mit 1,2 Mio. BRT; 1977 55 solcher Schiffe mit 3,6 Mio. BRT. Die Erz-Öl-Kombination funktioniert in zwei Varianten: der gleichzeitige Transport von Erz und Öl in getrennten Tanks und der abwechselnde Transport von Erz und Öl in den gleichen Tanks. Die norwegische Reederei Bergesen wählte die zweite Variante. Von 1972 bis 74 ließ sie 4 Superfrachter von je 224000 BRT bauen, die *Berge Istra, Berge Vangar, Berge Adria* und *Berge Brioni*. Die beiden ersten Schiffe wurden wegen Steuerersparnis nach Liberia ausgeflaggt, die Mannschaft auf 32 bzw. auf 40 Mann reduziert. Die *Berge Adria* und die *Berge Brioni* fahren unter norwegischer Flagge und mit einer Besatzung von nur je 20 Mann. Die Wechselfahrt Erz/Öl ist außerordentlich rentabel, da Leerfahrten seltener werden und beide Güter hochbegehrt sind.

Die Sache hat jedoch offensichtlich einen Haken. In der Neujahrsnacht 1975/76 flog die *Berge Istra* nach 3 Explosionen in die Luft und versank in Minutenschnelle. 30 Mann ertranken, 2 spanische Matrosen wurden nach 20 Tagen gefunden und konnten vom Hergang des Unglücks berichten. Aus dem Wust von Mythen, die in der bürgerlichen Presse verbreitet wurde, schälte sich eine plausible Theorie heraus. Die Tankräume werden, um Zeit zu sparen, nur oberflächlich von Öl gereinigt. Ölrückstände und Erzteile verbinden sich zu einer Gasmischung, die schon durch statische Elektrizität entzündet werden kann. Zur Verhinderung solcher Explosionen wurde bei der *Berge Istra* wie auch später bei der *Berge Vangar* lediglich sog. Neutralgas mit hohem Sauerstoffgehalt in die Tanks geleitet. Die Entzündung kann in beiden Fällen durch Schweißarbeiten an Bord hervorgerufen worden sein – um Liegezeiten zu sparen, wurden auf beiden Schiffen während der Fahrt solche Arbeiten ausgeführt. Die Seeleute nennen die kombinierten Erz-Öl-Frachter ,,schwimmende Bomben''.

Auf einem internationalen Metallarbeiterkongreß für Schiffbau am 29.11. in Kopenhagen wurde ein Beschluß für verstärkte Sicherheitseinrichtungen auf Großfrachtern und die Blockade aller unsicheren Schiffe gefaßt.



das Rekordband in der Lackiererei nochmal schneller gedreht. Im Betrieb werden Hunderte Arbeiter verliehen, z.B. vom Band in den Teilebau. In zu-
weitung der Akkordarbeit einzulassen. Das denken sie, sei ja jetzt einfacher als sonst durchzusetzen.

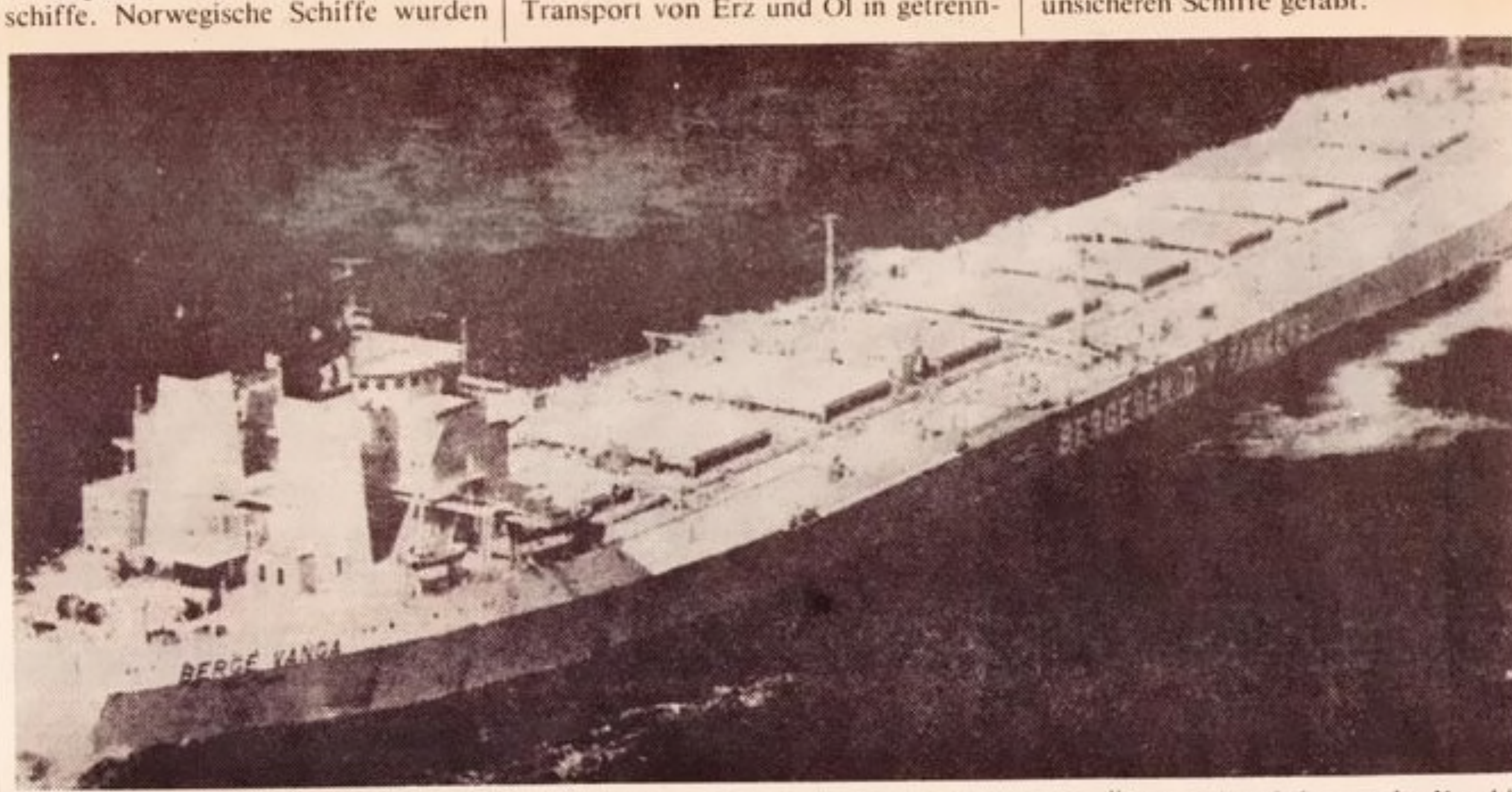
Der Weihnachtsfreibetrag schützt nicht vor Steuerplünderung

z.mam. Um herauszubekommen, was vom ,,Weihnachtsgeld'' netto übrig bleibt, muß man einige recht umständliche Berechnungen durchführen. Der Steuergerechtigkeit halber wird der Weihnachtsfreibetrag von 400 DM nicht vom ,,Weihnachtsgeld'' abgezogen, sondern vom Jahreslohn. Sowieso ist es sinnvoller, von einer ,,Sonderzahlung'' zu sprechen, wie sie die IG Metall tarifvertraglich vereinbart hat. Errechnen muß man also als erstes den Jahreslohn durch Addition der 12 Monatslöhne oder -gehälter zuzüglich der Sonderzahlung, abzüglich des Weihnachtsfreibetrages. Das Ergebnis ist das zu versteuernde Jahreseinkommen – aus der Jahreslohnsteuertabelle ist die dafür zu zahlende Lohnsteuer abzulesen. Als nächstes muß die bisher gezahlte Lohnsteuer errechnet werden. Wird die Sonderzahlung mit dem Dezemberlohn ausgezahlt, muß also die Lohnsteuer aus den Monaten Januar bis November addiert werden. Die bisher gezahlte Lohnsteuer wird dann von der Jahreslohnsteuer abgezogen, die Differenz ergibt die im Dezember zu zahlende Lohnsteuer. Für die Berechnung der Sozialversicherungsabzüge wird der Dezemberlohn (einschließlich der entsprechenden Sonderzahlung) um 100 DM gekürzt. Zieht man jetzt vom Dezembernettolohn den sonst über das Jahr gezahlten Monatsnettolohn ab. z.B. vom November, hat man den Nettoertrag der Sonderzahlung. An der Tabelle sieht man, daß er durch Steuerprogression herunter geplündert wird. Zu sehen ist auch, daß Eugen Loderer einem Irrtum unterliegt, wenn er meint, daß die Anhebung des Weihnachtsfreibetrages ,,die Arbeitnehmer spürbar entlasten'' würde. Besser, die Entlastung wird mit einer Erhöhung des Grundfreibetrages, die an den Durchschnittslohn angebunden ist, durchgeführt – das würde für alle gleich etwas Handfestes nutzen. Erst recht, wenn ein Lohn erkämpft wird, der nicht dazu zwingt, die übers Jahr aufgelaufenen Schulden mit der Sonderzahlung im Dezember zurückzuzahlen.

Segelschiff durch das Dampfschiff abgelöst. Norwegen besaß um 1850 eine Handelsflotte von 3000 Schiffen mit einer Gesamttonnage, die in etwa der eines heutigen Supertankers entspricht; es lag damit auf Platz 8 des Welthandels. Bis 1890 rückte es auf Platz 3 vor, hinter England und den USA. Niedrige Heuern, wenig Mannschaft, Überladung, riskante Fahrten waren das Geheimnis dieses Erfolges. Aus dem Gewinn wurden meist im Ausland billige, überalterte Segelschiffe gekauft. Die Frachtraten waren immens, die Verluste ebenso, doch gab es dafür inzwischen Versicherungsgesellschaften. Zwischen 1885 und 1894 sanken 2182 norwegische Segel- und 86 Dampfschiffe. Norwegische Schiffe wurden
Norse Variant (1973), die Berge Istra (1976) und jetzt die Berge Vangar.

Die norwegischen Reedereien haben die Tankerkrise der letzten Jahre relativ unbeschadet überstanden. Sie haben rechtzeitig auf neue Formen des Seetransports gesetzt und damit zeitweilig Konkurrenzvorteile erringen können. Sie haben vor allem auf die sogenannten ,,combined carriers'' gesetzt und darunter vor allem auf die Kombination "ore/oil'', d. h. Erz und Öl. 1969 hatte Norwegen 29 Kombinationsfrachter mit 1,2 Mio. BRT; 1977 55 solcher Schiffe mit 3,6 Mio. BRT. Die Erz-Öl-Kombination funktioniert in zwei Varianten: der gleichzeitige Transport von Erz und Öl in getrenn-
rung solcher Explosionen wurde bei der Berge Istra wie auch später bei der Berge Vangar lediglich sog. Neutralgas mit hohem Sauerstoffgehalt in die Tanks geleitet. Die Entzündung kann in beiden Fällen durch Schweißarbeiten an Bord hervorgerufen worden sein – um Liegezeiten zu sparen, wurden auf beiden Schiffen während der Fahrt solche Arbeiten ausgeführt. Die Seeleute nennen die kombinierten Erz-Öl-Frachter ,,schwimmende Bomben''.

Auf einem internationalen Metallarbeiterkongreß für Schiffbau am 29.11. in Kopenhagen wurde ein Beschluß für verstärkte Sicherheitseinrichtungen auf Großfrachtern und die Blockade aller unsicheren Schiffe gefaßt.



Die *Berge Vangar*, Schwesternschiff der 1976 explodierten und gesunkenen *Berge Istra*. Übrig bleibt als letzter der Kombinationsfrachter die *Berge Brioni* (224000 BRT).

beiter sind damit in einer schwierigen Lage. Im Juli hatten sie mit einem anhaltenden Streik, der den Telefonverkehr mit dem Ausland und den Selbstwählfernverkehr fast völlig lahmgelegt hatte, die Aufnahme von Verhandlungen erzwungen. Die Tatsache, daß sie das erste Mal seit 1974 eine Tariferhöhung außerhalb der Lohnleitlinien durchsetzen konnten, ist das Ergebnis dieses zähen Kampfes. Danach hat die Regierung jedoch zwei Gesetze erlassen, die Aussperrung und Entlassung bei Streik im öffentlichen Dienst vorsehen. Darauf gestützt hat die Kommission jetzt eine Erhöhung verkündet, die im Volumen weniger als ein Viertel der Forderung von 20 Dollar ausmacht. In Sydney wurde die Erhöhung mit 406:405 Stimmen angenommen, in Neusüdwales mit 871:784 Stimmen. Die Arbeiter beauftragten die Gewerkschaft, bis Februar nächsten Jahres eine neue Kampagne für mindestens 14% einzuleiten.

z.gek. **Wenn die Belegschaft von American Bridge, einem Zweigbetrieb von U.S. Steel, nicht einem Lohnstopp auf drei Jahre zustimme, müsse das Werk geschlossen werden.** So die Forderung der Konzernleitung, über die binnen einer Woche abgestimmt werden mußte. Am 18. November haben 1500 Arbeiter mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Ein Lohnstopp hieße bei der jetzigen Teuerungsrate: Reallohnverlust von 30–40%. – Die Arbeiter haben keine Unterstützung von der Führung ihrer Gewerkschaft, die sich auf einer Funktionärskonferenz vor kurzem die Klagen der Stahlmonopole über ,,Wettbewerbsnachteile'' wegen überhöhter Löhne zu eigen gemacht hat. Der Lohnstopp bei American Bridge würde einen Einbruch in die sonst grundsätzlich gleichen Löhne zwischen den einzelnen Stahlwerken bedeuten. Zahlreiche Tarifverträge in der Stahlindustrie laufen nächstes Jahr aus.

z.coi.Stockholm. **Organische Lösungsmittel wie Toluol und Trichloräthylen verursachen bereits bei Dampfkonzentrationen weit unter den zugelassenen Grenzwerten gesundheitliche Schäden.** Zu diesem Ergebnis ist eine schwedische Forschergruppe nach zweijähriger Untersuchung von 80 Automobil- und Industrielackierern gekommen (Laekartidningen 46/79). Während der Untersuchungsperiode wurden die Lösungsmittelkonzentrationen, denen die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen während unterschiedlicher Tätigkeiten wie Entfetten, Schleifen, Spachteln, Mischen der Farben, Sprühen und Trocknen ausgesetzt waren, gemessen. Sie lagen ohne Ausnahme unter den zugelassenen Grenzwerten. Die zeitlich gemittelten Durchschnittskonzentrationen betrugen 21% der Grenzwerte. Der gesundheitliche Zustand der Lackierer wurde mit dem zweier Kontrollgruppen von je 80 Arbeitern aus der Elektroindustrie ohne berufsmäßigem Kontakt mit Lösungsmitteln verglichen. Eine auffallende Zahl Lackierer hatte Schwindelanfälle, Zittern, schlechteres Riech- und Geschmacksempfinden, Kopf- und Muskelschmerzen, Hautausschläge sowie Magen-, Darm- und Blasenkrankheiten. Sie hatten im Durchschnitt ein schlechteres Erinnerungs- und Reaktionsvermögen. Die schwedischen Metallarbeiter- und Malergewerkschaften fordern als Konsequenz der Ergebnisse die drastische Senkung der Grenzwerte.

z.hku. **Drei schwere Unglücksfälle in den polnischen Steinkohlegruben Nova Ruda, Dimitrof und Silesia haben im Oktober 62 Todesopfer gefordert.** In der gleichen Zeit hat die polnische Presse gemeldet, daß das Tempo der Produktionssteigerung noch einmal erhöht worden ist und das Ziel von 200 Mio. t für 1979 überboten werden wird. Jahr für Jahr ist seit 1974 die Förderleistung pro Arbeiterstunde um 4,4% gesteigert, fast ein Zehntel der Kohle in Überstunden, Sonn- und Feiertagsschichten gefördert worden. Der Abbau wird immer tiefer unter 1000 m vorangetrieben; das Risiko von Gasvorkommen und schlagenden Wettern ist gestiegen. Der von den polnischen Kumpeln erkämpfte hohe Standard der Bergbausicherheit ist in dieser Produktionsschlacht auf der Strecke geblieben. Gierek, der zur Abstumpfung der Empörung der Arbeiter die Grube Sosnowice aufsuchte, lobte die Kumpel für ihren ,,Dienst am Vaterland'' und lastete ihnen gleichzeitig die Unfälle an, indem er an *sie* appellierte, ,,die Fürsorge um die sicheren Arbeitsbedingungen maximal zu steigern''.

z.krk. **Die ungarische Bourgeoisie hat Probleme mit den jüngst von ihr verordneten Preiserhöhungen.** Offensichtlich ist es so, daß angesichts der immer schärfer werdenden Angriffe auf ihre Lebenslage die Arbeiterklasse immer stärker auf Schaffung von gewerkschaftlichen Interessenvertretungen drängt. Aus diesem Grunde schickte die Bourgeoisie den Vorsitzenden des Dachverbandes der ungarischen Gewerkschaften und des revisionistischen Weltgewerkschaftsbundes, Gáspár Sándor, in die Vereinigten Glühlampenwerke Tungsram, die größte Glühlampenfabrik der Welt. –

Dort behauptete Gáspár, die Gewerkschaften seien für die Interessen der Arbeiter tätig geworden: sie hätten in der Frage der Preiserhöhungen mit der Regierung Verhandlungen geführt und zuerst für Aufschub plädiert. Nachdem er die Verelendung der Arbeiterklasse anhand des Wohnungsproblems plastisch schilderte, war der Schein des ,,Kampfverbandes'' vorbei. Er ging zum Regierungsprogramm über und machte folgende Vorschläge: statt wie bisher allgemein niedrige Löhne und niedrige Preise zu haben, sollen nun mit den höheren Preisen auch die Löhne steigen, aber nicht für alle gleich. Die Gewerkschaft wolle den Kampf gegen die Gleichmacherei aufnehmen, nur für höhere Leistung einen höheren Lohn. Im Namen derselben Gerechtigkeit verkündete er: ,,Unter sozialistischen Bedingungen hat jeder die Möglichkeit zu arbeiten, doch kann selbst unter sozialistischen Bedingungen nicht garantiert werden, daß jeder dort arbeiten kann, wo er will und nicht dort, wo er gebraucht wird.'' Ziemlich klar, um wessen Kampfverband es sich hier handelt.

Die Behauptung Stingls, alle Lehrstellen seien besetzt, ist eine absichtsvolle Lüge

z.elf. Auf untenstehendem Schaubild haben wir die Veränderungen in der Zusammensetzung des Arbeiterkörpers 77/78 dargestellt. Schon an der Entwicklung in einem Jahr läßt sich erkennen: Sinken der Anzahl der produktiven Arbeiter, Zunahme der Teilzeitbeschäftigten und der Jugendlichen im Ausbildungsverhältnis und im Berufsgrundbildungsjahr. Als „besonders erfreulich" meldete die Bundesanstalt für Arbeit die weitere Zunahme der Teilzeitarbeit von 1978 bis '79 auf 1562800 und damit um überdurchschnittliche 4,4%. Und nicht umsonst wehren sich die Jugendlichen im Ausbildungsverhältnis gegen eine Einsetzung als volle Arbeitskraft. Die Krankenpflegeschüler fordern „Keine Anrechung auf den Stellenplan!"

Die Kapitalisten wehren sich mit aller Kraft gegen eine Übernahme der Kosten für die Ausbildung der Jugendlichen. Die Bundesregierung ist dabei, diese Kosten Zug um Zug den Jugendlichen beziehungsweise deren Eltern aufzubürden: im Berufsgrundbildungsjahr (schulisch) erhalten die Jugendlichen höchstens Ausbildungsvergütung. Seit 1.8.78 wird das Berufsgrundbildungsjahr bei zweijähriger Ausbildung mit mindestens einem halben Jahr, bei dreijähriger Ausbildung mit mindestens einem Jahr auf die Lehrzeit angerechnet. Bis 1985 will das Ministerium für Bildung und Wissenschaft 267860 und damit viermal so viele wie 1978 in das Berufsgrundbildungsjahr stecken.



Die Bundesanstalt hat in der „Sozialpolitischen Umschau" vom 26. Oktober '79 behauptet, Ende September '79 habe es erstmals seit 1974 mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gegeben. In einer in der „Frankfurter Rundschau" in Teilen veröffentlichten Mitteilung mit dem Hinweis „für den internen Gebrauch" liest sich das allerdings etwas anders: 63496 der über 477000 Bewerber im Bundesgebiet seien „nach Vermittlungsvorschlag unbekannt verblieben", bei 42200 heißt es „sonstige Erledigung", 1001 wurden „an anderes Arbeitsamt abgegeben", 13800, vorwiegend Mädchen, verwiesen die Arbeitsämter gleich an eine Arbeitsstelle. Im Bundestag erklärte B. Engholm aus dem Schmudeministerium, er könne sich erst im Dezember hierzu abschließend äußern.

Demonstration des Asta und Wohnheimrates Frankfurt gegen Mieterhöhungen

z.rah. Etwa 320 Studenten stehen seit Semesterbeginn auf den Wartelisten des Studentenwerks Frankfurt für Wohnraumplätze. Über 35000 Gesuche auf Sozialwohnungen liegen dem Frankfurter Sozialamt vor, erklärte der Vertreter des hessischen Kultusministeriums, Pfaffendorf, Vertretern des Allgemeinen Studentenausschusses Frankfurt und des Wohnheimrates, daß die Frankfurter Arbeiterbevölkerung enger zusammenrücken müsse, damit Wohnungen vermietet werden könnten.

Der Plan der hessischen Landesregierung ist ziemlich durchsichtig: sie hofft auf die Konkurrenz unter den Studenten selbst, um ihre angekündigten Mieterhöhungen von bis zu 20% in allen Wohnheimen des Studentenwerks durchzusetzen und gleichzeitig Wohnheime zu schließen, die für sie unrentabel geworden sind, wie z.B. das Broßwitzstudentenwohnheim. Aber die Durchsetzung gelingt nicht: in den meisten Wohnheimen werden Mietminderungen beraten und durchgeführt. Der Asta Frankfurt und der Wohnheimrat faßten diese Kämpfe am 1.12. das erste Mal in einer Demonstration zusammen.



beitsstelle. Im Bundestag erklärte B. Engholm aus dem Schmudeministerium, er könne sich erst im Dezember hierzu abschließend äußern.

Demonstration des Asta und Wohnheimrates Frankfurt gegen Mieterhöhungen

z.rah. Etwa 320 Studenten stehen seit Semesterbeginn auf den Wartelisten des Studentenwerks Frankfurt für Wohnraumplätze. Über 35000 Gesuche auf Sozialwohnungen liegen dem Frankfurter Sozialamt vor, erklärte der Vertreter des hessischen Kultusministeriums, Pfaffendorf, Vertretern des Allgemeinen Studentenausschusses Frankfurt und des Wohnheimrates, daß die Frankfurter Arbeiterbevölkerung enger zusammenrücken müsse, damit Wohnungen vermietet werden könnten.

Der Plan der hessischen Landesregierung ist ziemlich durchsichtig: sie hofft auf die Konkurrenz unter den Studenten selbst, um ihre angekündigten Mieterhöhungen von bis zu 20% in allen Wohnheimen des Studentenwerks durchzusetzen und gleichzeitig Wohnheime zu schließen, die für sie unrentabel geworden sind, wie z.B. das Broßwitzstudentenwohnheim. Aber die Durchsetzung gelingt nicht: in den meisten Wohnheimen werden Mietminderungen beraten und durchgeführt. Der Asta Frankfurt und der Wohnheimrat faßten diese Kämpfe am 1.12. das erste Mal in einer Demonstration zusammen.



Frankfurt, 1.12.79. Demonstration des Asta Frankfurt, des Frankfurter Wohnheimrates und des Asta der FHS Frankfurt.

Betrug bei Rückforderungen von BAFöG-Darlehen

r.wad. Studenten, die nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) gefördert werden, erhalten einen Teil der monatlichen Zahlung als unverzinsliches Darlehen. Dieser Darlehensteil ist über die Jahre ständig erhöht worden und beträgt zur Zeit 150 DM pro Monat. Der über den Förderungszeitraum angesammelte Darlehensanteil wird vom Bundesverwaltungsamt in Köln, in der Regel zwei Jahre nach Beendigung der Ausbildung, in Raten zurückgefordert.

Bei der Überprüfung der Zwischenbescheide, die das Bundesverwaltungsamt an die Studenten verschickt zur Kenntnisgabe des bisher angestauten und zurückzuzahlenden Darlehenanteils stellten Studenten fest, daß das BVA überhöhte Rückzahlungsforderungen stellt. Von einem Oldenburger Studenten, der den gesamten BAFöG-Betrag als Darlehen erhält, weil er ein Zweitstudium macht, wird für das Jahr 1976 die Rückzahlung von 8091 DM gefordert. Tatsächlich erhalten hat er für das Jahr aber nur 6339 DM. Für das Jahr 1977 wurden ihm 6915 DM als Darlehen überwiesen. Das BVA will aber 7071 DM wiederhaben. Insgesamt werden also fast 2000 DM mehr von dem Studenten zurückgefordert als überhaupt gezahlt wurde.

Ein Hochschulabsolvent, der in Göttingen studiert hat und in der Zeit von April 1972 bis Juni 1977 BAFöG erhalten hatte, erhielt einen Zwischenbescheid, in dem ihm angekündigt wird, daß er 3450 DM zurückzuzahlen hat. Nach dem BAFöG-Bescheid hat er aber insgesamt nur ein Darlehen von 2910 DM erhalten. 1975 hat er in der Zeit von April bis Dezember monatlich 80 DM Darlehen mit dem BAFöG ausgezahlt bekommen, was 720 DM für das Jahr ausmacht. Das BVA fordert aber 1200 DM zurück. 1977 hat er von Januar bis Juni monatlich 130 DM Darlehen bekommen, das sind zusammen 780 DM. Das BVA fordert aber 840 DM zurück. Diese angeblichen Darlehenszahlungen wurden dem BVA von der zuständigen Förderabteilung des Studentenwerkes in Göttingen mitgeteilt.

Die Dunkelziffer ist vermutlich hoch. Es ist nötig, die Zwischenbescheide des Bundesverwaltungsamtes nachzurechnen und gegebenenfalls Widerspruch einzulegen. Da zur Überprüfung alle Bewilligungsbescheide vorliegen müssen, sind viele Studenten gar nicht in der Lage, den Rückzahlungsbescheid zu überprüfen. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, sich die erforderlichen Unterlagen beim zuständigen Studentenwerk zu besorgen.

Kinder- und Jugendarbeit, wie das Gewerbeaufsichtsamt sie sieht

z.hev. Was die englischen Fabrikinspektoren berichteten, war immerhin so anschaulich und mit der Wut großer persönlicher Anteilnahme über die Zustände in den Fabriken des letzten Jahrhunderts zu Papier gebracht, daß Karl Marx sie im „Kapital" ausführlich zu Wort kommen ließ. Die Jahresberichte des Gewerbeaufsichtsamtes Hessen unter Punkt „Kinderarbeit" sind indessen ohne Fleisch und Blut und polizeilich kaltschnäuzig. 1974: „Im Berichtszeitraum kam es zu einigen Verstößen gegen das Verbot der Beschäftigung von Kindern. Dabei konnten Schwerpunkte in den Branchen nicht beobachtet werden, vielmehr traten diese Verstöße in den unterschiedlichsten Gewerbezweigen auf. Betroffen waren sowohl deutsche als auch ausländische Kinder. Die eingeleiteten Strafverfahren wurden in einigen Fällen eingestellt, in der Regel jedoch mit den entsprechenden Strafen abgeschlossen."

Basta. Im Bericht 1975 steht gar nichts, laut 76er Bericht wurden Informationsbroschüren an Arbeitgeber verteilt und mitgeteilt, daß die Ausbeuter eines 14jährigen Jungen, der in der Waschstraße einer Tankstelle beschäftigt war und dabei einen Fuß durch eine Kette regelrecht und vollkommen abgequetscht bekam, mit 2000 bzw. 100 Mark Geldstrafe „bestraft" worden waren. Bis 1968 muß man zurückgehen, um folgendes Eingeständnis zu finden, das die Sachlage wohl einigermaßen korrekt wiedergibt: „Oft wird eine unzulässige Arbeit von Kindern den Gewerbeaufsichtsämtern nur durch Zufall bekannt, da die von den Schulen bei den Gewerbeaufsichtsämtern eingereichten Listen unvollständig sind." Diese Kinder fallen nur dann auf, wenn sie in der Schule einschlafen und schlicht und einfach nichts mehr lernen können. Was die Ämter erfahren, trifft dann auf große Nachsicht. Die Kapitalisten, die Kinder auf einer Baustelle, in einem Metallbetrieb und einer Konservenfabrik beschäftigt hatten, wurden nicht belangt, weil sie sich „einsichtig" gezeigt hatten!

So ist das mit der Gewerbeaufsicht seit ihrem nunmehr 101jährigen Bestehen. Es sind Landesbehörden mit Polizeibefugnis, die das Recht auf jederzeitige, auch ausdrücklich nächtliche Kontrolle der Betriebe haben. Auf Ortsebene ist der Landrat zuständig, in Gemeinden bis 7500 Einwohnern der Gemeindevorsteher (Hessen). Seit 100 Jahren sind sie unterbesetzt, so daß die Kapitalisten, die die Arbeiterschutzgesetze nicht einhalten, ruhig so weitermachen können. Was die Gewerbeaufsicht erfährt, ist zufällig, ihre Statistik über die Verstöße daher vollkommen beliebig, brauchbar höchstens, wenn auch mal eine großangelegte Studie gemacht worden ist. Die Gewerbeaufsicht ist ja vielmehr als Alibi für wirklich wirksame Kontrollen eingerichtet worden, die, wie das „Brockhaus Konversations-Lexikon" von 1894 schreibt, „Reibungen und Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern" vermindern soll. Ganz anders wäre die Lage, wenn die betrieblichen Organe der Belegschaften die Kontrolle hätten und in überbetrieblichen Angelegenheiten die Gewerkschaften.

Vorab allerdings müssen wir uns mangels anderer Untersuchungen auf das lückenhafte Gestoppel der Gewerbeaufsichtsämter beziehen. Es gibt zumindest den Schimmer einer Ahnung der tatsächlichen Verhältnisse beim „erhöhten Schutz für Jugendliche". Hier zeigt sich, worauf die Kapitalisten aus sind. Das war vor der staatlich gewünschten Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976 nicht anders als nachher. Die Arbeitszeit wurde überschritten, täglich, wöchentlich, vor Sonntagen, die Ruhepausen, der Urlaub. Obwohl schon 5 Minuten Arbeit mehr pro Tag aufs Jahr gerechnet rund 2½ Tage Mehrarbeit bedeuten, legt das Hessische Gewerbeaufsichtsamt den groben Raster von Überschreitung „bis 1 Stunde" und „mehr als 1 Stunde" an. 1972 z.B. waren ausnahmsweise einmal 6155 Jugendliche in der Metallindustrie überprüft worden: 296 Überschreitungen der Arbeitszeit um bis zu einer Stunde, 28 um mehr als eine Stunde, 237 Verstöße gegen die Pausenregelungen, je 1 gegen Nachtruhe bzw. Urlaub und 6 gegen Frühschluß vor Sonntagen. Macht zusammen 569, mit den Verstößen gegen die ärztlichen Untersuchungen waren es 1233, also bei jedem 5. Jugendlichen. Eine Untersuchung in Baden-Württemberg brachte für 1977 ganz ähnliche Ergebnisse, wobei es diese Behörde sogar schaffte, von 81 Anträgen auf „erhöhten Arbeitseinsatz" von Jugendlichen 76 zu genehmigen und nur 5 abzulehnen. Die Gewerbeaufsichtsbehörden in Bayern registrierten im letzten Jahr 6757 Verstöße gegen den Kinder- und Jugendarbeitsschutz.



„Die Minenarbeiter verlangen Gesetz für Zwangsunterricht der Kinder, wie in den Fabriken. Sie erklären die Klausel des Akts von 1860, wonach Erziehungszertifikat zur Verwendung der Jungen von 10 – 12 Jahren erfordert, für rein illusorisch. Das ‚peinliche' Verhörverfahren der kapitalistischen Instruktionsrichter wird hier wahrhaft drollig. ‚Ist der Akt mehr nötig gegen Anwender oder Eltern? – Gegen beide. – Mehr gegen den einen als den andern? – Wie soll ich das beantworten? – Zeigen die Anwender irgendein Verlangen, die Arbeitsstunden dem Schulunterricht anzupassen? – Niemals. – Verbessern die Minenarbeiter hinterher ihre Erziehung? – Sie verschlechtern sich im allgemeinen; sie nehmen böse Gewohnheiten an; sie verlegen sich auf Trunk und Spiel und dergleichen und werden ganz und gar schiffbrüchig. – Warum nicht die Kinder in Abendschulen schicken? – In den meisten Kohlendistrikten existieren keine. Aber die Hauptsache ist, von der langen Überarbeit sind sie so erschöpft, daß ihnen die Augen vor Müdigkeit zufallen.'" (Marx/Engels, Werke Band 23, S. 520) Bild: Kinder als Lagerplatzarbeiter in der Maschinenfabrik von Maffei in Hirschau bei München, Mitte 19. Jahrhundert.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel.: /511/814045
Kommunistische Hochschulgruppe Hannover
Hildesheim und Holzminden
26. November 1979
48d1z1500q

(Einstimmig bei 17 anwesenden Kandidaten)

Je deutlicher es wird, daß die studentischen Kämpfe einen gewerk-

abgequetscht bekam, mit 2000 bzw. 100 Mark Geldstrafe „bestraft" worden waren. Bis 1968 muß man zurückgehen, um folgendes Eingeständnis zu finden, das die Sachlage wohl einigermaßen korrekt wiedergibt: „Oft wird eine unzulässige Arbeit von Kindern den Gewerbeaufsichtsämtern nur durch Zufall bekannt, da die von den Schulen bei den Gewerbeaufsichtsämtern eingereichten Listen unvollständig sind." Diese Kinder fallen nur dann auf, wenn sie in der Schule einschlafen und schlicht und einfach nichts mehr lernen können. Was die Ämter erfahren, trifft dann auf große Nachsicht. Die Kapitalisten, die Kinder auf einer Baustelle, in einem Metallbetrieb und einer Konservenfabrik beschäftigt hatten, wurden nicht belangt, weil sie sich „einsichtig" gezeigt hatten!

So ist das mit der Gewerbeaufsicht seit ihrem nunmehr 101jährigen Bestehen. Es sind Landesbehörden mit Polizeibefugnis, die das Recht auf jederzeitige, auch ausdrücklich nächtliche Kontrolle der Betriebe haben. Auf Ortsebene ist der Landrat zuständig, in Gemeinden bis 7500 Einwohnern der Gemeindevorsteher (Hessen). Seit 100

„Die Minenarbeiter verlangen Gesetz für Zwangsunterricht der Kinder, wie in den Fabriken. Sie erklären die Klausel des Akts von 1860, wonach Erziehungszertifikat zur Verwendung der Jungen von 10 – 12 Jahren erfordert, für rein illusorisch. Das ‚peinliche' Verhörverfahren der kapitalistischen Instruktionsrichter wird hier wahrhaft drollig. ‚Ist der Akt mehr nötig gegen Anwender oder Eltern? – Gegen beide. – Mehr gegen den einen als den andern? – Wie soll ich das beantworten? – Zeigen die Anwender irgendein Verlangen, die Arbeitsstunden dem Schulunterricht anzupassen? – Niemals. – Verbessern die Minenarbeiter hinterher ihre Erziehung? – Sie verschlechtern sich im allgemeinen; sie nehmen böse Gewohnheiten an; sie verlegen sich auf Trunk und Spiel und dergleichen und werden ganz und gar schiffbrüchig. – Warum nicht die Kinder in Abendschulen schicken? – In den meisten Kohlendistrikten existieren keine. Aber die Hauptsache ist, von der langen Überarbeit sind sie so erschöpft, daß ihnen die Augen vor Müdigkeit zufallen.'" (Marx/Engels, Werke Band 23, S. 520) Bild: Kinder als Lagerplatzarbeiter in der Maschinenfabrik von Maffei in Hirschau bei München, Mitte 19. Jahrhundert.

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel.: /511/814045
Kommunistische Hochschulgruppe Hannover

Hildesheim und Holzminden
26. November 1979
48d1z1500q

100 DM Buße für eine Stupa-Kandidatur?

usk. Daß Studenten allgemein – mangels Tarifvertrag – zu wenig Geld haben, ist bekannt. Daß aber gerade diese Menschen, die nicht soviel Geld haben, auch sehr allergisch auf Zwangszahlungen und ähnliches reagieren, ist wohl auch inzwischen allgemein bekannt.

Gerade in Angelegenheiten, die die Vertetungsorgane, und somit die Bedingungen des Zusammenschlusses gegen die rechtlose Lage angeben, ist gerade jetzt bei den Studenten eine besonders hartnäckige Haltung festzustellen. Und das mit gutem Grund. Trotz dieser Tatsache hat jetzt der Rektor Graupner von der Fachhochschule Hannover (Elektrotechnik und Maschinenbau) voll „zugeschlagen". Er hat dem AStA mittels einer einstweiligen Verfügung verboten, die Stupa-Wahlen durchzuführen bei einer Geldstrafe von 1000 DM. Jeden Studenten, der für die Wahl kandidiert, will er eventuell auch noch eine Buße zukommen lassen. Ein Eigentor – möchte man meinen.

Zu den NHG-Wahlen an der FHH hat sich kein Student finden lassen, der kandidieren wollte und bei dem Urabstimmungsergebnis von über 56% der immatrikulierten Studenten gegen NHG-Wahlen wird wohl auch der nächste Versuch der Hochschulleitung, NHG-Wahlen durchzuführen, ähnlich triste aussehen.

Die sollen jetzt im Dezember durchgeführt werden, wohl in der Hoffnung, vom werten Kollegen Seidel von der Universität Hannover Schützenhilfe zu bekommen. Der will nämlich auch im Januar wählen lassen und hat ähnliche Probleme wie der Herr Graubner. Am Freitag haben sich die Kandidaten zum Studentenparlament getroffen und eine klare Stellungnahme abgegeben. Es heißt dort:

„Wir, die Kandidaten zu den von der Studentenschaft der FHH E/M und BID ausgeschriebenen Stupa-Wahlen, wehren uns gegen alle Versuche der Hochschulleitung, diese Wahlen zu verbieten und durch Geldstrafen zu verhindern. Das Verbot soll auf Grundlage von Gesetzen, dem NHG und HRG durchgesetzt werden. Bei dem Entstehen dieser Gesetze sind die studentischen Interessen und Forderungen in keiner Weise berücksichtigt worden. Wir brauchen die Organe der VS, um unsere Angelegenheiten selber zu regeln. So stehen z.B. an der FHH Auseinandersetzungen um die PO und die Prüfungen an. Wir fühlen uns nur den Studenten verpflichtet, nicht der Hochschulleitung oder dem Wimi. Wir fordern den Rektor Graupner auf, die einstweilige Anordnung gegen den AStA zurückzunehmen.

– Anerkennung unserer Wahlordnung und Satzung!

– Gesetzliche Verankerung der VS mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!"

(Einstimmig bei 17 anwesenden Kandidaten)

Je deutlicher es wird, daß die studentischen Kämpfe einen gewerkschaftlichen Charakter annehmen und auch annehmen müssen, wenn sie erfolgreich sein sollen, desto wilder reagiert die staatliche Aufsicht. Mit gutem Grund. Denn alle Versuche, die Organe der Verfaßten Studentenschaft zu zerschlagen, waren nicht besonders erfolgreich. Und die Lage wird immer schwieriger für Pestel, Graupner & Co.

Nicht nur an der FHH. Auf der Universitätsvollversammlung letzte Woche haben die Studenten u.a. beschlossen, die Kämpfe an einigen Fachbereichen, wo besonders üble Studienbedingungen sind, zentral vom AStA zu unterstützen, um sie auch erfolgreich abschließen zu können. Daß der GEW-Landesvorsitzende Gallas auf der Universitätsvollversammlung die Anerkennung des AStA gefordert hat und die Absetzung des Staatskommissars, ist ausgezeichnet. Ebenso der Beschluß der Vollversammlung, die Kämpfe der Lehrer, Schüler und Eltern an den Schulen zu unterstützen und sich an der gewerkschaftlichen Demonstration gegen Strauß und die christliche Reaktion unter den Forderungen: Gegen Zerschlagung der Verfassten Studentenschaft; gegen Studien- und Prüfungsverschärfungen und gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, zu beteiligen.

Auf jeden Fall sollte man mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Wenn man die Forderungen *positiv* formuliert, also Ausbildungs- und Tarifvertragliche Regelung und Anerkennung des Koalitionsrechts, wird es für die Gewerkschaften leichter sein, die Studenten zu unterstützen. Und auch schneller zum Ziel führen.

Unterhaltssicherung für die Familie des Wehrpflichtigen – Grundlage ist die Bedürftigkeit

z.her. Hat der bürgerliche Staat sich die Arbeitskraft des Wehrpflichtigen ohne Bezahlung einverleibt, stellt er und zwar nur auf Antrag der Betroffenen fest, ob eine Unterhaltssicherung für die Familie überhaupt in Frage kommt. Denn zuerst ist die Bedürftigkeit nachzuweisen. Bedürftig ist, wer kein Vermögen hat, und bedürftig ist auch, wer erwerbsunfähig ist. Der Unterhaltsberechtigte hat seine Arbeitskraft zu verwerten, das legt das bürgerliche Recht in den Familiengesetzen zur Unterhaltspflicht von Verwandten untereinander fest. Von diesen Gesetzen geht das Unterhaltssicherungsgesetz aus. Die ,,Zumutbarkeit'' ist da ein strenges Kriterium für die Senkung der ,,Leistungen'', und ganz billig, weil ohne Leistung, wird es, wenn die Wehrpflichtigen keine Familien im Sinne der Unterhaltspflicht haben – das Durchschnittsalter ist derzeit 20,7 Jahre. Lohnfortzahlung statt ,,Unterhaltssicherung''!

Jährliche Ausgaben im Bundeshaushalt nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

	Allg. L x 1000	EL x 1000	SL x 1000	VdAf x 1000	Härte Agl x 1000	Zusammen x 1000
1970 (Ist)	145168	13908	50886	52022	7529	269513
1971 (Ist)	244976	12206	61091	64904	9222	392399
1972 (Ist)	366354	12571	87733	101651	8935	577244
1973 (Ist)	275691	11106	95143	108981	8058	498979
1974 (Ist)	196208	11463	116308	64300	8781	397060
1975 (Ist)	177045	8381	127794	55427	5112	373759
1976 (Ist)	135760	7066	138789	56704	3650	341969
1977 (Ist)	77313	6894	149069	60713	3468	297457
1978 (Plan)	76000	7100	145000	59000	4000	291100
1979 (Plan)	80000	7100	140000	72000	4000	303100

– *Allgemeine Leistungen* (Allg.L) erhalten Familienangehörige im engeren Sinn (die Ehefrau, die ehelichen und für ehelich erklärten Kinder, die an Kindes Statt angenommenen Kinder, Stiefkinder) nach dem Tabellensatz I. Diesen Satz erhält lediglich eine Person. Die Allg. Leistungen sind in 4 Stufen gestaffelt je nach Anzahl der anspruchsberechtigten Familienangehörigen. Bei 4 Personen ist der niedrigste volle Satz 607, der höchste 1800 DM, falls die Unterhaltsverpflichtung anerkannt wird.

– *Einzelleistungen* (EL) erhalten sonstige Familienangehörige (z.B. nichteheliche Kinder, geschiedene Ehefrau, Geschwister). Diese Leistungen dürfen auch bei Vorhandensein mehrerer Anspruchsberechtigter die Hälfte des Tabellensatzes I nicht *über*schreiten; der niedrigste ,,Höchst''satz ist dann 243, der höchste 636 DM.

– *Sonderleistungen* (SL) erhalten lediglich die Familienangehörigen im engeren Sinne und der Wehrpflichtige selber. Sie lassen sich im wesentlichen in 3 Bereiche zusammenfassen. 1. Ersatz von Beiträgen für nicht-sozialversicherungspflichtige Wehrpflichtige und ihre Angehörigen für private Krankenversicherungen u.a., sowie Ersatz für Aufwendungen für den Bau oder Kauf von Wohneigentum. 2. Zahlung eines Sparförderbetrags bis zu 50 DM für gesetzlich prämienbegünstigte Sparverträge. 3. Wirtschaftsbeihilfe. Das sind verschiedene Leistungen zur Weiterführung oder zumindest Aufrechterhaltung eines Gewerbe- oder Landwirtschaftsbetriebes oder sonstiger selbständiger Tätigkeit. Und dann noch Mietbeihilfe für Wehrpflichtige, die nicht mit Familienangehörigen zusammenwohnen, aber nur, wenn dem Wehrpflichtigen nicht zugemutet werden kann, das Mietverhältnis zu lösen, darüber entscheidet die Behörde in der Regel auf zumutbar.

– *Verdienstausfall* (VdAf) wird gewährt, wenn der Wehrpflichtige Wehrdienst in Verfügungsbereitschaft oder unbefristeten Wehrdienst leistet oder aber eine Wehrübung von nicht länger als drei Tagen. Wehrpflichtige mit Familienangehörigen im engeren Sinne erhalten 90%, die übrigen 70% des Nettoeinkommens. Dabei sind Höchstgrenzen festgesetzt, monatlich nicht mehr als 4050 DM (bis Juli 1979: 2700 DM) bzw. 3150 (bis Juli 1979: 2100).

– *Härteausgleich* (HärteAgl): Falls die bisher aufgezählten ,,Leistungen'' zu ,,Härten'' führen, darf, allerdings nur mit Einvernehmen des Bundesministers für Verteidigung, ein Härteausgleich gewährt werden.

– Nicht aufgeführt in der Tabelle sind die Leistungen für Wehrpflichtige, die als Sanitätsoffiziere eingesetzt werden. Sie erhalten seit 1974 monatlich 1600 DM bzw. bei Familienangehörigen 2050 DM. Im Bundeshaushalt sind dafür für 1979 36 Millionen DM ausgewiesen.

Personen ist der niedrigste volle Satz 607, der höchste 1800 DM, falls die Unterhaltsverpflichtung anerkannt wird.

– *Einzelleistungen* (EL) erhalten sonstige Familienangehörige (z.B. nichteheliche Kinder, geschiedene Ehefrau, Geschwister). Diese Leistungen dürfen auch bei Vorhandensein mehrerer Anspruchsberechtigter die Hälfte des Tabellensatzes I nicht *über*schreiten; der niedrigste ,,Höchst''satz ist dann 243, der höchste 636 DM.

– *Sonderleistungen* (SL) erhalten lediglich die Familienangehörigen im engeren Sinne und der Wehrpflichtige selber. Sie lassen sich im wesentlichen in 3 Bereiche zusammenfassen. 1. Ersatz von Beiträgen für nicht-sozialversicherungspflichtige Wehrpflichtige und ihre Angehörigen für private Krankenversicherungen u.a., sowie Ersatz für Aufwendungen für den Bau oder Kauf von Wohneigentum. 2. Zahlung eines Sparförderbetrags bis zu 50 DM für gesetzlich prämienbegünstigte Sparverträge. 3. Wirtschaftsbeihilfe. Das sind verschiedene Leistungen zur Weiterführung oder zumindest Aufrechterhaltung eines Gewerbe- oder Landwirtschaftsbetriebes oder sonstiger selbständiger Tätigkeit. Und dann noch Mietbeihilfe für Wehrpflichtige, die nicht mit Familienangehörigen zusammenwohnen, aber nur, wenn dem Wehrpflichtigen nicht zugemutet werden kann, das Mietverhältnis zu lösen, darüber entscheidet die Behörde in der Regel auf zumutbar.

– *Verdienstausfall* (VdAf) wird gewährt, wenn der Wehrpflichtige Wehrdienst in Verfügungsbereitschaft oder unbefristeten Wehrdienst leistet oder aber eine Wehrübung von nicht länger als drei Tagen. Wehrpflichtige mit Familienangehörigen im engeren Sinne erhalten 90%, die übrigen 70% des Nettoeinkommens. Dabei sind Höchstgrenzen festgesetzt, monatlich nicht mehr als 4050 DM (bis Juli 1979: 2700 DM) bzw. 3150 (bis Juli 1979: 2100).

– *Härteausgleich* (HärteAgl): Falls die bisher aufgezählten ,,Leistungen'' zu ,,Härten'' führen, darf, allerdings nur mit Einvernehmen des Bundesministers für Verteidigung, ein Härteausgleich gewährt werden.

– Nicht aufgeführt in der Tabelle sind die Leistungen für Wehrpflichtige, die als Sanitätsoffiziere eingesetzt werden. Sie erhalten seit 1974 monatlich 1600 DM bzw. bei Familienangehörigen 2050 DM. Im Bundeshaushalt sind dafür für 1979 36 Millionen DM ausgewiesen.

Das Berufsbild des Soldaten der 80er Jahre: Billig und bis zum Umfallen dienen!

r.frs. In Wilhelmshaven ist die Gefahr des Zusammenschlusses der Soldaten bis in die höheren Offiziersränge hoch. Das zeigten die Aktionen der Soldaten zu der Forderung nach Dienstzeitverkürzung. 88 Stunden beträgt die Dienstzeit der Soldaten auf See nach Dienstplan. Daher führte der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) am 20.11. in Wilhelmshaven eine Mitgliederversammlung durch zum Thema ,,Das Berufsbild des Soldaten der 80er Jahre''. Der DBwV stehe zu dem Auftrag der Bundeswehr, ,,der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen'' und ,,das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen'', so leitete der Vorsitzende des DBwV, Oberst Volland, seine Rede ein. Auf dieser Grundlage müsse dieser Interessenverband der Soldaten tätig sein. Personalverwendungs- und Beförderungsstau, Arbeitszeitregelung, Bezahlung der Zeit- und Berufssoldaten, Versetzungshäufigkeit und Wohnungsfürsorge waren die Probleme, die durch die Kämpfe der Soldaten das treue Dienen behinderten. Zu diesen Problemen wurden drei Politiker befragt: Bundesarbeitsminister und SPD-Kandidat in Wilhelmshaven, Herbert Ehrenberg, sowie die beiden Bundestagskandidaten Latendorf (F.D.P.) und Maas (CDU).

Ehrenberg stellte sich von Anfang an klar gegen die Soldaten. Er behauptete, daß von 1969 bis 1978 die Industriearbeiterlöhne um 90% netto und real gestiegen seien, die Beamtengehälter dagegen um 98% netto und real, und daß gleichzeitig die Soldaten den Beamten gleichgestellt worden wären. In der Industrie müsse das Geld verdient werden, was im öffentlichen Dienst ausgegeben werde. Die Weltkonjunktur sei schlecht, und die Soldaten wären noch mit am besten davongekommen. Den Beförderungsstau werde die Bundesregierung langsam aber sicher beseitigen. 1980 werde die Zahl der A9-Stellen (Hauptfeldwebel und Hauptbootsmann) von 15% auf 25% und 1981 auf 30% angehoben. Das sei ein Anfang. Die hohen Arbeitszeiten seien nicht zu vermeiden, durch Ausschreibung von zivilen Stellen jedoch zu vermindern. Die Häufigkeit der Versetzungen von Soldaten habe deutlich abgenommen, und die Bundesregierung habe alle ihre Versprechungen in der Wohnungsfürsorge eingelöst, es gebe jetzt genug Wohnungen.

CDU-Kandidat Maas stellte sich scheinbar hinter die Forderungen der Soldaten. Er sagte, man dürfe die Bundeswehr nicht vom fiskalischen Standpunkt aus behandeln, Sicherheit habe ihren Preis, andernfalls mache sich ,,Genosse Frust'' breit. Die jetzige Regierung könne diese Probleme nicht lösen.

F.D.P.-Kandidat Latendorf dümmlich: Man müsse den Goldenen Schnitt zwischen Personalaufstockung und Einsatzverminderung finden, um den Beförderungsstau und die hohen Arbeitszeiten abzubauen.

Oberst Volland und Bierwirth (Bundesvorstand des DBwV) führten aus, daß man auf der Grundlage des ,,treu dienen'' und des ,,tapfer verteidigen'' keine Forderungen stellen könne, geschweige diese Forderungen durch Streik oder andere Kampfmaßnahmen durchsetzen. Auch wolle man z.B. keine Bezahlung der Überstunden oder Dienstausgleich, sondern nur eine Anerkennung der Leistung der Soldaten.

Für die Bourgeoisie ist die Armee eine Geldfrage. Das Geld ist nicht profitabel. Daher sollen die Soldaten billig sein und bis zum Umfallen ausgenutzt. Um das zu erreichen, soll der Soldat die eigene Rechtlosigkeit begrüßen und den Auftrag mit Freude erfüllen. Die Soldaten kämpfen dagegen! Die anwesenden Soldaten enthüllten die Dienstzeitbelastung, stellten klar, daß die Beförderungen erstens versprochen und zweitens eine Lohnfrage sind. Und sie forderten den DBwV auf, klare Forderungen aufzustellen.

Verabschiedung des neuen Zivildienstgesetzes für Dezember geplant

z.eve. In Frankfurt haben am Donnerstag, dem 29.11.79, Zivildienstleistende gegen das geplante Zivildienständerungsgesetz demonstriert. In Tuttlingen haben in einem Seminar für Zivildienstleistende aus dem südbadischen Raum die 30 Teilnehmer eine Resolution gegen die geplante Verschärfung des Zivildienstgesetzes unterschrieben.

Im Dezember macht die Bourgeoisie einen neuen Anlauf. Die vorliegenden Entwürfe der CDU/CSU und SPD/FDP-Fraktionen sollen beraten werden und möglichst verabschiedet werden. Alle Parteien sind sich einig, daß etwas getan werden muß. Immer noch ist es so, daß es viel weniger Zivildienstleistende als Plätze gibt. Aus der Beiratssitzung (Mitglieder des Bundesamtes für Zivildienst und Vertretungen der Zivildienstleistenden) wurde mitgeteilt, daß es gegenwärtig 26177 Zivildienstleistende, aber 52129 Zivildienstplätze gibt. 1978 waren es 37030 Plätze und 27374 eingezogene Zivildienstleistende. Schon Ende Juni bei der Aussprache im Bundestag hatte Hölscher von der FDP erklärt: ,,Wir alle ... bekommen eine Flut von Briefen von sozialen Einrichtungen, in denen wir flehentlich gebeten werden: Bringt uns doch mehr Zivildienstleistende, damit die Rettungsstation weiterlaufen kann.''

Eine Untersuchung beim Arbeiter-Samariter-Bund in Pirmasens hat gezeigt, daß für eine 8-Mann-Gruppe aus Zivildienstleistenden im Monat November 1875 Stunden vorgesehen waren. Das bedeutet für den einzelnen eine 58,5-Stunden-Woche. Wegen krankheitsbedingter Ausfälle und zusätzlicher Nachtdienste mußten einige Zivildienstleistende dort im Oktober je 300 Stunden arbeiten. Und das für ein Butterbrot. Einig sind sich die Parteien auch, daß die Kasernierung der Zivildienstleistenden endlich durchgesetzt werden muß. Bisher ist es so, daß 43,4% der Zivildienstleistenden eine Heimschlaferlaubnis haben. Schon jetzt im Vorgriff auf das neue Gesetz müssen bei einer Dienststelle bei der Schulbehörde Hamburg die ZDLs bei Dienstantritt unterschreiben, daß sie auf eine Zahlung des Mietgeldes verzichten. Der Dienststellenleiter weigerte sich, einem ZDL sein bereits gestattetes Wohngeld zu zahlen. Mit dem Hinweis, daß kein Budget da sei.

Nicht einig sind sich die Parteien über die Dauer des Zivildienstes und über das Verfahren zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer. Die SPD/FDP-Fraktion hat vorgeschlagen, das Anerkennungsverfahren nur noch schriftlich durchzuführen und bei begründeten Zweifeln an der ,,Ernsthaftigkeit'' der Bewerber ein mündliches Verfahren einzuleiten. Auch gegen dieses Verfahren wird von den ZDLern überall protestiert. Eine Gruppe von katholischen und evangelischen Geistlichen aus der Region München hat vorgeschlagen, die Gewissensüberprüfung ganz fallen zu lassen. Das kann man schon unterstützen, aber der Verdacht liegt nahe, daß die Kirche sich von dem Wegfall der Gewissensprüfung einiges an kostenlosen Arbeitskräften für ihre verschiedenen Einrichtungen verspricht.



für Dezember geplant

z.eve. In Frankfurt haben am Donnerstag, dem 29.11.79, Zivildienstleistende gegen das geplante Zivildienständerungsgesetz demonstriert. In Tuttlingen haben in einem Seminar für Zivildienstleistende aus dem südbadischen Raum die 30 Teilnehmer eine Resolution gegen die geplante Verschärfung des Zivildienstgesetzes unterschrieben.

Im Dezember macht die Bourgeoisie einen neuen Anlauf. Die vorliegenden Entwürfe der CDU/CSU und SPD/FDP-Fraktionen sollen beraten werden und möglichst verabschiedet werden. Alle Parteien sind sich einig, daß etwas getan werden muß. Immer noch ist es so, daß es viel weniger Zivildienstleistende als Plätze gibt. Aus der Beiratssitzung (Mitglieder des Bundesamtes für Zivildienst und Vertretungen der Zivildienstleistenden) wurde mitgeteilt, daß es gegenwärtig 26177 Zivildienstleistende, aber 52129 Zivildienstplätze gibt. 1978 waren es 37030 Plätze und 27374 eingezogene Zivildienstleistende. Schon Ende Juni bei der Aussprache im Bundestag hatte Hölscher von der FDP erklärt: ,,Wir alle ... bekommen eine Flut von Briefen von sozialen Einrichtungen, in denen wir flehentlich gebeten werden: Bringt uns doch mehr Zivildienstleistende, damit die Rettungsstation weiterlaufen kann.''

Eine Untersuchung beim Arbeiter-Samariter-Bund in Pirmasens hat gezeigt, daß für eine 8-Mann-Gruppe aus Zivildienstleistenden im Monat November 1875 Stunden vorgesehen waren. Das bedeutet für den einzelnen eine 58,5-Stunden-Woche. Wegen krankheitsbedingter Ausfälle und zusätzlicher Nachtdienste mußten einige Zivildienstleistende dort im Oktober je 300 Stunden arbeiten. Und das für ein Butterbrot. Einig sind sich die Parteien auch, daß die Kasernierung der Zivildienstleistenden endlich durchgesetzt werden muß. Bisher ist es so, daß 43,4% der Zivildienstleistenden eine Heimschlaferlaubnis haben. Schon jetzt im Vorgriff auf das neue Gesetz müssen bei einer Dienststelle bei der Schulbehörde Hamburg die ZDLs bei Dienstantritt unterschreiben, daß sie auf eine Zahlung des Mietgeldes verzichten. Der Dienststellenleiter weigerte sich, einem ZDL sein bereits gestattetes Wohngeld zu zahlen. Mit dem Hinweis, daß kein Budget da sei.

Nicht einig sind sich die Parteien über die Dauer des Zivildienstes und über das Verfahren zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer. Die SPD/FDP-Fraktion hat vorgeschlagen, das Anerkennungsverfahren nur noch schriftlich durchzuführen und bei begründeten Zweifeln an der ,,Ernsthaftigkeit'' der Bewerber ein mündliches Verfahren einzuleiten. Auch gegen dieses Verfahren wird von den ZDLern überall protestiert. Eine Gruppe von katholischen und evangelischen Geistlichen aus der Region München hat vorgeschlagen, die Gewissensüberprüfung ganz fallen zu lassen. Das kann man schon unterstützen, aber der Verdacht liegt nahe, daß die Kirche sich von dem Wegfall der Gewissensprüfung einiges an kostenlosen Arbeitskräften für ihre verschiedenen Einrichtungen verspricht.



USA bauen Luftbasen in Oman und der Negev-Wüste aus

Luft- und Landverbindungen zum Persischen Golf im Zentrum der Rivalität der Supermächte

z.anb. Seit zehn Tagen wird jeder Tanker, der durch die Straße von Hormuz fährt, von der iranischen Armee über Funk befragt, woher er kommt und welchen Hafen im Persischen Golf er anlaufen will. Entrüstet hat sich darüber als erster Sultan Qabus von Oman. Seit Anfang Oktober versucht er, den Anrainerstaaten des Persischen Golfes einen Sicherheitspakt anzudienen unter Oberhoheit der USA und unter Einschluß der westlichen Imperialisten. Mit besorgt erhobenem Zeigefinger heuchelte die Sowjetunion Interesse an der Sicherheit der Golfstaaten, die man in ein imperialistisches Komplott locken wolle. Die Konferenz, die die Verteidigungsminister der Golfstaaten daraufhin in Taif (Saudi-Arabien) abhielten, verbat sich sowohl die sowjetische Fürsorge als auch die Packelei mit der US-Supermacht (siehe KVZ 43/79)

Inzwischen haben arabische Zeitungen aufgedeckt, daß die unter britischem Oberkommando stehenden Truppen (22000) des Sultans Qabus durch US-Berater verstärkt worden sind, daß an der Nordküste der omanischen Halbinsel *Masandam* Luftbaseneinrichtungen für die US-Luftwaffe ausgebaut werden. Die Armee braucht man dazu, den Widerstand des Shibu-Stammes, der seit Jahren gegen das reaktionäre Qabus-Regime kämpft und mit den Befreiungskämpfern der PFLO in der Provinz Dhofar Verbindung hat, niederzuringen. Ende Oktober lieferten die USA Oman für 150 Mio. Dollar Boden-Luft-Raketen, die an der nordwestlichen Spitze der Masandam-Halbinsel installiert wurden.

Überlegungen des US-Oberkommandos gelangten kürzlich zu dem Ergebnis, daß eine Blockade bzw. Kontrolle der Straße von Hormuz – sie ist breiter als der Ärmel-Kanal und an allen Stellen ausreichend tief – ohne Einsatz massiver Luftkampfverbände einschließlich Kampfhubschraubern und Jagdflugzeugen, unterstützt durch Boden-Luft- und Boden-Boden-Raketen keine Aussicht auf Erfolg haben könne. Zutiefst bedauere man jetzt, daß der 1974 ausgeheckte Plan, vermittels eines Durchbruchs durch die omanische Halbinsel Masandam eine ,,zweite'' künstliche Straße von Hormuz anzulegen, die keine ,,andere'' Seite – den Iran – hat, sondern ausschließlich Territorium Omans wäre, nicht realisiert wurde.

Die Drohgebärden der US-Militärmacht, die Aborderung ihres Flugzeugträgers aus dem Indischen Ozean, nehmen die Strategen selbst nur als ,,Flankenschutz''. Viel entscheidender ist, die Landstriche am Persischen Golf zu kontrollieren. Die Sowjetunion hat da mit ihren Hafennutzungsrechten in Aden und dem vor kurzem abgeschlossenen ,,Freundschaftsvertrag'' mit der VDR Jemen dasselbe im Auge. An den Persischen Golf heranzukommen, ist sowohl vom Indischen Ozean aus wie auch über die Arabische Halbinsel möglich.

April dieses Jahres. Bulldozer überrollen unter Polizeischutz der zionistischen Militärverwaltung der Negev-Wüste eine Beduinen-Siedlung nördlich Beersheba. Die Frauen, die erbitterten Widerstand leisten, werden niedergeknüppelt. Es sind die Vorarbeiten für den Ausbau der US-Luftbasis *Ramon Air Base.* 800 Mio. Dollar investieren die USA in das Projekt, das einen zweiten Stützpunkt in der Negev weiter südlich einschließt. 800 Mio. – im Vergleich zu den seit 1948 in die Aufrüstung des Zionistenstaates gepumpten 95 Mrd. eine Lappalie. Das Oberkommando der Bauarbeiten führen Kader der US-Armee, ausgeführt werden sie von portugiesischen und thailändischen Arbeitern, in Baracken am Bauort untergebracht; bis Anfang nächsten Jahres werden es über 3000 sein, weil das Projekt am 25. April 1982 unter allen Umständen fertiggestellt sein müsse. (Das ist der Zeitpunkt für den ,,Rückzug'' Israels hinter die Grenze von 1967, d.h. die Demarkationslinie zwischen Negev und Sinai.)

Es waren also keine ,,Archäologen'', so die US-Zeitung, die die Bulldozer vertrieben. Seit der Gründung des zionistischen Besatzerstaates sind in der Negev-Wüste 75% der 1948 90000 Beduinen vertrieben und in Reservate gesperrt worden. Die Methoden der zionistischen Landnahme gleichen aufs Haar denen des rassistischen Kolonialregimes in Südafrika. Über Paßgesetze, Aufenthaltsverweigerung, Verbot der Benutzung der Brunnen für die Schaf- und Ziegenherden bis zu militärischen Überfällen auf die Beduinendörfer, als ,,Beseitigung von illegalen Siedlungen auf Staatsland'' deklariert, haben die zionistischen Militärbehörden das ganze Arsenal kolonialer und imperialistischer Enteignung und Vertreibung der Nomadenstämme von ihrem Land angewandt. Ihre Politik der Zwangsansiedlung der Beduinen in staatlich zugeteilten Trockenregionen, die ihnen in kürzester Frist jegliche Sicherung der Existenz raubt, wird von diesen ebensolange erbittert bekämpft. Im Herbst 1977 leitete der Zionistenstaat eine neue Offensive ein, annektierte weitere 6650 ha Land der Beduinen im westlichen Teil der Negev. Es waren und sind Vorbereitungen für einen neuen Aggressionskrieg unter direkter US-Hoheit.



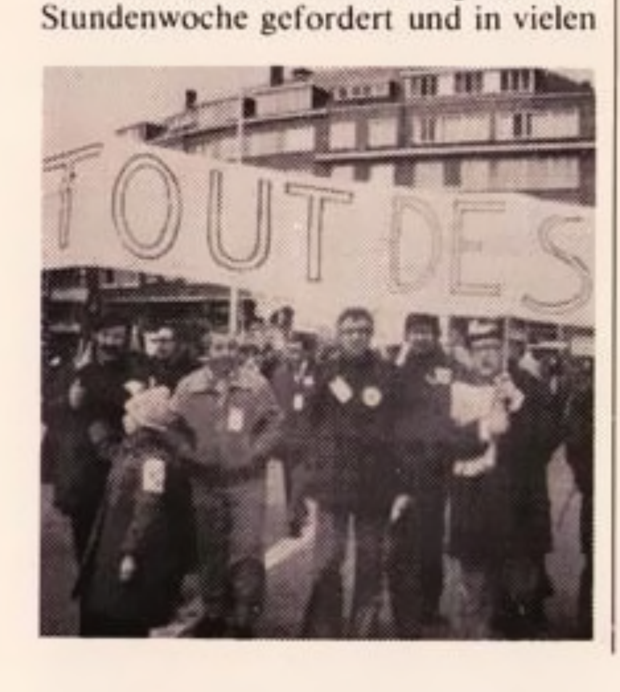


April 1979. Panzerverbände der zionistischen Armee beim ,,Verteidigungsmanöver'' – kurz vor dem ,,Abzug'' die Absichtserklärung neuerlicher Aggression

Die belgischen Arbeiter ringen um Einheitsfront gegen das „Rahmengesetz“

Senkung des Lohns und Mobilisierung des Arbeitslosenheeres

z.elb.Brüssel. Das mit dem „Anti-Krisen-Gesetz“ im August letzten Jahres begonnene Werk der beschleunigten Verwandlung von Lohn in Kapital und der umfassenden Mobilisierung des Arbeitslosenheeres fortzusetzen, war die Hauptaufgabe der neuen belgischen Regierung. Mit dem Versprechen an die Kapitalisten, einen weiteren großen Schritt bei den Lohnsenkungen voranzutun, wurde Martens im Frühjahr Ministerpräsident. Einführung der 38-Stundenwoche bis Ende 1980, wofür die Arbeiter auf Lohnerhöhungen verzichten sollen, war einer der Kernpunkte seiner Regierungserklärung und eine direkte Antwort auf die Tarifkämpfe in diesem Jahr, in denen die Arbeiter die Einführung der 36-Stundenwoche gefordert und in vielen Bereichen erstmals seit drei Jahren wieder Lohnerhöhungen durchgesetzt haben.



Mit dem nun vorgelegten „Rahmengesetz“ versucht die Regierung, die Gewerkschaften darauf festzulegen, für 1980 keine Lohnforderungen zu stellen. Die Kapitalisten reiben sich die Hände; auch weil die Regierung von den Gewerkschaften verlangt, mit den Kapitalisten über die Ausdehnung der Schicht- und Teilzeitarbeit zu verhandeln. Die Ausbeutung zu verschärfen und den Kapitalisten einen größeren, noch unvernutzten Teil der Arbeitskraft zu niedrigem Lohn zur Verfügung zu stellen, ist das Ziel. Denn „nur“ 10,8% der erwerbstätigen Frauen haben die belgischen Kapitalisten bis 1975 in Teilzeitarbeit zwingen können (BRD: 23,2%).

Einen Punkt des „Rahmengesetzes“ haben sich die Kapitalisten vom Parlament Mitte Oktober bereits absegnen lassen: Für einen Teil von unbefristet eingestellten Arbeitslosen, aber auch für Praktikanten, erhalten die Kapitalisten aus Steuergeldern eine Prämie von 1302 DM monatlich für höchstens zwei Jahre, wenn sie bis Ende 1980 die 38-Stundenwoche einführen. Darüberhinaus wird die Regierung den Kapitalisten im nächsten Jahr 312,5 Mio. DM zuschießen, zum überwiegenden Teil aus dem Beitrag des Staates zur Arbeitslosenversicherung, um weitere 26000 Arbeitsbeschaffte (seit 1977 waren es 45697) in Zwangsarbeit zu stecken.

Abwälzung der Staatsschulden auf die Versicherten, Kostendämpfung

Auf 1,63 Mrd. DM ist das Defizit der Kranken- und Invalidenversicherung 1979 angestiegen. Zu einem großen Teil rührt dies daher, daß der belgische Staat seinen Beitrag zur Versicherung seit Jahren nicht vollständig bezahlt. Durch eine Reihe äußerst perfider Maßnahmen des „Rahmengesetzes“ sollen die Versicherungen doppelt und dreifach zur Kasse gebeten werden. Die Schulden des Staates bei der Versicherung werden in einen Kredit an die Versicherung umgewandelt. Die Versicherten zahlen also doppelt: Ihren Beitrag haben sie schon gezahlt, das zweitemal zahlen sie die Tilgung des Kredits und zusätzlich die Zinsen. Das Geld für den Kredit holt sich der Staat bei den Lohnabhängigen. Er schafft u.a. die Indexierung der Einkommenssteuern ab, d.h. die teilweise Anbindung der Steuerfreibeträge an die offizielle Preissteigerungsrate. Allein dadurch plündert er die Lohnabhängigen um 625 Mio. DM.

Für Rentner mit einer monatlichen Rente über 1270 DM sieht das „Rahmengesetz“ die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages vor. Setzt die Regierung diese Maßnahme durch, wird man nicht lange auf die Beitragspflicht *aller* Rentner warten müssen. Durch die Erhöhung der „Eigenleistung“ der Versicherten bei Arztbesuchen zu Hause und bei Krankenhausaufenthalten, durch die Verminderung der Rückzahlung bei technischen Leistungen, durch die Senkung der Anzahl der Krankenhausbetten sollen die Ausgaben der Versicherung 1980 um insgesamt ca. 88 Mio. DM reduziert werden. Doch, dies ist nicht genug Kostendämpfung.

Die Regierung schlägt im „Rahmengesetz“ die Einführung eines „Gesundheitsbuches“ für jeden Versicherten vor, in dem außer den erlittenen Krankheiten sämtliche medizinischen Leistungen vermerkt werden. In doppelter Hinsicht soll diese Maßnahme Kosten dämpfen. Einmal wird über die Registrierung der Leistungen deren Abbau vorbereitet, wozu die Ermittlung der Ärzte, die überdurchschnittlich viele Medikamente verordnen, das ihre beiträgt. Zum anderen werden die Kapitalisten auf Mittel sinnen, ihre Kenntnisse über die Arbeiter zu vertiefen; denn der Weg vom „Gesundheitsbuch“ bis zur Aufhebung der Schweigepflicht der Ärzte ist nicht weit.



zuschieben, zum überwiegenden Teil aus dem Beitrag des Staates zur Arbeitslosenversicherung, um weitere 26000 Arbeitsbeschaffte (seit 1977 waren es 45697) in Zwangsarbeit zu stecken.

Abwälzung der Staatsschulden auf die Versicherten, Kostendämpfung

Auf 1,63 Mrd. DM ist das Defizit der Kranken- und Invalidenversicherung 1979 angestiegen. Zu einem großen Teil rührt dies daher, daß der belgische Staat seinen Beitrag zur Versicherung seit Jahren nicht vollständig bezahlt. Durch eine Reihe äußerst perfider Maßnahmen des „Rahmengesetzes“ sollen die Versicherungen doppelt und dreifach zur Kasse gebeten werden. Die Schulden des Staates bei der Versicherung werden in einen Kredit an die Versicherung umgewandelt. Die Versicherten zahlen also doppelt: Ihren Beitrag haben sie schon gezahlt, das zweitemal zahlen sie die Tilgung des Kredits und zusätzlich die Zinsen. Das Geld für den Kredit holt sich der Staat bei den Lohnabhängigen. Er schafft u.a. die Indexierung der Einkommenssteuern ab, d.h. die teilweise Anbindung der Steuerfreibeträge an die offizielle Preissteigerungsrate. Allein dadurch plündert er die Lohnabhängigen um 625 Mio. DM.

Für Rentner mit einer monatlichen Rente über 1270 DM sieht das „Rahmengesetz“ die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages vor. Setzt die Regierung diese Maßnahme durch, wird man nicht lange auf die Beitragspflicht *aller* Rentner warten müssen. Durch die Erhöhung der „Eigenleistung“ der Versicherten bei Arztbesuchen zu Hause und bei Krankenhausaufenthalten, durch die Verminderung der Rückzahlung bei technischen Leistungen, durch die Senkung der Anzahl der Krankenhausbetten sollen die Ausgaben der Versicherung 1980 um insgesamt ca. 88 Mio. DM reduziert werden. Doch, dies ist nicht genug Kostendämpfung.

Die Regierung schlägt im „Rahmengesetz“ die Einführung eines „Gesundheitsbuches“ für jeden Versicherten vor, in dem außer den erlittenen Krankheiten sämtliche medizinischen Leistungen vermerkt werden. In doppelter Hinsicht soll diese Maßnahme Kosten dämpfen. Einmal wird über die Registrierung der Leistungen deren Abbau vorbereitet, wozu die Ermittlung der Ärzte, die überdurchschnittlich viele Medikamente verordnen, das ihre beiträgt. Zum anderen werden die Kapitalisten auf Mittel sinnen, ihre Kenntnisse über die Arbeiter zu vertiefen; denn der Weg vom „Gesundheitsbuch“ bis zur Aufhebung der Schweigepflicht der Ärzte ist nicht weit.

Die Arbeiter kämpfen für gemeinsame Aktion der Gewerkschaften

Mit dem „Rahmengesetz“ ist es der Regierung gelungen, die belgischen Gewerkschaften im Kampf gegen dieses Gesetz zu spalten. Eng verflochten mit den schwarzen Regierungsparteien, erfüllt die Führung der Christlichen Gewerkschaft (ACV) ihre Rolle als Spalter des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse. Auf ihrem Kongreß am 6.11. hatten die Delegierten mit 184 zu 42 Stimmen bei 58 Enthaltungen das „Rahmengesetz“ prinzipiell gebilligt; nur ganz so hoch dürften die neuen Belastungen für die Krankenversicherten nicht sein. Die Führung des ACV nimmt den Beschluß des Kongresses der Sozialistischen Gewerkschaft (ABVV) vom 13.11., eine Aktionswoche Ende November und am 7.12. möglichst im ganzen Land und notfalls ohne den ACV einen 24-Stundenstreik durchzuführen, zum Anlaß, die „Gemeinsame Gewerkschaftsfront“ zu kündigen. In der übergroßen Mehrzahl der Tarifkämpfe in diesem Jahr hatten die Arbeiter die Gewerkschaftsführungen zu gemeinsamem Vorgehen zwingen können.

In den Betrieben und auf den verschiedenen Gewerkschaftsebenen ringen die Arbeiter um die Einheit im Kampf gegen das „Rahmengesetz“. Auf gemeinsamen Versammlung von ACV- und ABVV-Mitgliedern bei Caterpillar und Cockerill in Lüttich lehnten die Arbeiter das Gesetz ab und forderten gemeinsame Kampfaktionen auf nationaler Ebene, ebenso die ABVV-Delegierten der Metall- und Stahlbetriebe in Charleroi. Der ABVV-Gewerkschaftskongreß der Steinbrucharbeiter Mitte November beschloß, daß der Kampf für die 36-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich fortgesetzt werden muß und wandte sich gegen das Ansinnen der Regierung, „seine Defizitprobleme auf die Arbeiter- und Krankenversicherung abzuwälzen“. Am 23.11. versammelten sich 150 Mitglieder des ACV aus mehreren Betrieben der Region Brabant, einem der großen belgischen Industriezentren. Der ACV Brabant hatte auf dem ACV-Gewerkschaftskongreß das „Rahmengesetz“ abgelehnt und in der Region gemeinsame Beratungen von ACV- und ABVV-Mitgliedern organisiert. Auf der Versammlung am 23.11. begrüßten die Arbeiter nachdrücklich den 24-Stundenstreik am 7.12. und lehnten das „Rahmengesetz“ in allen Punkten ab.



Demonstration von ACV/ABVV im März gegen Lohnsenkungsplan der Regierung

Niederlande: Streik für 2%?

Metallkapitalisten legen Angriffsplan vor / Lohnvergleich Niederlande – BRD

z.scc. Wenige Tage, nachdem der niederländische Ehrenberg Albeda mit dem Angebot von einem halben Prozent Lohnerhöhung aufgewartet hatte, ließ die Kapitalistenvereinigung der Metall- und Elektroindustrie „Prinzipielles“ zum Thema Lohn verlauten. Erstens sei die „automatische Preiskompensation“, derzufolge die Löhne regelmäßig an die amtliche Preissteigerungsrate angeglichen werden, zumindest um das „automatische“ zu streichen. Gerade die Metallkapitalisten haben mit diesem System seit drei Jahren den Lohnkampf lähmen, jede spürbare Tariferhöhung verhindern und den Lohn weiter senken können. Warum also der Vorstoß? Die Rechnung ist einfach. ½% Lohnerhöhung plus „Preiskompensation“ ergibt Lohnsenkung. ½% Lohnerhöhung ohne „Preiskompensation“?

Zweitens, fahren die Metallkapitalisten fort, dürfe der gesetzliche Minimumlohn zukünftig nicht mehr um die *durchschnittliche*, sondern höchstens noch um die *niedrigste* Lohnerhöhung angehoben werden. 1972 betrug der gesetzliche Minimumlohn ca. 820 Gulden, 1978 1673 Gulden. Seiner Steigerung um über 100% steht eine Steigerungsrate des Durchschnittslohns von gerade 60% gegenüber. Indes: 1972 bekamen 13,3% der Lohnabhängigen, die Arbeiter und Angestellten in den untersten Lohngruppen, weniger, als selbst die forschesten bürgerlichen Rechenkünstler als Lebensminimum errechneten. 1978 sind es bereits 15,5%. Die Senkung des Minimumlohns gegenüber dem Durchschnittslohn würde die Lohnkluft zwischen den Niedrigstlöhnern vor allem in der Textil- und Bekleidungs-, der Nahrungsmittelindustrie und im Handel und der Masse der Arbeiter und Angestellten weiter aufreißen.

Auf den ersten Blick erscheinen die Veränderungen im Lohngefüge der niederländischen Metallarbeiter seit 1972 relativ geringfügig. (obere Schaubild) Auf den zweiten Blick zeigt sich dies: Systematisch haben die Kapitalisten die Lohngruppen rechts und links der „Spitze“ aufgefüllt, die Spaltung innerhalb des Kerns der Metallarbeiter verschärft. Auf die weitere Spreizung des Lohns wollen sie gezielt in den Tarifauseinandersetzungen Anfang 1980 hinaus: Bei Fortsetzung der allgemeinen „Lohnmäßigung“, gab Arbeitsminister Albeda den Kapitalisten das Stichwort, sei man bereit, für „schwere Arbeit“ mehr zu zahlen. Womit die Bourgeois erklärtermaßen auf die Facharbeiter oberhalb des Durchschnittslohns abheben.

Wird die niederländische Arbeiterklasse die Rechnung der Kapitalisten – Lohnsenkung bei verschärfter Spaltung – durchkreuzen können?

Im unteren Schaubild haben wir die

die Arbeiter und Angestellten in den untersten Lohngruppen, weniger, als selbst die forschesten bürgerlichen Rechenkünstler als Lebensminimum errechneten. 1978 sind es bereits 15,5%. Die Senkung des Minimumlohns gegenüber dem Durchschnittslohn würde die Lohnkluft zwischen den Niedrigstlöhnern vor allem in der Textil- und Bekleidungs-, der Nahrungsmittelindustrie und im Handel und der Masse der Arbeiter und Angestellten weiter aufreißen.

Auf den ersten Blick erscheinen die Veränderungen im Lohngefüge der niederländischen Metallarbeiter seit 1972 relativ geringfügig. (obere Schaubild) Auf den zweiten Blick zeigt sich dies: Systematisch haben die Kapitalisten die Lohngruppen rechts und links der „Spitze“ aufgefüllt, die Spaltung innerhalb des Kerns der Metallarbeiter verschärft. Auf die weitere Spreizung des Lohns wollen sie gezielt in den Tarifauseinandersetzungen Anfang 1980 hinaus: Bei Fortsetzung der allgemeinen „Lohnmäßigung“, gab Arbeitsminister Albeda den Kapitalisten das Stichwort, sei man bereit, für „schwere Arbeit“ mehr zu zahlen. Womit die Bourgeois erklärtermaßen auf die Facharbeiter oberhalb des Durchschnittslohns abheben.

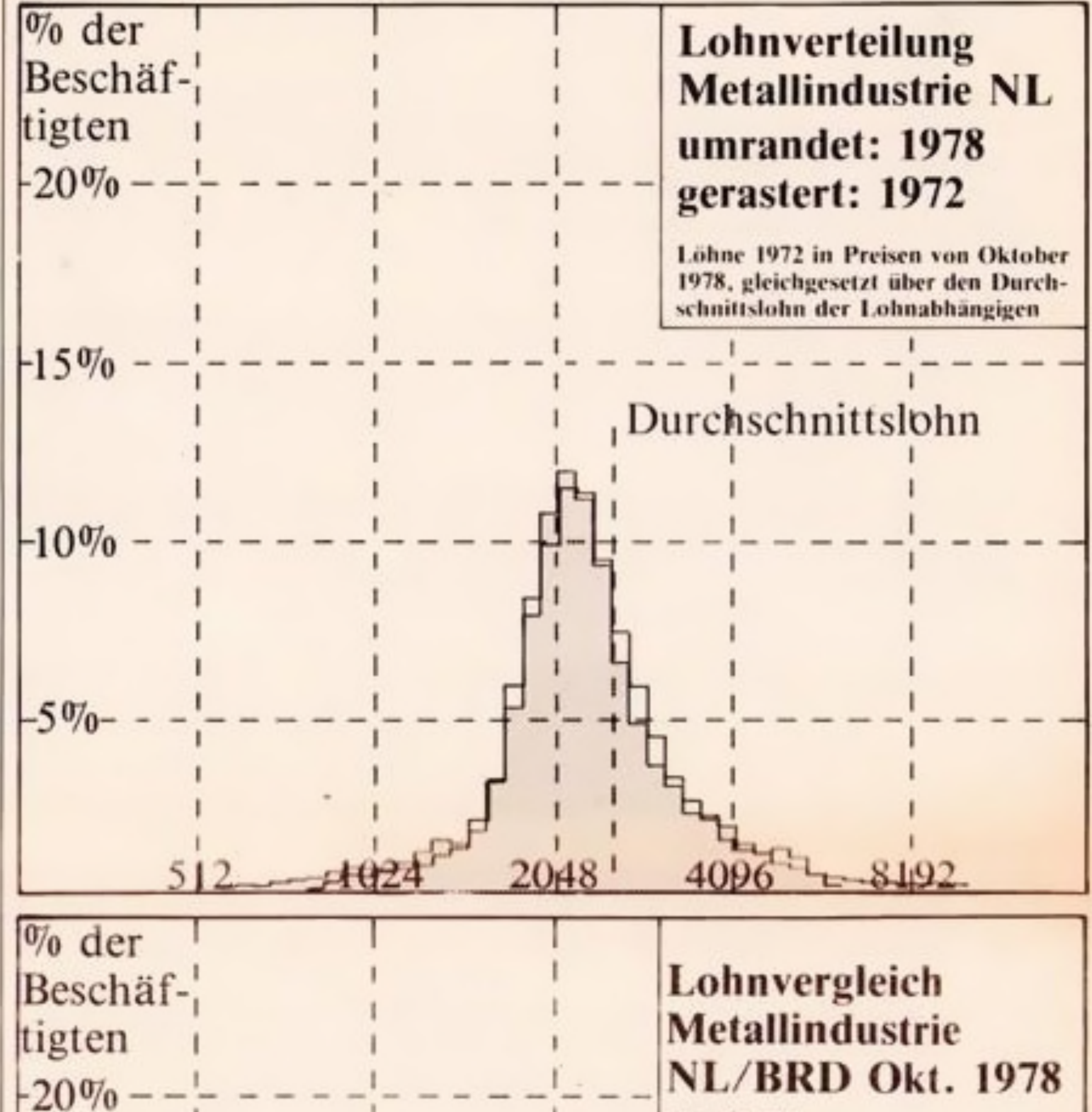
Wird die niederländische Arbeiterklasse die Rechnung der Kapitalisten – Lohnsenkung bei verschärfter Spaltung – durchkreuzen können?

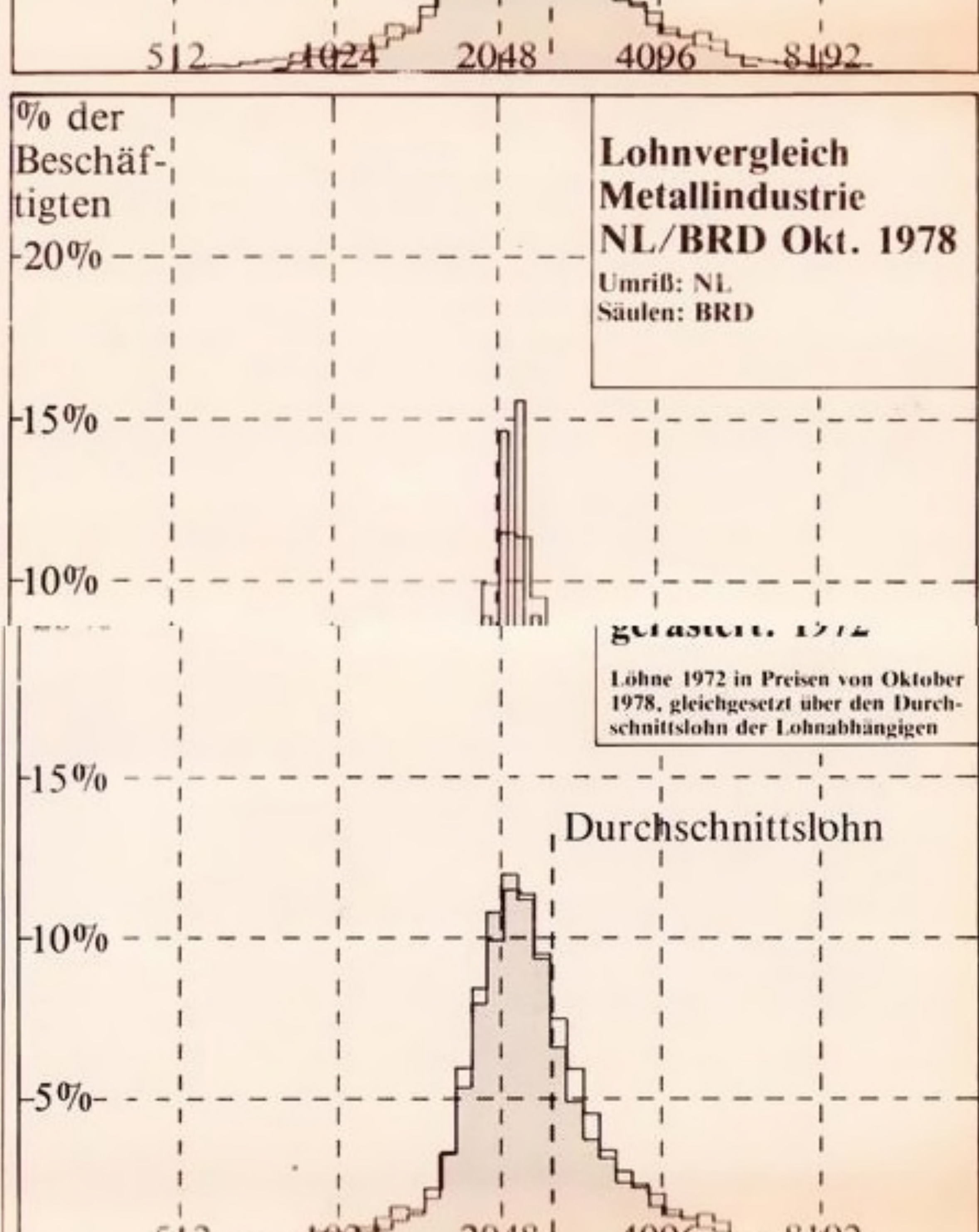
Im unteren Schaubild haben wir die

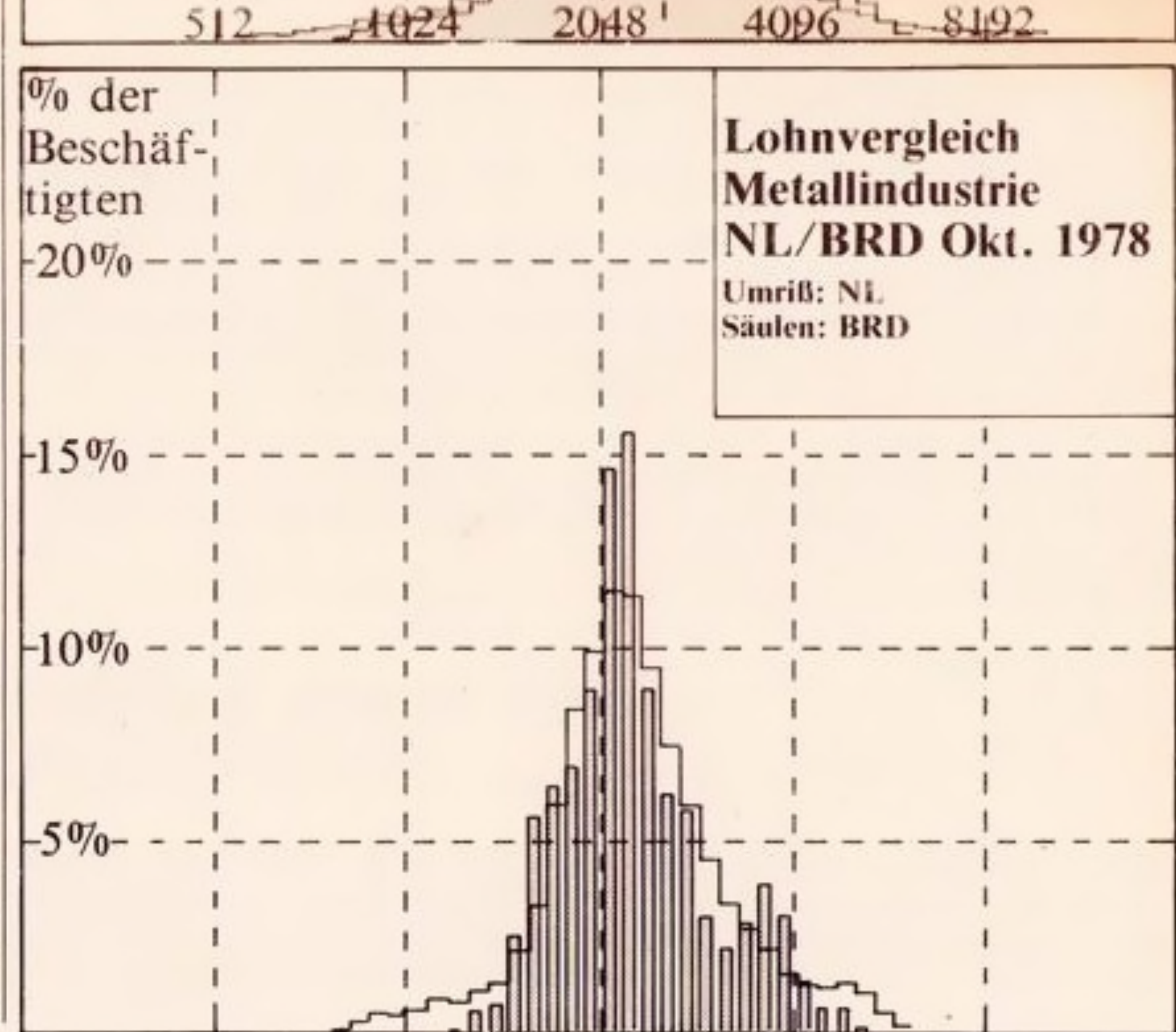
Lohnverteilung der niederländischen Metallarbeiter mit der der westdeutschen verglichen. Man weiß, daß die amtlichen Devisenkurse – dem zufolge entspricht 1 Gulden im Jahresdurchschnitt 1978 ungefähr 0,93 DM – für den internationalen Vergleich des Lohnstandards schwerlich taugen. Tatsächlich hat der Vergleich von 75 nach Verbrauchsmengen gewichteten Lebensmittelpreisen zum Ergebnis, daß die „Kaufkraft“ eines Gulden der „Kaufkraft“ einer DM entspricht. Der auf dieser Basis 1:1 durchgeführte Lohnvergleich macht deutlich, daß die Spreizung der Löhne insgesamt wie insbesondere die Spreizung der mittleren Lohngruppen in den Niederlanden bereits größer ist als in Westdeutschland und Westberlin. Gelingt den niederländischen Metallkapitalisten die Verschärfung der Spaltung und darüber ein weiterer Einbruch in den Lohnstandard, wird sich der Lohndruck auch auf die westdeutschen Metallarbeiter unweigerlich verstärken.

Es ist unleugbar, daß die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer – die Gewerkschaftsbewegung ist in den Christlichen Gewerkschaftsbund CNV und den sozialdemokratisch beherrschten FNV gespalten – die Arbeiterklasse in eine schwierige Lage hineinmanövriert haben. Der CNV fordert zusätzlich zur „Preiskompensation“ 1%, der FNV 2% Erhöhung. Ohne Streik, das haben die Kapitalisten mit dem ½%-Angebot deutlich gemacht, werden nicht einmal die 2% durchgesetzt werden können. Wie aber soll der Streik für 2% organisiert werden?

Noch ist das letzte Wort über die Forderung im Tarifkampf 1980 nicht gesprochen. Während die Regierung gleich nachstößt und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst von 600 bis 900 hfl jährlich und bei den sogenannten Trendfolgern, das sind v.a. die Krankenhausbeschäftigten, deren Löhne an die anderer Bereiche „angebunden“ sind, um 0,3 bis 0,7% ankündigt, finden allerorten Gewerkschaftsversammlungen statt, um die Taktik im Tarifkampf zu erörtern. Die Versammlung der Rotterdamer Hafenarbeiter hat sich einmütig für die Forderung nach 20 hfl/Woche ausgesprochen. Die Nahrungsmittelgewerkschaft FNV hat die 2%-Linie bereits durchbrochen und fordert 55 hfl/Monat mehr für alle gleich.







Frankreich: Arbeitereinheit stoppt neue Ausländergesetze

z.pel.Paris. Die französische Arbeiterklasse hat an einem entscheidenden Punkt ihre Einheit gegenüber den Spaltungsanstrengungen der Finanzbourgeoisie stärken können und damit auch die Bedingungen für die kommenden Lohnschlachten verbessert. Am 27.11. mußte die Nationalversammlung die dritte Lesung der neuen Ausländergesetze auf das Frühjahr verschieben, da sich abzeichnete, daß die Gesetze auch im dritten Anlauf keine Mehrheit erhalten würden. Eine „Vermittlungskommission“ soll nun erkunden, welche Möglichkeiten bestehen, die Absichten des Finanzkapitals dennoch durchzusetzen: Mit der Begrenzung der Arbeitserlaubnis auf drei Jahre, ihrer Verlängerung in Abhängigkeit von der jeweiligen Arbeitsmarktlage, der Ausweisung nach mehr als sechs Monaten Arbeitslosigkeit sowie der Einrichtung von regelrechten Internierungslagern wollte Ministerpräsident Barre die Arbeitskräftezufuhr jeweils bedarfsgerecht regeln und die kampferfahrenen, v.a. nordafrikanischen Arbeiter gegen Neuankömmlinge aus den EG-Beitrittsländern austauschen. – Die Übernahme der Führung des Kampfes durch die Gewerkschaften (s. KVZ 43) und die Verlagerung des Schwerpunktes von den Wohnheimen in die Fabriken hatten die Kampffront in den letzten Wochen massiv gestärkt. Mitte November führte die algerische Gewerkschaft UGTA zusammen mit den französischen CGT, CFDT und FEN eine Aktionswoche in den großen algerischen Städten durch. Barre mußte vorerst zurückweichen.

5200 Jugendliche in Militärarsenalen arbeitsbeschafft

z.ulg.Rom. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für 11366 Jugendliche hat der Kabinettsausschuß der italienischen Regierung für Wirtschaftsplanung in einer einzigen Sitzung beschlossen. 5200 sollen allein in einjährigen „Kursen“ beim Verteidigungsministerium arbeitsbeschafft werden. Vor allem in den Arsenalen sollen sie schanzen, um die Logistik der Armee auf Vordermann zu bringen. Einen Haken hat die Sache freilich noch: bisher muß Tariflohn gezahlt werden. Den Kapitalisten kann die Prämie von 200 bzw. 400 Lire pro Stunde (45–90 Pf.) diese bittere Pille nicht versüßen. Stürmisch drängen sie auf Abhilfe. – Die in den öffentlichen Dienst gesteckten Jugendlichen haben allerorts den Kampf für Festeinstellung nach Abschluß der befristeten „Kurse“ aufgenommen.

VR China nimmt an den Olympischen Spielen teil

z.anb. Die VR China wird mit einer Sportlermannschaft sowohl an den Olympischen Winterspielen in Lake Placid im Februar 1980 als auch an den Sommerspielen in Moskau teilnehmen. Am 26.11. beschloß das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit 62:17 Stimmen, daß Taiwan als Provinz der VR China zu behandeln ist, seine Sportler an den Olympischen Spielen teilnehmen können, jedoch die eigenständige Flagge und Nationalhymne zu entfallen hat. Dagegen stimmten neben Taiwan vor allem die USA. 1958 hat die VR China aus Protest gegen die Anerkennung Taiwans durch die Imperialisten das IOC boykottiert. Ein

EG-Imperialisten zimmern Stützpunkte in USA

Hoher Kapitalexport der EG in die USA / US-Senat beschließt Moratorium für Auslandsbanken

z.frb. Die Konkurrenz der EG-Imperialisten gegen die über die Vereinigten Staaten von Amerika herrschende Monopolbourgeoisie bewegt sich im Spannungsfeld der Rivalität der beiden imperialistischen Supermächte, die die entscheidenden Pole der imperialistischen Konkurrenzschlacht bilden. Im Verhältnis dieser beiden Haupträuber haben sich in den letzten zwanzig Jahren die hauptsächlichen Kräfteverschiebungen unter den am imperialistischen Konkurrenzkampf beteiligten Mächten ergeben, die unvermeidlich eine militärische Entscheidung verlangen. Aber nichtsdestoweniger entwickelt sich die Handels- und Finanzschlacht zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten zusehends kräftiger, und die in der EG vereinten Imperialisten fressen sich dabei rund und fett, auf daß sie auf alle Möglichkeiten vorbereitet seien. Zwar spielen sich große Verschiebungen im ökonomischen Potential nicht ab, denn das Siechtum der beteiligten Mächte ist schon zu weit fortgeschritten, aber die EG-Imperialisten erobern – nachdem sie sich jahrelang vor allem des Warenexports bedienen mußten – jene Waffen wieder, deren Führung ihnen die USA-Imperialisten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend verwehrt hatten. Es ist dies das weite Feld der weltumspannenden Finanzoperationen und des Exports von Kapital, d.h. des Exports eines Ausbeutungsverhältnisses.

Im Jahre 1974 hatte das in die USA zum Zwecke der Direktinvestition transferierte Kapital das zu entsprechendem Zwecke aus den USA exportierte Kapital erstmals übertroffen. Die Deutlichkeit des Vorgangs war bedingt durch Zufälligkeiten der Konjunktur, aber in der Tendenz setzte sich eine Annäherung des Kapitalexports aus und in die USA fort, und vergangenes Jahr erreichten die Kapitalexporte in die USA 86% der umgekehrten Marschrichtung. 55% des Kapitals kam 1978 aus den Ländern der EG und es vergeht keine halbe Woche, in der nicht in den Wirtschaftsblättern ein größerer Einkauf in eine US-Firma gemeldet wird. In den Jahren 1976–78 betrug das aus den USA in die EG exportierte Kapital 6,6 Mrd. $, das aus der EG in die USA exportierte 5,1 Mrd. $. Die reinvestierten Profite machten bei US-Niederlassungen 9,4 Mrd. $ aus, bei den Niederlassungen der EG in USA 3,7 Mrd. $. So die Angaben der Zahlungsbilanzstatistik der USA.

Obgleich das von den USA-Imperialisten in europäischen Produktionsstätten angelegte Kapital (ca. 70 Mrd. $) das europäische in den USA (ca. 28 Mrd. $) bei weitem übersteigt, sind die USA-Imperialisten ob der neuen Entwicklung nervös geworden. Vor allem die Welle von Bankgründungen und Übernahmen in ihrem Land hat die Hegemonialpolitiker in Aufregung versetzt, und am 7. November beschloß der US-Senat ein Übernahmeverbot für ausländische Banken in den nächsten sechs Monaten, die für eine genaue Untersuchung der „ausländischen Invasion" genutzt werden sollen. Die britische Standard Bank, die National Westminster und die Algemene Bank Nederland haben Kaufverträge in der Hand. Rund 47 Geschäftsbanken sind in ausländischem Besitz und etwa 150 ausländische Banken sind in den USA tätig. Sie umfassen ca. 11% aller Bankaktiva in USA. Bei den Krediten an Unternehmen halten sie einen Anteil von 15%, in New York und in Kalifornien sogar 30–40%. Die Ausdehnung des Geschäftsvolumens entwickelte sich folgendermaßen (in Mrd. $):

1973	1976	1978	Juli 79
37,7	75,8	129,4	146,9

Die Einnistung ausländischer Banken in den Geld- und Kreditverkehr in den USA, die die Vorherrschaft der USA-Imperialisten über die Finanzmärkte und den internationalen Zahlungsverkehr empfindlich angreift und damit die Garantie auf Höchstprofit beeinträchtigt, sollte vergangenes Jahr durch den International Banking Act 1978 unter Kontrolle gebracht werden.

Doch schon im März sahen sich die Kongreßpolitiker zu Drohungen mit Verbotsmaßnahmen veranlaßt, bis sie den jetzigen Vorstoß unternahmen. Angst vor Gegenmaßnahmen gegen die in den Konkurrenzländern tätigen US-Banken hatte das Bankengesetz relativ großzügig ausfallen lassen und legt den US-Bourgeois Zurückhaltung auf. Mit ihrem Raubzug gegen iranisches Vermögen im Ausland testen sie auch, wie weit sie gegen die Konkurrenten gehen können.

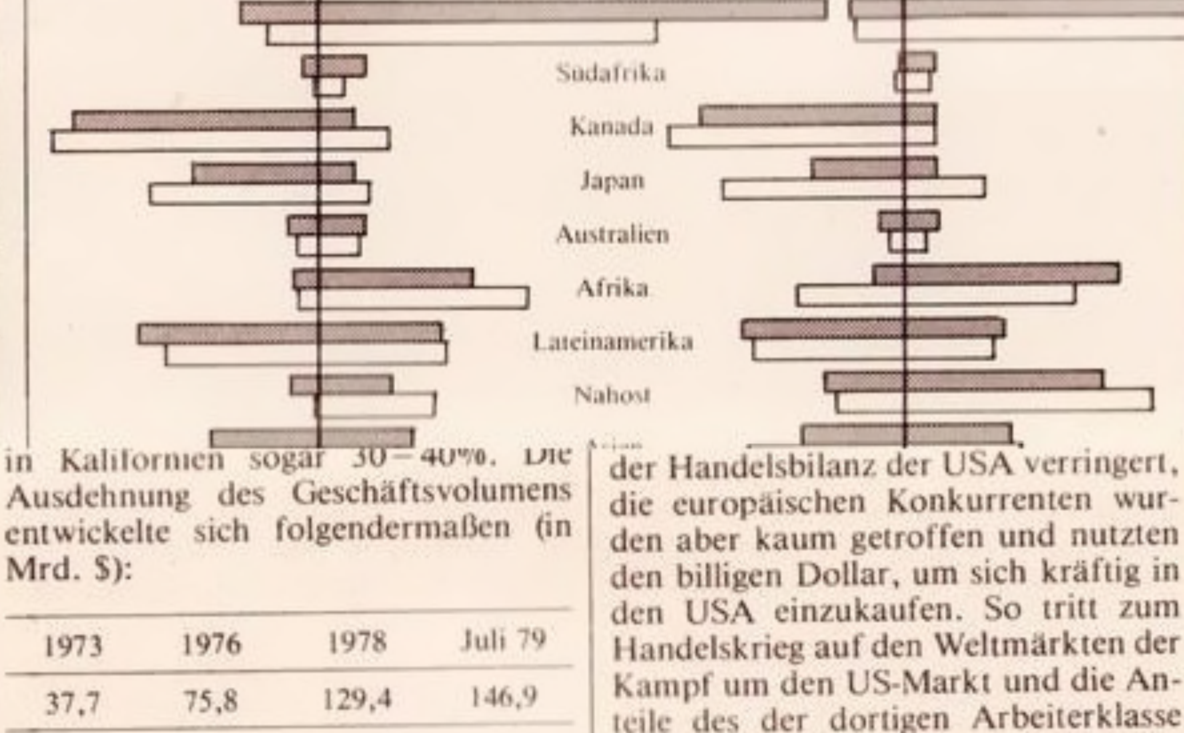
Zum Vergleich einige Angaben über die Tätigkeit der Niederlassungen der USA-Banken im Ausland. Ihr Geschäftsvolumen belief sich Ende 1978 auf 237 Mrd. $ (Ende 1977: 205 Mrd. $). 37% ihrer Ausleihungen gingen in die EG, 31% ihrer Mittel haben sie dort aufgenommen.

Mit dem Vordringen westeuropäischer Konzerne und Banken auf den US-Markt hat die Konkurrenz zwischen den westeuropäischen Imperialisten, die sich der EG bedienen, weil jeder für sich zu schwach ist, und den USA-Imperialisten eine neue Stufe erreicht. Die USA-Imperialisten hatten Anfang des Jahrzehnts den Dollarkurs nicht mehr halten können und mußten ihn jetzt sogar vorübergehend zusätzlich drücken, um die Initiative auf den Weltmärkten zurückzugewinnen. Die Exportoffensive hat zwar das Defizit der Handelsbilanz der USA verringert, die europäischen Konkurrenten wurden aber kaum getroffen und nutzten den billigen Dollar, um sich kräftig in den USA einzukaufen. So tritt zum Handelskrieg auf den Weltmärkten der Kampf um den US-Markt und die Anteile des der dortigen Arbeiterklasse abgepreßten Mehrwerts selbst und vereint die EG-Räuber gegen die eigene Arbeiterklasse, weil sie nur so was werden können in der Welt.

Wenn man den Meldungen diesmal glauben darf, so haben die USA und die EG mittlerweile das neue Abkommen im Rahmen des GATT, dessen bevorstehende Unterzeichnung seit vier Jahren fast monatlich vermeldet wird, akzeptiert. Es sollte eine Beseitigung von Handelsbeschränkungen bringen, tatsächlich bringt es vor allem eine Serie von Rechtfertigungen für „Gegenmaßnahmen". So wie sie jetzt schon durch Anti-Dumping-Verfahren betrieben werden. Seit 1.1.1978 hat die EG folgende Verfahren gegen die USA wegen Dumping (Preisunterbietung) eingeleitet oder abgeschlossen: hochfeste Garne für Reifen aus Polyamid und Polyester; Vinylacetat; Polyacryl-Spinnfasern und -fäden; piezoelektrische Kristalle, gefaßt und montiert; Saccharine und seine Salze. Im Fall von Kraftpapier und -pappe in Form von Kraftliner, sowie bei Lithiumhydroxid wurde das Verfahren mit Festsetzung eines Anti-Dumping-Zolls abgeschlossen, letzteres gegen USA und UdSSR, die 62% des Marktes erobert hatten. In den USA laufen Verfahren gegen die EG wegen Chemiefasern, westdeutschem Koks und Titan-Dioxyd.

Weitere „Gegenmaßnahmen" bieten sich an, denn beiderseits des Atlantiks werden neue Waffen geschmiedet. Dem Exportbeirat des US-Präsidenten liegt ein Gesetzentwurf zur Beratung vor, der staatlich geförderte Außenhandelsgesellschaften vorsieht. Bis zu 50% der Markterschließungskosten zahlt der Staatshaushalt, 1980 sind im Haushalt 2,5 Mio. $ vorgesehen. Die Gesellschaften ergänzen die bestehenden 11000 Domestic International Sales Corporations, über die 75% des US-Exports steuerbegünstigt abgewickelt wird. Ihrerseits klagen die USA-Imperialisten über entsprechende Maßnahmen der EG. Staatssekretär Solomon am 27.10. auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung: Die EG habe die Bemühungen um eine Einigung für die Begrenzung des Konkurrenzstrebens bei Exportkrediten trotz jahrelanger Anstrengung vereitelt. In der Frage der Anreize für internationale Investitionen akzeptiere die EG nicht einmal einen Grundkonsens. Und weiter: „Wir sind besorgt über Berichte, wonach einige europäische Regierungen sich um Sonderpräferenzen bei den ölproduzierenden Ländern zur Sicherstellung ihrer eigenen Öllieferungen bemüht haben und sich dabei offensichtlich wenig um das globale Problem kümmerten." Solomon, der im Auftrag seiner Regierung sprach, klagte, es gebe „ein Problem des Tons und der Einstellung in dem wirtschaftlichen Gesamtverhältnis zwischen den USA und Europa – eine Zwiespältigkeit in den europäischen Auffassungen hinsichtlich der Natur dieses Verhältnisses."





ASEAN-Staaten verstärken Zusammenarbeit
Einheit gegen die Imperialisten wird gefestigt

z.ror. Ende November fanden erneut Verhandlungen der ASEAN-Staaten mit Japan statt, um Japan zur Erhöhung seiner Entwicklungshilfe zu veranlassen, die zur Durchführung einiger Gemeinschaftsprojekte benötigt wird. Seit 1974 verstärken die ASEAN-Staaten ihre Zusammenarbeit; 1975 einigten sie sich über Handelspräferenzen bei Erdöl und Nahrungsmitteln, für weitere 71 Produkte wurden Präferenzen zwischen 10 und 30% ausgehandelt. Der Aufbau von fünf gemeinsamen Industrieprojekten wird im selben Jahr vereinbart (eine Sodaaschefabrik in Thailand, Superphosphatfabrik auf den Philippinen, in Malaysia und Indonesien eine Harnstoffabrik und in Singapur eine Fabrik für Dieselmotoren). Zusammenarbeiten wollen die ASEAN-Staaten auf dem Gebiet der Petrochemie, der Papier-, Werkzeug- und Fischindustrie. Die Errichtung eines gemeinsamen Fonds für „Währungsaustausch und Stabilisierung", der 100 Mio. $ umfaßt, folgte 1977.

Es gelingt den ASEAN-Staaten immer besser, die Widersprüche der Imperialisten um die Rohstoffe der ASEAN-Länder zu nutzen. Das Erdöl aus Indonesien, aber auch Zinn- und Eisenerz aus Malaysia und den Philippinen oder Kautschuk aus Thailand wollen die Imperialisten zu Spottpreisen ausplündern. 1977 gelang die Anerkennung der ASEAN als Block durch den US-Imperialismus, der ihr einen 550-Mio.-$-Kredit einräumen mußte, Japan sah sich gezwungen, auch 1 Mrd. $ zu versprechen. Japan deckt über die Hälfte seines Bedarfs an Holz, Kupfer- und Zinnerz, Zucker, Kaffee,



Thailändische Grenzpatrouille nach vietnamesischem Granatwerferangriff

mit einer Entwicklung des Handels nicht zu rechnen sei. Der sowjetische Sozialimperialismus versuchte sich durch einen günstigen 75-Mio.-$-Kredit einen Fürsprecher in der ASEAN zu schaffen. Malaysia nahm den Kredit, lehnte aber – so wie die übrigen Staaten – einen sowjetischen Flottenbesuch ab.

Durch die Aggression der Sozialimperialisten und Vietnams gegen das Demokratische Kampuchea, die auf die Beherrschung des gesamten südostasiatischen Raumes zielt, sehen sich die ASEAN-Staaten in ihrer Unabhängigkeit bedroht. In dieser schwierigen Lage unterstützten sie von Anfang an den Kampf um den Erhalt des UNO-Sitzes des Demokratischen Kampuchea. Die Landwirtschaftsminister der ASEAN beschlossen im September, verstärkt in der Landwirtschaftsforschung und

ports von Kapital, d.h. des Exports eines Ausbeutungsverhältnisses.

Im Jahre 1974 hatte das in die USA zum Zwecke der Direktinvestition transferierte Kapital das zu entsprechendem Zwecke aus den USA exportierte Kapital erstmals übertroffen. Die Deutlichkeit des Vorgangs war bedingt durch Zufälligkeiten der Konjunktur, aber in der Tendenz setzte sich eine Annäherung des Kapitalexports aus und in die USA fort, und vergangenes Jahr erreichten die Kapitalexporte in die USA 86% der umgekehrten Marschrichtung. 55% des Kapitals kam 1978 aus den Ländern der EG und es vergeht keine halbe Woche, in der nicht in den Wirtschaftsblättern ein größerer Einkauf in eine US-Firma ge-

in Kalifornien sogar 30–40%. Die Ausdehnung des Geschäftsvolumens entwickelte sich folgendermaßen (in Mrd. $):

1973 1976 1978 Juli 79
37,7 75,8 129,4 146,9

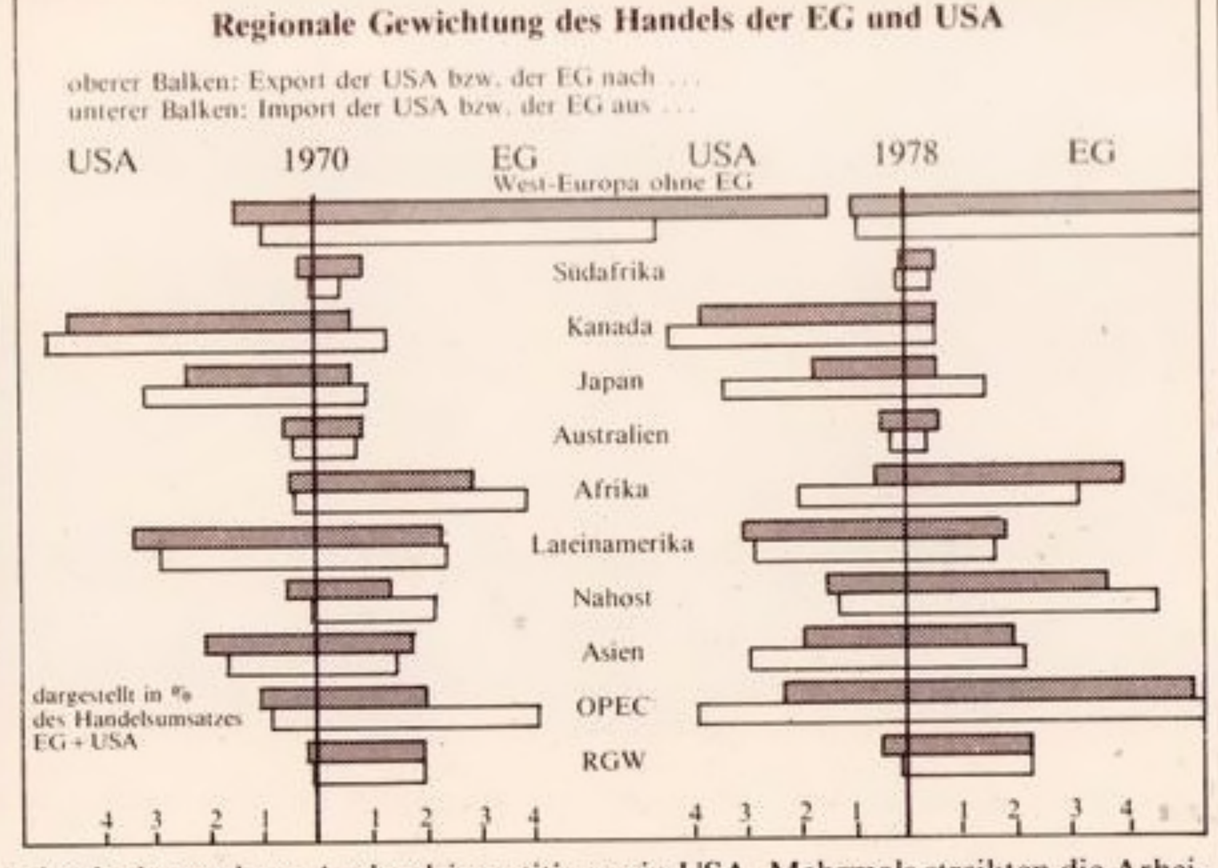
Die Einnistung ausländischer Banken in den Geld- und Kreditverkehr in den USA, die die Vorherrschaft der USA-Imperialisten über die Finanzmärkte und den internationalen Zahlungsverkehr empfindlich angreift und damit die Garantie auf Höchstprofit beeinträchtigt, sollte vergangenes Jahr durch den International Banking Act 1978 unter Kontrolle gebracht werden.

der Handelsbilanz der USA verringert, die europäischen Konkurrenten wurden aber kaum getroffen und nutzten den billigen Dollar, um sich kräftig in den USA einzukaufen. So tritt zum Handelskrieg auf den Weltmärkten der Kampf um den US-Markt und die Anteile des der dortigen Arbeiterklasse abgepreßten Mehrwerts selbst und vereint die EG-Räuber gegen die eigene Arbeiterklasse, weil sie nur so was werden können in der Welt.

Wenn man den Meldungen diesmal glauben darf, so haben die USA und die EG mittlerweile das neue Abkommen im Rahmen des GATT, dessen bevorstehende Unterzeichnung seit vier Jahren fast monatlich vermeldet wird,







Das VW-Werk in Pennsylvania gehört zu den bedeutendsten Auslandsinvestitionen in USA. Mehrmals streikten die Arbeiter gegen die Hungerlöhne. – Beim Handel muß man die wesentlich höhere Auslandsproduktion der USA bedenken.

anlassen, die zur Durchführung einiger Gemeinschaftsprojekte benötigt wird. Seit 1974 verstärken die ASEAN-Staaten ihre Zusammenarbeit; 1975 einigten sie sich über Handelspräferenzen bei Erdöl und Nahrungsmitteln, für weitere 71 Produkte wurden Präferenzen zwischen 10 und 30% ausgehandelt. Der Aufbau von fünf gemeinsamen Industrieprojekten wird im selben Jahr vereinbart (eine Sodaaschefabrik in Thailand, Superphosphatfabrik auf den Philippinen, in Malaysia und Indonesien eine Harnstoffabrik und in Singapur eine Fabrik für Dieselmotoren). Zusammenarbeiten wollen die ASEAN-Staaten auf dem Gebiet der Petrochemie, der Papier-, Werkzeug- und Fischindustrie. Die Errichtung eines gemeinsamen Fonds für „Währungsaustausch und Stabilisierung", der 100 Mio. $ umfaßt, folgte 1977.

Es gelingt den ASEAN-Staaten immer besser, die Widersprüche der Imperialisten um die Rohstoffe der ASEAN-Länder zu nutzen. Das Erdöl aus Indonesien, aber auch Zinn- und Eisenerz aus Malaysia und den Philippinen oder Kautschuk aus Thailand wollen die Imperialisten zu Spottpreisen ausplündern. 1977 gelang die Anerkennung der ASEAN als Block durch den US-Imperialismus, der ihr einen 550-Mio.-$-Kredit einräumen mußte, Japan sah sich gezwungen, auch 1 Mrd. $ zu versprechen. Japan deckt über die Hälfte seines Bedarfs an Holz, Kupfer- und Zinnerz, Zucker, Kaffee,
Tee und Früchten durch Importe aus der ASEAN. Die EG steigerte ihren Handel mit der ASEAN um 15 % seit 1973. Auf dem gemeinsamen Außenministertreffen von ASEAN und EG 1978 sah sie sich mit der Forderung nach der Öffnung der EG für Fertigprodukte konfrontiert, da ansonsten



Thailändische Grenzpatrouille nach vietnamesischem Granatwerferangriff

mit einer Entwicklung des Handels nicht zu rechnen sei. Der sowjetische Sozialimperialismus versuchte sich durch einen günstigen 75-Mio.-$-Kredit einen Fürsprecher in der ASEAN zu schaffen. Malaysia nahm den Kredit, lehnte aber – so wie die übrigen Staaten – einen sowjetischen Flottenbesuch ab.

Durch die Aggression der Sozialimperialisten und Vietnams gegen das Demokratische Kampuchea, die auf die Beherrschung des gesamten südostasiatischen Raumes zielt, sehen sich die ASEAN-Staaten in ihrer Unabhängigkeit bedroht. In dieser schwierigen Lage unterstützten sie von Anfang an den Kampf um den Erhalt des UNO-Sitzes des Demokratischen Kampuchea. Die Landwirtschaftsminister der ASEAN beschlossen im September, verstärkt in der Landwirtschaftsforschung und
Düngemittelproduktion zusammenzuarbeiten, und stehen kurz vor dem Abschluß eines Abkommens für die Errichtung einer Reisnotreserve von 50000 t. Im November kündigte das Außenministerium Thailands das erste Treffen der Verteidigungsminister seit Bestehen der ASEAN an.

Antrag der VR China auf Klärung der legitimen Vertretung im Jahre 1975 war vom IOC so entschieden worden, daß Taiwan de facto als eigenständiger Staat anerkannt blieb. Die jetzige Entscheidung ist die Niederlage dieser Strategie. Die VR China hat Taiwan vorgeschlagen, einen Sportler- und Traineraustausch in Vorbereitung der Wettkämpfe zu organisieren und dazu den Visumzwang aufzuheben. Taiwan, angestachelt von den USA, spuckt darob Gift und Galle. Wenn die Entscheidung des IOC nicht zurückgenommen werde, werde man die Olympischen Spiele boykottieren, erklärte das nach dem IOC-Beschluß offiziell umbenannte *Chinesische Olympische Komitee Taipeh*.

Nachrichtenpool der Blockfreien faßt wichtige Beschlüsse

z.anb. Die Zweite Konferenz der Nachrichtenagenturen der Blockfreien, des *Pools*, die vom 22.–25.11. in Belgrad mit 200 Teilnehmern aus 70 Ländern tagte, hat die Tarife für die gegenseitige Übermittlung von Nachrichten der nationalen Agenturen um 50% reduziert. Seit der Gründung des Pools vor 5 Jahren ist die Zahl der beteiligten Agenturen der Dritten Welt von 12 auf 57 angewachsen, immer noch gibt es aber 13 Länder, deren Agenturen wegen der hohen Kosten der Übermittlungsgebühren nicht teilnehmen konnten. Dies wird dadurch verschärft, daß Nachrichten z.B. von Sri Lanka nach Indien nur über London zu übermitteln sind; die ehemaligen Kolonialmächte und die Imperialisten kontrollieren nach wie vor die technischen und logistischen Voraussetzungen der Information. Der Pool hat deshalb beschlossen, den Aufbau von Satellitenverbindungen zwischen den blockfreien Ländern voranzutreiben. Einmütig lehnte die Konferenz den Versuch der westlichen Pressemonopole (ap, upi, Reuter, afp) ab, einen „Zusammenschluß" einzuleiten, „das würde im Gegensatz zu den Prinzipien stehen, auf denen der Pool gegründet wurde" (Tanjug, 26.11.). Auch die Sowjetunion und ihre Vasallen waren nicht untätig, sie drohten, der Pool solle sich der „brüderlichen Hilfe der sozialistischen Gemeinschaft" unterstellen oder er werde eh nichts ausrichten. Äußerst deutlich ist der erbitterte Kampf um die Brechung des imperialistischen Informationsmonopols geworden an den wütenden Angriffen der SU-Agentur *TASS* gegen die Berichterstattung der *Tanjug* über die Unterstützung der Blockfreien für das Demokratischen Kampuchea.

Seychellen vereiteln imperialistischen Putschversuch

z.pel. Die Vorbereitung war nach bewährtem Muster, der Ausgang anders als gehofft. Mitte Oktober demonstrierten hundert Schulkinder in Victoria, der Hauptstadt der Seychellen, gegen die Regierung. Die imperialistische Presse berichtete über geplante Zwangsverschickung von Schülern und geschlagene Kinder. Am 16.11. verkündete die Regierung ein Ausgehverbot und nahm in der Folge 80 Personen, darunter den französischen Berater für Polizeiausbildung, fest. Sie sind mittlerweile des Umsturzversuches angeklagt, die französische Regierung hat ihre „Entwicklungshilfe" abgebrochen. – Die Seychellen sind eine Inselgruppe im Indischen Ozean, 1000 Kilometer nördlich von Madagaskar, direkt an der Route der großen Öltanker und im Kerngebiet der imperialistischen Konkurrenz gelegen. Im Juni 76 mußten die Briten ihrer Kolonie die Unabhängigkeit gewähren. Seit dem Sturz ihres Statthalters Mancham 1977 betreibt die neue Regierung eine Politik des engen Zusammenschlusses mit Tansania und Madagaskar. Mehrfach hat sie die „entmilitarisierte Zone Indischer Ozean" gefordert. Die US-Imperialisten mit ihrer Atom-U-Bootbasis Diego Garcia weiter im Osten, die Sozialimperialisten mit ihrem Stützpunkt in Äthiopien, die Franzosen südlich auf La Réunion, alle haben Appetit, letztere sich aber zunächst mal verschluckt.

Rhodesien-Konferenz: Weitere Waffenstillstandsverhandlungen

z.hef.London. Als „Abschlachtplätze für die Befreiungskämpfer" bezeichnete Genosse Mugabe in der letzten Woche die 15 Sammelplätze für die Guerillas, so wie die britischen Imperialisten sie in ihrem Waffenstillstandsplan fordern: Während die Guerillas sich in diesen 15 isolierten Lagern sammeln, sollten die Söldnertruppen des Regimes „in ihren Basen" bleiben, die über das ganze Land verstreut sind. Der britische Außenminister Lord Carrington gab etwas nach: Die Truppen des Regimes würden sich als erste zurückziehen, bevor die Patriotische Front sich sammelt. Die Patriotische Front erklärte, sie werde ihre Armeen nur in den 15 Sammelpunkten zusammenziehen, wenn die Regime-Truppen in ihre normalen Kasernen, also ihre Friedensstellungen, einrücken. Es gibt noch weitere Streitpunkte über den Waffenstillstand: Die Patriotische Front fordert die Stillegung aller Kampfflugzeuge, die Behandlung militärischer Teile der Polizei als Teil der Armee, die Entlassung und Ausreise aller Söldner sowie eine andere Zusammensetzung und Ausweitung der Beobachtertruppe: Statt, wie die Briten ausgewählt hatten, nur Großbritannien, Australien, Neuseeland, Kenia und Fiji sollten auch Nigeria, Indien, Ghana, Sierra Leone, Guayana und Jamaica Soldaten für die Beobachtertruppe schicken. Bei einem Treffen mit Mugabe und Nkomo unterstützten die Frontstaaten am vorletzten Wochenende diese Forderungen. Die Patriotische Front hat Carringtons letztes Ultimatum wie die vorherigen ignoriert. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

„Wann wird die Revolution in Südafrika siegen?“

(Die folgende Polemik ist dem Editorial der Zeitschrift Maluti 2/78, dem offiziellen Organ des ANC/AN entnommen)

Gegenwärtig herrscht in unserem Land Verwirrung über die grundlegenden Fragen der Revolution in unserem Land. Diese ist bewußt herbeigeführt worden durch weiße Liberale, die die Südafrikanische Kommunistische Partei beherrschen, durch die Tambo-Gruppe (die revisionistische Führung des ANC, Red.) wie auch durch andere Weiße, die wie Vampire und Geier von dem Elend der Afrikaner leben. Deswegen sind wir zu dem Schluß gekommen, daß die Schwarzen (Inder, Farbige und Afrikaner) sich zusammenschließen und die Grundlagen legen müssen für breite Massenaktivitäten, um die weiße Festung anzugreifen und zu stürmen. In dieser schwarzen revolutionären Front müssen die Afrikaner die Initiative ergreifen und alle unterdrückten Schwarzen zusammenschließen. Die Slovos, First und Carnesons sind nur daran interessiert, Gesetze zu entwerfen, um damit fügsame Schwarze einzufangen. Wir dürfen nie vergessen, daß alle weißen Südafrikaner Nutzen aus unserem Elend ziehen: Sie stehen an der Spitze des Jochs des südafrikanischen Apartheid-Regimes, weil sie Weiße sind oder weil sie aus anderen Gründen mit der Macht gewisser weißer Rassisten verbunden sind ...

Die grundlegenden Fragen, denen sich die Revolution in Südafrika gegenübersieht, sind alle mit der Landfrage verbunden. Tatsache ist, daß die afrikanischen Massen durch die weißen Kolonialisten enteignet worden sind. Ihr Land wurde ihnen geraubt, ihre kulturellen und sozialen Einrichtungen wurden zugrundegerichtet und zerstört durch die Einführung der imperialistischen Kultur der weißen Unterdrücker. Die Tatsache, daß der Staatsapparat angewachsen ist und sich zu einer komplexen, industriellen Unterdrückungsmaschinerie entwickelt hat, ändert oder mindert nichts an der grundlegenden nationalen Frage: daß das afrikanische Land unter weißer Kolonialherrschaft steht – die gegenwärtig dem Inhalt und der Form nach kapitalistisch und imperialistisch ist. Sie kann nicht die Tatsache verhüllen, daß die politische Macht in Südafrika ausgeübt wird von den weißen Unterdrückern. All dies zeigt, daß die nationale Frage und der Klassenkampf zwei unauflöslich miteinander verbundene Aspekte des revolutionären Kampfes der schwarzen Massen für nationale Befreiung sind, wobei der wesentliche Inhalt des Massenkampfes die Befreiung der afrikanischen Massen ist. Deswegen ist in der gegenwärtigen Situation der nationale Aspekt des Kampfes nicht bloß die einzig gerechtfertigte Grundlage für eine schwarze Einheitsfront. Es ist vor allem das grundlegende Merkmal der Massenbewegung im Kampf für das Land und die politische Macht für die unterdrückten Schwarzen.

Die doppelte Verbindung zwischen dem nationalen und dem Klassenkampf hat viele weiße Liberale, die sich selbst radikal oder revolutionär nennen, veranlaßt, sich über den einen oder anderen Aspekt einer falschen Auffassung zu einigen, in der Absicht, sicherzustellen, daß die Macht in den Händen der Weißen bleibt. Die zentrale These, die allen weißen Liberalen gemeinsam ist, besteht darin, daß der Kampf der Massen sich vor allem gegen die industrielle, kapitalistische Struktur des Staates richte. Diese Herangehensweise führt notwendigerweise dazu, daß sich die Untersuchung auf Fragen der Lohnstruktur und der wirtschaftlichen Beziehungen beschränkt. Sie alle stimmen in dieser oder jener Form mit der falschen These von Colin Bundy überein, daß es keine afrikanische Bauernschaft in Südafrika gibt. Diese Abweichung neomarxistischer weißer Reformisten von der revolutionären Perspektive dient dem Zweck, den nationalen Kampf der Afrikaner für die Wiedergewinnung ihres Vaterlandes zu ersetzen durch die These, daß sich der Kampf vor allem um Lohn und die unmittelbaren wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter drehen sollte, wie auch um das Niveau der staatlichen, kapitalistischen Investitionen. Aber Südafrika ist ein Kolonialstaat und das ist das Problem, dem die neomarxistischen weißen Liberalen durch eine verlogene Theorie aus dem Wege gehen wollen. Und diejenigen Afrikaner, die an der Vorrangigkeit der nationalen Frage, der Wiedergewinnung ihres Vaterlandes und der Zerstörung der wirklichen Grundlage des Kolonialstaates festhalten, werden Rassisten genannt, während diejenigen, die den schwarzen Massen ihren Rücken zugekehrt haben, Tambos gute Jungen sind.

Wir haben bloß einen groben Überblick über die falsche, neomarxistische, weiße liberale Politik gegeben. Vielleicht der extremste Ausdruck dieses weißen, neomarxistischen Reformismus sind – neben der These von Colin Bundy – die Verrücktheiten, die in R.W. Johnsons „Wie lange wird Südafrika überleben?“ enthalten sind. R.W. Johnson geht davon aus, daß die nationale Befreiung der Afrikaner nur durch die Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika erreicht werden könne. Ja, Großbritannien und die USA haben beide unbeschränkte Hilfe an das dekadente Regime des Schah vom Iran gegeben. Aber die nationale Einheitsfront der iranischen Völker und ihre Solidarität gegen fremde Herrschaft und imperialistische Ausbeutung hat eine neue Ära des Kampfes der Völker der 3. Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und alle Formen des Hegemonismus der Supermächte eröffnet ...

Von Europa und Nordamerika aus konzentrieren die weißen liberalen Reformisten ihre Anstrengungen auf die Förderung von Gatsha Butelezi (einem Führer der Bantustans, d. Red.) und andere Gallionsfiguren, die manchmal einigen Stammeschauvinismus von sich geben. Die Crème dieser europäischen und nordamerikanischen weißen Liberalen war im Juni 1978 in einer Konferenz des Bergsträsser-Instituts in Westdeutschland am Titisee zusammengekommen. Dort ha-

der Absicht, sicherzustellen, daß die Macht in den Händen der Weißen bleibt. Die zentrale These, die allen weißen Liberalen gemeinsam ist, besteht darin, daß der Kampf der Massen sich vor allem gegen die industrielle, kapitalistische Struktur des Staates richte. Diese Herangehensweise führt notwendigerweise dazu, daß sich die Untersuchung auf Fragen der Lohnstruktur und der wirtschaftlichen Beziehungen beschränkt. Sie alle stimmen in dieser oder jener Form mit der falschen These von Colin Bundy überein, daß es keine afrikanische Bauernschaft in Südafrika gibt. Diese Abweichung neomarxistischer weißer Reformisten von der revolutionären Perspektive dient dem Zweck, den nationalen Kampf der Afrikaner für die Wiedergewinnung ihres Vaterlandes zu ersetzen durch die These, daß sich der Kampf vor allem um Lohn und die unmittelbaren wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter drehen sollte, wie auch um das Niveau der staatlichen, kapitalistischen Investitionen. Aber Südafrika ist ein Kolonialstaat und das ist das Problem, dem die neomarxistischen weißen Liberalen durch eine verlogene Theorie aus dem Wege gehen wollen. Und diejenigen Afrikaner, die an der Vorrangigkeit der nationalen Frage, der Wiedergewinnung ihres Vaterlandes und der Zerstörung der wirklichen Grundlage des Kolonialstaates festhalten, werden Rassisten genannt, während diejenigen, die den schwarzen Massen ihren Rücken zugekehrt haben, Tambos gute Jungen sind.

Wir haben bloß einen groben Überblick über die falsche, neomarxistische, weiße liberale Politik gegeben. Vielleicht der extremste Ausdruck dieses weißen, neomarxistischen Reformismus sind – neben der These von Colin Bundy – die Verrücktheiten, die in R.W. Johnsons „Wie lange wird Südafrika überleben?“ enthalten sind. R.W. Johnson geht davon aus, daß die nationale Befreiung der Afrikaner nur durch die Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika erreicht werden könne. Ja, Großbritannien und die USA haben beide unbeschränkte Hilfe an das dekadente Regime des Schah vom Iran gegeben. Aber die nationale Einheitsfront der iranischen Völker und ihre Solidarität gegen fremde Herrschaft und imperialistische Ausbeutung hat eine neue Ära des Kampfes der Völker der 3. Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und alle Formen des Hegemonismus der Supermächte eröffnet ...

Von Europa und Nordamerika aus konzentrieren die weißen liberalen Reformisten ihre Anstrengungen auf die Förderung von Gatsha Butelezi (einem Führer der Bantustans, d. Red.) und andere Gallionsfiguren, die manchmal einigen Stammeschauvinismus von sich geben. Die Crème dieser europäischen und nordamerikanischen weißen Liberalen war im Juni 1978 in einer Konferenz des Bergsträsser-Instituts in Westdeutschland am Titisee zusammengekommen. Dort ha-
ben sie beschlossen, daß eine gewaltlose Änderung in Südafrika immer noch möglich sei. Wir wollen alle Schwarzen, die sich an solch dubiosen Konferenzen beteiligen, warnen. Die schwarzen Massen sind auf der Hut. Das Begräbnis von Sobukwe hat bereits gezeigt, wie die kämpferischen Jugendlichen beschlossen haben, gegen solche spalterischen politischen Kräfte vorzugehen, die es mit beiden Seiten halten. Wir beenden diesen Aufruf mit der Aufforderung zu einer schwarzen Einheitsfront. Laßt uns zusammenschließen und uns vorbereiten auf die schweren Kämpfe, die in Südafrika vor uns liegen.

Imperialisten rüsten „Fort Südafrika“ auf

„Konföderation“ geplant / Neue Gesetze sollen Arbeiter und Bauern spalten

z.hef. „Fort Südafrika“ überschrieb die südafrikanische Siedlerzeitung „Star“ im April einen Artikel über die „völlig neue Strategie“ des Regimes in der Außenpolitik. Diese bestehe in der „Errichtung einer Sphäre gemeinsamer Interessen, die bis zum Runene-Fluß und zum Sambesi reicht, in der die verschiedenen Staaten kooperieren, um den Terrorismus in Schach zu halten, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen und neue politische Beziehungen herzustellen.“

Die Befreiung Mosambiks und Angolas und der Befreiungskampf der Völker Zimbabwes und Namibias drängt die Kolonialherrschaft der Imperialisten im südlichen Afrika immer weiter auf den Siedlerstaat Südafrika selbst zurück. Die Imperialisten bauen ihn zur Festung aus. Erstens, um ihre Profite aus der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern Azanias und der noch unter Kolonialherrschaft stehenden Völker Zimbabwes und Namibias aufrecht zu erhalten, um ihr angelegtes Kapital zu schützen, und zweitens, um Südafrika als Ausgangspunkt neokolonialer Ausplünderung und Unterdrückung der unabhängigen Staaten im südlichen Afrika zu nutzen. Die von Botha geplante „Föderation“ soll mindestens Namibia, Botswana, Zimbabwe und Südafrika selbst umfassen.

Südafrikanische Truppen sind am Kampf gegen das Volk von Zimbabwe beteiligt, halten Namibia besetzt und führen Terrorüberfälle auf Mosambik, Sambia und Angola durch, neben der Unterdrückung der Massen Azanias. Die Imperialisten, an der Spitze die US-Imperialisten, rüsten das Regime weiter auf, Raketen über Israel, Panzer über Spanien, Flugzeuge aus Frankreich. Das Regime legt eine Kette von Truppenstützpunkten und Militärflugplätzen an den Nordgrenzen an. Es gibt weißen Farmern besondere Kredite zur Ansiedlung an der Grenze, nachdem eine Untersuchung vor kurzem ergeben hatte, daß nur auf 40% der Farmen im Grenzgebiet Weiße anwesend seien.

Begleitet wird die Aufrüstung von neuen Maßnahmen gegen den Befreiungskampf in Azania, die als „Liberalisierung der Apartheid“ verkauft werden. Alle „Liberalisierungsmaßnahmen“ beruhen auf zwei Untersuchungsberichten, die von staatlichen Kommissionen nach den großen Kämpfen in Soweto und dem nachfolgenden Aufschwung des Befreiungskampfes angefertigt wurden. Die Regierung veröffentlichte beide Berichte im Mai.

Der sogenannte Rickert-Bericht untersucht vor allem die „Mobilität der Arbeitskraft“. Der südafrikanische Kolonialstaat beruht auf der Vertreibung der afrikanischen Bauern von ihrem Land, das sich weiße Siedler aneignen. Die Bauern werden auf dem schlechten Land der engen Reservate zusammengepfercht. Viele von ihnen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter billigst an die Bergbau-, Landwirtschafts- und Industriekapitalisten zu verkaufen. In den Reservaten wird der Boden so immer knapper, Übergrasung und Bodenerosion sind zwangsläufige Folgen. Die anderen Bauern leben erst recht im Elend, und ihre Lage drückt die Löhne noch weiter. Seit 1959 nennt das Regime diese Reservate „Homelands“ (Heimatländer). Die Homelands sind angeblich unabhängige, von einem jeweiligen Stamm dominierte Staaten. Ihr gesamtes Territorium macht gerade 13% Azanias aus. Bis jetzt wurden die Homelands Transkei, Boputhatswana und Venda (im September 1979) zu „unabhängigen Staaten“ erklärt. Der Effekt dieser Erklärung ist, daß alle Azanier, die zu dem betreffenden Stamm gehören, im restlichen Südafrika plötzlich als Ausländer gelten und noch rechtloser als bisher sind. Die meisten haben nie in diesem „Homeland“ gewohnt. Tausende werden aus ihren Wohnungen und von ihrem Land in diese Reservate vertrieben. In den „weißen Gebieten“ – also in 87% ihres Landes – dürfen die Azanier sich nur aufhalten, wenn sie Arbeit und eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis in ihrem Paß, den sie immer bei sich führen müssen, haben.

Was der Polizei in den vereinzelten Dörfern schon schwer gelingt, stößt in den großen städtischen „illegalen Siedlungen“ auf noch heftigeren Widerstand. Z.B. kämpfen die 24000 Bewohner der „illegalen Siedlung“ Crossroads bei Kapstadt seit mehr als einem Jahr erfolgreich gegen ihre Zwangsumsiedlung.

Der Rickert-Bericht, dessen Empfehlungen die Regierung zu Gesetzen und Vorschriften gemacht hat, sieht eine *Verschärfung* der Paß- und Aufenthaltskontrollen vor. „Effektivere Kontrollen der Bewegung in die Städte“ sollen angewandt werden, „illegaler Aufenthalt“ noch schärfer bestraft werden. Aber diejenigen schwarzen Arbeiter und Angestellten, die sowohl Arbeit wie eine feste Wohnung nachweisen können, dürfen in Zukunft in den „weißen Gebieten“ permanent wohnen. Das ist das „Liberale“.

Von den Bewohnern Crossroads dürfen nach diesen neuen Gesetzen weniger als 6000 weiterhin in der Nähe von Kapstadt wohnen – die anderen 18000 will die Regierung in den nächsten Monaten in die Homelands Transkei und Ciskei umsiedeln. An der Lage der Bauern, die von ihrem Land vertrieben werden, ändert diese Maßnahme gar nichts.

Sie zielt auf die Schaffung – oder Festigung, wo sie schon existiert – einer Schicht von Arbeitern und Angestellten in den Städten, die das Regime von der Masse der Bauern und anderen Arbeiter abspalten will. Bezeichnenderweise schloß die Regierung die Bergarbeiter von vornherein von der Reform aus. Durch eine relative Verbesserung ihrer Lage wollen die Imperialisten diese städtischen Arbeiter und



Kampf gegen das Volk von Zimbabwe beteiligt, halten Namibia besetzt und führen Terrorüberfälle auf Mosambik, Sambia und Angola durch, neben der Unterdrückung der Massen Azanias. Die Imperialisten, an der Spitze die US-Imperialisten, rüsten das Regime weiter auf, Raketen über Israel, Panzer über Spanien, Flugzeuge aus Frankreich. Das Regime legt eine Kette von Truppenstützpunkten und Militärflugplätzen an den Nordgrenzen an. Es gibt weißen Farmern besondere Kredite zur Ansiedlung an der Grenze, nachdem eine Untersuchung vor kurzem ergeben hatte, daß nur auf 40% der Far-

der). Die Homelands sind angeblich unabhängige, von einem jeweiligen Stamm dominierte Staaten. Ihr gesamtes Territorium macht gerade 13% Azanias aus. Bis jetzt wurden die Homelands Transkei, Boputhatswana und Venda (im September 1979) zu „unabhängigen Staaten“ erklärt. Der Effekt dieser Erklärung ist, daß alle Azanier, die zu dem betreffenden Stamm gehören, im restlichen Südafrika plötzlich als Ausländer gelten und noch rechtloser als bisher sind. Die meisten haben nie in diesem „Homeland“ gewohnt. Tausende werden aus ihren Wohnungen und von ihrem Land in diese Re-

sten Monaten in die Homelands Transkei und Ciskei umsiedeln. An der Lage der Bauern, die von ihrem Land vertrieben werden, ändert diese Maßnahme gar nichts.

Sie zielt auf die Schaffung – oder Festigung, wo sie schon existiert – einer Schicht von Arbeitern und Angestellten in den Städten, die das Regime von der Masse der Bauern und anderen Arbeiter abspalten will. Bezeichnenderweise schloß die Regierung die Bergarbeiter von vornherein von der Reform aus. Durch eine relative Verbesserung ihrer Lage wollen die Imperialisten diese städtischen Arbeiter und



Landarbeiter in Azania. 72000 weiße „Farmer“ beuten 1,5 Millionen Landarbeiter auf dem Boden, den sie afrikanischen Volksstämmen geraubt haben, aus.

Antwort des Afrikanischen Gewerkschaftsbundes auf den „Wiehan-Bericht“ (Auszüge)

(Der Wiehan-Bericht ist eine von dem südafrikanischen Kolonialregime in Auftrag gegebene Studie, der der Reform der Arbeitsgesetzgebung des Kolonialstaates zugrundeliegt. Die folgenden Auszüge aus der Antwort des afrikanischen Gewerkschaftsbundes sind der Zeitschrift IKWEZI entnommen.)

Dieser Bericht stellt einen der größten Versuche dar, die jemals unternommen wurden, um die afrikanischen Arbeiter in Südafrika zu betrügen. Es ist ein Versuch, die afrikanischen Arbeiter glauben zu machen, daß das Rassistenregime jetzt an dem Punkt angelangt sei, wo sich sein Herz ändert, und daß es jetzt ernsthaft das Apartheidsystem und die sozio-ökonomischen Barrieren beseitigen und durch Gesetz die Integration der Arbeiter in den verschiedenen Industrien herbeiführen will. Dem afrikanischen Arbeiter soll eine Kapuze über das Gesicht gezogen werden. Der ganze Bericht und seine Empfehlungen zielen darauf ab, die Arbeiter zu fesseln und einzuschnüren.

1. Durch das Verbot solcher afrikanischer Gewerkschaften, deren erklärtes Ziel die politische Befreiung ist, und die entsprechende Aktionsprogramme verfolgen.

2. Durch die Unterwerfung derjenigen afrikanischen Gewerkschaften, deren Registrierung bewilligt wird, unter eine strikte Kontrolle, die sie jeden kämpferischen Charakters berauben wird.

3. Dadurch, daß die weißen Arbeiter noch stärker als vorher geschützt werden.

4. Durch den Ausschluß der „Wanderarbeiter“, die aus unabhängigen afrikanischen Staaten kommen einschließlich derjenigen, die aus den sogenannten unabhängigen Homeland-Staaten kommen.

5. Durch den Ausschluß ausländischer Verhaltensmaßregeln, die darauf abzielen, die multinationalen Gesellschaften unter Druck zu setzen, damit sie gegenüber den afrikanischen Arbeitern eine gerechte Sozialpolitik verfolgen.

6. Durch Überwachung, Kontrolle und Verhinderung jeder ausländischen finanziellen Unterstützung der afrikanischen Arbeiter oder die Ausbildung afrikanischer Gewerkschafter durch ausländische Gewerkschaften. ...

7. Durch die Sicherung der kapitalistischen Ausbeutung der afrikanischen Massen durch die Schaffung einer elitären, käuflichen afrikanischen Mittelklasse ...

Hintergründe

Nach Auffassung des afrikanischen Gewerkschaftsbundes rührt die Einrichtung der Wiehan-Kommission von der Furcht her, daß sich erneut und in noch größerem Umfang die Kampfkraft der afrikanischen Arbeiter während der Streiks von 1973 und 1976 entwickelt, in denen sie sich mit den Forderungen und Zielen des Volkes nach vollständiger Veränderung des existierenden Systems der Apartheid identifiziert hatten.

Die hervorragende Rolle, die die afrikanischen Arbeiter während dieser historischen Ereignisse gespielt haben, hat den Glauben der Weißen erschüttert, daß die afrikanischen Gewerkschaften zahnlos und ohne jede Unterstützung der afrikanischen Arbeiter in allen Zweigen der Beschäftigung und im ganzen Land seien. Es ist diese Solidarität, die der oben zitierte Paragraph 7 zerstören will, mit dem Ziel des „Teile und Herrsche“. Der afrikanische Arbeiter ist zum Schwerpunkt der Versuche der weißen Regierung geworden, alles unter Kontrolle zu bekommen. Der afrikanische Arbeiter wird gefürchtet. Er hat die Möglichkeit, die Produktion stillzulegen und dadurch die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen. 80% der gesamten Arbeitskraft sind afrikanisch. Es ist deshalb für die Wiehan-Kommission entscheidend, Empfehlungen zu geben, wie die Macht der afrikanischen Arbeiter neutralisiert und ihr Kampf für die Befreiung von ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung geschlagen werden kann. ...

Wir fragen: Wie ständig ist die „ständige oder festgesetzte Beschäftigung“? Die periodische Rücksendung der Afrikaner in die Homelands ist ein entscheidender Faktor der Apartheid-Politik der Getrennten Entwicklung. Die Schaffung einer „ständigen“ afrikanischen Gemeinschaft in dem sogenannten weißen Südafrika würde in Widerspruch stehen zu diesem grundlegenden Trend und wesentlichen Element der Existenz der weißen Apartheid-Gesellschaft. Die Schaffung „ständiger Beschäftigung“ steht auch im Widerspruch zur horizontalen Mobilität der afrikanischen Arbeiter, die nach besseren Arbeitsbedingungen, Löhnen und der Erweiterung ihrer Fertigkeiten suchen. Unserer Meinung nach zielt die Schaffung einer „ständigen Beschäftigung“ darauf ab, gefügige afrikanische Arbeiter zu züchten, die ihre Herren und den status quo der weißen Herrschaft nicht herausfordern.

Die Umsiedlung der afrikanischen Bevölkerung aus den „schwarzen Flecken“ der weißen Gebiete in die Bantustans geht unvermindert weiter. Das beste Beispiel für die Vertreibung der Afrikaner ist Cross Roads am Kap – wo über 40000 Leute in irgendwelche Bantustans umgesiedelt wurden. Das bringt Elend für die Arbeiter ebenso wie für ihre Familien.

Die Arbeitslosen, deren Zahl auf 2 Millionen Afrikaner geschätzt wird, und die Opfer der Paß- und Einreisekontrollgesetze, die täglich in einer Zahl von schätzungsweise 1000 vor den Gerichten stehen, werden in die Homelands zurückgetrieben. Damit

Angestellten vom Kampf gegen die Kolonialherrschaft abbringen und in eine Reserve der Kolonialisten verwandeln. Außerdem versuchen sie, aus diesen Schichten den Nachwuchs für bestimmte Facharbeiter- und Aufseherposten zu rekrutieren, die sie bislang ausschließlich mit Siedlern besetzt haben. Denn der Zustrom neuer Siedler nach Südafrika trocknet aus. 1978 waren die Einwanderungszahlen erstmals negativ, sie sinken seitdem weiter.

Kein Wunder, daß diese Reformen, wie die südafrikanische ,,Sunday Post“ schreibt, ,,aus vollem Herzen und mit viel Geld von Geschäftsinteressen unterstützt wurden“. Aber die Reform findet keine Unterstützung der azanischen Arbeiter. Kaum jemand kauft z.B. die 99 Jahre Pacht für ein Haus in Soweto, die diesen Arbeitern für 2235 Rand angeboten wird.

Die Imperialisten setzen die Spaltung an den bereits gewaltigen Lohnunterschieden zwischen den Industriearbeitern der Städte und den Arbeitslosen, den Landarbeitern und vor allem der Lage der Bauern an. Während die meisten Industriearbeiter über 100 Rand im Monat verdienen (ca. 240 DM), gibt es Landarbeiter, die mit 18 bis 25 Rand plus Kost und Logis bezahlt werden, so. z.B. auf der Farm des Landwirtschaftsministers. Unter den Bauern und Arbeitslosen in den illegalen Wohnsiedlungen bei den Städten, landlose Bauern, die nach Arbeit suchen, ist Hunger verbreitet. 30% der azanischen Arbeiter und Bauern sind arbeitslos, schätzt das Regime. Und ihre Lage verschlechtert sich von Woche zu Woche. Im Oktober stieg der Preis für Weizenmehl um 28%, monatliche Preissteigerungen für Lebensmittel in diesem Jahr erreichen 3,6% und mehr. Je größer das Elend der Bauern und der Arbeitslosen, desto schärfer ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die Furcht vor dieser Konkurrenz schüren die Siedler unter den Industriearbeitern und versuchen sie – erfolglos – zur Unterstützung der verschärften Zuzugskontrollen zu gewinnen.

Dem selben Spaltungszweck, der Spaltung zwischen den städtischen Arbeitern und den Arbeitern und Bauern, die in den ,,Homelands“ leben müssen, dient auch die nach dem Bericht der zweiten Kommission (Wiehan-Kommission) beschlossene *Gewerkschaftsgesetzgebung*. Die bislang unregistrierten und damit illegalen Gewerkschaften wurden aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Bedingungen für die Legalität wurden gestellt: Kontrolle des Regimes über Kassenführung, Geschäftsordnung, Wahlverfahren usw., Möglichkeit der Auflösung und ,,Neugruppierung“, also Zersplitterung der Gewerkschaften, Einspruchsrecht für die ,,weißen“ Siedlergewerkschaften gegen die Organisierung in den Betrieben und vor allem *Einschränkung bzw. Verbot der Aufnahme von Wanderarbeitern und Pendlern aus den Homelands*. Die Gewerkschaften lehnten bis auf wenige ,,parallele“, von den Siedlergewerkschaften geführte Gewerkschaften. ab. Anfang Oktober mußte

zu Woche. Im Oktober stieg der Preis für Weizenmehl um 28%, monatliche Preissteigerungen für Lebensmittel in diesem Jahr erreichen 3,6% und mehr. Je größer das Elend der Bauern und der Arbeitslosen, desto schärfer ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die Furcht vor dieser Konkurrenz schüren die Siedler unter den Industriearbeitern und versuchen sie – erfolglos – zur Unterstützung der verschärften Zuzugskontrollen zu gewinnen.

Dem selben Spaltungszweck, der Spaltung zwischen den städtischen Arbeitern und den Arbeitern und Bauern, die in den ,,Homelands“ leben müssen, dient auch die nach dem Bericht der zweiten Kommission (Wiehan-Kommission) beschlossene *Gewerkschaftsgesetzgebung*. Die bislang unregistrierten und damit illegalen Gewerkschaften wurden aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Bedingungen für die Legalität wurden gestellt: Kontrolle des Regimes über Kassenführung, Geschäftsordnung, Wahlverfahren usw., Möglichkeit der Auflösung und ,,Neugruppierung“, also Zersplitterung der Gewerkschaften, Einspruchsrecht für die ,,weißen“ Siedlergewerkschaften gegen die Organisierung in den Betrieben und vor allem *Einschränkung bzw. Verbot der Aufnahme von Wanderarbeitern und Pendlern aus den Homelands*. Die Gewerkschaften lehnten bis auf wenige ,,parallele“, von den Siedlergewerkschaften geführte Gewerkschaften, ab. Anfang Oktober mußte
der Minister für Arbeitskraftnutzung Zugeständnisse machen und *prinzipiell* die Organisierung von Wanderarbeitern erlauben – wobei er das Recht behielt, deren Organisierung praktisch durch die Kontrolle über die Gewerkschaftsorganisation und Geschäftsordnung zu verhindern. Auch danach lehnten die Gewerkschaften die Registrierung ab. ,,Die Wiehan-Kommission sorgte für größere Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung, und das ist unakzeptabel“, erklärte Jan Theron von der African Food and Canning Workers Union (Lebensmittel- und Konservenarbeitergewerkschaft).

Die meisten Gewerkschaften führen gegenwärtig betriebliche Streikkämpfe, bei denen der Kampf um den Lohn und die Arbeitsbedingungen untrennbar mit dem Kampf für die Anerkennung der Gewerkschaften und gegen die Entlassung von Gewerkschaftsführern verbunden ist. Die Afrikanische Lebensmittel- und Konservenarbeitergewerkschaft organisierte mit Unterstützung im ganzen Land einen Streik gegen das Lebensmittelmonopol Fattis und Monis für die Anerkennung der Gewerkschaft. Unter anderem streikten 200 Arbeiter einer Spedition in Durban, die Beschäftigten der Johannesburger Lagerhäuser, Molkereiarbeiter, 400 Arbeiter einer Lebensmittelfabrik in Petermaritzburg (gegen die Entlassung einer Arbeiterin). 42 Kontraktarbeiter aus der Transkei streikten erfolgreich gegen den holländischen Baukonzern Dura International gegen Lohnbetrug. Das sind Beispiele für die wachsende Streikbewegung in den letzten acht Monaten. Die südafrikanischen Tochtergesellschaften der großen imperialistischen Monopole sind führend bei dem Versuch, die gewerkschaftliche Organisierung der azanischen Arbeiterklasse zu zerschlagen. Mercedes z.B. ermutigt Arbeitslose, sich vor dem Werkstor aufzuhalten – beim ersten Zeichen von Unruhe im Betrieb werden die entsprechenden Arbeiter entlassen und Arbeitslose eingestellt.

Die Ford-Arbeiter in Port Elisabeth führen einen der gegenwärtig bedeutendsten Kämpfe durch. Die Kapitalisten hatten den Azanier Thomazile Botha entlassen, weil er nicht, wie sie gefordert hatten, als Vorsitzender der ,,Schwarzen Bürgerrechtsorganisation von Port Elisabeth“ zurückgetreten war. Nach dem ersten Streik der 700 Arbeiter stellten sie den technischen Zeichner wieder ein. Gegen die erneute Kündigung Bothas streikten die Ford-Arbeiter ein zweites Mal und forderten außerdem gleichen Lohn wie die weißen Arbeiter für gleiche Arbeit. In der letzten Woche entließ Ford alle 700 Arbeiter, Mitglieder der Autoarbeitergewerkschaft. 800 Arbeiter zweier benachbarter Fabriken, die den Kampf unterstützt hatten, wurden ebenfalls entlassen.

Die Streikbewegung ist das sichtbarste Zeichen für den Aufschwung des Befreiungskampfes des ganzen Volkes. Für die Imperialisten und ihre kolonialen Statthalter ist die Tatsache, daß die Spaltungspläne soweit fehlgeschlagen sind, Anlaß zu großer Besorgnis. Die ,,Rand Daily Mail“ hatte im August den Grund der sogenannten ,,Liberalisierung“ so erklärt: ,,Seit Mr. Botha an die Macht kam, ist es eindeutig, daß

Mercedes z.B. ermutigt Arbeitslose, sich vor dem Werkstor aufzuhalten – beim ersten Zeichen von Unruhe im Betrieb werden die entsprechenden Arbeiter entlassen und Arbeitslose eingestellt.

Die Ford-Arbeiter in Port Elisabeth führen einen der gegenwärtig bedeutendsten Kämpfe durch. Die Kapitalisten hatten den Azanier Thomazile Botha entlassen, weil er nicht, wie sie gefordert hatten, als Vorsitzender der ,,Schwarzen Bürgerrechtsorganisation von Port Elisabeth“ zurückgetreten war. Nach dem ersten Streik der 700 Arbeiter stellten sie den technischen Zeichner wieder ein. Gegen die erneute Kündigung Bothas streikten die Ford-Arbeiter ein zweites Mal und forderten außerdem gleichen Lohn wie die weißen Arbeiter für gleiche Arbeit. In der letzten Woche entließ Ford alle 700 Arbeiter, Mitglieder der Autoarbeitergewerkschaft. 800 Arbeiter zweier benachbarter Fabriken, die den Kampf unterstützt hatten, wurden ebenfalls entlassen.

Die Streikbewegung ist das sichtbarste Zeichen für den Aufschwung des Befreiungskampfes des ganzen Volkes. Für die Imperialisten und ihre kolonialen Statthalter ist die Tatsache, daß die Spaltungspläne soweit fehlgeschlagen sind, Anlaß zu großer Besorgnis. Die ,,Rand Daily Mail“ hatte im August den Grund der sogenannten ,,Liberalisierung“ so erklärt: ,,Seit Mr. Botha an die Macht kam, ist es eindeutig, daß
die Militärs, mit denen er enge Bindungen hat, ihn davon überzeugt haben, daß die wirkliche Bedrohung der Sicherheit in der Gefahr der Eskalation schwarzen Zorns zu einer Revolution liegt.“

verbunden ist die Strategie von Riekert, ,,Laagers“ rund um die Städte zu errichten, um die Afrikaner aus dem ,,weißen“ Südafrika herauszuhalten. Massenhafte Umsiedlung, Ausnutzung und Unterwerfung der Arbeitskraft sind bedeutende Faktoren der militärischen Verteidigung. Professor J.C. van Zyl soll in seinem Papier über ,,Wirtschaftsstrategie der Verteidigung“ erklärt haben, daß die wirksame Ausnutzung der Arbeitskraft entscheidend sein wird im Fall von Unruhen an den Grenzen Südafrikas oder bei Unruhen in den Townships.

Man sollte nicht vergessen, daß die Empfehlungen des Wiehan-Berichts dazu da sind, die Weltmeinung zu täuschen. Die grundlegende Idee besteht darin, die ökonomische und politische Sicherheit der Weißen in Südafrika zu sichern. Dies soll durch die Aktivierung und ordentliche Kontrolle der afrikanischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften erfolgen.

Das Verbot politischer Betätigung für Gewerkschaften ist enthalten im Paragraphen 3.110 auf Seite 38 des Kommissionsberichts.

,,Die bestehende Vorschrift des Industrial Conciliations Act, die einer Gewerkschaft oder einem Arbeitgeberverband die Verbindung, finanzielle Unterstützung oder Verpflichtungen gegenüber einer Partei verbietet, sollten nicht nur erhalten, sondern ausgeweitet werden ...“

Der Vorschlag der Kommission, ein gesetzliches Verbot und Kontrolle über die politischen Betätigungen der afrikanischen Gewerkschaften zu verhängen, zielt darauf ab, den afrikanischen politischen Massenbewegungen wie den Befreiungsbewegungen den Todesstoß zu versetzen. Diese Bewegungen können nur wirksam und erfolgreich sein, wenn sie aktive Unterstützung erhalten, sowohl physisch wie auch finanziell. (Die Afrikaner haben keine politischen Parteien, die ihre Vertreter in das Parlament entsenden.)

Es ist fast ausgeschlossen für die afrikanischen Arbeiter, sich auf wirtschaftliche Angelegenheiten und soziale Forderungen (Löhne, Arbeitsbedingungen, legale Anerkennung ihrer Gewerkschaften) zu beschränken, bei vollständiger Unterdrückung ihrer nationalen Forderungen. Sie können niemals innerhalb der industriellen Beziehungen ,,frei“ sein und sogenannte ,,Arbeiterrechte“ besitzen, wenn sie nicht zuvor die vollständige nationale und politische Freiheit erlangt haben.

Südafrikanische Söldner im Kriegseinsatz gegen die Volksmassen Zimbabwes

z.rua. 1967, nach der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes durch die ZANU, veranlaßten die US-Imperialisten ihr südafrikanisches Marionettenregime, dem Smith-Regime bei der Niederwerfung der Volksmassen zur Hilfe zu eilen. Mehrere tausend Mann der südafrikanischen Armee und Polizeitruppen wurden offiziell in Zimbabwe stationiert. Sie übernahmen Kommandostellen bei der Ausbildung der rhodesischen Söldnerarmee und paramilitärischen Verbände und beim Einsatz gegen die Volksmassen. 1968 richtete Südafrika einen Extraposten im Budget für die Aufrüstung des rhodesischen Regimes ein. Über Südafrika statten die Imperialisten das Regime mit Waffen aus, darunter Mirage-Bomber, Alouette-Kampfhubschrauber, Truppentransporter und Schnellfeuerwaffen.

1975, unter dem Druck des erstarkenden Befreiungskampfes in Zimbabwe, der Vertreibung der portugiesischen Kolonialmacht aus Angola und Mozambique und des erwachenden Befreiungskampfes in Azania selbst, mußte Südafrika seine Truppen offiziell aus Zimbabwe abziehen. Stattdessen schuf es ein ,,Freiwilliges Polizeikorps“, das beiderseits des Grenzflusses Limpopo im Einsatz ist. Südafrikanische Offiziere sind nach wie vor an der Planung und Durchführung von Terrorangriffen auf die befreiten Gebiete in Zimbabwe und auf Territorien der Frontstaaten beteiligt, von südafrikanischen Basen in Transvaal werden die meisten Luftangriffe gestartet.

Nachdem 1977 rhodesische Söldner in Transvaal in der Bedienung von Mirage-Bombern ausgebildet wurden, flogen sie im November und Dezember 1977 zusammen mit südafrikanischen Einheiten Angriffe auf Lager der ZANU in Chimoio in Mozambique, bei denen mehr als 100 Menschen niedergemetzelt wurden. Im März 1978, kurz nach Zustandekommen der ,,Inneren Lösung“, sandte das südafrikanische Regime erneut mehrere tausend Söldner nach Zimbabwe, deren Offiziere im regionalen Hauptquartier der rhodesischen Armee in Fort Victoria das Kommando führten.

Am April 1979, anläßlich der Scheinwahlen in Zimbabwe, wurden wiederum offiziell südafrikanische Flieger nach Zimbabwe entsandt, angeblich, um ausländische Beobachter zu transportieren. Sie berichteten, daß sie täglich über allen Kriegszonen im Einsatz waren. Im Juni schätzte Genosse Mugabe die Zahl der in Zimbabwe stationierten südafrikanischen Söldner auf 5000 Mann.

Die US-Imperialisten sehen ihre Herrschaft über das südliche Afrika durch den anhaltenden Befreiungskrieg gefährdet. Ihr Statthalter Botha hat jetzt offen die militärische Invasion Südafrikas in Zimbabwe angekündigt. In Transvaal wurden 1978 eine neue Luftwaffenbasis und 1979 ein Armeestützpunkt fertiggestellt. Der stellvertretende Ministerpräsident der Muzorewa-Regierung, Mazaiwana, hat die Ankündigung Bothas aufs wärmste begrüßt und versichert: ,,Wir würden Südafrika willkommen heißen, wenn es uns zur Hilfe kommt, wenn wir angegriffen werden oder unsere Regierung gewaltsam zerschlagen wird.“



ZANLA-Kämpfer vor einem abgeschossenen Bomber im Mapai-Gebiet in Zimbabwe. Oft sind Südafrikaner die Piloten.

Namibia: ,,Innere Lösung“ durch Niedermetzelung des bewaffneten Befreiungskampfes

z.rül. ,,Alle Seiten bis auf Südafrika“ hätten den Vorschlägen der fünf westlichen Imperialisten für einen Waffenstillstand in Namibia und die Abhaltung von Wahlen unter UN-Aufsicht zugestimmt, insbesondere dem Vorschlag einer entmilitarisierten Zone an der Nordgrenze Namibias. Mit diesem Ergebnis seien die neuesten Namibia-Verhandlungen in Genf unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu Ende gegangen, meldete am 17. November der britische ,,Guardian“. Tatsächlich sind es die westlichen Imperialisten selber und hier vor allem die US-Imperialisten, die über ihren südafrikanischen Kettenhund den Befreiungskampf in Namibia unter Führung der SWAPO zerschlagen wollen. Solange ihnen das nicht gelungen ist, torpedieren sie die Abhaltung von Wahlen unter UN-Aufsicht und die daran anschließende Unabhängigkeit Namibias.

60000 Mann Truppen hat das südafrikanische Siedlerregime in Namibia stationiert, um die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern und die Ausplünderung der Reichtümer des Landes durch die Imperialisten zu sichern. Der Kolonialapparat mit weiteren 15000 Mann

der Frontstaaten beteiligt, von südafrikanischen Basen in Transvaal werden die meisten Luftangriffe gestartet.

Namibia: ,,Innere Lösung“ durch Niedermetzelung des bewaffneten Befreiungskampfes

z.rül. ,,Alle Seiten bis auf Südafrika“ hätten den Vorschlägen der fünf westlichen Imperialisten für einen Waffenstillstand in Namibia und die Abhaltung von Wahlen unter UN-Aufsicht zugestimmt, insbesondere dem Vorschlag einer entmilitarisierten Zone an der Nordgrenze Namibias. Mit diesem Ergebnis seien die neuesten Namibia-Verhandlungen in Genf unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu Ende gegangen, meldete am 17. November der britische ,,Guardian“. Tatsächlich sind es die westlichen Imperialisten selber und hier vor allem die US-Imperialisten, die über ihren südafrikanischen Kettenhund den Befreiungskampf in Namibia unter Führung der SWAPO zerschlagen wollen. Solange ihnen das nicht gelungen ist, torpedieren sie die Abhaltung von Wahlen unter UN-Aufsicht und die daran anschließende Unabhängigkeit Namibias.

60000 Mann Truppen hat das südafrikanische Siedlerregime in Namibia stationiert, um die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern und die Ausplünderung der Reichtümer des Landes durch die Imperialisten zu sichern. Der Kolonialapparat mit weiteren 15000 Mann
besteht ebenfalls fast komplett aus südafrikanischen Siedlern. Im Dezember letzten Jahres inszenierten die Imperialisten ,,Wahlen“ zu einer ,,provisorischen Nationalversammlung“, an denen sich als einzige Partei die von ihnen selbst aufgebaute ,,Demokratische Turnhallen-Allianz“ beteiligte.

Tausende neuer Truppen hat das Siedlerregime seit diesen ,,Wahlen“ nach Namibia verlegt, seine Kriegsausgaben, die die Imperialisten finanzieren, betragen inzwischen über 1 Million Rand (ca. 2,4 Mio. DM) täglich. Namibische Zwangsarbeiter mußten neue befestigte Straßen für den raschen Truppentransport in den Norden des Landes bauen und Luftwaffenbasen für zwei Mirage-Schwadronen anlegen. Seit April des Jahres sind über 60 Funktionäre der SWAPO und mehrere hundert Mitglieder in Haft. Um die Organisation der SWAPO in Namibia zu zerschlagen, dehnte Südafrika im Mai das Kriegsrecht auf alle Gebiete bis weit südlich von Windhuk aus. Über 80% der namibischen Bevölkerung fallen damit unter Kriegsrecht. Gleichzeitig leitete das Siedlerregime eine neue Registrierungskampagne unter dem Vorwand der Ausgabe neuer Pässe ein. Wer ohne einen neuen Paß angetroffen wird, kann zu bis zu drei Jahren Haft oder einer Geldstrafe bis 3000 Rand verurteilt werden.

Dennoch konnten die Imperialisten und das südafrikanische Regime den Befreiungskampf nicht zerschlagen. Die erneute Ablehnung der Wahlen durch Südafrika ist das letzte Zeichen dafür. Die Schwierigkeiten Südafrikas in der eigenen Siedlerarmee wachsen. Nach Angaben der SWAPO sind zur Zeit etwa 3000 Südafrikaner wegen Fahnenflucht in Haft.



ZANLA-Kämpfer vor einem abgeschossenen Bomber im Mapai-Gebiet in Zimbabwe. Oft sind Südafrikaner die Piloten.

Turnhallen-Allianz“ beteiligte.

Tausende neuer Truppen hat das Siedlerregime seit diesen ,,Wahlen“ nach Namibia verlegt, seine Kriegsausgaben, die die Imperialisten finanzieren, betragen inzwischen über 1 Million Rand (ca. 2,4 Mio. DM) täglich. Namibische Zwangsarbeiter mußten neue befestigte Straßen für den raschen Truppentransport in den Norden des Landes bauen und Luftwaffenbasen für zwei Mirage-Schwadronen anlegen. Seit April des Jahres sind über 60 Funktionäre der SWAPO und mehrere hundert Mitglieder in Haft. Um die Organisation der SWAPO in Namibia zu zerschlagen, dehnte Südafrika im Mai das Kriegsrecht auf alle Gebiete bis weit südlich von Windhuk aus. Über 80% der namibischen Bevölkerung fallen damit unter Kriegsrecht. Gleichzeitig leitete das Siedlerregime eine neue Registrierungskampagne unter dem Vorwand der Ausgabe neuer Pässe ein. Wer ohne einen neuen Paß angetroffen wird, kann zu bis zu drei Jahren Haft oder einer Geldstrafe bis 3000 Rand verurteilt werden.

Dennoch konnten die Imperialisten und das südafrikanische Regime den Befreiungskampf nicht zerschlagen. Die erneute Ablehnung der Wahlen durch Südafrika ist das letzte Zeichen dafür. Die Schwierigkeiten Südafrikas in der eigenen Siedlerarmee wachsen. Nach Angaben der SWAPO sind zur Zeit etwa 3000 Südafrikaner wegen Fahnenflucht in Haft.



Ein Konvoi südafrikanischer Versorgungsfahrzeuge und Landrover ist von einer Swapo-Einheit überfallen worden – Nordost Namibia, Juli 1975

Dauernde Versuche, die Revolution in Mozambique zu untergraben

z.bew. Seit am 25. Juni 1975 Mozambique nach zehnjährigem bewaffnetem Kampf gegen die portugiesische Kolonialmacht selbständig wurde, versuchen vor allem die US-Imperialisten, über das südafrikanische Siedlerregime diesen Sieg des Volkes von Mozambique wieder rückgängig zu machen und mittels militärischer Infiltration, wirtschaftlicher Erpressung und Sabotageaktionen die Revolution zu untergraben. Die Erfolge der Patriotischen Front von Zimbabwe haben die Lage für die Imperialisten im südlichen Afrika weiter verschlechtert, so daß sie gezwungen sind, ihre Angriffe auf Mozambique zu eskalieren. Dabei bedienen sie sich vor allem der rhodesischen Söldnertruppen und bewaffneter Banden, die unter dem Decknamen ,,Befreiungsbewegung von Mozambique“ von Rhodesien und Südafrika aus mit Sabotageaktionen und Überfällen im Inneren Mozambiques operieren. Seit diesem Herbst führen die zusammengewürfelten imperialistischen Söldner in rhodesischer Uniform, nachdem sie zuvor jahrelang die Lager der ZANU an der Grenze bombardierten, mehrtägige militärische Angriffe auf die landwirtschaftlichen und industriellen Zentren Mozambiques durch. Ziel dieser Überfälle ist vor allem das Limpopotal, der ,,Speicher von Mozambique“. 80% des Reis werden hier angebaut und Nahrungsmittel für ein Drittel des Landes. Brücken, Dämme, Bewässerungsanlagen und ein Teil der Ernte wurden bei den Angriffen auf das Limpopotal zerstört (Nahrungsmittel im Wert von 17 Mio. Pfd. allein bei einem Angriff Anfang September); Krankenhäuser und Wohngebiete bombardiert und Dörfer geplündert. Den Streitkräften der FRELIMO gelang es aber, die Angreifer zurückzuschlagen und ihnen erhebliche Verluste zuzufügen, wie bei dem Angriff Anfang Oktober, wo allein 5 Kampfflugzeuge, mehrere Hubschrauber und 120 Söldner außer Gefecht gesetzt wurden und wo die geplante Zerstörung der zentralen Telefon- und Telegraphenstation auf den Chiluvo-Bergen verhindert wurde.



,,Tod den Mördern unseres Volkes!“ Kundgebung der Arbeiter und Bauern Mozambiques gegen die imperialistischen Überfälle und Bombardements

Staatliches Funkmonopol von Anfang an

1892: Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches, §1: „Das Recht, Telegraphenanlagen für die Vermittlung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben, steht ausschließlich dem Reiche zu.“ Generalpostmeister Stephan in einem Gutachten: „Das öffentliche Wohl erfordert, daß das Reich ... den Schnellnachrichtenverkehr in der Hand behält, und zwar nicht nur den mit elektrischer Kraft, sondern auch den etwa durch neu zutage tretende Naturkräfte zu vermittelnden.“

1903: AEG und Siemens & Halske gründen die „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH“, später „Telefunken“. Schwerpunkt: Die funktechnische Aufrüstung der Armee, Funkstationen in den Kolonien, Küstenstationen und Bordfunk für die Seeschiffahrt.

1908: Funkgesetznovelle zum Reichstelegraphengesetz von 1892, §3: „Elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Leitungen Nachrichten vermitteln, dürfen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet oder betrieben werden.“

1919: Vortrag von Hans Bredow, ehemals Telefunken, jetzt Postministerium, über die „zukünftige Nutzung der drahtlosen Telephonie als Mittel der Unterhaltung und Belehrung für alle Bevölkerungsschichten“.

1923: Erste regelmäßige Rundfunksendungen „Deutsche Stunde“ aus Berlin.

1924: Gründung des ersten „Arbeiter-Radio-Klubs“ in Berlin. Kampf gegen die „Beschlagnahme des Luftraums“ durch den bürgerlichen Staat.

1926: Die Deutsche Reichspost hält 51% des Kapitals der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Sie erteilt den Rundfunkgesellschaften Betriebsgenehmigungen, geknüpft an die „Richtlinien für den Nachrichten- und Vortragsdienst der Rundfunkgesellschaften“ des Reichsinnenministeriums.

1933: Erlaß über die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Goebbels übernimmt die Rundfunkkompetenzen des Innen- und Postministers.

1939: Verbot des Abhörens ausländischer Sender.

1943: Ausstrahlung von 279 Auslandsnachrichtendiensten in 53 Sprachen.

1945: Beginn von Sendungen unter Rundfunkhoheit der Zonenbefehlshaber.

1948: Die britische Militärregierung gründet den Nordwestdeutschen Rundfunk als Anstalt des öffentlichen Rechts; Programmdurchsicht durch britische Offiziere. US-Besatzer veranlassen „Gesetz über den Hessischen Rundfunk“.

1953: Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein Bundesrundfunkgesetz: Zentralisierung des Fernsehens sowie der Lang- und Kurzwellensendungen; nach Ablehnung durch die Rundfunkanstalten zurückgezogen.

1959: Zusatzabkommen zum Stationierungsabkommen mit den Besatzungsmächten: „Eine Truppe ist berechtigt, eigene Ton- und Fernsehrundfunksender für die Truppe ... zu betreiben.“


„An alle! An alle! Der gesamtrussische Sojwetkongreß hat eine neue, eine Sowjetregierung gebildet“, begann der von Lenin unterzeichnete Funkspruch des Rats der Volkskommissare am 30.10.1917. Die Sowjetregierung stellte dem deutschen Volk im Kampf gegen den Faschismus 1941 einen Sender zur Verfügung. *Bild:* Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates in Leningrad 1917

Organisation durch US-Besatzer: Der „Rundfunkrat“

z.mif. Die westdeutschen Rundfunkanstalten sind „Anstalten des öffentlichen Rechts“, ihre Organe sind Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Intendant. Die Zusammensetzung des Rundfunkrats ist unterschiedlich; bis 1953 schreiben die Gesetze hauptsächlich Vertreter von Organisationen und Körperschaften vor; dann, nach dem KPD-Verbot 1956, Wahl der Rundfunkratsmitglieder durch die Landesparlamente: so beim WDR, NDR, im Saarland und bei den „Bundesrundfunkanstalten“ Deutsche Welle und Deutschlandfunk 1960.

Bei der Konstruktion der Runkfunkräte von Bayern, Hessen und Bremen, alle Modell US-Besatzung 1948, ist das Bedürfnis deutlich, die Existenz von demokratischen Räten vorzutäuschen: es ernennen verschiedene Organisationen und Körperschaften selbständig ihre Vertreter. Aber welche! Allerlei Staatseinrichtungen werden unter dem Vorwand der Beteiligung von Wissenschaft und Kunst zur Teilnahme berechtigt, die Kapitalisten werden mit den Gewerkschaften auf eine Proporzstufe gestellt.

Im *Rundfunkrat* des Hessischen Rundfunk sind vertreten: 5 Vertreter des Staates, nämlich je einer der Landesregierung, der Universitäten, der Erwachsenenbildung, der Staatlichen Hochschule für Musik, des Freien Deutschen Hochstifts (staatlich finanzierte Goethe-Forschung); 5 Landtagsvertreter (nach der Fraktionsstärke zusammengesetzt); 3 Pfaffen, je einer katholisch, evangelisch und jüdisch; 1 Vertreter der Kapitalistenverbände, 1 Gewerkschafter, 1 Lehrervertreter; zusammen 16, wovon 3 Frauen sein müssen. Wie beim US-Senat scheidet alle 2 Jahre ein Drittel der Mitglieder aus, Wiederwahl ist möglich. Aufgaben des Runkfunkrats: Wahl und Abwahl des Intendanten, Genehmigung des Haushalts, Entlastung des Verwaltungsrats.

Der *Verwaltungsrat* ist das engere Führungsorgan und entsprechend zusammengesetzt: Der Präsident der Landeszentralbank, der Präsident des Oberlandesgerichts, ein Vertreter der Technischen Hochschule, ferner vier vom Rundfunkrat gewählte Mitglieder, die diesem nicht angehören dürfen und von denen alle zwei Jahre eines ausscheidet. Aufgaben: Abschluß des Dienstvertrages mit dem Intendanten, Überwachung der Geschäftsführung. Er muß laut Satzung Kredite und Investitionen genehmigen, die 30000 DM übersteigen.

Der *Intendant* wird vom Rundfunkrat auf 5 – 9 Jahre gewählt, einfache Mehrheit; Abwahl erfordert Zweidrittelmehrheit, sowohl vom Rundfunkrat wie vom Verwaltungsrat. Es muß also schon ein grober Verstoß gegen das bürgerliche Wohl vorliegen.

Rundfunkrats ist unterschiedlich; bis 1953 schreiben die Gesetze hauptsächlich Vertreter von Organisationen und Körperschaften vor; dann, nach dem KPD-Verbot 1956, Wahl der Rundfunkratsmitglieder durch die Landesparlamente: so beim WDR, NDR, im Saarland und bei den „Bundesrundfunkanstalten“ Deutsche Welle und Deutschlandfunk 1960.

Bei der Konstruktion der Runkfunkräte von Bayern, Hessen und Bremen, alle Modell US-Besatzung 1948, ist das Bedürfnis deutlich, die Existenz von demokratischen Räten vorzutäuschen: es ernennen verschiedene Organisationen und Körperschaften selbständig ihre Vertreter. Aber welche! Allerlei

stufe gestellt.

Im *Rundfunkrat* des Hessischen Rundfunk sind vertreten: 5 Vertreter des Staates, nämlich je einer der Landesregierung, der Universitäten, der Erwachsenenbildung, der Staatlichen Hochschule für Musik, des Freien Deutschen Hochstifts (staatlich finanzierte Goethe-Forschung); 5 Landtagsvertreter (nach der Fraktionsstärke zusammengesetzt); 3 Pfaffen, je einer katholisch, evangelisch und jüdisch; 1 Vertreter der Kapitalistenverbände, 1 Gewerkschafter, 1 Lehrervertreter; zusammen 16, wovon 3 Frauen sein müssen. Wie beim US-Senat scheidet alle 2 Jahre ein Drittel der Mitglieder aus, Wiederwahl ist möglich. Aufgaben des

Oberlandesgerichts, ein Vertreter der Technischen Hochschule, ferner vier vom Rundfunkrat gewählte Mitglieder, die diesem nicht angehören dürfen und von denen alle zwei Jahre eines ausscheidet. Aufgaben: Abschluß des Dienstvertrages mit dem Intendanten, Überwachung der Geschäftsführung. Er muß laut Satzung Kredite und Investitionen genehmigen, die 30000 DM übersteigen.

Der *Intendant* wird vom Rundfunkrat auf 5 – 9 Jahre gewählt, einfache Mehrheit; Abwahl erfordert Zweidrittelmehrheit, sowohl vom Rundfunkrat wie vom Verwaltungsrat. Es muß also schon ein grober Verstoß gegen das bürgerliche Wohl vorliegen.

Hoppe hoppe übern Graben, Keks’chen will sein Sender haben

z.maf. Rundfunk und Fernsehen sind in der BRD und Westberlin „öffentlich-rechtlich“ verfaßt. Das heißt: Das Betreiben von Rundfunk- und Fernsehsendern „durch Private“ ist gesetzlich verboten, wird mit Gefängnis „bis zu 2 Jahren“ bestraft, die Sendeanlagen sind illegal und werden eingezogen. Rundfunk und Fernsehen befinden sich unter strikter staatlicher Kontrolle. Bei der Programmgestaltung haben die Parteien und die „Verbände“, von den staatlich anerkannten Kirchen bis hin zu den Gewerkschaften, Mitwirkungsrechte. Die Rundfunk- und Fernsehjournalisten sind auf die freiheitlich demokratische Grundordnung eingeschworen. Um diesen definitiv fixierten Schwerpunkt dürfen, ja sollen die Intendanten die unteren Chargen aber ruhig ein wenig rotieren lassen. Dabei sind sie gehalten, die „Ausgewogenheit“ des Programms herzustellen, das heißt, sie müssen jede Bewegung nach oben durch eine nach unten, jede nach vorn durch eine nach hinten ausgleichen lassen. So werden Rundfunk und Fernsehen dann abwechslungsreich auf die berühmt sterile, unnachahmliche Art und Weise. Die Rundfunkjournalisten sind in Arbeitsverträgen gehalten, die ihrer Aufgabe ganz entsprechen. Die Bezahlung ist nicht niedrig, aber man kann sozusagen jederzeit fliegen. Für Lebhaftigkeit ist mithin gesorgt und auch dafür, daß die Bäume nicht zu hoch hinaus wachsen, wo sie im freien Luftraum der Gesellschaft sonst einen Hauch von Wahrheit einfangen und verbreiten könnten.

Diese öffentlich-rechtliche Knechtsidylle hat sich nun über lange Jahre hin ausgezeichnet bewährt. Eine Zensur findet nicht statt, außer bei den Nachrichten, wo man schon zu entscheiden weiß, was der Verbreitung würdig ist und was nicht. Und außer natürlich, der Inhalt einer Sendung ist nicht geeignet, das Vertrauen der Bürger in die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu festigen (wenigstens kritisch).

Wieso ist die CDU/CSU eigentlich gegen diese so wirksame Rundfunkverfassung? Wieso die SPD dafür? Was bedeutet das gegenwärtige Tauziehen um den Norddeutschen Rundfunk?

Ernst Albrecht von der CDU Niedersachsen: „Ich will, daß eine Vielfalt der Programme wiederhergestellt wird – und ich will mit aller Deutlichkeit sagen und ich glaube, das hat sich mittlerweile herumgesprochen: da bin ich wild entschlossen, das auch durchzusetzen in Norddeutschland. Hier werden wir uns nicht irre machen lassen. Diejenigen, die behaupten, sie wüßten besser, was dem Bürger frommt, sind nach meiner Überzeugung nicht wirklich Demokraten, und diejenigen, die meinen, sie könnten ihre politischen Programme monopolisieren, und da es nur wenig Fernsehprogramme gibt, sie dem Bürger unterschwellig nahebringen, die müssen lernen, daß zu einer Demokratie auch die Chance für alle gehört, ihre politische Meinung ausgedrückt zu finden, und in fairer und ausgewogener Weise ausgedrückt zu finden.“ Dies in der „Zeit“ vom 16.11.79 und das in der „Bild“ vom 12.11.79: „Ich wünsche mir ehrlichere Interviews mit Politikern, weniger Gefälligkeitsfragen ... Die Linken preisen stets den ‚mündigen Bürger‘, aber sie bestreiten ihm die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, was er sehen und hören will. Ich bin allerdings gegen das heutige Überangebot an gesellschaftspolitischem Quatsch.“

Ernst Albrechts Empörung ist echt und sein Problem ist groß. Da Rundfunk und Fernsehen nicht umhinkommen, die gesellschaftlichen Erscheinungen aufzunehmen, entsteht, je krasser die Klassengegensätze sich anspannen und je krasser und greller dementsprechend die gesellschaftlichen Erscheinungen da stehen, ein wachsender Erklärungsaufwand. Ein fdGO-einheitliches Weltbild ist nur noch mit extremem Drumrum herzustellen, vor allem wenn festliegt, daß viele Wege in

zu 2 Jahren“ bestraft, die Sendeanlagen sind illegal und werden eingezogen. Rundfunk und Fernsehen befinden sich unter strikter staatlicher Kontrolle. Bei der Programmgestaltung haben die Parteien und die „Verbände“, von den staatlich anerkannten Kirchen bis hin zu den Gewerkschaften, Mitwirkungsrechte. Die Rundfunk- und Fernsehjournalisten sind auf die freiheitlich demokratische Grundordnung eingeschworen. Um diesen definitiv fixierten Schwerpunkt dürfen, ja sollen die Intendanten die unteren Chargen aber ruhig ein wenig rotieren lassen. Dabei sind sie gehalten, die „Ausgewogenheit“ des Programms herzustellen, das heißt, sie müssen jede Bewegung nach oben durch eine nach unten, jede nach vorn durch eine nach hinten ausgleichen lassen. So werden Rundfunk und Fernsehen dann abwechslungsreich auf die berühmt sterile, unnachahmliche Art und Weise. Die Rundfunkjournalisten sind in Arbeitsverträgen gehalten, die ihrer Aufgabe ganz entsprechen. Die Bezahlung ist nicht niedrig, aber man kann sozusagen jederzeit fliegen. Für Lebhaftigkeit ist mithin gesorgt und auch dafür, daß die Bäume nicht zu hoch hinaus wachsen, wo sie im freien Luftraum der Gesellschaft sonst einen Hauch von Wahrheit einfangen und verbreiten könnten.

Diese öffentlich-rechtliche Knechtsidylle hat sich nun über lange Jahre hin ausgezeichnet bewährt. Eine Zensur findet nicht statt, außer bei den Nachrichten, wo man schon zu entscheiden

dersachsen: „Ich will, daß eine Vielfalt der Programme wiederhergestellt wird – und ich will mit aller Deutlichkeit sagen und ich glaube, das hat sich mittlerweile herumgesprochen: da bin ich wild entschlossen, das auch durchzusetzen in Norddeutschland. Hier werden wir uns nicht irre machen lassen. Diejenigen, die behaupten, sie wüßten besser, was dem Bürger frommt, sind nach meiner Überzeugung nicht wirklich Demokraten, und diejenigen, die meinen, sie könnten ihre politischen Programme monopolisieren, und da es nur wenig Fernsehprogramme gibt, sie dem Bürger unterschwellig nahebringen, die müssen lernen, daß zu einer Demokratie auch die Chance für alle gehört, ihre politische Meinung ausgedrückt zu finden, und in fairer und ausgewogener Weise ausgedrückt zu finden.“ Dies in der „Zeit“ vom 16.11.79 und das in der „Bild“ vom 12.11.79: „Ich wünsche mir ehrlichere Interviews mit Politikern, weniger Gefälligkeitsfragen ... Die Linken preisen stets den ‚mündigen Bürger‘, aber sie bestreiten ihm die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, was er sehen und hören will. Ich bin allerdings gegen das heutige Überangebot an gesellschaftspolitischem Quatsch.“

Ernst Albrechts Empörung ist echt und sein Problem ist groß. Da Rundfunk und Fernsehen nicht umhinkommen, die gesellschaftlichen Erscheinungen aufzunehmen, entsteht, je krasser die Klassengegensätze sich anspannen und je krasser und greller

„Eine Zensur findet nicht statt ...“

Artikel 5 Grundgesetz:
„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Artikel 18
„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit ... zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte.“

Kommentar: „Artikel 18 dient der Bekämpfung individueller verfassungsfeindlicher Tätigkeit.“

Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk, 16.2.55
„§4 Sendegrundsätze
(1) Der NDR hat seine Sendungen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten ...
Der NDR soll ... die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein ...“

Strafgesetzbuch, §70
„(1) Wird jemand wegen einer rechtswidrigen Tat, die er unter Mißbrauch seines Berufs oder Gewerbes oder unter grober Verletzung der mit ihnen verbundenen Pflichten begangen hat, verurteilt ... so kann ihm das Gericht die Ausübung des Berufs ... verbieten ... Das Berufsverbot kann für immer angeordnet werden ...“



„Eine Zensur findet nicht statt ...“

Artikel 5 Grundgesetz:
„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Artikel 18
„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit ... zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte.“

nung zu halten ...
Der NDR soll ... die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein ...“

Strafgesetzbuch, §70
„(1) Wird jemand wegen einer rechtswidrigen Tat, die er unter Mißbrauch seines Berufs oder Gewerbes oder unter grober Verletzung der mit ihnen verbundenen Pflichten begangen hat, verurteilt ... so kann ihm das Gericht die Ausübung des Berufs ... verbieten ... Das Berufsverbot kann für immer angeordnet werden ...“



Am 20. Dezember planen die NDR-Angestellten einen Warnstreik. Die Beschäftigten der Deutschen Welle stimmten in einer Urabstimmung mit 90% für Streik um einen neuen einheitlichen Manteltarifvertrag.

Gebühreneinzug – Grundlage für zahlreiche Profite

z.mif. Rundfunkhören kostet. Was kostet eigentlich? Zahlt der Rundfunkhörer für die Genehmigung zum Betrieb eines Radiogerätes oder zahlt er für die genossene Darbietung von Rundfunk? Wenn für letzteres, wie kann er zur Zahlung gezwungen werden, ohne daß man ihm nachweisen kann, daß er das Gerät tatsächlich benutzt? Bis 1968 brauchte die westdeutsche Bourgeoisie, um diese Fragen juristisch zu entscheiden, und bis dahin konnten daher auch die Gebühren für den Rundfunk nicht hochgetrieben werden. 1968 entschied des Bundesverwaltungsgericht, daß die „Gebühr nicht für die technische Inbetriebnahme einer Empfangsanlage, sondern wegen der gebotenen Möglichkeit zum Empfang der Rundfunksendungen erhoben wird“. Entsprechend unterliege die Höhe der Gebühren auch der Gesetzgebung der Länder.

Noch im gleichen Jahr unterzeichneten die Länder einen „Staatsvertrag über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens“, in dem es dementsprechend heißt: „Jeder Rundfunkteilnehmer hat eine Grundgebühr sowie für das Bereithalten eines Fernsehgerätes zusätzlich eine Fernsehgebühr zu leisten.“ Wer seine „Bereithaltung eines Rundfunkempfangsgerätes zum Empfang“ nicht meldet, kann wegen Ordnungswidrigkeit mit bis zu 1000 DM belangt werden, bei Vorsätzlichkeit kann das Gerät eingezogen werden. Seit diesem Vertrag haben die Länder die Gebühren für Rundfunk und Fernsehen fast verdoppelt, sie betragen derzeit 3,80 DM Grundgebühr und 9,20 DM Fernsehgebühr.

Seit 1976 werden die Gebühren über eine „Gebühreneinzugszentrale“ in Köln eingetrieben. Sie wirbt derzeit mit einer Broschüre für umfassendes Gebührenzahlen. So sind zwar seit 1960 tragbare Zweitgeräte in der Wohnung gebührenfrei. Jedoch: „Ein Rundfunkgerät ist unabhängig von seiner technischen Zweckbestimmung dann kein tragbares Gerät, wenn es vom Teilnehmer überwiegend an einem anderen Ort als dem Standort des gebührenpflichtigen Erstgerätes bereitgehalten wird.“

Erträge	1000 DM
Gebührenaufkommen 1977 ...	2 321 455
davon: Hörfunk ...	707 494
Fernsehen ARD ...	1 129 771
Fernsehen ZDF ...	484 190
Erträge der Werbegesellschaften ARD ...	248 042
Daraus wurden von den ARD-Anstalten aufgewendet für:	
Urheber-, Leistungs- und Herstellervergütungen ...	380 233
davon: Autorenvergütungen ...	52 456
Honorare ...	174 206
GEMA-Gebühren ...	30 976
Filmrechte ...	67 215
Nachrichtenagenturen ...	13 107
Sonstiges ...	34 057
Technische Leistungen der Post	320 823
Personalaufwendungen ...	1 213 946
Betriebssteuern ...	791
Sonstige Sachaufwendungen ...	378 589
davon: Materialkosten ... (Bild- und Tonmaterial, Verbrauchsmat. usw.)	99 882
Fremdleistungen ... (Mieten, Rep.kosten, Postkosten, Versich.)	223 561
Zinsaufwendungen ...	34 926

Quelle: Zahlenwerk der ARD-Landesrundfunkanstalten 1974 1977

Bei der Aufteilung der Frequenzen müssen die Imperialisten zurückstecken

z.gug. 1932 gründeten die Imperialisten die Internationale Fernmeldeunion (UIT). Als Aufgabe der Union legten sie im Internationalen Fernmeldevertrag fest: „Sie weist die Frequenzen des Funksystems zu und registriert die Frequenzeinteilung ...“ (Art. 4) Nach ihrer Befreiung vom Kolonialismus machten die Länder der Dritten Welt nach dem 2. Weltkrieg ihre Rechte auf die bisher ausschließlich von den Imperialisten genutzten Frequenzen geltend. Der UIT gehören heute alle UNO-Mitgliedsstaaten an.

Auf der „Genfer Wellenkonferenz“ 1975 wurden die Frequenzen im Mittel- und Langwellenbereich im Bereich von 150 – 285 kHz und 525 – 1605 kHz neu aufgeteilt. Die Welt wurde in drei Frequenzzonen eingeteilt. *Region 1* umfaßt Europa, Türkei, UdSSR und die Mongolische Republik, *Region 2* Süd- und Nordamerika, Grönland und den Nord- und Ostpazifik, *Region 3* umfaßt Asien, Australien, Neuseeland, Teile des Pazifik und des Iran.

Auf der „Genfer Wellenkonferenz“ wurde der Region 3 überhaupt zum ersten Mal ein Wellenplan zugeteilt, Afrika wird durch eine besondere Zone, die „Tropische Zone“, berücksichtigt. Die Weltrundfunkkonferenz, eine Sonderorganisation der UNO, hat am 27. September dieses Jahres ihre Arbeit aufgenommen und wird über die Aufteilung der Kurzwellen entscheiden, über die weltweite Sendung und weltweiter Empfang möglich ist. (vgl. KVZ 41)

Mit ihren größeren Rundfunkanlagen, ihren Nachrichtensatelliten und über erpreßte Nutzungsrechte mischen sich die Imperialisten immer noch direkt in die Rundfunkprogramme der Länder der Dritten Welt ein, was zudem zu Frequenzüberlastungen in diesen Ländern führt. Die westdeutschen Imperialisten versuchen mit aller Kraft, anknüpfend an der Tradition der Faschisten, gegenüber den stärkeren Positionen der US-Imperialisten mit „Voice of America“ oder dem britischen BBC aufzuholen.

1954 begannen sie mit der Bundes-





Vor der Ausrufung der spanischen Republik 1936 hatte der Siemens-Schuckert Konzern bei Madrid einen Kurzwellen-Sender bauen lassen. Von Pozelo del Rey aus sendete der ,,Freiheitssender 29,8" Enthüllungen, Aufrufe gegen die Faschisten und Nachrichten über den spanischen Freiheitskampf. *links:* abgeschossenes Flugzeug bei Guadelajara; *rechts:* Lautsprecherwagen der spanischen Volksarmee





In den Befreiungskriegen der Völker spielen die Rundfunksendungen der Befreiungsorganisationen sowohl für die Nachrichtenlage innerhalb des Landes wie zur Information der gesamten Welt eine wichtige Rolle. Die Konferenz der Nachrichtenagenturen der Blockfreien vor ca. zwei Wochen hat in einem Aktionsprogramm den Aufbau eines eigenen Telekommunikationsnetzes und die Errichtung eines eigenen Nachrichtensatelliten beschlossen. *Bild links:* Nachrichtenstab der SWAPO; *rechts:* Sendung der ,,Stimme Zimbabwes" der ZANU vom Radio Mozambique

die Arme der fdGO gangbar sind. Mit dem gegenwärtigen Rundfunksystem lassen sich zwar ziemlich gut alle Klassengegensätze verkleben und bis zur Unkenntlichkeit entstellen. Aber dies Rundfunksystem ist zum aktiven Kampf gegen politische Bewegungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen nur bedingt geeignet. Eine Auffächerung der Sendeanstalten wäre gut, so daß nicht jede einzelne Anstalt auf jeden Schritt links von der fdGO einen rechts dazu machen muß. – In der norddeutschen Tiefebene würden sowohl die UKW- wie die Fernsehprogramme im größten Teil des Gebietes nebeneinander empfangen werden können, wenn es zur Lostrennung von Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus dem NDR kommt. Man könnte so in großem Stil eine Erprobung durchführen, wie das eigentlich wirkt, wenn Sender offenbar verschiedener Richtung nebeneinander da sind. Alles noch im gesetzlichen Rahmen, wie er besteht.

Diese große Erprobung hätte zwei Vorteile. Die CDU/CSU, die es gegenwärtig schwer hat, ihren journalistischen Kader auszubilden für Rundfunk und Fernsehen und die auf dem ideologischen Sektor sich ziemlich auf die Unterhaltung konzentriert (Dieter Thomas Heck usw.), könnte über solche Anstalten sich eine nette kleine Kaderschmiede schaffen und ihre Protégés könnten untergebracht werden. Und hätte man erst einmal diese Sache erprobt, so würde man sowohl das Personal wie auch die Erfahrung haben, die zur Errichtung von Sendern direkt in der Hand privater Monopole erforderlich sind.

Auf dies Ziel, Ausbuchtung des staatlichen Rundfunkmonopols so weit, daß ein exakt umschriebener Monopolistenkreis in die Lage kommt, seine Politik durch die Luft zu prusten,

so daß nicht jede einzelne Anstalt auf jeden Schritt links von der fdGO einen rechts dazu machen muß. – In der norddeutschen Tiefebene würden sowohl die UKW- wie die Fernsehprogramme im größten Teil des Gebietes nebeneinander empfangen werden können, wenn es zur Lostrennung von Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus dem NDR kommt. Man könnte so in großem Stil eine Erprobung durchführen, wie das eigentlich wirkt, wenn Sender offenbar verschiedener Richtung nebeneinander da sind. Alles noch im gesetzlichen Rahmen, wie er besteht.

Diese große Erprobung hätte zwei Vorteile. Die CDU/CSU, die es gegenwärtig schwer hat, ihren journalistischen Kader auszubilden für Rundfunk und Fernsehen und die auf dem ideologischen Sektor sich ziemlich auf die Unterhaltung konzentriert (Dieter Thomas Heck usw.), könnte über solche Anstalten sich eine nette kleine Kaderschmiede schaffen und ihre Protégés könnten untergebracht werden. Und hätte man erst einmal diese Sache erprobt, so würde man sowohl das Personal wie auch die Erfahrung haben, die zur Errichtung von Sendern direkt in der Hand privater Monopole erforderlich sind.

Auf dies Ziel, Ausbuchtung des staatlichen Rundfunkmonopols so weit, daß ein exakt umschriebener Monopolistenkreis in die Lage kommt, seine Politik durch die Luft zu prusten,
daß aber gleichzeitig gesichert ist, daß keine unerwünschten Kräfte zu Sendelizenzen kommen, strebt die CDU/CSU hin, und zwar schon lange.

Die Kunst besteht darin, eine Rechtsform zu finden, die sowohl dem großen Geld erlaubt, großen Rundfunk- und Ferneseheinfluß direkt zu kaufen, wie auch verhindert, daß viele kleine Geldbeträge, zusammengelegt auch eine solche Position errichten.

Dagegen die Position der SPD: ,,Bei dieser angestrebten Veränderung unseres Kommunikationswesens geht es um Demokratie und Freiheit; es geht um die Qualität des Medium Rundfunk ... Das heißt, ein Programm, das Kritikbewußtsein fördert und gesellschaftskritische Inhalte bringt, wäre vom großen Publikum möglichst fernzuhalten." Klose. Und Erler: ,,Aber wenn wir als Gesellschaft dulden, daß unsere Kinder überflutet werden, daß ein solches Angebot besteht, das dann gesellschaftlich akzeptiert ist, dann können Sie sich als Einzelner diesem nicht mehr entziehen. Vielleicht als bewußter Einzelner, ja, aber schon bei Ihren Kindern wird das aufhören."

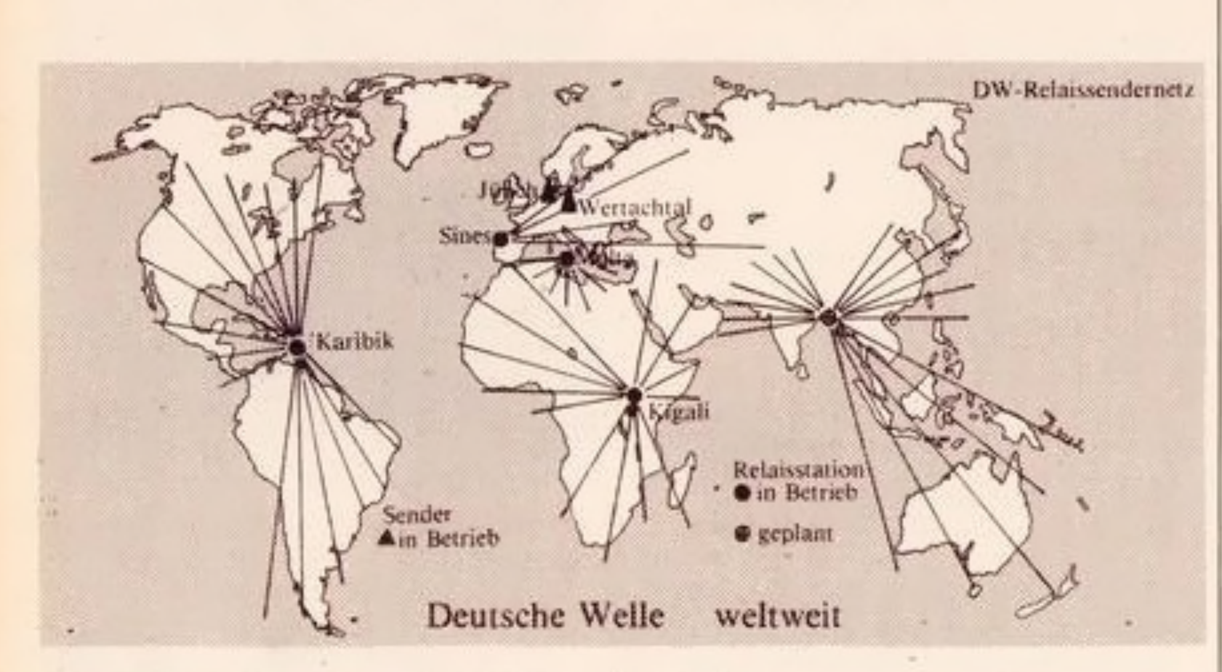
Die Sozialdemokratie fürchtet nicht etwa den ,,rechten" Rundfunk oder Fernsehsender. Sie fürchtet sich vor dem Spielraum, den sie ihrer eigenen Parteiorganisation geben müßte, wenn sie mit einiger Aussicht auf Erfolg gegen den geschickten, konsequent durchgeführten offen reaktionären Schwindel antreten wollte. Gäbe es private Sender, finanziert von Monopolen, so müßte die SPD entweder für gewerkschaftliche, ja Parteisender eintreten, oder könnte den politischen Kampf stecken. Die SPD, die eine Partei der Fabrikherren nicht werden kann, würde auf diesen Kurs müssen. Davor graut ihnen. Deswegen reagieren sie so hektisch, wenn jemand, wie jetzt Stoltenberg und Albrecht, am Deckel von der Büchse spielt.

Der DGB hat sich klar und deutlich für das öffentlich rechtliche Zensurschema ausgesprochen. Diese Position wird sich auch nicht halten lassen, wenn Ernst Albrecht seinen Sender

... Das heißt, ein Programm, das Kritikbewußtsein fördert und gesellschaftskritische Inhalte bringt, wäre vom großen Publikum möglichst fernzuhalten." Klose. Und Erler: ,,Aber wenn wir als Gesellschaft dulden, daß unsere Kinder überflutet werden, daß ein solches Angebot besteht, das dann gesellschaftlich akzeptiert ist, dann können Sie sich als Einzelner diesem nicht mehr entziehen. Vielleicht als bewußter Einzelner, ja, aber schon bei Ihren Kindern wird das aufhören."

Die Sozialdemokratie fürchtet nicht etwa den ,,rechten" Rundfunk oder Fernsehsender. Sie fürchtet sich vor dem Spielraum, den sie ihrer eigenen Parteiorganisation geben müßte, wenn sie mit einiger Aussicht auf Erfolg gegen den geschickten, konsequent durchgeführten offen reaktionären Schwindel antreten wollte. Gäbe es private Sender, finanziert von Monopolen, so müßte die SPD entweder für gewerkschaftliche, ja Parteisender eintreten, oder könnte den politischen Kampf stecken. Die SPD, die eine Partei der Fabrikherren nicht werden kann, würde auf diesen Kurs müssen. Davor graut ihnen. Deswegen reagieren sie so hektisch, wenn jemand, wie jetzt Stoltenberg und Albrecht, am Deckel von der Büchse spielt.

Der DGB hat sich klar und deutlich für das öffentlich rechtliche Zensurschema ausgesprochen. Diese Position wird sich auch nicht halten lassen, wenn Ernst Albrecht seinen Sender
mal hat. – Im übrigen ist die Position der Sozialdemokratie überhaupt nicht ungefährlich. Wenn sich die Klassengegensätze weiter verschärfen, und dies wird der Fall sein, so läßt sich das ,,öffentlich-rechtliche" Rundfunkgebilde am leichtesten gleichschalten.



rundfunkanstalt ,,Deutsche Welle" mit Sendungen in englischer, französischer, spanischer und portugiesischer Sprache. Im Gesetz über die Bundesrundfunkanstalten heißt es:

,,§1(1) Zur Veranstaltung von Rundfunksendungen für das Ausland wird eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen ,,Deutsche Welle" errichtet. Die Sendungen sollen den Rundfunkteilnehmern im Ausland ein umfassendes Bild des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland vermitteln und ihnen die deutsche Auffassung zu wichtigen Fragen darstellen und erläutern."

Heute sendet die ,,Deutsche Welle", in deren Verwaltungsrat u.a. Gscheidle und Staatssekretärin Hamm-Brücher sitzen, in 34 Sprachen. Sie verfügt über Sende- und Relaisanlagen in Kigali/Rwanda, Malta, Sines/Portugal, Antigua und Montserrat. Während die ,,Deutsche Welle" vor allem die Länder der Dritten Welt mit ihrer Propaganda bestrahlt, versorgt z.B. die evangelische Rundfunkmission ,,Christus lebt" die Länder in Osteuropa zusätzlich mit Sendungen in estnischer, lettischer, polnischer und tschechischer Sprache.

,,Heute, da hört uns Deutschland, und morgen die ganze Welt ..."



Goebbels gibt den Überfall auf die UdSSR bekannt

Joseph Goebbels, Erkenntnisse und Propaganda, Januar 1928

,,... Ob eine Propaganda gut gewesen ist, das erweist sich dann, wenn sie eine gewisse Zeit auf die Art von Menschen einwirken konnte, die sie für ihre Idee erwärmen und erwerben will ... Es kann also keiner sagen, eure Propaganda ist zu roh, zu gemein oder zu brutal, oder sie ist nicht anständig genug ... Sie soll gar nicht anständig sein, sie soll auch nicht sanft oder weich oder demütig sein; sie soll zu einem Erfolge führen ..."

Eintragung im Tagebuch, 3.2.1933

,,... Nun ist es leicht, den Kampf zu führen, denn wir können alle Mittel des Staates für uns in Anspruch nehmen, Rundfunk und Presse stehen uns zur Verfügung. Wir werden ein Meisterstück der Agitation liefern ..."

Dienstvorschrift für die 25000 Rundfunkhauptstellenleiter der NSDAP, vom Reichspropagandaleiter Goebbels, 1937

,,Da das ideelle und kulturelle Leben der Nation im Rundfunk und durch den Rundfunk umfassend zum Ausdruck gebracht werden kann und der Rundfunk eines der wichtigsten technischen Mittel der direkten Beeinflussung der Massen darstellt, ist es notwendig, den Rundfunk als zuverlässig wirksames nationalsozialistisches Instrument fest in der Partei zu verankern ... Die Auswirkungen der Rundfunkpropaganda sind durch Einsatz aller technischen Möglichkeiten der Übertragung zur Zusammenfassung des gesamten Volkes an jedem Ort und Raum, ob durch Haus-, Gemeinschafts- oder Volksempfang durch die Rundfunkstellenleiter zu sichern."

,,Arbeitersender", Organ des ,,Freien Radio-Bundes-Deutschland", in dem die KPD führend mitarbeitete, schrieb kurz vor der faschistischen Machtergreifung am 6.1.1933:

,,Durch den Rundfunk wurden alle Notverordnungen* verkündet, die die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit der Arbeiterklasse aufhoben, die den blutigen Terror der SA legalisierten, die den Betriebsarbeitern den Lohn bis zu 40% kürzten ... Kein Wort hörten wir von dem Kampfeswillen der Arbeiterschaft gegen Hunger und Faschismus ..., kein Wort über die sich ständig verbreiternde Einheitsfront der Werktätigen ..."

sagen, eure Propaganda ist zu roh, zu gemein oder zu brutal, oder sie ist nicht anständig genug ... Sie soll gar nicht anständig sein, sie soll auch nicht sanft oder weich oder demütig sein; sie soll zu einem Erfolge führen ..."

Eintragung im Tagebuch, 3.2.1933

,,... Nun ist es leicht, den Kampf zu führen, denn wir können alle Mittel des Staates für uns in Anspruch nehmen, Rundfunk und Presse stehen uns zur Verfügung. Wir werden ein Meisterstück der Agitation liefern ..."

Dienstvorschrift für die 25000 Rundfunkhauptstellenleiter der NSDAP, vom Reichspropagandaleiter Goebbels, 1937

,,Da das ideelle und kulturelle Leben der Nation im Rundfunk und durch den Rundfunk umfassend zum Ausdruck gebracht werden kann und der Rundfunk eines der wichtigsten technischen Mittel der direkten Beeinflussung der Massen darstellt, ist es notwendig, den Rundfunk als zuverlässig wirksames nationalsozialistisches Instrument fest in der Partei zu verankern ... Die Auswirkungen der Rundfunkpropaganda sind durch Einsatz aller technischen Möglichkeiten der Übertragung zur Zusammenfassung des gesamten Volkes an jedem Ort und Raum, ob durch Haus-, Gemeinschafts- oder Volksempfang durch die Rundfunkstellenleiter zu sichern."



Goebbels gibt den Überfall auf die UdSSR bekannt

,,Arbeitersender", Organ des ,,Freien Radio-Bundes-Deutschland", in dem die KPD führend mitarbeitete, schrieb kurz vor der faschistischen Machtergreifung am 6.1.1933:

,,Durch den Rundfunk wurden alle Notverordnungen* verkündet, die die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit der Arbeiterklasse aufhoben, die den blutigen Terror der SA legalisierten, die den Betriebsarbeitern den Lohn bis zu 40% kürzten ... Kein Wort hörten wir von dem Kampfeswillen der Arbeiterschaft gegen Hunger und Faschismus ..., kein Wort über die sich ständig verbreiternde Einheitsfront der Werktätigen ..."

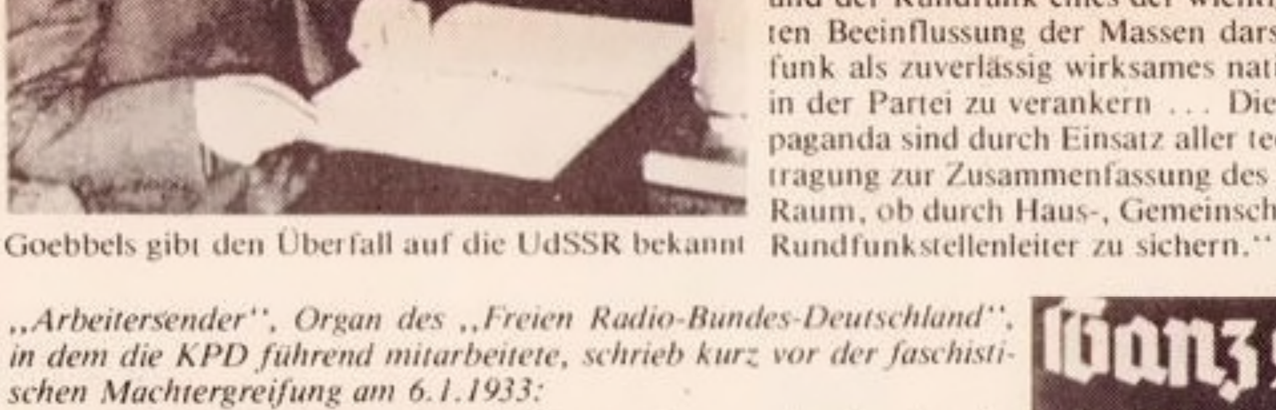
(* Seit 30.9.1931 ließ die Reichsregierung anstelle der Reichsgesetzblätter alle Notverordnungen über Rundfunk verbreiten)

10. Sitzung des Arbeitsausschusses des Reichsverteidigungsrates 1935, Referent v. Wrochem (Propagandaministerium)

,,... II Technische Vorbereitungen
Rundfunk: Für das deutsche Volk muß ein Rundfunksystem entwickelt werden, das mehrere Möglichkeiten, an die Massen heranzukommen, zuläßt und vom Gegner nicht beeinflußt werden kann."

Propagandaanweisung Nr. 9, 22. September 1941

,,In Wort- und Rundfunkberichten wird häufig die sowjetrussische Landschaft in den schwärzesten Farben geschildert. Es muß aber berücksichtigt werden, daß ein Teil des Ostraums voraussichtlich einmal deutsches Kolonialisationsgebiet werden soll. Darum ist es ... notwendig, auch hin und wieder die Schönheit des Landes mit der natürlichen Fruchtbarkeit seines Bodens hervorzuheben, und dabei zum Ausdruck zu bringen, wie schlecht die Bolschewisten gewirtschaftet haben. Demgegenüber ist der Gedanke herauszustellen, daß Deutsche unter denselben Verhältnissen dieses Land zur Kornkammer Europas gemacht hätten."





Zur Erinnerung an die faschistische Machtergreifung hatten Vertreter der Radiokonzerne den in Massenproduktion gefertigten Kleinempfänger VE 301 – Volksempfänger 30.1. – getauft.

Denke daran

Das Abhören ausländischer Sender ist ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes. Es wird auf Befehl des Führers mit schweren Zuchthausstrafen geahndet.

Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen, 1. September 1939

§1 Das absichtliche Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden ...

§2 Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.

,,Deutscher Freiheitssender 29,8", der von der KPD von Spanien aus gesendet wurde, am 26. September 1938

,,Achtung, Achtung! Hier spricht der Sender 29,8. Achtung, höchste Gefahr! Hitler will den Krieg! Achtung, höchste Gefahr, Hitler will den Krieg! Achtung, höchste Gefahr, Hitler will den Krieg!
Achtung! Achtung! Jetzt spricht zu euch die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands darüber, was ihr im Kriegsfall tun sollt!"

,,... Nicht die Armeen der sozialistischen Sowjetunion, nicht die Armeen der Tschechoslowakei, Frankreichs und anderer Länder, sondern die braunen Tyrannen sind es, die unser deutsches Volk ... in das Blutbad des neuen Weltkrieges treiben. Beginnt Hitler den Krieg, dann müssen wir Arbeiter, Bauern und Soldaten alles tun, um ihm das Kriegführen zu erschweren, um den Krieg abzukürzen ... Soldaten, ihr Arbeiter und Bauern im Waffenrock! Treibt euch Hitler in den Krieg, dann richtet eure Waffen gegen das Hitlerregime!"

Friedrich-Ebert-Stiftung sucht nach Motiven für die Niederlage der Status-quo-Bewegung an der Saar

z.bef. „Schlagt Hitler an der Saar." Unter diesem Titel ist von der Abteilung für Sozial- und Zeitgeschichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung vor ein paar Wochen ein gleichnamiges Buch erschienen. Der Autor des Buches, Patrik von zur Mühlen, Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, verspricht: „Hier sollen die Ursachen dieser Entscheidung (1935 votierten mehr als 90% der Abstimmungsberechtigten im Saargebiet für die Rückgliederung an Deutschland, der Verf.) untersucht und über den räumlichen und zeitlichen Rahmen der Thematik hinaus ihre Bedeutung für die deutsche Geschichte herausgearbeitet werden."

Die imperialistischen Großmächte wie USA, Großbritannien, Frankreich und Japan waren die Siegermächte des I. Weltkrieges. Die besiegten Länder wie Deutschland, Österreich etc. gerieten in quasi koloniale Abhängigkeit. Durch den Versailler Vertrag, dessen Bestandteil das Saarstatut war, wurde das Saargebiet, eine Konstruktion des Versailler Vertrages, geschaffen, dessen Souveränitätsrechte vom deutschen Imperialismus für 15 Jahre an den Völkerbund abgetreten werden mußten. Mittels des Völkerbundes versuchte Frankreich, das im Krieg ziemlich große Verluste erlitten und dessen Wirtschaft geschwächt war, um jeden Preis, Deutschland zugrunde zu richten und zu spalten, um seine Hegemonie über Europa zu errichten. Mit dem Versailler Vertrag ließ der französische Imperialismus sich über 15 Jahre die Ausbeutung der Berg- und Hüttenarbeiter an der Saar absichern und übte mittels seines bewaffneten Gewaltapparates eine quasi koloniale Herrschaft gegen die Volksmassen im Saargebiet aus. Am 13. Januar 1935 sollte die Bevölkerung des Saargebietes in einer Volksabstimmung entscheiden zwischen: Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung (Status quo); Vereinigung mit Frankreich; Vereinigung mit Deutschland.

Am 28. November 1934 kam es im Saargebiet zu einem gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD. – „Volksfront gegen Hitler! Für Status quo und späteren Anschluß an ein freies Deutschland". Es ist jedoch unter diesen Losungen nicht gelungen, die Arbeitereinheitsfront herzustellen, mit dem Zweck, den Zusammenschluß der Volksmassen zu erreichen. Über 90% der Abstimmungsberechtigten stimmten am 13. Januar 1935 für die Vereinigung mit Deutschland. Nach der Machtergreifung des Faschismus 1933 hat die Bourgeoisie einen weiteren Schritt machen können, die Isolation der Arbeiterklasse voranzutreiben, die Arbeiterklasse insgesamt niederzuschlagen und all ihre Organisationen zu vernichten.

Zu den Gründen schreibt der Autor:

land zugrunde zu richten und zu spalten, um seine Hegemonie über Europa zu errichten. Mit dem Versailler Vertrag ließ der französische Imperialismus sich über 15 Jahre die Ausbeutung der Berg- und Hüttenarbeiter an der Saar absichern und übte mittels seines bewaffneten Gewaltapparates eine quasi koloniale Herrschaft gegen die Volksmassen im Saargebiet aus. Am 13. Januar 1935 sollte die Bevölkerung des Saargebietes in einer Volksabstimmung entscheiden zwischen: Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung (Status quo); Vereinigung mit Frankreich; Vereinigung mit Deutschland.

Am 28. November 1934 kam es im Saargebiet zu einem gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD. – „Volksfront gegen Hitler! Für Status quo und späteren Anschluß an ein freies Deutschland". Es ist jedoch unter diesen Losungen nicht gelungen, die Arbeitereinheitsfront herzustellen, mit dem Zweck, den Zusammenschluß der Volksmassen zu erreichen. Über 90% der Abstimmungsberechtigten stimmten am 13. Januar 1935 für die Vereinigung mit Deutschland. Nach der Machtergreifung des Faschismus 1933 hat die Bourgeoisie einen weiteren Schritt machen können, die Isolation der Arbeiterklasse voranzutreiben, die Arbeiterklasse insgesamt niederzuschlagen und all ihre Organisationen zu vernichten.

Zu den Gründen schreibt der Autor:

„Insgesamt machten die Gewerkschaftsführungen einen lethargischen und konzeptionslosen Eindruck, der sie trotz des inzwischen erlassenen Verbots der Saarländischen Gewerkschaftszeitung im Reich an einer aktiven Teilnahme am Abstimmungskampf hinderte", und redet den führenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären der damaligen Zeit nach. Auf der Suche nach dem wichtigsten Motiv für die Abstimmungsniederlage findet sich der Autor in Übereinstimmung mit dem drei Tage nach der Abstimmung erschienenen neuen Vorwärts: „Das war wohl vor allem die alles niederwerfende, alles niederwalzende Gewalt des Nationalgefühls." Die Verantwortung für die Niederlage soll an den Massen hängenbleiben, statt daß die Gründe der politischen Linie überprüft werden. Tatsächlich mußte die Politik der Arbeitereinheitsfront vor allem in den Gewerkschaften geführt werden. Es war vor allem die falsche Linie der KPD, die eine erfolgreiche Politik der Arbeitereinheitsfront verhinderte und die es nicht vermochte, die Spaltung durch SPD und Gewerkschaftsführung zu überwinden. Noch im Oktober 1933 stellte das ZK der KPD fest, daß die SPD noch immer die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sei. Die falsche Einschätzung der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus beseitigte die Politik der Einheitsfront in der Theorie und Praxis und fand ihre konsequente Fortsetzung in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Das mußte dazu führen, daß die KPD sich vom gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeiterbewegung immer weiter isolierte.

Organisatorisch war die Arbeiterklasse im Saargebiet auseinanderdividiert in ADGB, RGO und DGB, der die christlichen Gewerkschaften zusammenfaßte. Die christlichen Gewerkschaften an der Saar hatten eine historisch fortschrittliche Rolle innerhalb der saarländischen Arbeiterklasse gespielt. Der erste Streik in der saarländischen Hüttenindustrie 1906 wurde vom Christlichen Metallarbeiterverband organisiert. Im Unterschied zu dem übrigen Teil Deutschlands hatten die christlichen Gewerkschaften im Saargebiet gegenüber dem ADGB ein annähernd gleiches Größenverhältnis halten oder wiedererringen können. Den Kern der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter bildeten die Berg- und Hüttenarbeiter an der Saar. So wie die Dinge damals lagen, mußte sich die Politik der Arbeitereinheitsfront, wenn sie die gesamte Arbeiterklasse zusammenschließen sollte, sowohl an die sozialdemokratischen Arbeiter als auch an die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter richten. Die Fehleinschätzung der Situation machte die KPD unfähig, eine richtige Taktik im Kampf gegen Reaktion, Faschismus anzuwenden und den Generalangriff der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Reaktionären Zentrumspolitikern gelang es mit der Machtergreifung des Faschismus, die christlichen Gewerkschaften in der faschistischen „Deutschen Gewerkschaftsfront" aufzulösen. Die sozialdemokratische Parteiführung schrieb kurz nach der Abstimmung im neuen Vorwärts: „Auch denen, die bisher in der Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront das Zauber-

Die christlichen Gewerkschaften an der Saar hatten eine historisch fortschrittliche Rolle innerhalb der saarländischen Arbeiterklasse gespielt. Der erste Streik in der saarländischen Hüttenindustrie 1906 wurde vom Christlichen Metallarbeiterverband organisiert. Im Unterschied zu dem übrigen Teil Deutschlands hatten die christlichen Gewerkschaften im Saargebiet gegenüber dem ADGB ein annähernd gleiches Größenverhältnis halten oder wiedererringen können. Den Kern der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter bildeten die Berg- und Hüttenarbeiter an der Saar. So wie die Dinge damals lagen, mußte sich die Politik der Arbeitereinheitsfront, wenn sie die gesamte Arbeiterklasse zusammenschließen sollte, sowohl an die sozialdemokratischen Arbeiter als auch an die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter richten. Die Fehleinschätzung der Situation machte die KPD unfähig, eine richtige Taktik im Kampf gegen Reaktion, Faschismus anzuwenden und den Generalangriff der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Reaktionären Zentrumspolitikern gelang es mit der Machtergreifung des Faschismus, die christlichen Gewerkschaften in der faschistischen „Deutschen Gewerkschaftsfront" aufzulösen. Die sozialdemokratische Parteiführung schrieb kurz nach der Abstimmung im neuen Vorwärts: „Auch denen, die bisher in der Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront das Zauber-

mittel erblickt haben, das alle Proletarierherzen gewinnt und alle Kerker sprengt, mag der Abstimmungssieg der ‚Deutschen Front' zu denken geben." Die Kurskorrektur der KPD hin zu Einheitsfrontpolitik kam zu spät, die Fehler der KPD konnten bei der Machtergreifung des Faschismus nicht auf einen Schlag korrigiert werden.

Regionale Klassenkämpfe: Geschichte der Klassenkämpfe im Saarland

Quellenheft zum revolutionären Volksbildungsprogramm



Kundgebung am 6. Januar 1935 auf dem Kieselhumes in Saarbrücken, Zehntausende für den Status quo – gegen den Hitlerfaschismus.

Aus dem Versailler Vertrag
(Bestimmungen bezüglich des Saarlandes)

Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlegruben in Nordfrankreich und in Anrechnung auf den Betrag der völligen Wiedergutmachung von Kriegsschäden, die das Deutsche Reich schuldet, tritt letzteres an Frankreich das vollständige und unbeschränkte Eigentum an den Kohlegruben im Saarbecken ab. ...Das Eigentum geht frei von allen Schulden und Lasten sowie mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht über.

Das Deutsche Reich verzichtet zugunsten des Völkerbundes, der hier als Treuhänder erachtet wird, auf die Regierung des oben genau festgesetzten Gebietes. Nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Bevölkerung dieses Gebietes aufgefordert werden, sich für diejenige Staatshoheit zu entscheiden, unter welche sie zu treten wünscht.

Aufruf der Einheitsfront aus KPD und SPD, abgedruckt in der Arbeiterzeitung Nr. 261 vom 28. November 1934

...In dem Willen, diese Einheitsfront zu einer unwiderstehlichen Flut des antifaschistischen Kampfes anschwellen zu lassen, haben die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei des Saargebietes beschlossen, gemeinsam den Kampf gegen den Anschluß des Saargebietes an ein Hitlerdeutschland zu führen, und im Falle einer Abstimmung für die Formel: ‚Beibehaltung der bestehenden Rechtsordnung' als den verhältnismäßig günstigsten Kampfboden für die Werktätigen einzutreten und für das Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der deutschen Saarbevölkerung zu kämpfen...

Bildet im ganzen Saargebiet einheitliche Kampfkomitees gegen den Anschluß! Kämpft für die Versammlungs-, Demonstrations-, Presse- und Koalitionsfreiheit, gegen die Faschisierung von Verwaltung, Justiz und Exekutive und deren Terror gegen die Antifaschisten, für die Entfernung aller faschistischen Elemente aus diesen Körperschaften, für die Ausmerzung aller Gleichschaltungsmaßnahmen der Hitlerfront. Schließt euch fest und restlos zum gewerkschaftlichen Kampf zusammen, kämpft für die Erhöhung der Löhne, Renten und Unterstützungen und die Verbesserung aller sozialen Errungenschaften, gegen faschistischen Betriebsterror und für den möglichst lückenlosen Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Gewerkschaften unter Bekämpfung aller Gelben.

Forderungen des Kommunistischen Jugendverbandes / Saar im September 1931

1. Für alle Jugendlichen von 14—18 Jahren 6stündige Arbeitszeit, 34-Stunden-Woche und und 44stündige Sonntagsruhe.

2. Für alle Jugendlichen von 14—18 Jahren 4 Wochen, und von 19—21 Jahren 3 Wochen bezahlter Erholungsurlaub.

3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung der Lehrlinge im ersten Jahr 30 Prozent, im zweiten 50 Prozent und im dritten Jahr 80 Prozent vom Facharbei-

händer erachtet wird, auf die Regierung des oben genau festgesetzten Gebietes. Nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Bevölkerung dieses Gebietes aufgefordert werden, sich für diejenige Staatshoheit zu entscheiden, unter welche sie zu treten wünscht.

Aufruf der Einheitsfront aus KPD und SPD, abgedruckt in der Arbeiterzeitung Nr. 261 vom 28. November 1934

...In dem Willen, diese Einheitsfront zu einer unwiderstehlichen Flut des antifaschistischen Kampfes anschwellen zu lassen, haben die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei des Saargebietes beschlossen, gemeinsam den Kampf gegen den Anschluß des Saargebietes an ein Hitlerdeutschland zu führen, und im Falle einer Abstimmung für die Formel: ‚Beibehaltung der bestehenden Rechtsordnung' als den verhältnismäßig günstigsten Kampfboden für die Werktätigen einzutreten und für das Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der deutschen Saarbevölkerung zu kämpfen...

Bildet im ganzen Saargebiet einheitliche Kampfkomitees gegen den Anschluß! Kämpft für die Versammlungs-, Demonstrations-, Presse- und Koalitionsfreiheit, gegen die Faschisierung von Verwaltung, Justiz und Exekutive und deren Terror gegen die Antifaschisten, für die Entfernung aller faschistischen Elemente aus diesen Körperschaften, für die Ausmerzung aller Gleichschaltungsmaßnahmen der Hitlerfront. Schließt euch fest und restlos zum gewerkschaftlichen Kampf zusammen, kämpft für die Erhöhung der Löhne, Renten und Unterstützungen und die Verbesserung aller sozialen Errungenschaften, gegen faschistischen Betriebsterror und für den möglichst lückenlosen Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Gewerkschaften unter Bekämpfung aller Gelben.

Forderungen des Kommunistischen Jugendverbandes / Saar im September 1931

1. Für alle Jugendlichen von 14—18 Jahren 6stündige Arbeitszeit, 34-Stunden-Woche und und 44stündige Sonntagsruhe.

2. Für alle Jugendlichen von 14—18 Jahren 4 Wochen, und von 19—21 Jahren 3 Wochen bezahlter Erholungsurlaub.

3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung der Lehrlinge im ersten Jahr 30 Prozent, im zweiten 50 Prozent und im dritten Jahr 80 Prozent vom Facharbei-

terlohn. Erhöhung des Arbeiterlohnes der jugendlichen Landarbeiter und Landarbeiterinnen zum Niveau des durchschnittlichen Realarbeiterlohnes bei Jugendlichen in der Industrie.

4. Beseitigung aller privaten oder individuellen Lehrverträge. Ersetzung durch Kollektivverträge, Herabsetzung der Lehrlingszeit auf zwei Jahre.

5. Verbot der Entlassungen nach Beendigung der Lehrzeit. Weiterbeschäftigung mindestens ein Jahr nach tariflicher Entlohnung. Bezahlung der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen der jugendlichen Erwerbslosen ohne Unterschied des Alters. Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.

6. Verlegung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit und Bezahlung derselben. Schaffung von Schulvertrauensleuten, gewählt in Schülerversammlungen zur Aufstellung des Lehrplanes. Verbot der nationalistischen und militärischen Beeinflussung durch das Lehrpersonal.

7. Verbot jeglicher Nacht- und Sonntagsarbeit.

8. Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre sowie Wählbarkeit der Jugendlichen, um in den Parlamenten die Rechte der Jugend zu vertreten.

9. Beseitigung reaktionärer Gesetze, welche die politische Betätigung der Jugend einschränken bzw. verbieten (Reichsvereinsgesetz).

Dimitroff in einem Interview mit der „Arbeiterzeitung", Organ der KPD Bezirk Saar, am 10.10.34

Warum Status quo?

Ich verfolge mit größter Aufmerksamkeit den Kampf des Saarvolkes. Es ist bekannt, daß wir Kommunisten den Status quo nicht für eine Endlösung für das Saargebiet halten, ebenso die Werktätigen des Saargebietes. Wir Kommunisten sind für eine volle Befreiung der Saarbevölkerung, auch für die Beseitigung eines jeden Regimes der Völkerbundregierung. Es ist aber heute so, daß die Saarbevölkerung jetzt nur zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen hat:

Entweder für den Status quo zu stimmen oder für den Anschluß an das faschistische Hitlerdeutschland. Eine dritte Möglichkeit gibt es gegenwärtig nicht. Das Saargebiet ist ein deutsches Gebiet und soll deutsch bleiben. Die Saarländer werden immer für die Wiedervereinigung eintreten. Der Anschluß des Saargebietes an Deutschland bedeutet heute, daß sich die Saar der Hitlerherrschaft unterwirft. Diese Hitlerherrschaft in Deutschland ist aber in Wirklichkeit eine Herrschaft gegen das eigene deutsche Volk. Diese jetzige Hitlerherrschaft in Deutschland mit dem deutschen Volke gleichzustellen ist eine riesengroße Dummheit. Der Unterschied zwischen dem Willen des deutschen Volkes und der Hitlerherrschaft ist wie der zwischen Feuer und Wasser, zwischen Himmel und Erde. Wenn das deutsche Volk die Möglichkeit hätte, frei auszusprechen, was es innerlich denkt, was es für das Saargebiet wünscht, würde es millionenfach in die Welt rufen:

„Saarbrüder, bleibt weg von Hitlerdeutschland!"



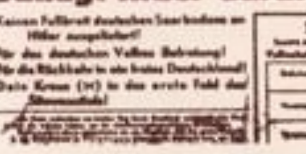
Französische Truppenparade in Saarbrücken, 1919.



Vor der Abstimmung wird über die Saar faktisch der Ausnahmezustand verhängt. Zwischen dem 20. und 23. Dezember besetzt eine 3300 Mann starke Truppe, zusammengesetzt aus Briten, Italienern, Niederländern und Schweden das Saargebiet. Die sogenannte „Abstimmungspolizei" hatte auf Initiative des französischen Imperialismus die Saar besetzt.









30. Juni 1934: Großkundgebung der Einheitsfront in Saarbrücken-Burbach. Aus der „Arbeiterzeitung": *„Der gewaltige Saalbau war lange vor Beginn der von sozialdemokratischer und kommunistischer Partei gemeinsam einberufenen Versammlung so überfüllt, daß Parallelversammlungen im Saal und Garten des Volkshauses organisiert werden mußten. Tausende füllten die Straßen vor den Versammlungslokalen."*











30. Juni 1934: Großkundgebung der Einheitsfront in Saarbrücken-Burbach. Aus der „Arbeiterzeitung": *„Der gewaltige Saalbau war lange vor Beginn der von sozialdemokratischer und kommunistischer Partei gemeinsam einberufenen Versammlung so überfüllt, daß Parallelversammlungen im Saal und Garten des Volkshauses organisiert werden mußten. Tausende füllten die Straßen vor den Versammlungslokalen."*



Demonstration des KJVD 1929 in St. Ingbert.



Treffen des Rotfrontkämpferbundes Pfingsten 1930 in Neunkirchen.

